Schwerin von Krosigk, Lutz Graf

Reichsfinanzminister

Aufzeichnungen und Korrespondenzen

Bd. 3

B. Aufzeichnungen zur NS-Zeit

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 4952/73 Best. ZS/A20
Rep. Ao Kat. 13

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Über Hitler. 21

Typ des Propheten. Unter einem Propheten verstehe ich einen Menschen, der – mit gesteigerter Empfindlichkeit und Gestaltungskraft nahe der Grenze seelischer Gesundheit stehend – einmal [?] infolge einer großen Erschütterung die Offenbarung einer Berufung erlebt, einer Idee begegnet und von diesem Augenblick an mit ungewöhnlicher Konzentration und mit höchster Überzeugtheit und Überzeugungskraft diese Idee zu verbreiten und zu verwirklichen sucht, wobei ihm Kompromißlosigkeit und Totalität des Strebens und Handelns wichtiger erscheint als Teilerfolge.

Hitler erlebte seine Offenbarung im Lazarett in Pasewalk, „und ich beschloß, Politiker zu werden“. Bis 1933 wirkte Hitler ausschließlich als werbender Prophet und konnte deshalb sein prophetisches Wesen am reinsten und unverfälschtesten entfalten. Als Menschenfischer entwickelte er alle gewinnenden liebenswürdigen Seiten seines Wesens [?], die ihm die Anhänglichkeit einer ergebenen begeisterten Jüngerschaft sicherten. Als predigender Prophet wirkte er durch seinen tiefen Ernst. Seine fanatische Überzeugtheit und seine moralischen Anlagen [?] wirkten [?] auf die größten Massen. Sein unerschütterlicher Glaube an seine Berufung ließ ihn alle Rückschläge ungebrochen [?] und unverdrossen überstehen.

Die Machtübernahme 1933 konfrontierte den Propheten mit dem Staat, den er bisher nur von außen her angegriffen und angeklagt hatte. Es mußte sich erweisen, ob der Prophet sich in einen Staatsmann verwandeln konnte. Denn diese beiden Typen sind die Gegenpole des öffentlichen Wirkens.

Der Prophet	Der Staatsmann
erstrebt die totale Verwirklichung seiner Idee ohne Rücksicht auf die erforderlichen Opfer.	erstrebt nur das mit einiger Sicherheit Erreichbare unter Abwägung von Einsatz und Ergebnis.
Glaubt in alle Vorgänge eingreifen zu müssen, um sie kraft seines Charisma optimal zu regeln [?].	Nimmt nur das Notwendigste in Angriff und überläßt das minder Dringende der Routine.
Wünscht jeden Automatismus durch Persönlichkeit zu ersetzen.	Ist froh, wenn der Automatismus der Staatsmacht [?] und Routine ihn entlastet.
Sieht als Gegner seiner Idee die Verletzten [?], mit denen kein Kompromiß möglich ist.	Sieht als Gegner seiner Politik gleiche Mächte, mit denen Kompromisse notwendig sind, sobald man sich nicht [?]
Will im Glaubenskrieg keinen Rückzug und entkommt [?] Schlacht [?] und Wanken.	Hält sich in jeder Situation auf Rückzug (Rücksicht) und Umweg offen.
Zieht den Märtyrertod einem Nachgeben vor.	Sieht im Leben und nicht im Sterben das Ziel jeder Politik – auch der durch Krieg fortgesetzten.

Hitler blieb Prophet und wurde nicht Staatsmann. Er bewies dies vor allem durch sein Verhältnis zum Staat. Er haßte den Automatismus des Staates, wie er ihn in Gesetzen, Behörden und Beamten

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

vorfand. Alle Parteien der [illegible] Gewalt. Jeder kannte seinen [illegible]. Es wußte, daß [illegible] Staatsapparat [illegible] 100% Hingabe – [illegible] 100% Gefolgschaft im Hoheitsfalle – [illegible]. Denn es galt Adolf Hitler zu alle Einrichtungen des Staatsapparats [illegible] daß der [illegible] seinen Sonderbevollmächtigten, der jede autonomistische Tendenzen des Staates gewaltsam verhindern und jeweils negative Haltungen des Staatsbeamtentums in Hoheitsfällen und Meinungsbildung notwendig machen. Die folgende Entwicklung [illegible] diese ungeordnete Arbeitsweise und die [illegible] Richtung dieser Bestrebungen [illegible] zu einer Verordnung im Reichstag und Reichsrat Hitlers. Dies kann gekennzeichnet, [illegible] Prozessen [illegible] gerichtlich Prozesse, die seine Angeklagtenschaft [illegible] Strafen und Strafandrohung zu [illegible].

Bei diesen Angeklagtenschaft wurde aber offenbar die Absicht, die Leben kann mit solchen [illegible] Parteien Verbindungen [illegible], ohne daß das Gefühl der [illegible] Verpflichtung seinen Lesen möglichst Rechte [illegible], [illegible] erhöht. Solange [illegible] Leben [illegible] zu gestalten, weil keine anderen [illegible] vollziehen wird." Diese Gedanken ist typisch für [illegible] Prozessen. So wurde die innere Gewaltmaßnahmen eines Prozessgegners und Verurteilungen [illegible] Prozessen jenen Kreise, die ein Staatsmann [illegible] nicht [illegible] so [illegible] Zustimmung, die [illegible] Disziplin und Ordnung [illegible] Staat [illegible], begonnen [illegible].

Prozessen [illegible] mit Verurteilungen [illegible] Angeklagten sich [illegible] Verletzung des Hochverrats [illegible] politischen Gefängnisstrafe. Die [illegible] Arbeitsweise wurde beibehalten. Angeklagte [illegible] Angeklagten am 4. [illegible] gezogen mit Prozessen, mit denen sich ein Staatsgerichtshof mit [illegible] Ehrenhaft [illegible] hatten. Die Angeklagtenschaft des Prozessen mit seinem Aggressor-Nationalismus [illegible] Staat-Bewegung sich [illegible] Gefolgschaft zu [illegible] zu einem organisatorischen Hass. Der Grundhaltung [illegible] auf der Rechtsordnung Überzeugung des Prozessen [illegible] Proben, [illegible] abwartenden Haltungen [illegible] Rückzug in diesen Gesetzesordnung [illegible] möglich zu [illegible] Im Prozessen [illegible] es kein Sieg oder Niederschlag, aber kein Kompromiß. Angeklagte [illegible] Einstellung [illegible] in [illegible] Fortsetzung, daß ein junges Volk den Niederschlag des Prozessen [illegible].

Abschließend sei [illegible] gestattet, daß auf die [illegible] Folgen des Hitlers [illegible] Prozessen [illegible] Verurteilung des [illegible] Angeklagten [illegible] und die Übernahme der Verantwortung [illegible] in seine Linie [illegible] Angeklagten [illegible] Prozessen Hitlers [illegible].

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

außenpolitischen und seiner militärischen Erfolge erwuchsen aus dem prophetenhaft gesteigerten Selbstvertrauen Hitlers, das ihn wegen ließ, was ein typischer Staatsmann im allgemeinen nicht gewagt hätte. Sein fanatisches Vorwärtsstreben machte zweifellos Kräfte frei, auf die eine zustandesmäßige Planung nicht hätte rechnen dürfen.

Daß in Hitler's Prophetentum die Wurzel seiner politischen und physischen Katastrophe lag, bedarf nach dem Gesagten keiner näheren Begründung. Dagegen müssen die Gründe, warum das deutsche Volk in dieser Epoche diesem Propheten folgen mußte und folgte, historisch und psychologisch noch gründlich untersucht (werden) und vor der Welt zur Rechtfertigung unseres Volkes dargelegt (.)

—

Gutachten Prof. Wagner-Jauregg, Wien 1938

H. ist ein genialer Mensch mit tiefer Herzensbildung, jedoch an der Grenze von Genie und Wahn. Seine Genialität befähigt ihn, für sein Volk und für die Menschheit viel Gutes zu leisten. Aber wehe, wenn er dem Wahn verfällt. Dann wird er zur Katastrophe. Seiner ständigen unmittelbaren Umgebung fällt daher die ungeheure Verantwortlichkeit zu, dafür zu sorgen, daß er vor Überspannung und Überanstrengung seiner Kräfte bewahrt, nicht zu verschnellen Entschlüssen getrieben und niemals zu leidenschaftlichen Reden angestachelt wird.

—

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Adolf Hitler

Als ich am 30. Januar 1933 in das Kabinett Hitler eintrat, traf ich Hitler zum ersten Male. Ich kann nicht sagen, dass er mich bei dieser erst-en Begegnung und bei den folgenden Gelegenheiten, bei denen ich ihn sprach, besonders stark beeindruckt oder gar faszinierend auf mich gewirkt hätte. Was mir zunächst äusserlich auffiel, war das Fehlen eines besonderen Merkmals, das sein Gesicht schön oder anziehend oder auffallend gemacht hätte, mit einer Ausnahme, das war das auf Bildern nicht erkennbare intensive Blau seiner Augen, die erst dem Gesicht einen Gehalt und Ausdruck gaben, und zweitens die Feinheit und Schönheit seiner Hände, die wohl die Hände eines Künstlers waren. Was ferner angenehm auffiel, war bei aller Einfachheit das Gepflegte seiner Erscheinung. Es war stets alles sauber und ordentlich und niemals auffällig bei ihm, wenn man hier nicht die in die Stirn fallende Haarlocke und die Bartform nennen will, in deren unveränderter Beibehaltung man wohl den konservativen Zug erkennen kann, der einen Teil seines komplizierten Charakters ausmachte. In den Kabinettsitzungen musste die Souveränität, mit der er die zur Debatte stehenden Materien beherrschte, die Unfehlbarkeit des Gedächtnisses, mit der er Fragen aus den entferntesten Wissengebieten, die zufällig zur Erörterung kamen, mit nie versagender Genauigkeit beantwortete, die Schlagfertigkeit seiner Entgegenungen, die Klarheit, mit der aus jedem Problem das Wesentliche herauszuholen und die verzwicktesten Fragen auf eine einfache - manchmal zu einfache - Formel zu bringen verstand, die Kunst, Ergebnisse einer langen Diskussion schlagend zusammenzufassen, oder eine altbekannte und nach allen Richtungen durchgesprochene Frage plötzlich in das Licht einer ganz neuen Betrachtung zu rücken, restlos anerkannt und bewundert werden. In der Art, ein Problem aller seiner verschiedenen Hüllen zu entkleiden, bis eine nackte, entscheidungsreife Frage in seinen Händen lag, erinnerte er an den sonst so völlig von ihm verschiedenen Brüning, nur dass dieser dann alle bei der Entscheidung zu überlegenden Tatbestände hervorholte und so, Hülle

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

um Hülle, die nackte Frage wieder in ein dickes Problem zurückverwandelte, das einer raschen Entscheidung spottete. So kam Brüning nur sehr schwer zu einer Entscheidung; traf er sie aber, war sie wirklich nach allen Seiten durchdacht und in allen ihren Rückwirkungen erwogen, während Hitler die "Enthüllung" als das Mittel ansah, zu einer raschen Entscheidung zu kommen, bei der er sich dann auf die geniale Intuition verliess, die ihn oft genug - leider nicht immer, leider nicht in einigen der wichtigsten Entscheidungen - das Richtige blitzschnell erkennen und finden liess.

Bei den ersten Vorträgen, die ich ihm in Etatsfragen zu halten hatte, stiess ich auf eine merkwürdige Befangenheit, die wohl daraus zu erklären war, dass er mich noch nicht kannte und dass es ihm schwer fiel, sich an neue Menschen zu gewöhnen; auch andere haben mir aus ihrer Erfahrung diese Beobachtung bestätigt. Diese Befangenheit verdeckte er - bewusst oder unbewusst - unter einer Lebhaftigkeit, die ihn in lange Monologe, oft über Dinge, die mit dem Vortragsthema in keinem Zusammenhang standen, führte. Es mag auch sein, dass die instinktive Abneigung, die er allen finanziellen Fragen entgegenbrachte, ihn veranlasste - auch wieder bewusst oder unbewusst, ich weiss es nicht -, den Augenblick der unangenehmen Erörterung unangenehmer Dinge möglichst weit hinauszuschieben oder die für die Erörterung zur Verfügung bleibende Zeit nach Möglichkeit zu kürzen. Es war gar nicht leicht, den Führer zum Thema zurückzubringen. Seine Auffassung über finanzielle Fragen war ganz einfach. Der Reichsschatzmeister Schwarz habe in all den Jahren des Kampfes um die Macht immer wieder gesagt, es sei kein Geld mehr da, die Partei könne daher diese oder jene Absicht nicht ausführen; er habe sich nie auf diese ängstlichen Warnungen eingelassen, habe immer befohlen, ohne Rücksicht auf das Geld zu handeln, und schliesslich sei es immer da gewesen. So sei es auch Schacht's und meine Pflicht, Warnungen zu äussern, dafür sei Schacht Mann der Wirtschaft und ich Beamter, aber er sei Politiker und Staatsmann und werde, daran habe er keinen Zweifel, seine Pläne nie an Mangel an Geld scheitern lassen. Ich habe versucht, ihm den Unterschied klar zu

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

machen, der in der Geldbeschaffung für die Partei und in den Problemen liegt, die das Geldwesen eines Staates aufwirft, wenn es überstrapaziert wird. Er hörte mit einer Miene zu, die deutlich sagte: Ihr Finanzleute stimmt immer ein neues Klagelied an, aber ich kenne die Melodie. Die Warnung vor der Inflation tat er mit der - nicht einmal ganz unrichtigen - Bemerkung ab, dass unter einer starken Regierung eine Inflation überhaupt nicht eintreten könne. Dabei hatte Hitler ein durchaus gesundes Gefühl dafür, dass man Ausgaben im Rahmen der Einnahmen halten und daher das zur Verfügung stehende Geld so sparsam und wirtschaftlich wie möglich verwenden müsse. In der ersten Zeit hat er in kleineren Fragen oft diese Einstellung bewiesen und mir bei den Etatsbesprechungen im Kabinett manches Mal recht gegeben. Aber je länger, je mehr trat diese Einstellung hinter einer Grosszügigkeit in Geldfragen zurück, die ihn das Mass nicht erkennen liess.

Ich bin in dieser ersten Zeit mehrfach wegen der Finanzierung der Reichsautobahnen bei Hitler gewesen. Ich vertrat den Standpunkt, dass jeder Benutzer der Autobahn eine Benutzungsgebühr bezahlen könne. Gerade die Berechnungen der Sachverständigen, dass man durch die gute Strasse, die Nichtbeanspruchung der Bremsen, die Reifen und das Getriebe um 30% weniger verschleisse und daher um ein Drittel länger nebutzen könne als beim Gebrauch auf gewöhnlichen Strassen, verliehen meinem Standpunkt eine unanfechtbare Berechtigung. Der Führer war auch ganz damit einverstanden, diskutierte lange die praktischste Einhebungsform dieser Gebühr, bis Todt eines Tages bei irgendeiner Feier den Entschluss des Führers verkündete, von jeder solchen, noch aus veralteten Anschauungen stammenden Gebühr abzusehen. Hitler verhiess mir dann beim nächsten Mal eine allgemeine Benzinsteuer, die erhoben werden sollte, sobald das Netz der Autobahnen fertiggestellt sei - die Leidtragenden wären dann die auf einen kleinen Bezirk beschränkten Gewerbetreibenden, vor allem die Ärzte gewesen.- Mich konnte daher dieser Trost nicht sonderlich beglücken. Hitler wollte nun nicht bloss die Strassen für die künftige Motorisierung, d.h. für die Zeit, in der jeder fünfte Erwachsene in Deutschland ein Auto besitzen würde, schaffen, sondern

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

er wollte auch die Motorisierung vorwärts treiben; daher das persönliche grosse Interesse, das er am Volkswagen nahm. Er sah im Volkswagen, wie er im Kabinett und mir persönlich, bei der Besprechung über Autobahnen, Autosteuer, Benzinbesteuerung, eindringlich auseinandergesetzt hat, eines der Mittel der Lösung der sozialen Frage. Die soziale Frage könne auf die Dauer nur gelöst, der Bolschewismus innerlich nur überwunden werden, wenn der Proletarier durch ein eigenes Haus mit Gärtchen die Freude am Eigentum und die Verbindung mit der Erde wieder erlangte, oder wenn er durch den Besitz eines Autos das Gefühl bekäme, gehoben, ein "Herr" zu sein. Hitler pflegte zu schildern, wie der Sonntagsausflug der Grosstädter bei der Rückkehr in überfüllten Zügen, mit abgerissenen Knöpfen, zerbeulten Hüten, verdorbener Laune und verloren gegangener Erholung zu Ende ginge, und wie anders es sein würde, wennnder Grosstadtarbeiter die wirkliche Erholung des Sonntagsausfluges sich im eigenen Auto leisten könne. Es war wie so oft bei den Absichten und Plänen Hitlers, - es lag ihnen ein richtiger Kern und eine gesunde Überlegung zugrunde. Der Fehler wurde immer durch das Nichtmasshaltenkönnen hineingetragen. Hitler pflegte übrigens sein Autobahnprogramm mit dem Hinweis zu rechtfertigen, dass der Strassenbau immer Zeichen und Ausdruck starker Regierungen gewesen sei. Er wies hierbei auf die Strassen der Römer, der Inkas und Napoleons hin. Die Vorliebe für die Autobahnen ist nach zweifacher Richtung kennzeichnend für Hitler. Einmal musste das, was er schaffte, immer "monumental", die Jahrhunderte überdauernd, ein Denkmal "aere perenius" sein. Ein Strassenprogramm, wie es ihm damals die zuständigen Leiter des Verkehrswesens vorschlugen und, das vor allem dem Ausbau der Chausseen und der besonders in Ostdeutschland in schlechtestem Zustand befindlichen Nebenstrassen und Nebenwege vorsah, genügte ihm nicht. Es musste ben etwas Neues, Grossartiges sein, mit dem er sicherlich einer künftigen Entwicklung vorgreifend etwas schuf, was erst spätere Zeiten in seiner vollen Bedeutung begreifen können mit dem er aber ebenso sicher höchst dringliche Gegenwartsaufgaben vernachlässigte. Das zweite Charakteristische war, dass dieses Programm in einem scharfen Gegensatz zu den von ihm selbst so oft

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

propagierten Programm der Hilfe für die Landwirtschaft stand. Denn nicht nur war gerade der Ausbau der Nebenwege einer der wichtigsten Punkte dieses Programms, sondern der Bau der Autobahnen zog Arbeiter vom Lande ab und war einer der gravierenden Momente in der nach 1933 stärker denn je einsetzenden Landflucht. Er sah das Problem eben nur vom Standpunkt des Grosstädters; er stand in keinem inneren Verhältnis zur Landwirtschaft. Schliesslich kann man noch als interessantes Merkmal anführen, dass Hitler bei seinem Motorisierungsprogramm die gefährliche Konkurrenz nicht sah - oder nicht sehen wollte -, in dem der Volkswagen zum Kinderwagen und damit zu seiner Bevölkerungspolitik stand. Trotz aller Propagierung dieser Politik waren ihm eben die Probleme der Familie ebenfalls innerlich fremd.

Besonders häufig bin ich in der ersten Hälfte des Jahres 1934 bei Hitler gewesen, und zwar handelte es sich ausschliesslich um die Frage der für die SA. zur Verfügung zu stellenden Mittel. Regelmässig nahm Röhm, der inzwischen zum Reichsminister ohne Portefeuille ernannt wordenwar, an diesen Besprechungen teil. Obwohl die Besprechungen zwischen Hitler und Roehm im Ton völligen Vertrauens und alter Kameradschaft geführt wurden, spürte ich einen unter der Decke schwelenden Konflikt. Hitler zeigte sich zunächst immer den sehr weit gehenden Wünschen Roehms auf Ausbau und Vermehrung der SA. geneigt, aber "wir müssen erst den Reichsfinanzminister fragen". Meinen Einspruch wegen der Höhe der Kosten benutzte er dann, um Roehms Anträge mit "Bedauern" zusammenzustreichen. War dann schliesslich für eine Reihe von Monaten eine Summe festgelegt, pflegte Roehm mich ein paar Tage später anzurufen und mir mitzuteilen, er habe Gelegenheit gehabt, Hitler nochmal zu sprechen, und nun habe der Führer die von ihm ursprünglich erbetene Summe bewilligt. Ich erklärte dann, ich hielte mich nur an die gemeinsam ausgemachten Beträge gebunden und würde nicht darüber hinausgehen. Wenn Roehm mehr haben wolle und der Führer tatsächlich über die getroffenen Vereinbarungen hinauszugehen bereit sei, müsse das in einer erneuten gemeinsamen Besprechung festgelegt werden. Dann fand die nächste Besprechung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

statt. Einmal war ich, bevor Roehm kam, allein bei Hitler, der mir sagte, ich solle mich nicht auf angebliche Zusagen von ihm verlassen, sondern immer wieder an ihn appellieren.

Nach 1934 wurden meine Vorträge bei Hitler seltener, und nach 1938 hörten sie ganz auf. Während des Krieges ist es mir trotz wiederholter Versuche nicht gelungen, zum Vortrag zu ihm zu kommen. Der Weg, dass Lammers alles, was in den Zivilsektor fiel, dem Führer vortrug, hatte sich immer mehr eingebürgert und war Hitler offenbar so bequem geworden, dass er - mit wenigen Ausnahmen - die Reichsminister, vor allem die eigentlichen Fachminister, nicht mehr zu sehen wünschte. Ich habe den Führer daher in den letzten Jahren nur noch bei offiziellen Gelegenheiten - zuletzt nurnoch bei Staatsbegräbnissen - in grösserem Kreis gesehen. An zwei Besprechungen aus der Zeit vor 1938 kann ich mich noch besonders erinnern: In der einen besprachen Hitler und Blomberg mit mir die schwierige Frage der Verwendung der aus der vergrösserten Armee zur Entlassung kommenden Unteroffiziere. Ich führte aus, dass der Zwang des Zivilversorgungsscheines, den die Unteroffiziere erhielten, uns dauernd zur Schaffung neuer, sachlich nicht immer unbedingt nötiger Beamtenstellen veranlasse und eine durchgreifende Verwaltungsreform verhindere. Man müsse nach anderen Wegen suchen. Dem Führer schwebte vor, durch ein Tabak- und Treibstoffmonopol alle Verkaufsläden-und -stationen nur noch mit altgedienten Unteroffizieren zu besetzen. Wir errechneten, dass wir allein auf diesem Wege das Problem nicht lösen könnten. Blomberg sagte, man könne auf den Zivilversorgungsschein nicht verzichten. Ich schlugdem Führer vor, wie Friedrich der Grosse, alle Unteroffiziere auch als Lehrer zu verwenden, damit schlüge man zwei Fliegen mit einer Klappe, man schaffte für die Unteroffiziere ein weiteres Betätigungsgebiet und man verhindere die übertriebenen Ausbildungsansprüche, die kurzeit an die Volksschullehrer gestellt würden und gerade jetzt in der Forderung der akademischen Vorbildung den Gipfel erreicht hätten. Der akademisch vorgebildete Volksschullehrer auf dem Lande sei nach meiner Überzeugung eine unglückliche Zwittergestalt, die selbst

Institut für Zeitgeschichte Archiv

unzufrieden sei und bei den Bauern kein Verständnis und Vertrauen finden würde. Der Führer stimmte lachend zu, sagte aber: "Das müssen Sie selber dem Rust beibringen".

Die zweite Besprechung, die mir besonders in Erinnerung geblieben ist, war mein erster Vortrag in der neuen Reichskanzlei. Ich bin zu meinem eigentlichen Vortragsthema - ich weiss nicht mehr, um was es ging - kaum gekommen, denn Hitler hatte auf dem Fussboden seines Zimmers die grossen Entwürfe des Ausbaus von Berlin ausgebreitet. Er zeigte mir, immer mehr in Begeisterung geratend, wie grosszügig Berlin einmal von den Hohenzollern angelegt worden sei, mit der für damalige Verhältnisse phantastischen Breite der "Linden", wie dann später kleinere Geschlechter die Grossartigkeit dieser Anlage nicht fortgesetzt, die Strassen verengt und die Stadt verbaut hätten und wie es jetzt darauf ankommen wieder an die ursprüngliche Anlage anzuknüpfen, durch die Ost-West-und Nord-Südachse, die konzentrisch um die Stadt zu legenden Strassenringe das Verkehrsproblem noch im letzten möglichen Augenblick zu lösen, wie dann die grossen Schwerpunkte der Mittelstadt mit den monumentalen öffentlichen Bauten, der Museumsstadt, der Universität usw. entstehen sollten. Er sah das alles vor seinem Auge wachsen und entstehen, und man hatte das Gefühl, dass dies das eigentliche Element sei, in dem er lebte, dies das Gebiet, auf dem er sich einen Namen machen und als einer der ganz grossen Bauherrn der Weltgeschichte in diese eingehen wollte. Die Einwände, die er mir wohl an den über die Grösse der Entwürfe staunenden Augen ablas, suchte er zu widerlegen, ehe ich sie brachte. Geschehen müsse auf dem Verkehrsgebiet sowieso etwas. Es sei immer noch sparsamer und zweckmässiger, etwas Durchgreifendes und für alle Zeiten Bleibendes zu schaffen, als eine kleine Lösung zu suchen, die spätestens nach einer Generation eine erneute Änderung nötig mache. Wenn man nicht nur das Reich, sondern alle beteiligten öffentliche und privaten Stellen heranziehe, dann könne das finanzielle Problem nicht unlösbar sein. Man dürfe auch nicht vergessen, dass das umgebaute Berlin einmal das Reiseziel unzähliger Ausländer

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

sein werde, und dass die indirekten Einnahmen, die von solchen Reisenden Deutschland zuflössen, den Anleihedienst der für den Ausbau von Berlin aufgenommenen Anleihen mehr als abdecken werden. Er wisse nicht, ob er sehr alt werden würde, aber den Ausbau von Berlin wolle er noch erleben. Deshalb dränge er so auf die Fertigstellung der Pläne und auf die sonstige Vorbereitung, den Erwerb des für die neuen Strassen und Plätze benötigten Geländes durch die öffentliche Hand und die Niederreissung der zum Verschwinden bestimmten Gebäude. Hitler machte dabei die Bemerkung, in der alten Zeit habe man schön, aber zum Teil gar nicht stabil, in der neueren Zeit wenig schön, aber zum Teil ungeheuer stabil gebaut, sodass man beim Niederreissen öfters grosse Schwierigkeiten habe. Jetzt werde man sowohl schön wie stabil bauen. Was seit 1933 entstanden sei, vor allem der Platz der Bewegung und das Haus der Kunst in München, sei unbestreitbar schön. Wir habe das Glück, zwei wirklich geniale Baumeister zur Hand gehabt zu haben, Troost und Speer. Mit der neuen Reichskanzlei habe Speer seine Meisterarbeit geleistet. Er liess es sich dann nicht nehmen (ich weiss nicht, wer sonst noch dabei war), uns selbst durch das Gebäude zu führen und die wichtigsten Räumlichkeiten zu zeigen. Über seine sonstige Einstellung zur Kunst kann ich aus eigenem Erlebn s nichts sagen. Unzweifelhaft war die Architektur sein Lieblingsfach, in dem er sich auch am sachverständigsten fühlte. Das hinderte ihn aber nicht, auch auf den anderen Gebieten mindestens der bildenden Kunst sein persönliches Urteil als richtung- und ausschlaggebend anzusehen und in Deutschland ein "Kunstpapsttum" zu errichten, gegen dessen unfehlbare Erklärungen es keine Berufung gab. In der Vorliebe für Thoraks und Brekers Schöpfungen kam seine Neigung zum Monumentalen und Überdimensionalen besonders stark zum Ausdruck. Seine Urteile in der Malerei sind wohl am schärfsten angefochten worden. Die gefühlsmässige Reaktion gegen Entartungserscheinungen, die sich in den Jahren nach dem Weltkriege breitgemacht hatten, war gesund und entsprach durchaus dem Empfinden des grössten Teiles des deutschen Volkes. Aber er beliess es nicht dabei. Er bezog nicht nur

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

auf der Grenze stehende, sondern auch wirklich wertvolle Kunstwerke in das Verdammungsurteil ein, das über die "entartete Kunst' ausgesprochen wurde und erklärte umgekehrt Bilder für Kunstwerke, die es sicher nicht waren. Mir war am frappantesten, dass er so oft in seinen Reden die freie schöpferische Kraft des Künstlers, der nur durch die diesem Schöpfertum entstammenden Werke seine Künstlerschaft erweisen könne, für die einzige Grundlage erklärte, aus der die Kunst in Deutschland erwachsen könne, dass er in der Praxis aber dieser schöpferischen Freiheit immer wieder Schranken zog.

Bei allen persönlichen Besprechungen, die ich mit Hitler gehabt habe, war er immer von grösster Höflichkeit und fiel, auch wenn ihm widersprochen wurde und er in Erregung geriet, nie aus der Form. Er nannte mich nie anders als: "Herr Reichsminister". In Gesellschaften, beim jährlichen Essen, das er gab, oder bei Empfängen auswärtiger Staatsoberhäupter oder leitender Minister, zum Beispiel des Königs von Siam, des Prinzregenten Paul von Jugoslavien, des Reichsverwesers von Horthy, Mussolini's, bewegte er sich mit Geschick und Takt. Er scheute sich auch nicht, Damen die Hand zu küssen, was die meisten Nationalsozialisten wohl als Erbstück reaktionärer Zeiten ansahen und ablehnten, und schien es gern zu haben, wenn Frauen ganz unbefangen mit ihm über ihre Kinder und ihre Häuslichkeit plauderten. Meine Frau jedenfalls, die ihm - ausser bei einer kleinen Abendgesellschaft bei Eltz - nur bei offiziellen Gelegenheiten gesehen hat, wandte diese Gesprächsart ihm gegenüber an, wenn sie einmal neben ihn zu sitzen kam, und liess sich nicht, wie viele andere Frauen, durch seine Gegenwart aus der Fassung bringen. Er ist dann auch im Gespräch, wie sie mir sagte, ganz menschlich und natürlich gewesen. Von seiner menschlichsten und anziehendsten Seite zeigte sich Hitler im Umgang mit Kindern. Unter den Gratulanten zu seinem Geburtstag traten auch immer die kinderreichen Familien auf. Ich bin mehrfach morgens mit meiner ganzen Schar zur Gratulation dagewesen. Es war dann richtig hübsch zu sehen, wie das Gesicht Hitlers, das so oft verkrampft und wie unter einer Maske liegend

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

aussah, sich beim Anblick der Kinder entspannte und erhellte und den Ausdruck wirklicher Freundlichkeit und Güte annahm. Bei der letzten Gratulationskur, die wir erlebten, gab der Führer den Strauss, den er von meiner Kleinsten erhalten hatte, an dem hinter ihm stehenden Chefadjutanten Brückner weiter. Meine Kleine - sie war damals wohl drei Jahre -, holte sich den Strauss von Brückner wieder ab. Hitler lachte, dass sie ihn nicht hergeben wollte. Aber meine Frau sagte, sie wolle nur, dass er ihn behalte. Der Führer nahm nun den Strauss erneut entgegen und sagte, dass doch schon im kleinsten Mädchen die Frau stecke, die uns mit untrüglicher Sicherheit zeige, das Richtige zu tun. Er wurde aber dann durch ihre Frage in Verlegenheit gebracht, wo sein "Aufbau" sei; da er offenbar nur den Aufbau des Reiches und der Stadt Berlin kannte, wandte er sich fragend an meine Frau, was das Kind meine. Sie wolle nur wissen, wo seine Geschenke seien, erwiderte meine Frau. Wenn dann die Kinder in einen grossen Raum geführt wurden, wo es Kuchen und Schokolade für sie gab, fühlten sie sich wie im Märchenland und waren gar nicht verlegen, wenn Hitler nochmal durch den Raum ging und, bald hier bald da sich niederbeugend, freundlichst mit den Kindern sprach.

Die suggestive Wirkung, die von Hitler ausging und der ich mich selbst auch nicht habe entziehen können, weniger bei Besprechungen in kleinerem Kreise als bei Reden und längeren Ausführungen im Kabinett, schien mir in erster Linie von dem inneren Ergriffen- und Überzeugtsein auszugehen, von dem jedes seiner Worte getragen war. Wirkt schon der schlichteste Mensch durch das einfachste Wort, wenn es nur aus der Tiefe vollster Überzeugung kommt, wie sollte das Gleiche nicht eine bezwingende Wirkung ausüben, wenn sie von der Wucht einer dämonischen Persönlichkeit ausging? Die merkwürdige Tatsache, dass über dem Durchschnitt stehende Menschen an Worte des Führers ehrlich geglaubt haben, die in völligem Gegensatz zu späteren Worten und Handlungen standen, lässt sich nur daraus erklären, dass Hitler die gefährliche Gabe der Autosuggestion besass und auf diese Weise jedem Wort, das er sagte, die überzeugende Kraft und Wirkung mitgeben konnte

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

weil er in dem Augenblick, in dem er es sagte, - mit beabsichtigter Wirkung oder unwillkürlich, hingerissen vom Schwung der eigenen Worte und Gedanken - sich von dem vollen Glauben an die Wahrheit des Gesagten erfüllen liess. Die suggestive Wirkung, die von Hitler ausging, war so stark, dass selbst kluge und willensstarke Männer ihr unterlagen. Ich habe es manchmal erlebt, dass in einer Frage, in der sich verschiedene Männer zu entschiedenem Widerstand entschlossen hatten, Hitler in ganz kurzer Zeit und mit wenig Mühe sie völlig umkrempelte. Fremden ging es nicht anders. Wenn während des Krieges Staatsführer oder Generale der verbündeten Länder mit dem Entschluss zum Führer kamen, scharfe Kritik zu üben oder bestimmte Forderungen durchzudrücken, kamen sie aus der Audienz gehoben und gestärkt heraus und waren ihre Forderungen nicht einmal los geworden. Lloyd George grüsste, als er den Führer verliess, draussen mit "Heil Hitler" und sagte, er täte das mit vollem Bewusstsein denn "he is really a great man". Lord Lothian, mit dem ich in seiner Eigenschaft als Rhodes-Trustee viel zu tun hatte und der gelegentlich nach Berlin kam, um mit Schmidt-Ott und mir wegen der Auswahl deutscher Rhodes-Stipendiaten zu sprechen, hatte ich eine Audienz beim Führer verschafft. Er war vorher sehr ablehnend und kritisch eingestellt und kam ganz verwandelt zurück; er gebrauchte die gleichen Worte wie Lloyd George. Sven Hedin bezeichnete mir einmal, als wir uns über Hitler unterhielten, Hitler als den Menschen, der unter all den vielen ihm persönlich bekannt gewordenen geschichtlichen Persönlichkeiten auf ihn den stärksten Eindruck gemacht habe. Meist dauerte der Rausch oder die Verzauberung, in der sich Hitlers Besucher infolge seiner Suggestionskraft befanden, nur kurze Zeit, sie konnte aber auch bleibende Wirkung haben. Jedenfalls waren die wenigsten Menschen in der Lage, dem Führer das zu sagen, was sie sich vorher vorgenommen und wie sie es beabsichtigt hatten.

Eine weitere Eigenschaft, die bei Hitler auffiel, war seine fehlende Menschenkenntnis. Dass er seine alten Kämpfer als Gauleiter und Reichsstatthalter benutzte, war nicht nur ein Ausfluss

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

seiner Treue und Dankbarkeit, die für ihn alten Kampfgefährten gegenüber kennzeichnend war und ihn hinderte, über einen von ihnen den Stab zu brechen, auch wenn er sich schwer vergangen oder wenn er völlig versagt hatte, sondern beruhte auch auf einem Mangel an Menschenkenntnis. Wenn er erklärte, es habe in der Geschichte noch nie eine Führerschicht gegeben, die den von ihm an die Führung gebrachten Nationalsozialisten an Fähigkeit, Willen und Können das Wasser reichen könne, so war das seine ernsthafte Überzeugung. Wenn er Ribbentrop für einen zweiten Bismarck hielt, so war das nicht nur eine groteske Übertreibung und Überschätzung vorhandener staatsmännischer Qualitäten, sondern er sah in ihm Fähigkeiten, die überhaupt nicht, auch nicht rudimentär, vorhanden waren. Wenn er Ley für ein organisatorisches Genie hielt und des ehrlichen Glaubens war, dass er sich einer ungeheueren Beliebtheit bei der Arbeiterschaft erfreue, so war das eine ebenso vollständige Verkennung des Wesens und der Bedeutung einer im Grunde ganz kleinen und nur durch den Führer "aufgeblasenen" Persönlichkeit. Aber auch da, wo er Fehler sah, redete er sich entweder ein, dass es sich um harmlose Schwächen handele, oder er erkannte sie in ihrer Gefährlichkeit wirklich nicht. Völlig unklar ist es mir, ob er Männer wie Himmler und Heydrich in ihrer grenzenlosen Skrupellosigkeit und Machtgier, die schliesslich auch vor der Person des Führers nicht halt gemacht hätte, ganz durchschaut hat. Es ist nicht so, als ob er gar keine Menschenkenntnis gehabt hätte, er konnte sogar unter Umständen Menschen schnell durchschauen und nach flüchtiger Bekanntschaft eine sehr treffende Charakteristik von ihnen entwerfen. Er pflegte auf Menschen zu "springen", d.h. sie nach dem ersten Eindruck zu beurteilen; Sympathie oder Antipathie dieses ersten Eindrucks blieben. Er verliess sich auch hier ganz auf seine Intuition, die ebenso zu überraschend richtigen Beurteilungen wie zu erstaunlichen Fehlgriffen führte. Konnte die sachliche oder menschliche Unzulänglichkeit eines von ihm in eine hohe Stellung gebrachten Menschen ihm nicht länger verborgen bleiben, so war es nicht nur die bei ihm sehr stark ausgeprägte Treue und Dankbarkeit, die ihn trotz Allem an der betreffenden Persönlichkeit festhalten liess, sondern auch das Unvermögen, einen begangenen Fehler zuzugeben, und die Scheu, dadurch an Autorität einzubüssen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hier muss ich auch noch auf sein Verhältnis zum Reichspräsidenten von Hindenburg hinweisen. Aus dem Zusammentreffen dieser beiden völlig verschiedenen Persönlichkeiten, die sich zuerst mit grosser Zurückhaltung gegenüberstanden und bei den ersten Begegnungen sich durchaus nicht finden konnten, war in den anderthalb Jahren ihrer Zusammenarbeit ein Verhältnis grosser gegenseitiger Achtung und starken Vertrauens geworden. Der Tod des alten Herrn ging Hitler sehr nahe; das kam in der nach dem Tode des Reichspräsidenten stattfindenden Kabinettssitzung deutlich zum Ausdruck. Hitler erzählte in sichtlicher Ergriffenheit von dem letzten Besuch, den er dem sterbenden Feldmarschall abgestattet habe, wie er überhaupt immer nur mit den Ausdrücken tiefster Verehrung und Hochachtung von Hindenburg sprach. Der alte Reichspräsident habe ihm Deutschlands Aufgabe und sein Verhältnis zu den europäischen Völkern in Worten dargelegt, deren hohe Weisheit schon den Dingen dieser Welt entrückt zu sein und von einer jenseitigen Warte zu kommen schien, habe ihm besonders ans Herz gelegt, die Freundschaft mit England zu pflegen und habe zum Schluss sich mühsam aus dem Bett aufrichtend, ihm auf die Schulter geklopft und gesagt: "Und nun, mein lieber Reichskanzler, trauen Sie den Italienern nicht zu sehr!" Hitler berichtete, wie ihm dieses Wort innerlich gefasst habe. Er hoffe aber, dass es doch einmal gelingen werde, Deutschland, Italien und England in einem Bündnisverhältnis zusammenzuschliessen. Trete auch Japan hinzu, sei durch eine solche Vereinigung der Weltfrieden gesichert. Wenn es aber für Deutschland einmal nötig sein sollte, in gefährlicher Lage zwischen England und Italien zu wählen, dann sei keine Frage, wohin Deutschland gehöre; dann werde des alten Reichspräsidenten Mahnung immer die Richtschnur unserer Politik bilden müssen. Er führte dann weiter aus, dass nunmehr die Trennung zwischen Reichspräsident und Reichskanzler verschwinden müsse. Sie sei noch ein Rest aus den Gedankengängen der Monarchie, wo das Staatsoberhaupt sich im Reichskanzler die eigentliche, zur Führung der Staatsgeschäfte berufene Persönlichkeit habe wählen müssen. Im Führerstaat fehle die innere Logik und Notwendigkeit für die Trennung der Staatsleitung in zwei Funktionen, von denen die eine rein repräsentativer Art sei. Es könne durchaus sein,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

dass später einmal diese Trennung sich wieder als zweckmässig erwiese. Solange er Führer sei, würde sie absurd sein. Es sei ebenso unmöglich, ihm einen neuen Reichspräsidenten gegenüberzustellen wie ihn in eine rein repräsentative Stellung zu bringen aus der er einen Reichskanzler als eigentlichen Führer zu bestellen hätte. Zudem solle die Bezeichnung "Reichspräsident" nicht wieder von einem andern getragen werden. Sie sei im deutschen Volk für immer mit der verehrungswürdigen und einmaligen Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg verbunden; dabei solle es bleiben.

Zur Menschenkenntnis und Menschenbehandlung Hitler's gehört auch noch ein anderer bezeichnender Zug. Problemen der Verwaltung und Organisationsfragen stand Hitler ohne Interesse und ohne Verständnis gegenüber. Er suchte sie immer auf dem Wege <u>personeller</u> Änderungen zu lösen. Daraus entstand die Neigung Hitler's, für bestimmte Fragen, wie Vierjahresplan, Strassenbau, Elektrizität, Arbeitseinsatz, Wohnungsbau usw. Generalbevollmächtigte und Sonderbeauftragte zu bestellen. Es war immer eine schwierige Aufgabe, die Befugnisse dieser neuen Stellen gegenüber den bisher zuständigen Stellen abzugrenzen. Überschneidungen, Kompetenzkonflikte, Doppelarbeit waren die unausbleibliche Folge. Hitler hatte für diese Schwierigkeiten keinen Sinn; sie waren ihm sogar recht, da er stets die Ansicht vertrat, dass Reibungen zu Mehrleistungen führen müssten. Im übrigen kam es ihm nur darauf an, den rechten Mann an die rechte Stelle, d.h. die von ihm zur Lösung einer bestimmten Aufgabe für geeignet angesehene Persönlichkeit an diese Aufgabe zu setzen. Die verwaltungsmässige Ausführung und Auswirkung interessierte ihn nicht. Die verwaltungsmässige Desorganisation, die, vor allem während des Krieges, in Deutschland einriss, hatte ihren einen Grund in dieser Zerreissung alter Zuständigkeiten durch die Gründung neuer Stellen. Der andere Grund war das Fehlen einer die Zivilverwaltung zusammenfassenden und -haltenden Stelle. Hitler selbst war durch aussenpolitische und militärische Fragen vollständig in Anspruch genommen; einen Reichskanzler gab es nicht; das Institut des Ministerrats für die Reichsverteidigung erfüllte seinen Zweck nicht; das Reichskabinett

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

war Unordnung in dieser Funktion getreten. Hitler sah die Schäden nicht, die hierdurch eintraten; jedenfalls lehnte er die Vorschläge zur Abhilfe immer ab. Es lag doch wohl einmal daran, dass er sich nur sehr schwer dazu entschliessen konnte, von den Befugnissen, die er als Führer für sich in Anspruch nehmen zu müssen glaubte, etwas an andere abzugeben. Der zweite Grund war der bereits genannte Mangel an Verständnis für Notwendigkeit und Bedeutung verwaltungsmässiger Organisation und Ordnung. Der dritte und vielleicht wichtigste Grund lag in einer ausgeprägten Menschenverachtung, die ihn, bewusst oder unbewusst, dazu brachte, in dem unter ihm arbeitenden Menschen nicht selbständige Menschen mit eigener Überzeugung und Verantwortungsbewusstsein, sondern Instrumente seines Willens, erfüllt von blindem Vertrauen und Gehorsam, zu sehen. Deshalb brauchte das Kabinett nicht mehr zu beraten, es sollte sogar nicht mehr zusammentreten. Deshalb war ihm Streit zwischen den Ressorts beinahe lieber als Zusammenarbeit. Deshalb durfte kein Reichskanzler an seiner Stelle die Verwaltung zusammenfassen.

Eine von mir bereits als Unsicherheit gegenüber Fremdem gestreifte Eigenheit hatte wohl noch tiefere Wurzeln. Die Herkunft Hitlers aus sehr bescheidenen Verhältnissen und die fehlende Bildung, die er als rastloser Autodidakt durch umfassende Lektüre und sein unfehlbares Gedächtnis zu ersetzen oder zu verbergen bestrebt war, rief in seiner empfindlichen Seele ein Minderwertigkeitsgefühl hervor, das ihn gegenüber allen Menschen, die über ein überlegenes fachliches Wissen verfügten, mit dem tiefen Misstrauen, sie könnten ihn nicht für voll nehmen, und infolgedessen mit einer instinktiven Abneigung erfüllte und eine unwillkürliche Abwehrstellung einnehmen liess. So erklärt sich seine immer wieder hervorbrechende Ablehnung der Intellektuellen, der Generalität, der Berufsbeamten, die nur in den wenigen Fällen eine Ausnahme machte, in denen er auf unbedingte Anhänglichkeit und "blindes" Vertrauen rechnen zu können glaubte. Dass diese Ablehnung vor allem gegenüber der Generalität im Laufe der Jahre nicht ab-, sondern zunahm, hatte seine besonderen Gründe. Der erste lag in der Heirat Blombergs, die überhaupt in der ganzen Entwicklung dieser Jahre eine besonders verhängnisvolle Rolle spielt und

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

weitreichende Wirkungen gehabt hat. Dass der Mann, dem Hitler sein Vertrauen geschenkt und im Aufbau der Wehrmacht weitgehende Selbständigkeit gelassen hatte - als ihm nach der Hochzeit das ganze, ihm bisher in dieser Form nicht bekannte Vorleben seiner Frau mitgeteilt und die Möglichkeit eröffnet wurde, die Gültigkeit der Ehe anzufechten -, Führer und Heer, Aufgabe und Beruf fahren liess, um einer mindestens sehr zweifelhaften Person zu folgen, das konnte ihm Hitler nicht vergeben, das erschütterte seinen Glauben in den Charakter der Offiziers- und Adelskaste, der Blomberg entstammte. Der zweite Grund lag in der Persönlichkeit des GeneraloberSten Beck. Bei jeder der grossen aussenpolitischen Aktionen, von der Erfüllung der Wehrhoheit bis zur Lösung der tschechischen Frage hatte sich Beck warnend gegen diese Aktionen ausgesprochen. Hitler hatte recht behalten. Er war sich innerlich nur im Zweifel, ob die Schwäche, der er nun nicht nur Beck, sondern alle seine Generale zieh, eine Schwäche des Intellekts oder des Charakters, mangelnder politischer Blick oder mangelnder Mut sei. Als der Krieg 1939 ausbrach, sagten mehrere Generale für den Krieg in Polen eine längere Dauer voraus. Der Führer rechnete mit drei Wochen. Der Krieg dauerte 18 Tage. Hitler hatte recht behalten. Den Krieg im Westen wollten Brauchitsch und Halder, in Wiederholung der Ideen des Grafen Schlieffen, mit starkem rechten Flügel führen. Der Führer entschied sich aus eigner Überlegung, unterstützt durch eine Denkschrift Mansteins, für den Durchbruch in der Mitte, der zu den grossartigen Erfolgen des Blitzkrieges in Frankreich führte. Die Befürchtung der Generalität, dass wir vor der Maginotlinie liegenbleiben würden, oder dass uns wenigstens der Durchbruch schwerste Opfer kosten würde, bewahrheitete sich nicht. Hitler behielt auch dieses Mal recht. Als der Feldzug im Osten trotz der grossen deutschen Anfangserfolge nicht zum entscheidenden Siege vor Einbruch des Winters führte und das deutsche Heer nun sich dem Gegenangriff frischer russischer Truppen und dem einsetzenden harten Frost ausgesetzt sah, da war eine Zeitlang das gesamte deutsche Ostheer in Gefahr, vernichtet zu werden. Es ist damals das ausschliessliche und persönliche Verdienst Hitlers

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

gewesen, durch rücksichtsloses Eingreifen, bei dem harte und ungerechte Behandlung einiger Armee- und Korpsführer vorgekommen sein mag, und bei dem auch entsetzliche Verluste, vor allem durch Erfrieren, nicht vermieden werden konnten, die Katastrophe abzuwenden und die Front im Osten zu halten. Wieder war er es gewesen, dem die richtige Entscheidung und die tatkräftige Durchführung zu danken war. Die Folge aller dieser Vorgänge war ein schwindendes Vertrauensverhältnis zwischen dem Führer und einem Teil der obersten militärischen Führer. Konnte der Führer sich auf seine politischen und strategischen Erfolge, sein Rechtbehalten in allen entscheidenden Fragen berufen, und fühlte er den Glauben in sein Feldherrntum durch seine im Gegensatz zur Generalität errungenen operativen Erfolge bestätigt - ein Glaube, in dem ihn seine Umgebung, sei es aus ehrlicher Überzeugung, sei es aus Liebedienerei, bestärkte - so empfand die Generalität, wiederum mit Recht, ein Ressentiment gegenüber der Missachtung, die Hitler nun allen ihren Ratschlägen und Ansichten entgegenbrachte. Der grosse Erfolg seines tatkräftigen Eingreifens im Winter 1941/42 mit dem die Wendung bringenden Befehl, sich festzukrallen und keinen Schritt mehr zurückzugehen, wurde für den Führer verhängnisvoll. Denn er hinderte ihn, von da ab bis zum Ende des Krieges, den Befehl für jede operativ notwendig werdende Rücknahme der Front zur rechten Zeit zu geben. Er wurde überhaupt nicht oder zu spät gegeben. Das unbedingte Halten der Front, das im Winter 1941/42 die Rettung gebracht hatte, führte nun, mit Stalingrad beginnend, eine Katastrophe nach der andern herbei. Der Führer aber glaubte immer wieder, dass diese Rückschläge nicht auf seine operativen Gedanken und Befehle, sondern auf die schlechte, nach seiner Ansicht zum Teil bewusst fehlerhafte Durchführung durch seine Generale zurückzuführen sei. Ein Vertrauensschwund ohnegleichen in die oberste militärische Leitung, für die der Führer, nach der Entlassung von Brauchitsch und der Übernahme auch der Stellung des Oberbefehlshabers des Heeres durchnihn selbst, die volle und uneingeschränkte Verantwortung trug, war unvermeidlich und fand ihren explosiven Ausdruck im Attentat vom 20. Juli 1944. Es ist kennzeichnend sowohl

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

für die unerschütterliche Überzeugung des Führers von seiner "Berufung" und seinem Recht wie für seinen Mangel an Menschenkenntnis, dass selbst eine sehr offene Darlegung der Gründe, die zum 20. Juli geführt hatten, ihn keinen Augenblick auch nur den Schatten einer Schuld bei sich selbst finden liess. Für ihn blieb es die grosse Enttäuschung, dass er nicht beim Offizierskorps das gleiche blinde Vertrauen und den gleichen blinden Gehorsam gefunden habe wie bei seinem Parteiführerkorps. Er bedauerte, nicht den Weg Stalin's gegangen zu sein, bei der Machtübernahme all die Elemente, die in der Intelligenz, dem Adel, dem Offizierskorps, den Wirtschaftsführern und der Geistlichkeit ihm von Anfang an ablehnend oder feindlich gegenübergetreten seien, dann sich unter dem Eindruck seiner Erfolge geduckt hätten und nun bei Rückschlägen den Kopf wieder reckten, rücksichtslos beseitigt zu haben. Er war bis zuletzt unbelehrbar.

Die rückhaltlose Bewunderung, die Hitler wiederholt für die Persönlichkeit und Leistung Stalin's ausgesprochen hat, leitet zu einer anderen, in diesem Zusammenhang noch zu betrachtenden Seite seines Wesens über. So fein und so intensiv er die Schwingungen, Regungen und Möglichkeiten der Psychologie des eigenen Volkes kannte und fühlte und so souverän er das Instrument der Seelenlenkung durch Wort und Schrift und Funk, durch die ganze zur höchsten Vollendung gebrachten Kunst der Propaganda, gegenüber dem deutschen Volk beherrschte, so sehr war ihm das Verständnis für andere Völker verschlossen, und daher versagten seine Versuche, in der um Kampf um Deutschland bewährten Agitationsmethode auf andere Völker Einfluss zu gewinnen. Am tragischsten wirkte sich die Unkenntnis der anglo-amerikanischen Psyche beim Führer aus, tragisch deshalb, weil der Führer das englische Volk, seine Leistung und seine Art, aufrichtig bewunderte und zur Freundschaft mit ihm kommen wollte. Er sah nicht, dass das Spiel, stets bis an die Grenze zu gehen, gerade dem englischen Volke gegenüber sich nicht ständig wiederholen lässt. Er glaubte nicht an den bitteren Ernst des im Frühjahr 1939 allen weiteren Gewaltmassnahmen Hitler's gegenüber ausgesprochenen Stop! Englands. Er hielt es für einen Bluff. Ihn über Englands Wesen nicht laufend, vollständig und wahrheitsgetreu in-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

formiert zu haben, ist das schwere Versäumnis, das auf den Schultern des deutschen Aussenministers lastet.

Hitler's Stellung zur Religion ist stark durch sein Verhältnis beeinflusst. In seiner Heimat soll, wie mir gesagt worden ist, eine sehr bigotte Art des Katholizismus, die den begabten jungen Menschen, geherrscht haben. Das hat ihn wohl von Jugend an den Konfessionen entfremdet. Für den norddeutschen Protestantismus hat er jedenfalls nie ein Verständnis gehabt und von seiner religiösen und geistigen Grundlage nichts gewusst. So empfand er die Kirchen als rein menschliche Institutionen, in denen neben einer kleineren Zahl von ihrem seelsorgerischen Beruf innerlich ergriffener Priester von dem Streben nach Macht beherrschte Pfaffen wirkten. Hitler bezeichnete immer diese beiden Arten von Geistlichen mit diesen Benennungen und unterschied der verehrungswürdiger Priester von den gefährlichen Pfaffen; als solche Pfaffen nannte er z.B. den Bischof Graf Galen und den Pfarrer Niemöller an. Er war aber nicht ein Feind des Christentums; er hielt zwar seine Lehren für zeitbedingt, aber sprach von seinem Stifter mit Ehrfurcht. Noch weniger war er ein Gegner der Religion überhaupt. Er hielt einmal, es mag 1936 gewesen sein, im Kabinett einen fast zweistündigen Vortrag über religiöse Fragen. Er stellte an den Anfang die Erklärung, dass jeder Mensch und jedes Volk, das den Glauben an Gott verlöre, dem "gottlos" würde, dem Bolschewismus anheimfallen müsse. Deshalb sei es von entscheidender Bedeutung, dass dem deutschen Volk der Glaube an Gott erhalten bliebe. Nun sei aber die Gefahr, diesen Glauben zu verlieren, umso grösser, je stärker sich dieser Glaube an äussere Symbole und Embleme hefte, in ihnen schliesslich seinen Inhalt finde. Dann dann könne es leicht geschehen, dass die Menschen, wenn durch ein äusseres Ereignis diese äusseren Ausdrucksformen des Glaubens zerstört würden, mit ihnen auch ihren Gottesglauben einbüssten. Das sei die Gefahr jeder Religion, von den Zeiten der Zerstörung der alten Wahrzeichen der Germanen bis in unsere Zeit. Es sei bezeichnend, dass gerade in den Ländern, in denen die Verbindung des Gottesglaubens mit äusseren Formen und Symbolen am stärksten gewesen sei, in Russland und Spanien, der Bolschewismus das leich-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

beste Spiel gehabt und sich am schnellsten ausgebreitet habe. Es sei deshalb so überaus wichtig, dass in Deutschland der reine Gottesglaube sich entwickele und die Gefahren erkannt würden, die in verschiedener Beziehung gerade auch unsere Konfessionen in der Richtung der Bindung des Gottesglaubens an Formen besässen. Er habe aber die feste Hoffnung, dass die Zeit kommen werde, in der die altehrwürdigen Dome Deutschlands ein in einem gereinigten Gottesglauben vereintes Volk zu gemeinsamer Gottesverehrung zusammenfassen werden. - Wenn Hitler in seinen Reden von Gott oder der Vorsehung sprach, die über dem Leben der Völker wie des Einzelnen waltet, so war ihm das völliger Ernst. Er fühlte sich von Gott zu seiner Aufgabe berufen und glaubte in vielen Geschehnissen, so in seiner Errettung am 20.Juli, den Beweis für diese Berufung und für das Wirken Gottes in seinem Leben erblicken zu können. Sehr scharf wandte er sich auf Parteitagen in Nürnberg gegen ein etwaiges Bestreben von Parteikreisen, eine neue Religion zu stiften und ihn in den Mittelpunkt zu stellen. Die Aufgabe der Partei sei politischer, nicht religiöser Art. Ich glaube, dass auch diese Einstellung aufrichtig gemeint war. Aber auch auf diesem Gebiet geriet er, wohl unter dem täglichen Einfluss von Männern wie Bormann, der ausgesprochen kirchen- und christentumsfeindlich war, in eine immer radikalere Richtung hinein. Es kränkte ihn sehr, dass es ihm nicht gelungen war, die evangelische Reichskirche zustandezubringen. Er hielt den Widerstand, der ihm in dieser Frage entgegengesetzt wurde, für rein politisch-partikularistisch oder régimefeindlich begründet. Nun lag in dieser Frage der Widerstand tatsächlich mehr an kirchenpolitischen, in der geschichtlichen Entwicklung liegenden, als an den glaubensmässigen Bedenken. Auf Grund der Tatsache, die Hitler sicherlich noch dazu ausgeschmückt berichtet sein wird, dass an den Gottesdiensten Niemöller's sich zahlreiche Menschen beteiligten, die bisher nie eine Kirche besucht hatten und die nur, weil sie hier eine Stelle sahen, von der aus Kritik am Nationalsozialismus geübt wurde, also nicht aus Glaubensgründen, sondern nur aus politischen Gründen den Gottesdienst besuchten, setzte sich bei Hitler die Anschauung fest, dass der kirchliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus überhaupt nur "reak-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

tionären", keinerlei glaubens- oder gewissensmässigen Bindungen entstammte. Der Versuch, Hitler mit den Leitern der evangelischen Kirchen in Verbindung und persönlichen Kontakt zu bringen, war nicht gelungen. Eine längere mündliche Aussprache war ohne Ergebnis geblieben. Die Besucher - es waren, soviel ich weiss, Niemöller, Marahrens, Meiser - hatten auf Hitler persönlich keinen Eindruck gemacht. Ausserdem empfand er, der als Katholik an ein äusserlich sehr prächtiges Auftreten geistlicher Oberhirten gewöhnt war, die mehr oder minder abgetragenen schwarzen Röcklein, in denen die evangelischen Kirchenvertreter erschienen, als eine bewusste Nichtachtung des Staatsoberhauptes, was zweifellos unrichtig war. Endlich sollen die Herren in seiner Gegenwart untereinander mehrfach in Meinungsverschiedenheiten geraten sein und diese auch unbekümmert ausgetragen haben. Aus allen diesen Missverständnissen und unglücklichen Versuchen, zu denen auch die Einsetzung des dem Führer von militärischer Seite als ausgezeichneter Prediger und Mensch empfohlenen, als "bestes Pferd im Stalle" der evangelischen Kirche gerühmten Divisionspfarrers Müller als Reichsbischof zu rechnen ist, entwickelte sich eine immer stärkere Abneigung Hitler's gegenüber den Kirchen und dadurch schliesslich auch gegenüber dem Christentum. Aber er hielt darauf [illegible], dass keine Märtyrer geschaffen werden sollten, - auch bei Niemöller hat er die Verhaftung erst angeordnet, als dieser die wiederholte Mahnung, sich im Gottesdienst einer grösseren Zurückhaltung zu befleissigen und auf politische Angriffe gegen die Regierung zu verzichten, schroff zurückgewiesen hatte; die Hitler wiederholt nahegelegte Verhaftung des Bischofs Graf Galen lehnte er stets ab, - er verbot gleich zu Beginn des Krieges alle Massnahmen, die als gegen die Kirchen gerichtet angesehen werden könnten, und wies auch alle Anträge der Partei zurück, die sich gegen die Tätigkeit der Wehrpfarrer in der Wehrmacht richteten.

Ebenso wie in seiner Einstellung zur Religion lässt sich in der zum Recht keine klare Linie auffinden. Selbstverständlich bejahte er in der Theorie Bedeutung, Notwendigkeit und Macht des Rechtes. Aber wie er in allen Fragen, in seiner Stellung zu den Kirchen, zum Beamtentum, zum Offizierskorps, zur Privatwirtschaft, von dem Eindruck abhängig war, den die von ihm für symptomatisch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

gehaltenen Vertreter dieser Institutionen auf ihn ausübten, so war es auch in seinem Verhältnis zur Justiz. Da er nun die Justiz während seines Kampfes um die Macht als Gegner sich gegenüber gesehen hatte, konnte ein so subjektiv eingestellter Mensch, wie es Hitler war, von den Eindrücken nie freikommen, die er in seinen Strafprozessen von Staatsanwälten und Richtern erhalten hatte und die natürlich ungünstig waren. Er pflegte an den Juristen kein gutes Haar zu lassen; taugten aber die Juristen nichts, so konnte auch an der von ihnen betriebenen Kunst, der Justiz, nicht viel sein. Die Unabsetzbarkeit und Unabhängigkeit der Richter erkannte er im Grundsatz an, wenn er das Recht hatte, jedes Urteil, das ihm nicht passte, aufzuheben und den Richter dafür zur Verantwortung zu ziehen. Die überragende Hoheit des Richters bejahte er theoretisch, nur durfte dieses Recht ihn nie in seinem Handeln behindern. Die Einstellung Friedrichs des Grossen zum Müller von Sanssouci lag ihm ganz fern. Er vertrat instinktiv dem Richter gegenüber den Standpunkt, dem später Franck die rechtstheoretische Formulierung gab, dass Recht sei, was dem Staate nutze. Da die Bestimmung hierüber ihm oblag, war er zugleich die das Recht schaffende und auslegende Stelle.

Man kann die Persönlichkeit Hitler's nicht verstehen, wenn man nicht eine Eigenschaft erwähnt, die eine der Erklärungen für seine grosse Volkstümlichkeit war, das war eine oft ganz überraschend zum Vorschein kommende Güte. Sie zeigte sich im Umgang mit Kindern, in der Fürsorge für seine Umgebung und für Besucher, in der Überlegung, wie er Menschen eine Freude oder Überraschung bereiten konnte, sie zeigte sich in der Art, wie er sich persönlich um das Schicksal von Hinterbliebenen alter Mitkämpfer oder Kriegsopfer kümmerte, und in der Grosszügigkeit, mit der er auch früheren Feinden half, wenn sie in Not gekommen waren. So haben z.B. der frühere Reichsminister Severing und der frühere Reichstagspräsident Löbe monatliche Zuweisungen aus seinen Verfügungsmitteln erhalten, bei deren Zumessung Hitler meist über die Vorschläge der Sachbearbeiter hinauszugehen pflegte. Diese Güte konnte mit erstaunlicher Plötzlichkeit von einem Zornesausbruch oder einer in schreckenerregende Erscheinung tretenden Härte ab-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

gelöst werden. So gab es bei Hitler für keinen der am 20.Juli Beteiligten Gnade, mochte die Beteiligung auch noch so sehr am Hande liegen und möchten noch so viel andere Momente für eine Begnadigung sprechen. So war es völlig unmöglich, in der Judenfrage bei ihm eine Milderung zu erreichen oder eine Regung von Mitleid zu wecken. Es gab ganze Gebiete, auf denen er von einer oft unbegreiflichen und unerbittlichen Härte war.

Man hat versucht, das damit zu erklären, dass Hitler ein weiches Herz und eine harte Hand gehabt habe. Überall da, wo er sich vor eine geschichtliche Aufgabe gestellt sah, habe er geglaubt, nicht nur die gepanzerte Faust zeigen, sondern auch das weiche Herz mit einem undurchdringlichen Panzer wappnen zu müssen. Gerade im Gefühl der eigenen Weichheit, deren er sich geschichtlichen Aufgaben gegenüber als Schwäche schämte, habe er verdoppelte Härte anwenden müssen. Es wäre das wieder ein Fall des in das entgegengesetzte Extrem führenden Minderwertigkeitsgefühls. Es mag sein, dass manches an dieser Deutung richtig ist. Mir scheint aber eher, dass in dieser Natur Gutes und Böses unvermittelt nebeneinander lagen. Was in jedem Menschen als Keim und Gefahr vorhanden ist, das gewinnt in genialen Naturen an Stärke und kann jederzeit mit eruptiver Gewalt sich entladen. Wir haben in unserer Geschichte Beispiele für solche Doppelnaturen. Der grosse Hohenstaufe Friedrich II., von seinen Anhängern ebenso glühend verehrt, wie von vielen seiner Zeitgenossen als Ungeheuer gefürchtet und verflucht, vereinigte in seinem dämonischen Charakter Güte und furchtbare Härte, Toleranz und härteste Unduldsamkeit, Treue und Tücke, Geradheit und Lüge. Auch in Hitler war immer beides vorhanden. Es war selbst für Menschen, die ihn gut zu kennen meinten, schwer vorauszusagen, welche der beiden Richtungen, zum Guten oder zum Bösen sich in einer gegebenen Lage durchsetzen werde.

Sicher ist, dass das Böse im Laufe der Jahre mehr Gewalt über ihn gewonnen hat. Schon der Hitler von 1939 war nicht mehr der gleiche Mann wie 1933. Sechs Jahre der Alleinherrschaft mit ihren gefährlichen Einwirkungen waren nicht ohne Einfluss geblieben. Es ist schwer, als Alleinherrscher den Gefahren zu entgehen, die diesem System anhaften. Hitler war es nicht gelungen. Die Un-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

fähigkeit, Kritik oder Widerspruch zu ertragen, die Unbedenklichkeit in der Wahl der Mittel, die Neigung, sich für unfehlbar zu halten, die Verachtung anderer Menschen, die Versteinerung und Verhärtung, der Zug zur Grausamkeit, alles das war stärker und ungebändigter geworden. Noch stärker nahm es im Kriege zu. Der Hitler von 1945 war wieder ein anderer als der von 1939. Selbst an diesem starken Geist konnten fünf Kriegsjahre nicht spurlos vorübergehen. Aber alle Schicksalsschläge konnten diesen Mann nicht auflockern oder erweichen, sie verhärteten ihn nur. Besonders der 20. Juli trug zu dieser Entwicklung wesentlich bei. So war er am Kriegsende ein völlig veränderter Mensch. Nicht das war entscheidend, dass sich sein Rücken gewölbt hatte und die Hände zitterten, sodass er wie ein uralter Mann aussah, sondern dass innerlich, wenn auch das Gedächtnis noch in alter Unfehlbarkeit funktionierte und Wille und Verstand klar und scharf ihren Dienst taten, eine Verengung und Verkrampfung eingetreten sein musste. Aus den düsteren Wolken brach immer seltener ein Strahl der Güte. Das Misstrauen hatte den Glauben an die Treue selbst der Ältesten Geführten angefressen, dem völlig egozentrisch gewordenen Sinn schien nicht mehr der Führer um des Volkes willen, sondern das Volk um des Führers willen da zu sein, bestimmt, durch ihn zu siegen oder mit ihm unterzugehen. Nicht mehr bot sich, wie einst, einem reichen Geist selbst in grössten Schwierigkeiten eine Fülle verschiedener Möglichkeiten dar; der verengte Blick sah nur noch einen Ausweg, das Durchhalten allen Gründen des Verstandes zum Trotz, das Weiterkämpfen bis zum Niederbruch.

Man wird, wenn man dieses Leben überschaut, das wie kaum ein anderes Leben geschichtlicher Persönlichkeiten eine völlige Änderung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Welt herbeigeführt hat, das unendlichen Segen hätte hinterlassen können und das unsagbares Elend hinterlassen hat, zu keiner Kurzen, sein Wesen und Wirken erschöpfenden Formel kommen können. Er war nicht das Ungeheuer, zu dem ihn seine Gegner stempeln wollten. Er war nicht die Lichtgestalt, die seine Bewunderer in ihm erblickten. Wer objektiv urteilt, wird neben Fehl und Schuld,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

die sein Wesen und Wirken verdunkeln, das Gute und Grosse anerkennen müssen, das, leider oft nur als Ansatz, in seinem Charakte und seinem Wollen lag, und wird den gefährlichen Zauber feststellen müssen, der bezwingend von diesem Mann ausging. Aber auch, wer dazu neigt, das Grosse in diesem Leben in den Vordergrund zu stellen, wird zugeben müssen, dass ihm zur wahren Grösse das Letzte gefehlt hat. Wenn Carlyle einmal sagt, dass der Prüfstein eines wirklich grossen Mannes Demut sei, dann hat dieser Prüfstein echter Grösse bei Hitler versagt. Weil keine Demut in ihm war, konnte er nie mit Erreichtem sich begnügen, verirrte sein Genius sich ins Grenzenlose, lehnte sein Hochmut Warnung und Kritik ab, umgab er sich lieber mit feilen Knechtsseelen als mit starken und aufrechten Persönlichkeiten, gewöhnte er sich an den Weihrauch billiger Bewunderung, statt die Seele in der reinen Luft schonungsloser Wahrhaftigkeit zu läutern und zu stählen. Es war der Mangel an Demut, der ihn auch in der letzten Phase seines Lebens den rechten Weg nicht finden und das eigne Schicksal über das seines Volkes stellen liess. Hitler muss Monate vor seinem Ende erkannt haben, dass der Krieg unwiederbringlich verloren war; er musste besser und klarer als jeder andere wissen, dass alle Hoffnungen auf eine Wunderwaffe trügerisch waren, dass alles, was noch in Vorbereitung oder Arbeit war, zu spät kam und das Schicksal nicht mehr wenden konnte. Die unentwegte Zuversicht, die er bis in die letzten Tage vor seinem Tode, bis zum Scheitern des Versuches eines Entsatzes von Berlin, zur Schau trug, war entweder eine Maske, hinter der er, der im trotzigen Titanenhochmut das Besiegtsein nicht zugeben wollte, die Verzweiflung über sein gescheitertes Leben und Planen verbarg, oder das Ergebnis der gefährlichen Kunst der Autosuggestion, die er so oft mit Erfolg an sich erprobt und ausgeübt hatte. Hitler musste sich seit langer Zeit darüber im klaren sein, dass die Rettung für sein Volk nur auf dem Wege der Verhandlung mit dem Gegner lag, dass daher nur noch dieser Weg, so sehr er auch durch die Forderung der bedingungslosen Übergabe erschwert wurde, beschritten werden durfte, dass aber seine Person als hindernder Felsblock diesen Weg verschloss. Noch einmal trat in äussester und schicksalsschwerster Zuspitzung die entscheidungsheischende

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

und sein geschichtliches Bild bestimmende Frage an ihn heran, ob der Führer um des Volkes willen oder das Volk um des Führers willen da sei. Der Mangel an Demut liess ihn das Menetekel des 20.Juli 1944 nicht erkennen; das trüb gewordene Auge konnte die Flammenschrift des Schicksals, die ihm zum letzten Male und im letzten Augenblick den Weg seiner Pflicht, sich für sein Volk zu opfern, zeigen sollte, nicht mehr entziffern. Er ging nicht den oft angefochtenen und doch dankenswerten Weg Kaiser Wilhelms II., der, um seinem Volk das Letzte und Schlimmste, den Bürgerkrieg und die Selbstzerfleischung, zu ersparen, sich selbst zum Opfer brachte; Hitler opferte das Volk, um erst in dem Glutschein der brennenden Städte, in der Zerstörung der eigenen Hauptstadt, in der Todesflucht von Millionen deutscher Menschen, in einem Volkszusammenbruch von apokalyptischer Schrecklichkeit den eigenen Untergang sich vollziehen zu lassen. Ein Dichter mag später einmal die Tragik dieses Endes deuten, das ein von unerhörten dramatische Spannungen, von schwersten Kämpfen und kühnsten Entschlüssen, von hohem Wollen, grossem Vollbringen und schwerster Schuld erfülltes Leben beschloss, ein Leben, das an seiner Masslosigkeit, an der die Grenzen des Möglichen und die Schranken des Rechts und der Sittlichkeit übersteigende Hybris scheiterte,- wir können in diesem Tode, der seinem Volk keine Rettung mehr brachte, sondern nur seinen Untergang besiegelte, keine versöhnende und sühnende Tat mehr sehen. Wir sehen hier nur, von Schmerz und Grauen gepackt, wie in der furchtbaren Luft des Führerbunkers, aus der Bormann seine Blutbefehle entsandte, aus der ein tapferes, gläubiges, vertrauendes Volk zum sinn- und hoffnungslosen Widerstand aufgerufen wurde, in der jeder im anderen den Feind und Verräter zu erblicken begann, in der alle Bande der Treue und der Menschlichkeit sich zu lösen schienen, ein weltgeschichtliches Gericht sich vollzog, wie alle Fehler und Sünden der zwölf Jahre sich in einer fürchterlichen Zuspitzung und Übersteigerung, dem unabwendbaren Ende entgegen, zusammendrängten. Wir erkennen, im innersten gepackt, die schonungslose Gerechtigkeit des Schicksals, einem Manne alle Segnungen genialer Begabung und glückhafter Wirksamkeit hatte zu teil werden lassen und das ihm in immer härter werdenden Schlägen die ihm gesteckten Grenzen und den ihm

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

vorgezeichneten Weg gewiesen hatte, des Schicksals, das ihm in Glück und Ungemach an das Gesetz gemahnt hatte, nach dem er angetreten, und das nun den Mann, den das Glück nicht geläutert, das Unglück nur verhärtet hatte, der das Gute in sich und seiner Bewegung hatte ersterben lassen, der Vertrauen und Glauben und Liebe eines Volkes einer ungeheueren, von Blut und Lüge umwitterten Selbstüberhebung geopfert hatte, auf dem Scheiterhaufen seiner Wünsche und Träume, seiner Ichsucht und Verstocktheit verbrennen liess.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Der Oberbürgermeister Goerdeler war [illegible] den besten Verwaltungsbeamten, die Deutschland besaß. Schon als er zweiter Bürgermeister von Königsberg war, ging ihm dieser Ruf voraus. Als Oberbürgermeister der Bücher-, Messe- und Musikstadt Leipzig gewann er sich ein weit über diese Stadt hinausgehendes Ansehen. Es war weder umfangreiches Wissen noch eine besonders glänzende verstandesmäßige Begabung, die ihn kennzeichnete, sondern ein sehr gesunder Menschenverstand, ein auf das praktische Leben eingestellter Sinn, eine Gabe, politische und wirtschaftliche Probleme auf einen einfachen Kern zurückzuführen, manchmal geradezu primitiv zu sehen, aber gerade hierdurch und durch die starke Überzeugungskraft, die ihm eigen war, eine bezwingende Wirkung auf Menschen auszuüben. Die Stärke seines Wesens lag in seinem geraden, tapferen, Umwege und Kniffe verschmähenden, an die gesunde Vernunft und die Anständigkeit im Menschen appellierenden Charakter. Hinter jedem Wort, das er sagte, stand er mit seiner ganzen Überzeugung, und jedes Wort klang so klar, schlicht, anständig und selbstverständlich, daß er selbst scharfe Gegner oft überzeugte oder entwaffnete und nie unbeeindruckt ließ. Man wußte bei Goerdeler stets, woran man war, ganz im Gegensatz etwa zu Popitz, bei dem man nie sicher sein konnte, was er mit dem, was er sagte, bezweckte und welches feingesponnene Spiel er mit dem Hörer trieb. Um Goerdeler wehte eine reine, klare, saubere Luft; es war jedesmal eine Freude, mit ihm zusammenzusein. Eignete er sich nach seiner ganzen Art vorzüglich zum Verwaltungsbeamten, so war er als Wirtschaftler weniger geeignet. Gerade seine Gabe, zu vereinfachen, hinderte ihn, die Komplexität des wirtschaftlichen Lebens zu übersehen. Für ihn mußte das wirtschaftliche Leben nach bestimmten großen Grundregeln abrollen; jeder Wirtschaftsprozeß mußte nach einem bestimmten Schema sich abspielen. Er übersah dabei, daß die Grundregeln in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten unendlichen Abstufungen und Abwandlungen unterliegen und daß das Schema nicht zu jeder Nüance paßt.

Als Politiker machte er weder vor noch nach 1933 ein Hehl daraus, daß er überzeugter Deutschnationaler war, dem es aber nicht an sozialem Sinn und Verständnis fehlte. Er war rechtseingestellt, aber nicht engherzig, er war ein glühender Patriot, aber mit voller Einsicht für Eigenart und Lebensrecht anderer Nationen. Durch seine menschlich sympathische Art und seine den Andersdenkenden nicht verletzende politische Einstellung gehörte Goerdeler zu den Männern, an die bei jeder politischen Konstellation als Kandidaten für leitende Posten gedacht würde. Bei seiner Vorliebe, sehr offen zu sprechen, die Dinge beim Namen zu nennen, mit der Kritik nicht hinter dem Berge zu halten, konnte es andererseits nicht ausbleiben, daß er auch bei jeder politischen Konstellation Anstoß erregte. So blieb er nach 193[illegible] noch eine Reihe von Jahren Oberbürgermeister und hatte ein gutes

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verhältnis zu der Partei, ohne ihr je anzugehören. Den Anlaß zu dem mit seinem Abgang endenden Zerwürfnis gab das Mendelssohn-Denkmal, das Goerdeler erhalten sehen wollte. Es ist wohl kein Preiskommissar so bekannt und, auch wenn er unpopuläre Maßnahmen ergriff, so volkstümlich gewesen wie Goerdeler, der dieses Amt eine Zeit lang neben seinem Oberbürgermeisterposten versah. Nach seinem Abschied machte er 1938 längere Reisen nach England und reichte nach Rückkehr Hitler und anderen leitenden Persönlichkeiten Berichte ein, in denen er auf Grund von Besprechungen mit englischen Politikern den Standpunkt vertrat, daß die auch nach Goerdeler's Ansicht notwendige Berichtigung der deutsch-polnischen Grenze im Wege von Verhandlungen mit England erreicht werden könnte.

Da Goerdeler im Grunde kein kritisch, sondern optimistisch veranlagter Mann war, der an das Gute im Menschen glaubte und es durch seine Mitwirkung fördern wollte, war er dem Nationalsozialismus gegenüber, wie sehr er auch bestimmte Lehren und Methoden ablehnte, im ganzen positiv eingestellt. Erst allmählich überwog bei ihm die Kritik. Persönlich war er nicht nur durch die Umstände, die zu seinem Abgang führten, gereizt und verärgert, sondern vielleicht noch mehr dadurch, daß Hitler selbst seine Berufung zum Generaldirektor von Krupp, für die er ausersehen war, verbot. Den Krieg lehnte er völlig ab. Als in Rußland einer seiner Söhne fiel, schrieb er in der Antwort auf einen Beileidsbrief, daß sein Sohn in dem Bewußtsein gefallen sei, daß dieser Krieg unnötig sei. Er kam allmählich mit immer mehr Menschen zusammen, die wie er die gesamte deutsche Politik für verhängnisvoll ansahen und in Hitler das Haupthindernis einer notwendigen Verständigung mit den Feindmächten erblickten. Er hatte unter den Generälen viele Bekannte und Freunde; am nächsten stand er wohl Beck. Auch im Zivil hatte er zahlreiche Menschen, die ihm nahe standen. Goerdeler war einer von den Menschen, die jeden kannten und die jeder kannte. In die Kreise der Industrie und der Landwirtschaft kam er auch durch die Beziehungen hinein, die er als Mitglied des sogenannten Reusch-Kreises anknüpften konnte, eines Kreises von Menschen, die sich unter Leitung des alten Reusch gesellschaftlich trafen, um vor allem zwischen Industrie und Landwirtschaft Bekanntschaft und Verständnis zu entwickeln; diesem Kreis gehörten u.a. Schacht, Vögler, General Thomas, von der Landwirtschaft Flemming, Zitzewitz, Wentzel an. Es konnte nicht ausbleiben, daß dem temperamentvollen Goerdeler, dem überall alsbald, bei einer Diskussion wie bei der Vorbereitung eines Unternehmens, die führende Rolle von selbst zufiel, auch die Leitung des zivilen Sektors der Verschworenen des 20. Juli oblag. Es war kennzeichnend für Goerdeler, daß er den Kreis der Menschen, mit denen er über die Notwendigkeit des Regierungswechsels sprach, sehr weit zog. Wo er vertraute, kannte er weder Furcht noch Vorsicht. Konnte er einem nicht volles Vertrauen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

schenken, weil ihm der Charakter nicht fest genug zu sein schien, ließ er ihn fallen, wie Popitz, der seinerseits wieder Goerdeler als geistig allzu primitiv und politisch als Phantasten ablehnte. Ebenso bezeichnend für Goerdeler war es, daß er vermeiden wollte, Hitler zu töten; er wollte ihn seiner Macht entkleiden, aber die neue Regierung nicht mit einer Blutschuld belasten; die naive Annahme, daß ein Mann wie Hitler vom Schauplatz abtreten würde, ohne Widerstand bis zum Äußersten zu leisten, ist ebenso kennzeichnend wie die Scheu vor der, wenn man das Ziel erreichen wollte, unvermeidlichen Anwendung der äußersten Gewaltmittel. Goerdeler war eben zum Attentäter nicht geboren. Eine Verschwörung lag dem Manne nicht, der mit offenem Visier zu kämpfen liebte. So bereitete er sie auch, wie eine Verwaltungsmaßnahme, sorgfältig mit Aufrufen, Personallisten, Gesetzentwürfen in einem säuberlich geführten Aktenstück vor.T

Auf das menschlich so anziehende Bild Goerdeler's fällt zum Schluß ein tiefer Schatten. Die Verteidiger der übrigen Angeklagten des 20. Juli haben Goerdeler den schweren Vorwurf gemacht, daß nur auf Grund seiner Angaben viele Menschen angeklagt und hingerichtet worden seien, und daß er immer neue Namen genannt habe, um sein Leben bis zu dem in Kürze zu erwartenden Zusammenbruch zu fristen. Die Verschworenen konnten es nicht verstehen, daß er nicht nach Mißlingen des Putsches Selbstmord begangen - daran hinderte ihn seine tiefreligiöse Einstellung - oder sich geweigert habe, irgend einen Namen von Mitverschworenen zu nennen. Wenn diese Vorwürfe berechtigt wären, würde das zu dem sonstigen Charakterbild Goerdeler's wenig passen.T Es läßt sich aber auch eine andere Deutung für sein Verhalten denken. Goerdeler schwebte immer vor, daß er vor der Öffentlichkeit des deutschen Volkes, notfalls vor dem Volksgerichtshof, Abrechnung mit dem halten würde, was er am Nationalsozialismus als verdammungswürdig bekämpfte. Hierfür mag es ihm notwendig erschienen sein, dem Deutschen Volk zu zeigen, daß er nicht allein stünde, sondern daß eine große Zahl tapferer Männer aus allen Kreisen der Bevölkerung - und zwar ihre besten Vertreter - ebenso dächten wie er. Dieser Eindruck würde im ganzen Volk eine Reaktion hervorrufen von einer Stärke und Nachhaltigkeit, der gegenüber das Hitler-Regime sich nicht würde halten können. So würde der Putsch trotz seines Mißlingens schließlich doch das gewollte Ziel herbeiführen. Wenn Goerdeler also immer neue Namen angab, mag er es nicht getan haben, um sein Leben zu fristen, sondern um nachträglich doch noch dem Attentat den Erfolg zu sichern. Er glaubte dabei als selbstverständlich voraussetzen zu können, daß die Mitverschworenen bereit wären, für dieses Ziel das Leben zu opfern, und daß er daher berechtigt oder sogar um der Sache willen verpflichtet sei, ihre Namen anzugeben. Sein tragischer Irrtum lag nur darin, daß er annahm, er würde öffentlich sprechen können und seine Stimme würde bis zum deutschen Volk dringen. Sie verhallte nutz- und erfolglos im Gerichtssaal des Volksgerichtshofes.

T Das Attentat am 20. Juli war ja nur die Tat einer kleinen Gruppe, die sich in der Wehrmacht und in der Heimat für ihre Absichten Anhänger zu werben suchte. Ihre Pläne sind daher nicht Gemeingut der Widerstandsbewegung geworden, wie es die Pläne Goerdelers waren. Sie sind auch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen, wie es die Pläne Goerdelers waren, die durch Flugblätter und Rundfunk weite Kreise des deutschen Volkes erreichten.

T Es mag sein, dass es unter dem Einfluss von Drogen oder sonstigen die freie Willensbildung ausschließenden Verfahrensmethoden gekommen hat. Es

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Heydrich.

Ich habe bereit an anderer Stelle die merkwuerdige Doppel~~begabung~~ natur dieses Mannes geschildert, der seine kuenstlerische Begabung mit seinem ~~[illegible]~~ schreckensvollen Beruf zu verbinden wusste. Aber ein Punkt verdient noch erwaehnt zu werden. Ich habe bei den Erscheinungen des Dritten Reiches immer wieder als Naehrboden und Grundlage einer verbrecherischen Auffassung oder Taetigkeit einen Minderwertigkeitskomplex feststellen koennen, der den Schluessel zu sonst schwer Erklaerbarem lieferte und oft genug die tiefe Ursache fuer den bewusst oder unbewusst gefassten Entschluss war, wegen eines heimlichen Makels an dem ganzen Menschengeschlecht Rache zu nehmen. Ganz unzweifelhaft hat ein solches Minderwertigkeitsgefuehl auch Heydrich beherrscht. Er war als Kadett bei der Marine eingetreten und ist dort als Fachnrich unter Umstaenden ausgeschieden, an die er ~~ge~~ nicht gern zurueckdachte. Es liegt nahe, dieses Erlebnis als entscheidend fuer die Entwicklung des ehrgeizigen und hochbegabten jungen Menschen anzusehen, der nun seinen ehemaligen Kameraden und dieser ganzen hochmuetigen buergerlichen Gesellschaft zeigen wollte, was er auch ausserhalb seines ursprueglichen Berufs leisten konnte, und der am schonungslosesten und haertesten gegen Menschen wuetete, die der gleichen gesellschaftlichen Schicht entstammten wie er. Aber fuer Heydrich's Entwicklung ist noch etwas anderes entscheidender geworden. Nur ganz wenige Menschen haben gewusst, dass Heydrich „Nichtarier" war, wahrscheinlich zur Haelfte, ganz bestimmt zu einem Viertel. Ich weiss nicht, ob er es selbst schon vor seinem Eintritt in Bewegung und SS gewusst hat. Hat er es gewusst, dann hat dieser von ihm als tiefe Schmach empfundene Makel wie ein heimliches Gift ~~gewirkt~~ in seiner Seele gefressen und durch die Beseitigung noch vorhandener moralischer Hemmungen schreckliche Wirkungen hervorgerufen. Hat er es erst spaeter erfahren, dann muss das Bestreben, sich in den Augen seiner Vorgesetzten zu rehabilitieren und das Minus eines an sich nicht gutzumachenden Rassefehlers durch vervielfachte Haerte auszugleichen, zu der gleichen Wirkung gefuehrt haben. Feststeht, dass Hitler, Goering, Himmler um das Heydrich'sche Manko gewusst haben und dass Heydrich selbst, jedes Mal, wenn die rein büromaessige Aufforderung kam, seine arische Abstammung durch Einreichung seiner Papiere nachzuweisen, die gewohnte Selbstbeherrschung voellig verlor. Das Minderwertigkeitsgefuehl erklaert es, dass der von den letzten Skrupeln und Bindungen geloeste Mann die unbarmherzigste Haerte gegenueber denjenigen Menschen zeigte, durch die er sich entehrt und gedemueligt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

fachte, und dass der Vorschlag zur physischen Vernichtung der Juden [illegible] gerade von einem Mann, der ausging, der seine Abstammung nur durch eine Ausnahmegenehmigung bescheinigen zu können glaubte. Viel schwerer zu erklären ist der Standpunkt der Partei, die ihrer ganzen Einstellung nach einen Rassefehler nicht vergeben konnte und es in der Praxis auch in tausenden von Fällen nicht tat, in denen sie mit einer Fülle gerichtlicher Gründe darum angegangen wurde, die aber doch in einzelnen Fällen Nachsicht übte, bei denen es sich gerade um prächtige Persönlichkeiten handelte. Es ist schwer vorstellbar, dass ausgerechnet der Leiter des Gestapo der Masse derer gehorchen, die nach den Nürnberger Gesetzen nicht der kleinste Rest in Deutschland bekleiden durften, und dass Hitler und Himmler darum wussten. Und doch ist es so gewesen. Ich habe Göring hier nicht erwähnt, denn der war in diesem Punkte wie in anderen den Parteiprogrammen gegenüber völlig unorthodox. So war es ausschließlich seinem Bestreben zu verdanken, dass der Direktor der Lufthansa, Milch, trotz starker Widerstände der Partei und der Gestapo vom Staatssekretär des Luftfahrtministeriums und zum Feldmarschall avancieren konnte. Dem Milch entstammende einer jüdischen Familie; sein Arier[illegible] konnte nur aus illegaler Blutmischung erklärt werden.[1] Über den Geschmack lässt sich streiten. Aber daran, dass auch der Präsident der Akademie des Deutschen Rechts, Reichsjustizminister und Generalgouverneur Frank und der Reichsstatthalter von Anhalt und Gauleiter von Magdeburg, Jordan, hinter Göring Nichtarier waren, und trotzdem in ihre hohe Stellungen gekommen waren, war Göring beteiligt. Das ging allein auf Hitler's Konto. Diese Grundsatzlosigkeit lässt sich nicht allein mit dem Führerkomplex Hitlers gegenüber allen Kampfgefährten erklären, sie muss auch ihren Grund in den Bedürfnissen gehabt haben, an seinen nächsten Gefolgsleuten willfährige Kreaturen zu besitzen, die von seiner Gnade allein waren. Es war dieselbe Einstellung, aus der er in moralischer Hinsicht seinen Anhängern Alles durchgehen ließ. Je mehr sie an Flecken hatten, um so treuer mussten sie ihm sein. Er schritt nur im Fall Strölin erst ein, wenn die Reaktion in der Öffentlichkeit zu einer Gefahr für das System wurde. Aber selbst dann stellte er ihn nur kalt und fiel den Obersten Parteirichter Buch, einen persönlich ehrenhaften Mann, da die Sisyphusarbeit verhinderte, in der [illegible] Partei auf Sauberkeit zu halten, in den Arm, als dieser nach einem langwierigen Verfahren endlich erreicht hatte, dass Strölin, da in seiner pornographischen Sammlerleidenschaft wie in seiner auf der gleichen Stufe stehenden Korruptionistik eine Schande für Deutschland war, aus der Partei ausgeschlossen wurde. Hitler's Amoralismus kannte nur ein Verbrechen, die Untreue gegen den Führer. Bismarck hat einmal gesagt, dass man für bestimmte Aufgaben im Menschen mit gebrochenem moralischen Rückgrat brauchen könne, er deutete dabei auf Holstein hin; denn habe er als jungen Menschen durch den von Holstein übernommenen und durchgeführten Auftrag, seinen Chef, den Botschafter Graf Harry Arnim zur Strecke zu bringen, das moralische Rückgrat gebrochen. Hitler hatte an Leibstein wie mit solchen Leuten zu tun schuf. Als im Protektorat die deutschfeindliche Bewegung an Stärke zunahm, sagte Hitler dem damaligen Reichsprotektor, er könne nur wegen der Durchführung der von ihm für notwendig

[1] Das sollen auch nachgewiesen haben.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

gehaltenen Massnahmen Neurath nicht zumuten, dafür habe er andere zur Verfügung, er werde seinen „Henker" schicken. Neurath kehrte nach Deutschland zurück; nach Prag ging Heydrich, der „Henker", der als an hoechster Stelle im Dritten Reich wirkender Nichtarier das moralischer Rueckgrat nicht mehr besass. Es nahmen damals viele an, dass Hitler's Entschluss, Heydrich nach Prag zu schicken auf Himmler zurückzuführen sei, der ihn dort kaltstellen wollte, vielleicht auch hoffte, dass er sich dort festfahren würde und dann froh sein müsse, von dort zu Himmler, aber unter Bedingungen zurückkehren zu dürfen. Dem Himmler hatte in den letzten Jahren mit Besorgnis eine wachsende Annäherung zwischen Heydrich und Bormann festgestellt und wird die Gefahr erkannt haben, die für ihn die Vereinigung dieser beiden ehrgeizigen Männer bedeuten könne, in denen er Nebenbuhler um die Macht, Anwärter auf den Thron in dem von ihm errichteten Staat im Staate und Konkurrenten um das letzte und hoechste Ziel erblicken musste. Ich weiss nicht, ob das damals weit verbreitete Gerücht fundiert ist, dass die Kugeln, die Heydrich's Leben ein Ende setzten, nicht aus tschechischen Läufen stammten, vielmehr ihren Ursprung von Himmler selbst genommen haben. Bezeichnend war aber, dass ein solches Gerücht überhaupt entstehen konnte, bezeichnend sowohl dafür, was man Himmler zutraute, wie dafür, wie man sein Verhältnis zu Heydrich einschätzte.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Goering

[illegible] ganz [illegible] zu werden, scheint auf Tatsachen [illegible], die [illegible] [illegible] sich aber doch als [illegible] Umstände [illegible]. Als Hitler bei Ausbruch des Krieges ins Hauptquartier auf den [illegible] verlegte, bestellte er Goering als Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung gewissermassen zu seinem Stellvertreter auf dem zivilen Sektor. Goering hat seine Aufgabe auch so aufgefasst und in den ersten Wochen des Krieges [illegible] durchgeführt. Der Ministerrat, zu dem er je nach Bedarf auch die an sich nicht dazu gehörenden [illegible] zuzog – ich habe an diesen ersten Sitzungen regelmässig teilgenommen –, fand [illegible] in einer Woche statt; bei diesen Sitzungen ließ Goering eine gründliche Beratung der zur Entscheidung anstehenden Fragen und eine kollegial offene Aussprache nicht nur zu, sondern er verlangte sie. [illegible] leider dauerte der Zustand nur kurze Zeit. Denn als Hitler im Oktober 1939 wieder nach Berlin zurückkehrte, [illegible] Lammers eines Tages dem Reichsmarschall, [illegible] zur Beratung [illegible] einberufene Sitzung des Ministerrats abgesagt werden müsse. Nachdem der Führer nach Berlin zurückgekehrt sei, [illegible] Sitzungen des Ministerrats [illegible] Kabinettssitzungen [illegible] zu lassen. In einer [illegible] Kabinettssitzung würde [illegible] erledigt werden, auf deren Dringlichkeit Goering zur Begründung der Ministerratssitzung hingewiesen hatte. Eine Kabinettssitzung ist nie einberufen worden. Ich weiss nicht, ob diese Lahmlegung des Ministerrats allein auf Hitler zurückgeht oder ob Lammers [illegible] gehofft, Kabinettssitzungen [illegible] und das Reichskabinett wieder zu einem [illegible] Faktor machen zu können. Wenn seine Bemühungen nach dieser Richtung gegangen sind, wäre es durchaus dankenswert, ganz gleich ob Lammers dabei auf seine Stellung, mit deren [illegible] er immer beschäftigt war, im Auge gehabt hat. Aber dann hat [illegible] seine Bemühungen kein Erfolg haben müssen. Denn so hatte Hitlers [illegible] nur zur Lahmlegung der [illegible] begonnenen Tätigkeit des Ministerrats, ohne etwas anderes an die Stelle treten zu lassen. Und als das Hauptquartier später wieder von Berlin fortverlegt wurde, da hat Goering die Gepflogenheit der ersten Kriegswochen nicht wieder aufgenommen. Die Sitzungen des Ministerrats waren in dieser späteren Zeit nicht mehr Beratungen in einem kleinen Kreis, sondern Massenversammlungen, in denen [illegible] Monologe gehalten und angehört wurden. Diese Entwicklung ist natürlich Goerings Schuld. Wie so oft war auch auf diesem Gebiet bei ihm der erste Schwung verloren gegangen und kam nicht wieder. [illegible] im Oktober 1939 Hitler die [illegible] Tätigkeit nicht unterbrochen hätte, dann [illegible]

77

~~vielleicht daß diese [illegible] werden [illegible]~~

Die Luftwaffe: ~~Das Unglück in der Luftwaffe begann mit dem tödlichen Unfall ihres ersten Gen~~

Wever. [Gen]stabschefs, des Generals Wever, der [illegible] am 6 [illegible] [illegible]

[illegible] Wever stammte aus dem Generalstab des Heeres und [illegible]

selbst nicht Flieger [illegible] Fliegern [illegible]

[illegible] konnen. [illegible] die Selbstsicherheit

[illegible] die Autorität, die er in der ganzen Luftwaffe [illegible]

[illegible] [illegible]

von der Goering's [illegible], völlig [illegible] ausgeprägt, die große Organisationsgabe, mit der

er den Aufbau der neuen Luftwaffe [illegible] [illegible] zu einem idealen

Vorbild mit einem [illegible] Generalstabschef. [illegible] lag, als er bei einem Fluge verun-

glückte, nämlich der Fall vor, daß die Lücke, die sein Tod gerissen, nicht geschlossen werden konn-

te. Seine Nachfolger sind in keinem Falle ein voller Ersatz gewesen. Daß Goering einen ganz

jungen Generalstabler, der noch nicht Generalsrang bekleidete, [1939] auf diesen Posten berufen

[illegible], so begabt Jeschonnek [illegible] die Lücke zu füllen [illegible]

Ihm fehlte [illegible] die Stellung an der [illegible] Erfahrung und Autorität [illegible]

Goering gegenüber. Es ist vielleicht ein [illegible] Zug bei Wever, daß die Station

[illegible] der letzte [illegible]

[illegible], bei dem ein Geistlicher [illegible] evangelische Feldpropst Doorman [illegible]

[illegible]. Wever hatte noch bei Lebzeiten den Rat gegeben, die immer wichtiger und schwieriger

werdende [illegible] in die Hand von Udet als dem Flieger zu legen, der über die [illegible]

[illegible] großer Erfahrung [illegible] und [illegible]

[illegible] Goering [illegible] nur die [illegible]

[illegible] Udet für die ersten ideal geeignet. [illegible] die letzten

Aufgaben [illegible] Rede [illegible]

[illegible] Milch [illegible]

[illegible] Goering [illegible]

[illegible] Milch [illegible]

[illegible] Generalstabes der Luftwaffe [illegible]

[illegible] Generalstabschef.

[illegible] Milch [illegible]

[illegible]

[illegible] 1942 [illegible]

[illegible]

[illegible] Milch [illegible] Udet [illegible]

Udet

Margin notes: Die Luftwaffe; Wever; Udet; [illegible]

erkennt daß diese Verfahren beibehalten worden seien und weiter [illegible] haben.

Die Luftwaffe: Das Verdienst Goerings, daß er die Bedeutung der Luftwaffe überhaupt erkannt hat, zu einer Zeit, als es eine militärische Luftwaffe nur in Italien und England gab, ist unbestritten. Seine Überzeugung von dem Wert und der Notwendigkeit der operativen Luftkriegführung war auch für ihn der Anlaß, ein eigenes Luftfahrtministerium und ein selbständiges Oberkommando der Luftwaffe neben Heer und Marine zu verlangen, im Gegensatz zu dem verdienstvollen Ministerialdirektor Brandenburg, dem alten Pour le mérite-Flieger aus dem Weltkrieg und Leiter der Luftfahrtabteilung des Verkehrsministeriums, der sich gegen ein eigenes Luftfahrtministerium und für die militärische Unterstellung der Flieger unter Heer und Marine aussprach und deshalb die Berufung als Staatssekretär in das neue Ministerium ablehnte. Goering erkannte auch die Verwendung der Luftwaffe als eines selbständigen Machtmittels ersten Ranges. Sein Ziel, eine starke Bomberflotte aufzubauen, die Luftverteidigung durch die [illegible] Vereinigung von Jägern und Flak zu vereinheitlichen und eine allen Ansprüchen genügende Bodenorganisation zu schaffen, erreichte er durch eine zielbewußte Personalpolitik, tatkräftige Unterstützung der noch in den Kinderschuhen steckenden Industrie und durch eine glänzende [illegible] der Technik. Die [illegible] der Kampfflugzeuge [illegible] Motoren-Gewaltigen. Die in den folgenden Jahren [illegible] hergestellte Ju 52 war zwar nicht mehr modern, aber immer noch das bestkonstruierte Flugzeug der Welt. Im Jahre 1935 wurden die Grundlagen für alle die Flugzeugtypen, die Ju 86 u. 87, die He 111, die Me 109, die Do 17, mit denen die Luftwaffe eine Überflügelung der Welt, die stärkste aller Länder war <am 1. I. 1939> und die in den ersten Kriegsjahren unter Beweis stellen konnte. Die Männer, die neben der damals entscheidenden Tätigkeit Goerings den Aufbau der Luftwaffe leiteten, waren: in erster Linie der Generalstabschef der Luftwaffe General Wever, der besonders um die verwaltungsmäßige Organisation verdiente General Kesselring, und der die Aufgaben eines Kriegsministers der Luftwaffe wahrnehmende Staatssekretär Milch und der Chef der Erprobung, General Udet. Wever stammte aus dem Generalstab des Heeres, er hatte sich schon als junger Generalstäbler im ersten Weltkrieg einen Namen gemacht, er war in der Obersten Heeresleitung, Abt. Op., der zweite Mann unter dem bekannten General Wetzell. Er war selbst nicht Flieger und mußte das Fliegen erst erlernen, als er zum Generalstabschef der Luftwaffe ernannt wurde. Trotzdem hätte keine bessere Wahl getroffen werden können. Sein gerades, klares, [illegible] Charakter, die Autorität, die er in der ganzen Luftwaffe, auf ihren obersten Befehlshabern [illegible], sein auf großer operativer Sicht aufgebauter und geschulter Geist, die Ruhe, mit der er seine Ansichten mit rückhaltloser Offenheit aussprach, machten ihn zu ei-

einen idealen Vorgesetzten und einen vortrefflichen Generalstabschef. So konnte die deutsche Luftwaffe keinen schwereren Schlag treffen, als das Flugzeugunglück, das im Juni 1936 ihrem ersten Generalstabschef den Tod brachte. Der Staatsakt, bei dem [illegible] im Luftraum [illegible] abgehalten wurden, war der letzte Staatsakt, bei dem ein Geistlicher auftrat; der [illegible] Feldprediger Doormann hielt die Gedenkrede. Hier lag wirklich einmal der Fall vor, daß die Lücke, die Wevers Tod gerissen, nicht geschlossen werden konnte. Seine Nachfolger Kesselring und Stumpff waren kein voller Ersatz. Daß Goering im Jahre 1939 den jungen Oberst Jeschonnek in diese Stellung berufen mußte, zeigt, wie schwer die Lücke zu füllen war. Denn wenn auch Wever selbst einst diesen begabtesten seiner Schüler einmal als seinen Nachfolger vorgemerkt hatte und Jeschonnek seit Herbst 1937 Chef des Luftwaffen-Führungs-Stabes, also der Operationsabteilung der Luftwaffe, und damit die rechte Hand ihres Generalstabschefs war, so fehlte es ihm doch damals noch für die Stellung als Generalstabschef an der erforderlichen Erfahrung und Autorität. Es ist für die nun einsetzende Entwicklung der Luftwaffe ein großes Unglück gewesen, daß die persönliche Zusammenarbeit zwischen den in erster Linie verantwortlichen Männern der Luftwaffe keine gute war und daß der [illegible] und ausgleichende Einfluß von Wever fehlte. Jeschonnek stand sich nicht mit Milch, und auch zwischen Milch und Udet waren Reibungen an der Tagesordnung. Dem Staatssekretär Milch, dem ehrgeizigen ehemaligen Lufthansadirektor, hatte Goering zwar die [illegible] verliehen, aber den [illegible] vorgetragenen [illegible] Wunsch, [illegible] Generalstab zu [illegible], [illegible] abgeschlagen. Milchs Begabung lag [illegible] auf strategischem und wirtschaftlichem Gebiet, so [illegible] der geborene Kriegsminister, nicht der Generalstabschef der Luftwaffe. Milch hat es nicht Jeschonnek vergeben können, daß er ihm vorgezogen worden war. Nun ging sein Bestreben dahin, [illegible] den ihm unmittelbar unterstellten Befehlsbereich möglichst auszubauen. So wußte er sich lange darum, sich die [illegible] direkt zu unterstellen, für die Udet verantwortlich war. Wever hatte auch Goering den Rat gegeben, die immer wichtiger und schwieriger werdende Fertigung in die Hand des alten Kampffliegers Udet zu legen, der über die seltene Begabung großer praktischer Erfahrung, eines [illegible] fliegerischen Könnens und technischen Instinktes und einer konstruktiven Phantasie verfügte. Das war ein guter Griff, für die Erprobung war Udet ideal geeignet, dagegen besaß er für die Konstruktion, die ihm Goering ebenfalls übertragen hatte, weder die nötige Härte gegenüber der Eigenwilligkeit und Selbstsucht der Industrie noch den erforderlichen Geschäftssinn, der dem Soldaten [illegible] ganz abging. Beides besaß Milch. [illegible] im Jahre 1942 [illegible] der [illegible] eines [illegible] Flugzeugtyps hatte der vorgesehenen Ser-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

[illegible] gab den Ausschlag. Die Produktion [illegible] kam zu Hitler. Es war [illegible]
die deutschen Kist, zugleich daß von Goering geschaffene Luftwaffenkommando [illegible] Hitler
sich nicht verstellte. Es kam einmal zu gleichzeitigen Besprechungen, bei denen die Luftwaffe-
führung [illegible] ungünstigen oder unwahrscheinlichen Angriffen gegenüber, die in einem [illegible]
Erfolg sahen, [illegible] Ausgabe zur selbständigen [illegible], die aber [illegible] gegen [illegible]
selbstgefälligen [illegible] bestätigen.

Ein Anlaß auf die Frage, ein [illegible] auf den [illegible] Angriff [illegible]
deren Besatzungen [illegible] Wunde und [illegible] Opfer [illegible] Spitze, [illegible]
durchgriffen. Der erste Schlachttag lag im Sommer 1938. Es handelte sich um die Entwicklung
über die Küstenzone [illegible]. Es wurde beschlossen, die Ju 88 als [illegible] Bombenflug-
zeug herzustellen, also nicht allein als Jäger, sondern auch [illegible] Flugzeug, Heinkel
und Dornier, [illegible] zu lassen, [illegible] außerdem Flugzeuge, die [illegible] Bomben bis 1000 kg und
[illegible] Langstreckenbomber Do 217, entwickelt [illegible] eingesetzt werden waren. Diese
Entscheidung, mit der man sich auf ein Flugzeug festlegte, war ein großer Fehler, da
so Flugzeuge hin gestellt [illegible] Voraussetzungen nicht erfüllen. Sie entfiel auf einen
[illegible] Anordnung für die nicht beteiligten Firmen. Goering [illegible] Udet [illegible]
[illegible] gesetzt, [illegible] so [illegible] mit [illegible] Argumenten mit Stumpf
Milch, Udet, Koppenberg, dem Generalinspekteur der Luftwaffe, [illegible] zu lassen. Udet, der auf [illegible]
Seiten gegen die Entscheidung selbst, [illegible] von Milch überzogen; das entscheidende Gewicht
selbst [illegible]. Der Grund für diese Entscheidung [illegible] darin, daß von der obersten Stelle [illegible]
Rücksichten [illegible] mit Rücksicht auf die [illegible] der Luftwaffe [illegible] gegeben wurde. Deshalb
auf die [illegible] Stelle an die [illegible] Ausführung setzen. Die Voraussetzungen an ein Flugzeug
waren ganz [illegible], so mußte [illegible] Heller damit [illegible] Flugzeuge über Pforzheim oder
Coventry über der Themse abwerfen [illegible] gegen [illegible] Ziele [illegible] Raketen [illegible]
damit zu [illegible]. Solche [illegible] auch als [illegible] Fernziele [illegible]
sein, so mußte sich [illegible], daß [illegible] Ziele, [illegible] sein, mit
[illegible] Richtung [illegible] Angriffe [illegible] werden konnten, mit [illegible] Genauigkeit [illegible]
[illegible] Generalanforderungen [illegible]. Denn [illegible] Ziel, aber ohne Erfolg; [illegible] nichts mehr
[illegible] Ziel, [illegible] zu einem [illegible] Bomber zu entwickeln, also zu einem Flugzeug, das
[illegible] Bomben [illegible] 2000 kg Bomben trug, [illegible] einzelne Ziele auf Einzelbomben
für Einzelziele, [illegible] [illegible] Ziele [illegible] gestellt waren, mit [illegible] Flugzeug, das
die Entwicklung [illegible] Ju 88 [illegible] Bomber [illegible]. Die Folge war, daß [illegible]
Trennung von Milch mit Koppenberg [illegible] und [illegible] die Entwicklung
[illegible] 1000 Stück [illegible] 1000 kg [illegible] möglich erklärte, sondern ebenfalls [illegible]
[illegible]. Die Rüstungsmängel für diese Entwicklung [illegible], die Ju 88 [illegible]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

~~entsandten Wir haben eine Reihe von Vorsetzungen wieder zurückzunehmen müssen. Ich habe mir Einstand genommen, dies mit englischer Aufschleunigung zu tun, um nicht durch eine falsche Prestigepolitik, kleine Eiterherde entstehen zu lassen.~~

Zelle und Motor einer Höchstleistung, sie war aber auch ein überzüchtetes Ergebnis deutscher Gründlichkeit. Es hatte nicht nur jeder einzelne Ingenieur sein Bestes hergegeben, sondern es waren vom Generalstab Forderungen gestellt worden, die sich zum Teil überhaupt nicht erfüllen ließen, zum Teil nur unter Verzicht auf andere Forderungen. Man verlangte z.B. eine Flugfähigkeit bis zum Ural und eine Schnelligkeit von 500 Kilometer Stundenkilometer, dazu verlangte man aber auch die Sturzflugfähigkeit. Es bedarf keiner großen technischen Kenntnisse um einzusehen, daß die Sturzflugfähigkeit eine größere Stabilität und damit ein größeres Gewicht der Tragflächen voraussetzt und daß dies nur auf Kosten der Reichweite und Schnelligkeit erreicht werden kann. Der Grund für diese hochgespannten Forderungen des Generalstabes war, daß das Bombenlehrgeschwader in Greifswald im Jahre 1937 als Erprobungsergebnis festgestellt hatte, daß die beste Bombenwirkung durch den gezielten Einzelwurf erreicht würde. Diese Feststellung wurde als Grundlage für unsere operative Luftkriegsführung genommen und veranlaßte uns, nur beste Flugzeuge und beste Mannschaften für den Bombenkrieg zu verlangen. Unsere Gegner dagegen erwarteten die beste Wirkung vom Bombenteppich. Deshalb mußten unsere Mannschaften lang- und gutausgebildet sein, beim Gegner brauchte es im Verband nur eine gute Mannschaft zu geben, den „Pfadfinder". So war unsere Methode langwieriger und kostspieliger als das rationelle Verfahren der Gegner. Der Kommandeur des Bombenlehrgeschwaders hieß Jeschonnek, er war es, der im Herbst 1937 Chef des Führungsstabes, 1939 des Generalstabes der Luftwaffe wurde und nun seine in Greifswald gewonnene Erkenntnis zur Grundlage aller Entschlüsse des Generalstabes machte. Aus dieser Einstellung heraus stellte der Generalstab seine Forderungen, um ein Idealflugzeug zu erreichen, das alle Vorzüge in sich vereinigen sollte. Es war, als wenn jemand ein Pferd kaufen wollte, das im Acker wie im Kutschwagen gehen, mit dem man Trab- und Galoppreinen veranstalten und schließlich auch eine Springkonkurrenz gewinnen könnte. Lag beim Generalstab eine Schuld, weil er Forderungen stellte, von denen er wissen mußte, daß sie unerfüllbar waren, so war die Tragik, daß sie auf einen Gegenspieler trafen, der ihre Erfüllung zusagte. Der Generaldirektor von Junkers Koppenberg, war kein eigentlicher Fachmann. Er war ursprünglich Werkmeister in Riesa, in der Röhrenindustrie tätig, dann beim Stahlverein, von dort empfehlen Vögler an Milch; es war ein Mann mit organisatorischen Fähigkeiten, der mit einer brutalen Energie zu Leistungen antrieb und dadurch auch Leistungen erreichte, aber charakterlich einer der gefährlichsten industriellen Glücksritter, ein grundsatz- und bedenkenloser Egoist, dessen Ziel die Schaffung einer eigenen wirtschaftlichen Machtposition war, die er schließlich auch im Erwerb der Argos-Firma erreichte. Dieser Mann ließ sich aus egoistischen Gründen zu Zusagen hinreißen, die objektiv nicht erfüllbar waren und deren Unerfüllbarkeit er sicherlich auch kannte. Er war ein Typ unserer fehlerhaften Personalpolitik, die an Stelle des wirklichen Könners, dem das Sein mehr be-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Hölle als der Schöpfer, die Tat wird alle 2 Mon, den Flieger mit dem Fallschirm [illegible] dem Mörderwerk haben, Offen [illegible] Woche kritisiert als [illegible] Hünger gegen Hungerwerk [illegible] Kappenberg's Gradenschiff [illegible], wahrscheinlich [illegible] Hunderte Gefangene [illegible] Hölle, die es dem [illegible] Fliegerhorst [illegible] Fliegerhorst [illegible] Luftwaffe gemacht [illegible]. Luftkrieg Kommandeur [illegible] Vorwurf [illegible] Verteidigung, die [illegible] sagt an, [illegible] einfallen. Im Kriegsbeginn [illegible] nicht [illegible] Tausend, sondern nur [illegible] ganz [illegible] Flugzeug [illegible] Hauptziele vorhanden. Die Ju 88 konnte selbst aus Frankreich Nordengland nicht erreichen, weil [illegible] die Maschine [illegible] zu [illegible] Ziel, aber natürlich [illegible] Verlust [illegible] Fortsetzung [illegible]. Von diesem Fehler [illegible] auf [illegible] Ingenieur [illegible] politischen Kampfes, [illegible] sich [illegible] unaufhörlich in die Brust [illegible] Leistungsprüfer [illegible] Hämmern [illegible] Ideal [illegible] Geschwindigkeit, Abfluss [illegible] Flugzeug zum Selbstmord [illegible]. Die Gesamtentwicklung [illegible] Ju 88 [illegible] einen großen Teil der Kapazität der Flugzeugindustrie. Dornier und Heinkel mussten sich auf den Bau der neuen Einheitsflugzeuge umstellen. Kann man annehmen, daß Ingenieure und Arbeiter [illegible] Flugzeug, die mit ihrem Blut aufgewachsen sind und [illegible] Namen trug, die letzte Kraft eingesetzt haben, [illegible] Absicht die Fertigentwicklung [illegible] zu behindern oder [illegible] Ju 88 [illegible] Kampfflugzeug [illegible] Klein sabotiert, [illegible] Ju 88 als Zerstörerflugzeug [illegible]. Die [illegible] Langstreckenjäger, die Milch [illegible] Fehlen [illegible] auf [illegible] verfügbaren Normalkampfmaschinen [illegible], der Grundsatz der Wirtschaft, [illegible] an eine Aufgabe stets zwei Männer oder zwei Stellen setzen lässt, um durch die [illegible] Reibung eine größere Wirkung zu erzielen, so wird [illegible] Milch [illegible] Verantwortung [illegible]. Es ist [illegible] gesagt haben: [illegible] Göring keine Bomberflotten [illegible]. Die Führung von [illegible] Selbstbewußtsein [illegible] Mannes ist stark [illegible] Unsicherheiten, die [illegible] Fehler [illegible] Führungen in der Luftwaffe [illegible] und [illegible], [illegible] Entscheidung [illegible], die [illegible] von [illegible] [illegible] Hitler [illegible] Göring [illegible] ausbaute.

Kampfgeschwader 35 bis 37 war an keiner Stelle eine Schwächung. Erst Hitler 38 hat in [illegible] Verantwortung [illegible] Zerstörung [illegible]. Als Göring Kommando [illegible] Luftwaffe und [illegible] Hermann [illegible], war [illegible] Hermann [illegible], [illegible]. Im übrigen war, [illegible] Blomberg [illegible], die Zerstörung an [illegible] Bomberflotte [illegible] und [illegible]. Erst nach seinem Abgang setzt das Rüsten auf eigene Faust ein. Göring [illegible] Jagdflugzeugen, die einen großen Teil der [illegible] Produktion [illegible], [illegible]. Aber [illegible] Hitler nicht [illegible] Kampfzonen [illegible]. Man darf nicht vergessen, daß, wenn die Planung [illegible] 350 000 to Stahl [illegible], [illegible] 60–70 000 to Stahl [illegible]. Im Ausland [illegible] man von 1937, höchstens von 1938 an die Bedeutung der [illegible] Luftrüstung erkannt. Man hatte in Frankreich wie England – die

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

in Luftkrieg geführt, wobei neue aufgestellte Verbände nicht — Luftflotten eingesetzt werden sollten. Im Falle eines Krieges, in dem Kriegsfall die Kriegsmarine mit allen Teilen einsatzbereit sein sollte. Deshalb konnte sich verbreiten, daß durch 1940 für Vorgang die einzelnen Luftwaffen und die Luftwaffe mit Truppen einmal Luftflotten 6 Fliegerkorps neuen, denen es nicht weiterstehen. So entstand für Göring, die Luftflotten zu vergrößern, von 10 im Jahre 1938 vorhandenen Bombengeschwadern im Laufe von 2 Jahren auf 20 zu kommen. Dennoch ist diese Vergrößerung nicht erreicht worden. Der wahre Grund war, daß Hitler im November 1938 zu der Überzeugung kam, daß die Luftwaffe mit Flugzeug nicht möglich oder nötig sei, um den Sieg der großen Marine einsetzen zu können. Jedenfalls setzte er den Gedanken, die Luftwaffe gleich anzusetzen mit den vorgesehenen Luftflotten, zur Marineröffnung übergehen, aber nicht in der von dem damaligen Kapitän Dönitz vorgeschlagenen Form der U-Boot-Krieg, sondern in der von Hitler bisher fest kommen mit gutem Erfolg angewandten Form der Krieg großen Schiffe. Die Luftwaffe fiel also Göring's Arbeitsgebiet, damit die Verantwortung für ihren großen Anteil an Käufen und Fortschritten der Luftwaffe ging auf Hitler zum selben Tag [illegible] Marinekommandobefehle in Göring's Befugnisse. Als das Kriegsmarine eingriff. Die Marine Hitler nicht gekürzt werden und waren [illegible] allen Neuerungen an vorderster Stelle. Gegen Dönitz gegen die Luftwaffe vorläufig an [illegible] aber fügen. Göring [illegible] Anfang 1939 [illegible] Rede, [illegible] Luftwaffe [illegible] Hitler [illegible] konnte sie [illegible] Luftflotten [illegible] Konnte nicht. Denn nun müssen wir [illegible] Monaten vor dem Krieg und ebenso nach Ausbruch des Krieges Hitler, das Oberkommando der Luftwaffe nicht entwickelt, sondern nur auf den Gebieten, die Luftwaffe mit unter den Gesichtspunkt der Unterstützung der Truppe [illegible] Luftflotten, Korps, Fallschirmjäger, Transporter, Flak, [illegible] man in dieser Zeit über Aufstellung aller [illegible] Flugzeugen von 300 auf 1000 Flugzeuge im Monat steigert. An die operativen Luftwaffenführer trat die Frage in [illegible] gegen, die im Vordergrund standen. Daß die Luftwaffe die Voraussetzung für Land- und Seeoperationen ist, hatte sich in den Blitzkriegen in Polen, in Frankreich und auf dem Balkan nicht gezeigt, die den Luftkrieg nicht betroffen. Das Norwegen-Unternehmen dagegen konnte nur durch die deutsche Luftwaffe möglich werden. Da die Landungsgebiete der englische Flotte durch Truppen [illegible] werden, aber diese einmalige Leistung nicht ausreichte, um [illegible] die Luftwaffe [illegible] Führung so beeinflussen, gegen die Göring vergeblich bis zum Kriegsende ankämpfen mußte. Der Fehler der operativen Luftwaffenführung [illegible] Luftwaffe mit allen ihren verhängnisvollen Folgen. Diese falsche Einstellung der obersten Führung kam in [illegible] Luftwaffe [illegible] Ausbau, auf die sie noch so gerne kommen werde und für den Ausgang des Krieges [illegible] werden. Die [illegible] Grund war, daß 1940 auf den Absturz des Frankreich-Krieges nun [illegible] einbaut, in der die Luftwaffe Kapazität [illegible] in Erscheinung tritt,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Aber auch die fertige Konstruktion bietet zur Ausrüstung der Luftwaffe zunächst bei allen Vorteilen gegenüber der Produktionsbasis und dem Aktionsradius ein weiteres selbst materialsparendes Faktor. Vom Kriegsbeginn bis Ende 1941 produzierten wir 24000 Flugzeuge. Bei einer Verstärkung der Luftwaffe, beispielsweise auf einen Aufstellungsstand von 4000 Flugzeugen, hätte sich eine gewisse Basis an Gerät- und Materialbestand und an Flugzeugführern ergeben, der Ersatz wäre gesichert gewesen. Das Kampfgebiet hätte einen tragfähigen Rahmen und durch den selbstgewählten Takt einen sicheren Abschluß.

Was die Engländer auf dem Gebiet der Entwicklung [illegible] geschehen? Hilch von seiner Selbstsicherung über die Ju 88, die sich selbst 1940 als Fehlentwicklung [illegible] hatte, als sich die Ju 88 für den Bombenkrieg gegen England als ungeeignet zeigte, nicht frei gemacht, und selbst diese, als sie gerade für die Entwicklung [illegible] (die 1938 abgelehnten Bomber, die Do 217 und die He 177) wieder begonnen [illegible] zu kleinen Serien zu bauen. Man wagte den Versuch, die einmotorige He 177 als „Fauchen" zu konstruieren, d.h. ja zwei Motoren [illegible] auf einen Rüstbaum aufzubringen, aber den Versuch weiter aufzugeben, da man aus Materialmangel die Weiterentwicklung genügend schneller Kurzbomber zurückstellen mußte. Auf dem Jägerplatz flog man auf einmal die He 100, die man schon in Spanien benutzt hatte und die im Jahre 1940 [illegible] geflogen wurde. Es war also in Wirklichkeit fast 10 Jahre lang die gleiche Maschine, während in dieser Zeit ein Jagd-Flugzeug 4 Typen-Serien [illegible] Die He 100 von der Spitfire abgelöst wurde, forderte Udet [illegible] Focke-Wulff 190. Diese Entwicklung zeigt Hilch nicht in das Produktionsprogramm, als dann die Rüstung [illegible] Zusammenstößen zeigten, daß wir Udet's Selbstsicherung beigetragen haben. Man baute Focke-Wulff, aber man baute die Flugzeuge nicht, die man 1939 [illegible] vorgefunden hatte, die damals in der Welt [illegible] und tadellos waren und die den Jagdkrieg völlig hätten rationalisieren können, den „Messer", dessen Antrieb nicht durch einen Zylinderblock, sondern [illegible] im Typ der Doppelmotorigkeit. In der Führungsspitze, [illegible] so unmöglich, daß Entwicklung und Produktion [illegible] Gegenstände auf weite Sicht festlegen mußten, waren die Kriegsereignisse [illegible] Sie hatten [illegible] daß sie auf diesem Gebiet grundsätzlich, selbst aus Gründen der Luftlage [illegible] Krieg fallen die Entscheidungen nicht gebracht, daß [illegible] großen Serie [illegible] Maschinen [illegible] Selbstverständlich [illegible] zu geben, die [illegible] „Wunderwaffen" nicht [illegible] und sie die Luftwaffe nicht [illegible] sondern sich von ihrer Bedeutung [illegible] Vorstellung machen konnten. Der zweite Grund war, daß 1933 infolge der Nicht-Zulassung [illegible] Kriegsflugzeuge [illegible] Grundbegriff [illegible] Basis [illegible] auf breitester Basis [illegible] ins Ausland getragen wurde, daß sie allem in Amerika Versuche auf breitester Basis gemacht wurden und daß man [illegible] 1939/41 die [illegible] Konstruktion

verlegend auftritt. In deutlichem Gegensatz dazu steht das Bemühen Mangels der zweifelhaften Methoden die Herstellung von Radargeräten in der notwendigen Zahl und mit der geforderten Präzision nicht zu hemmen. Dazu kam, daß auf dem Funkensektor eine einheitliche Leitung [illegible] fehlte. Die notwendige Klärung hätte bedeutet, daß vielmehr die Rüstungsstäbe einzeln mit gewissen Arbeiten [illegible] war auf allen Gebieten das Gleiche, man fiel die Radare zwar stückweise in Massen her, aber bei dieser falschen Schwerpunktbildung die großen Linien und Absatz die wirklich wichtigen Geräte.

Als es zu Beginn des Jahres 1942 klar war, daß nur eine Entscheidung möglich war, sollte die obere Führung mit der gegensätzlichen Kriegführung Schluß machen und die Rüstungsleitung Radar organisation für einen Schlag lassen müssen. Für die Luftwaffe sollte das Schwergewicht auf die Jäger-Produktion gelegt werden müssen, als Zeichen des Übergangs von der Angriffs- zur Verteidigung. Aber die All-round-Angriffswaffe blieb die gleiche. Man fand es im Jahre 1942, daß die falschen Generalideen für die Luftwaffe des Jahres des Absturzes sind, mit der Rüstungsleitung [illegible] Englands das von jenen maßlosen Bomben auf ein einheitiges Flugzeug übergegangen; es sollte zu Beginn des Krieges gelaufen, daß Flugblattabwürfe werfen zu können; das Unmögliche bleibt [illegible] es 1940 zu Bombenangriffen über, die aber nur Moralische [illegible] und nur ein Einblick auf die immerwährende Steigerung [illegible] werden müssen. Als der Russische [illegible] Krieg begann [illegible] ein Aufatmen durch England. Churchill befahl, die nach-heute glaubten Kleinangriffe sofort zu stoppen und einen Plan für den massiven Bomben-Krieg zu machen. Es [illegible] die Pause bis Mai 1942 an, während die Engländer die neuen besaß, [illegible] kaum mit Massenangriffen begann. Da Angriff auf Köln zeigte, daß [illegible] mit Sicherheit möglich [illegible] Massenangriffe [illegible] aus eigener Erfahrung, daß [illegible] Zahl [illegible] in deutschen Städten [illegible] werden kann. Am 30.4.42 begann England den Reigen der Großangriffe mit Flächenangriffen auf Köln, das mit 1000 Bomben [illegible] wurde, es folgten, sich steigernd, die Flächenbombenangriffe auf Ruhrgebiet und Hamburg. Eine Lösung der Taktik war im großen und ganzen gefunden; die Flächenbombe [illegible] englischen Bomber noch nicht fanden. In Amerika [illegible] der [illegible] Rüstungsanlagen ab. In 2 Jahren wird die [illegible] Flugzeug-, Motoren- und Bewaffnungsindustrie der Welt aufgebaut. Amerika [illegible] auf Sicherheit und stellt mit vielfachen Überkapazität auf [illegible]. Mit England wird [illegible] Bombenplan aufgestellt und abgestimmt. Es wird in seinen vollen Auswirkungen für Deutschland erst ab Januar 1944 erkennbar, vor allem, als im Mai 1944 die systematische Zerstörung unserer Treibstoffindustrie begann. Die Bomberorganisation in England wächst auf, ein Viertel der Amerikaner [illegible] von Italien aus [illegible]. Den besonderen Antrieb [illegible] für England die bei Rolls Royce [illegible] Merlin 10-Motor, der für die Bomber großen Reichweiten, für die [illegible] große Höhen ermöglichte. Der Motor, der auf 9000 - 11000 m. gehen konnte, entsprach der Taktik mit dem Tagangriff [illegible]

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

geschlossen — wenn auch nicht, wo der eigentliche Angriff kommen sollte, zu stören — mit den wenigen Maschinen konnte man Millionen den Schlaf rauben — ein Großangriff auf Einzelziele durchzuführen. Die Abwehrerfolge gegen die Mosquitos waren gleich Null. In Rußland war das fliegerische Können noch sehr gering. Man betrachtete die Luftwaffe als Hilfswaffe des Heeres und nützte sie nicht operativ. Die russische Wehrmacht ... an das Material, nicht das Personal der russischen Luftwaffe. Die auftretenden Schwierigkeiten wurden durch die großzügige amerikanische Hilfe überbrückt, die auf den drei Wegen, über Wladiwostok, über Persien und — was am wichtigsten — über das Nordmeer nach Rußland gebracht wurde. Dafür zeigte die Kraftindustrie viel höhere Leistungen, als wir angenommen hatten, vor allem auf ... Schon 42 war die Luftwaffe ausschließlich in Zellen und Motoren abhängig von Amerika.

Der Lage und der allgemeinen Auffassung entsprechend gab die oberste Führung der Luftwaffe folgende Aufträge für das Jahr 1942: In Rußland, vordringliche Unterstützung des Heeres durch Transporter, Jabos, Schlachtflieger usw.; der Krieg im Osten sollte in diesem Jahr unter allen Umständen siegreich zu Ende geführt werden. An der Mittelmeerfront sollten die Geleitzüge vernichtet werden. An der Westfront sollte ~~unter allen Umständen~~ die Bombardierung auf die englische Industrie fortgesetzt werden. An der Heimatfront sollte ~~unter allen Umständen~~ die Nachtjagd sichergestellt werden. Dazu kam der Kampf um die Luftherrschaft, der sich immer deutlicher am Horizont abzuzeichnen begann, mit der Notwendigkeit, nicht nur Jäger, sondern auch Nachtjäger zu erstellen. Das Ideal wäre gewesen: 75% Jäger : 25% Kampfflugzeuge. Tatsächlich wurden 25% Jäger (60 im Heer) 30% Bomber u.s.w. gebaut. Unter dem ihm aufgezwungenen Druck hat Milch, der nach Udets Tod die Technik in der Luftindustrie allein verantwortlich führte, Hervorragendes geleistet, ~~...~~ vor allem durch planmäßige und großzügige Schrottverwertung und Reparaturindustrie. Das Jahr 42 hat von allen Kriegsjahren die meisten Flugzeuge gebracht. Im Osten war der Feldmarschall v. Richthofen ein Großkommandeur. ~~...~~ Im Norden wurde die Aufgabe hervorragend gelöst; es gelang, fast ohne eigene Verluste, zwei Geleitzüge vollständig zu vernichten. Im Westen waren die Verluste bei den nun aus politischen Gründen fortgeführten Angriffen auf England sehr groß; in einem Jahr mußte das Personal fünfmal erneuert werden; die Unterstellungen waren entsprechend hoch. Die Südfront erwies sich auch als Großeinsatz; im Mai 42 meldete Feldmarschall Kesselring, daß er die Gegenwehr in Malta ausgeschaltet habe, es sei möglich, jetzt Malta mit einer schnellen entscheidenden Fallschirm-Division zu nehmen. Aber Rommel verlangte die Entsendung dieser Division zur Unterstützung nach Afrika. Im Juni waren wieder Schiffe in Malta eingelaufen, der mögliche Zeitpunkt für die Einnahme war verpaßt. Damit wurde der Mai 42 zum Wendepunkt, von dem an auch im Süden die Luftherrschaft endgültig verloren war.

Bis Ende des Jahres 42 hat in der Heimat noch einigen Jägern und Flak all am Anfang ... Die Modernisierung hatte nicht geschaffen werden können, man hatte von der Hand in den Mund gelebt. Die von Udet so drängend geforderte FW 190 wurde im August 1942 eingesetzt, aber es brachte

aus dem Ausgleich mit den englischen Jägern, keine Überlegenheit. Der Strahler stand weiter in Augsburg und wurde nicht gefördert, obwohl Galland als Chef der ~~Jäger~~ Jäger ihn dringlich verlangte. Messerschmidt legte mehr Wert auf die Serienproduktion der Me 109. Es sind am Strahler wohl noch gewisse Materialschwierigkeiten zu beheben gewesen, aber seit Ende 42 war er völlig beurteilt. Auch Goering und Milch wiesen Hitler auf die Bedeutung des Strahlers hin, aber nach einer langen Besprechung, die Hitler mit Messerschmidt hatte und bei der dieser offenbar abgebremst hat, ging Hitler auf die Bitten von Goering nicht ein.

In allen diesen Jahren war Goering innerlich von der Gefahr, die aus dem Verlust der Luftherrschaft sich ergeben mußte, und ~~von der Notwendigkeit~~ davon überzeugt, ~~mit~~ daß die falsche Grundeinstellung Hitlers diesen Verlust herbeiführen mußte. Aber nach außen gab er Hitlers Auffassung wieder. Sein Verstand war gegen, sein Herz für den Führer, von dem er sich immer wieder hypnotisieren ließ. Seine Treue war stärker als seine ~~Einsicht~~ Einsicht. Aber es erwuchs doch ein innerer Konflikt zwischen ihm und Hitler, der zu einem wachsenden Vertrauensschwund führte. Ebenso wurde das Vertrauen der Luftwaffe zu ihrem Oberbefehlshaber erschüttert, der in keiner der entscheidenden Fragen sich durchzusetzen wußte. Man <aus VII a>

Für das Jahr 1943, in das man mit einem solchen tiefgehenden Vertrauensschwund hineingang, ~~wurde das Jahr der Kommissare~~. Als Aufgaben wurden der Luftwaffe gestellt: im Osten die Unterstützung des schwerringenden Heeres, im Norden wie bisher die Unterbindung der Geleitzüge, im Westen weiter Fortsetzung der Angriffe auf England und Abwehr der Einflüge, im Süden Unterstützung des Heeres, um Afrika auf alle Fälle zu halten, und schließlich Ausbau der Reichsverteidigung und Vorbereitung der Invasionsabwehr. Im Osten waren 200 Jäger und 200 Stuka und Schlachtflieger und zwei Bombengeschwader tätig. Im Norden hörte der Kampf auf, da Flugzeuge hierfür nicht mehr zur Verfügung standen. Im Westen fühlten zwei Geschwader mit 100 Jägern den Kampf. Die Angriffe auf England <laufenden> einzustellen und statt dessen von Zeit zu Zeit einzelne starke Angriffe zu unternehmen, das hatte man dem Führer seit langem geraten. Aber er hielt beharrlich aus Prestigegründen und aus der Besorgnis, England würde ein Abstoppen der Angriffe als Schwäche ansehen, an den laufenden Angriffen fest, bis sie Mitte des Jahres 1943 einfach nicht mehr möglich waren. Im Laufe dieses Jahres erschienen die Amerikaner mit den ersten schweren Tagesangriffen gegen die Rüstungsindustrie. Dieses Jahr brachte auch die ersten schweren Katastrophen: Stalingrad, Afrika, Kaukasus, Krim. Das brachte ungeheure Materialverluste, die im Wege der Reparaturen nicht mehr ausgeglichen werden konnten. Jetzt konnte nur noch eine starke Reichsverteidigung helfen, um die ~~verlorene Luftherrschaft wiederzugewinnen~~. Goering ergriff verschiedene Maßnahmen, er faßte erstmalig die Reichsverteidigung in einem Korps zusammen, er trieb die Funkmeßindustrie an, er stellte Jagddivisionen auf, aber es gelang ihm nicht, Hitler dazu zu bringen, den Schwerpunkt auf die Jägerproduktion und in-

Verluste einigermaßen auszugleichen und wenigstens die Produktion im Lande zu sichern.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

nachts den Tages- und Nachtjagdschutz zu verlegen. Die Forderung Hitlers, die Angriffe auf Tagbombergeschwader, möglichst gegen den ersten Bomberstrom, der Jn 188, mit allen einsatzfähigen Flugzeugen, möglichst massiert vorzutragen. Man hielt in der Klagenfurter Gegend eine Schwarmbildung von 12 Flugzeugen für das Höchste, trotzdem gelang es Hitler, die Nachtjagd auf 24 Flugzeug-Gruppen von 250 Nachtjägern zu bringen und die Jagdgrenzen von 100 auf 300 Kilometer zu verlegen. Auf der anderen Seite waren im Laufe des Jahres 1943 die Angriffstaktik der Fernbomber immer raffinierter und stärker. Die Rotterdam-Geräte waren allmählich immer mehr entwickelt; der Angriff am 21. 11. 1943 auf Berlin zeigte den erheblichen Fortschritt, aber folgenschwer kam das Jahr 1944 heran. Die Grenze, über die feindliche Begleitjäger die Bombergeschwader schützen, war immer weiter vorgeschoben und erreicht rasch im Mai 1944 Mitteldeutschland. Die Tapferkeit der Jäger kannte nun an den feindlichen Bombergeschwadern, da sie von feindlichen Begleitjägern in schwierigen Situationen waren. Gelang es einmal, den feindlichen Jagdschutz abzuschütteln oder die Bomber ohne Begleitjäger zu fassen, dann war der Abschuß von größerer Sicherheit, wenn auch die tapferen Jäger im zusammengeschossenen Feuer der Bomber schwere Verluste erlitten. Selbst beim tollkühnen Sturm unserer Jäger im Herbst 1943 bei Schweinfurt, bei dem unsere Jäger einen Bombenverband geschlossen und in Fetzen vernichteten, vollzogen sie [illegible] Verluste. Aber sie verfolgten die Feinde mit unserer Tapferkeit lange Zeit, aber bis die begleitenden Feindjäger an Aktion vorbei konnten. Die Flakabwehr wurde also Bomberschutz gegen den Angriff und Nachtjäger vorbereitet. Zwei Drittel der Flakgeschütze, die mit ihren hohen Zahlen nicht unterschätzt werden, die Fallschirmjäger und Infanterie-Einheiten zum Schutz der Flugplätze und Industrieanlagen vorgesehen waren, wurden für Erdkampf eingesetzt. Die Führung wurde also dauernd gegen den Luftkrieg übersetzt und eine rückgängige Entwicklung der Fernbomber [illegible] war nicht mehr möglich. Und schon Jagd im Sommer 1943 war es soweit, es gelang Goering, von Hitler die Genehmigung zur Fabrikation der Flakgeschütze zu erhalten. Die Flakgeschütze wurden freigegeben, im Januar 1944 fielen 100, im April 500, im Januar 1000 Flakgeschütze [illegible] mehr. Es [illegible] die Aufgabe der Luftwaffe [illegible] über dem Heimatgebiet [illegible] und die Luftwaffe [illegible] zu entsenden. Jene mußten die Schwerpunkte überwachen, wo den Feind die mit 88 Zentimeter Kanonen ausgerüsteten Flakbatterien [illegible] die Flakgeschütze [illegible] werden. 80 Flakgeschütze sollten auf 2 × 2 Kilometer gebracht werden, die Organisation Todt, die den Atlantikwall errichtete, [illegible] für diesen Zweck eine Aufgabe erfüllen sollte, da [illegible] die im dramatischen Ablauf der Luftverteidigung [illegible] Luftwaffe folgenschwere und verhängnisvolle Handlung von Hitler aufgedrängt, denn die neue Schnellbomber fertig wurde, und erklärte, als der vorgefallene Mangel, die Flakgeschütze für Jäger, nicht Bomber, in ausreichendem Maße, die Luftwaffe sah sich gezwungen, und

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

auf seinem Lauben einen Jäger gemacht. Selbstverständlich kann ZS/A-20 / 63 — 48 Schuß Kal. 20 zur Erlegung sämtlichen Raubzeugs, sowie des für Langen zum Schuß kommenden Federwildes vollkommen ausreichen, wenn die Tragweite der Schrotpatronen nicht zu groß ist. Auch sind die Streugarben dieser Patronen auf kurze Entfernung noch so stark, daß ein sicheres Treffen gewährleistet ist. Aus diesem Grunde ist die Verwendung dieses Kalibers auch für Anfänger im Schießen zu empfehlen. Ein Nachteil ist allerdings, daß die Tragweite der Schrotpatronen nicht so groß ist, wie die der Patronen Kal. 16 und 12. Auch ist die Streuung der Schrotgarben bei diesen Kalibern größer. So ist es nicht zu verantworten, die Straßenjagd mit Schrotpatronen Kal. 20 zu betreiben, da hierbei die Gefahr, daß Personen getroffen werden, sehr groß ist. Auf alle Fälle ist der Schütze dann nicht in der Lage, das Wild einwandfrei zu erlegen. Dann besteht die Gefahr, daß das Wild krank geschossen wird. Es kommt also darauf an, die Tragweite der Schrotpatronen genau zu kennen. Man kann dann ein Kaliber nicht zum Vorwurf machen und dabei seine Jagdausübung einschränken. Ich habe im Januar 1945, also im letzten Jahr, meinen 2 Jagden Straßenjagden gemacht, da als Munition — da sie nur 250, hin und zurück 500, Kilometer Fahrstrecke hatten, das Jagdgebiet eine Ausdehnung — und auch als Aufklärer benutzt wurden. Mit seinem Jagdschein und seiner Waffenbesitzkarte hatte Heller die einzige Chance, eine Bescheinigung des Heimatverteidigungsbezirkes, über den Besitz einer Waffe und Munition dafür einzutauschen.

Aber es blieb nicht bei dieser Absicht - so daß ich Heller bat, mich die Waffen zu zeigen, da wir ja Gefahr, und ich wollte alle Waffen des Besitzers genau kennen, daß ich Schäden oder Unfälle durch unsachgemäße Behandlung der Waffen vermeiden konnte. Es kam nicht zu der Besichtigung, da mir Heller sagte, daß er seine Waffe nicht mehr besitze. Er hatte sie bei einer Gelegenheit gegen Schnaps eingetauscht. Ich war sehr enttäuscht, da ich mich auf die Jagd mit Heller gefreut hatte. Heller sagte mir, daß er sich eine Waffe kaufen wolle, und ich sollte ihm dabei behilflich sein. Ich versprach ihm, mich darum zu kümmern. Ich hatte nicht zu der Besichtigung, da mir Heller sagte, daß er seine Waffe nicht mehr besitze. Er hatte sie bei einer Gelegenheit gegen Schnaps eingetauscht. Ich war sehr enttäuscht, da ich mich auf die Jagd mit Heller gefreut hatte. Heller sagte mir, daß er sich eine Waffe kaufen wolle, und ich sollte ihm dabei behilflich sein. Ich versprach ihm, mich darum zu kümmern. Ich hatte nicht zu der Besichtigung, da mir Heller sagte, daß er seine Waffe nicht mehr besitze. Er hatte sie bei einer Gelegenheit gegen Schnaps eingetauscht. Ich war sehr enttäuscht, da ich mich auf die Jagd mit Heller gefreut hatte. Heller sagte mir, daß er sich eine Waffe kaufen wolle, und ich sollte ihm dabei behilflich sein. Ich versprach ihm, mich darum zu kümmern.

Heller sagte mir, daß er sich eine Waffe kaufen wolle, und ich sollte ihm dabei behilflich sein. Ich versprach ihm, mich darum zu kümmern.

Weg führt zur Kriegsbühne. Das soll so, daß Goldring alle die großen Kanonen der Regierung, Galland an die Spitze seiner Heller stellte, daß Alle wüssten, daß Hitler an dem ganzen Krieg die immer daß Kämpfern gegen, daran soll nun die Jagdwaffen allein retten können, Heller wäre es bisher, die Mängel der Luftwaffenführung aufgedeckt. Jetzt war ein Treffer Hellmichfeld gegangen, die Jagdflieger hätten Hitler abgeschossen.

Das Verfagen seiner Flugzeuge, das Abbrennen seiner Städte, alle diese bedrückenden Eindrücke an der Front die er in der Heimat, bei Volk und Partei, seiner großen Unzufriedenheit mit Goebbels Vorträgen bei Hitler über Bombenangriffen brachten, Gauleiter fragten den Führer, was denn werden solle, die getroffenen Hoffnungen der Bevölkerung, die an Vergeltung zu glauben und in die Führung gesetzt begannen. Und in diesen Besprechungen verweigerte Hitler dann die Vergeltungswaffen: Sie hätten nicht die Zeitung an, obwohl es seine propagandistische Pflicht sei, und Goebbels spräche selbst im Rundfunk von der Wirksamkeit kommender Wunderwaffen. Das Volk glaube es und rechte Vergeltung. Aber gerade diese Rückschläge lösten sich die Luftwaffenführung nicht mehr gutmachen, fühlte sich dann eine gewisse Genugtuung, daß es nun auf die Luftwaffe nicht ankäme, daß Hitler immer die Jagdflieger verantwortlich machen könnte. – Das Jahr 1943 war das Jahr der Kommissare. Auf allen Gebieten der Führung waren Jäger, ausgezeichnete Männer zu Sonderkommissaren bestellt, die, oft direkt auf den Nahen warten, eine Art Kontrollfunktion über die Truppe, die praktischen Erfahrungen, daß alle abgestellten Kommandeure in ihre alte Tätigkeit Männer mit Hilfserfahrungen, daß alle abgestellten Kommandeure, die Entscheidung über Form und Art der Meldung entschieden, um ihre Tätigkeit in rechte Licht zu setzen; diese Tätigkeit sah dann als neue großen Fehler Hitlers in der Führung an. Seine Berater. Auf Befehl von Hitler in seinem Bunker nicht mehr erwünscht, ein Stück auf Kommando ging an Speer, im Herbst 1943 war Alles bei Speer, wo Sauer die Jägerproduktion vorantrieb, das neue Jagdflugzeug Hitlers gestellt werden war, neue Aufgaben Hitlers [illegible] Jäger, seine Aufgabenübungen die Straßen und die Bewaffnung der Luftwaffe die besten Erfolgsaussichten versprachen. Das Ergebnis war immer unbefriedigend. Die Jäger der Luftwaffe flog auf 1500 monatlich, die Ausfälle an Maschinen war katastrophal, die Flugzeugindustrie arbeitete gut, die Bombergeschwader voll bei der Umstellung. Hitler selbst wirke wenig gegen die Kommandeure; die Führer waren gleich, der Generalinspekteur flog aus; so flogen Hitler aus den Luftwaffenführungsstäben die Jäger aus; es flog zu Speer, aber der ausgezeichnete Mann, der wie ein zweiter Udet wirken konnte, spürte Hitlers wie Luftwaffe, wenn es allen unangenehm war, sei es der Luftwaffe nicht mehr gedenken. Es arbeitete wie und zum Schein mit.

Es wäre einfach um den Rückzugsfall. Seine alten Kameraden verließen ihn. Im Herbst 1943 war auf Jeschonnek, von ihm gezogen, es fiele ein Wort von Hitler gewesen. Jeschonnek war [illegible] auf der Kriegsakademie der Jäger einen der klügsten und begabtesten Offiziere nahe

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

die entsprechende [illegible] durch. Es wurden dann besondere Verbände für die Reichsverteidigung aufgestellt, sondern abgekämpfte Frontverbände für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Hitler sah noch immer nicht, daß der Schutz der Heimat gegen Bombenangriffe auch die Versorgung der Front die wirksamste und nachhaltigste ~~[illegible]~~ Hilfe [bringt]. Er konnte von seinen Offensivgedanken nicht loskommen. So versuchte er im Januar 1944 noch einmal, durch Bombenangriffe London einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Er wandte sich auch hier willkürlich das System der Sonderkommissare an. Die Angriffe auf London wurden der Luftflotte, die hierfür das Kommando hätte, entzogen und einem [Gen] jungen Peltz unterstellt. Auch er konnte das Schicksal nicht wenden. Ebensowenig konnten das die V-Waffen, die große Mengen an Material beanspruchten und den Bau von Jägern entzogen, und keine Kriegsentscheidung brachten. Das Jahr 1944 begann nun die [illegible] Sprache der [illegible] zu gebrauchen. Was alle Argumente [illegible] nicht zu Wege gebracht hatten, das setzte jetzt die Gewalt der Tatsachen durch. Hitler ließ auch die Bomberflotte aufgelöst werden, es war kein Benzin für sie mehr da, die [illegible] Produktionstätigkeit gestattete ~~[illegible]~~ die Herstellung verschiedener Typen nicht mehr. Der Jäger wurde jetzt All-Round-Flieger, Mädchen für Alles. Aber unter dem System der Sonderkommissare nahm die Qualität erheblich ab; es handelte sich im wesentlichen um Anforderungen, die eine schnellere Produktion erzielen sollten. Flugzeuge kamen an die Front, die nicht oder nur schlecht einsatzbereit [waren] ~~[illegible]~~. Die [illegible], die Kolbenfresser, die Motorendefekte mehrten sich, aber der Kommissar konnte melden, daß das Produktionssoll erfüllt oder sogar überschritten [war]. Ostern 1944 machte General [illegible] mit Hitler den ~~letzten~~ Versuch eines einmaligen großen Einsatzes, alle einsatzfähigen Jagdkräfte im Reich zusammenzuziehen, <[illegible]>. Sofort hat Göring sich eingesetzt; ob mit der ganzen Tatkraft, die notwendig und möglich gewesen wäre? Man kann noch allgemein [illegible] sagen, daß keiner der Männer um Hitler so [illegible] hat, so [illegible]. Er opferte sich [illegible] hat, wie es seine Pflicht gewesen wäre. ~~[illegible] auf Göring zu wenig [illegible], [illegible] sich mit militärischen [illegible] besser [illegible] zu können, und er [illegible] der [illegible] abhängig war, wobei er [illegible] und [illegible], so hatte er doch sofort [illegible] [illegible] [illegible], die großen [illegible] und [illegible]. Nur die Durchführung im Einzelnen [illegible] [illegible] und Hitler [illegible]~~ In seinem inneren Konflikt, der schon früh begann, hat Göring doch immer wieder auf den Führer gehört. Weil er Hitlers Worte [illegible], aber selbst [illegible] sie zu glauben,[1] weil er seine Waffe nicht verteidigte, als man sie mit falschen Worten beschuldigte, in Frankreich versagt zu haben, entfremdete sich die Luftwaffe von ihrem Chef und wandte sich vom Herbst 1944 ab ganz von ihm ab. Jetzt fragten jüngere Offiziere, wenn sie eine Rede von ihm gehört hatten, ob er verrückt geworden sei, jetzt trug man sich mit Attentatsplänen gegen ihn, und er selbst war vom Herbst 1944 an [illegible] [illegible] abwartend, ob er [illegible] noch etwas machen könne. Die deutsche Luftwaffe hat schon vor der Kapitulation ihr Ende gefunden, nicht durch die Schuld, aber auch nicht ohne Schuld ihres Oberbefehlshabers. Die Schuld der falschen Entscheidungen trifft Hitler, die Schuld [illegible] Widerstandes Göring.

[1] Weil er seinen Standpunkt Hitler gegenüber nicht unter allen Umständen [illegible] der eigenen [illegible] [illegible],

[illegible] gebracht hätte.

mit Hitler [illegible]

Hof von solch entscheidender Tragweite für Hitler ist verständ. Die Zusammenkunft der Generale, gerade der alliierten am Tage, an der Neige des Tages, ein paar Tassen Tee auf der Insel Sardinien war genommen Zeit. Für die Nachtbomber lag der Höhepunkt beim Start und noch mehr bei der Landung. Einer besonderen Hilfe Nachjäger, die immer mit den Bombern bis zur Insel vorgestoßen waren, um den Lichtern aus, daß die die Bomberflugzeugen zum Nachtjäger und aufforderten, und Scheinwerfer den Flugplätzen, die sich vorbereiten, wenn es denen einmal gestellt wird, die feindlichen Bomber bei der Landung zu überfallen. Das Kommando der Heimatluftverteidigung (ab Januar 1943) arbeitete einen genauen Plan aus, wonach mit zusammengefaßten Kräften der englischen Bomberflotte bei dem Rückflug auf die Insel dort in der Luft und am Boden zu überfallen. Folgende drei Jagdfliegerverbände sollten aus dem Norden Englands [illegible] geführt werden, um dort die Lizard „bandits" abzuschießen, daß sie Landen auf die Flugplätze der oben dort Karnung folgenden Gebiete Zeit bot, unmittelbar bei dem [illegible] folgenden Massenüberfall einen Überraschungserfolg zu erzielen. Der Angriff selbst in 3 Wellen mit je 40 Flugzeugen und mit Bordwaffen, sowie mit Bombenabwürfen durchgeführt werden. Der Vorschlag wurde Hitler vorgelegt und von ihm abgelehnt. Als [illegible] Grund für die Ablehnung [illegible] Hitler der Überzeugung, daß selbst ein solcher Nachtjäger nicht von diesen Flugplätzen bekommt, sondern den Befehl zur Umkehrung vorgelegt wurde, so ist die Tatsache, daß es einen ausführenden Piloten nicht billigte, nur erklärlicher. Aber die Begründung ist typisch für ihn. Er war [illegible]: er will die Tagesnachtjagd nicht, weil der Gedanke der nächtlichen Nachtjagd nicht treu. Bei dem Vergleich der britischen Abschußmeldungen und der von England bekanntgegebenen Zahlen zeigte sich nun, daß die Meldungen der Nachtjäger [illegible] übertrieben. Bei den Meldungen über Abschüsse über See oder über der Insel, wäre [illegible] von den britischen Bodenstellen bestätigt, die [illegible] nicht [illegible] auf andere Weise nicht exakt festgestellt [illegible]. Hitler, der [illegible] Gegensatz [illegible] Meldung [illegible] der Nachtjagdwaffe allgemein und unter dem Befehlsgrund der Tarnungsgedanke [illegible] ganz ab. Sein krankhaftes Mißtrauen gegen die [illegible] so groß, daß er lieber [illegible] Tarnung [illegible] glauben, als den eigenen Meldungen die eigenen trügen. Der zweite Grund [illegible]: das Kalb falle die abgeschossenen Maschinen [illegible] sehen, deshalb müssen die Abschüsse über Deutschland bestätigt werden. Abschüsse über England müssen nicht [illegible] Der Nachtjagd [illegible] nicht [illegible] den britischen, [illegible] von [illegible] den vorgeschriebenen Gesichtspunkt. Der Plan wurde [illegible] vorgeschlagen [illegible]

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

~~[illegible] entgegen den [illegible] Hitlers, die auf eine Luftkriegführung [illegible] die auf die offensiven Waffen als wichtigsten Teil der Rüstungsproduktion [illegible] Schwergewicht [illegible] auf die Jägerproduktion zu [illegible] und~~

eine große Heimatflotte der Jäger zum entscheidenden Angriff gegen die feindlichen Bomber[illegible] aufzustellen und einzusetzen, statt die Jäger, wie es [illegible] geschah, an die Front zu verteilen, wo der größte Teil von ihnen nicht im Luftkampf ausfiel, sondern auf den Flugplätzen am Boden zerstört wurde. gelang [illegible] seinen Bemühungen im Verein mit dem Inspekteur der Jäger, dem Brillantenträger General Galland, eine zum Einsatz fertige und für einen entscheidenden Angriff genügend große Jägerflotte in der Heimat aufzustellen. Die Pläne für einen großen Schlag waren fertig, die Befehle gegeben, [illegible] Galland glaubte den Abschuss einiger hundert feindlicher Bomber [illegible] können, auch wenn sie eigene [illegible] Verluste [illegible] erkauft werden müssten. [illegible] Hitler den Einsatz der Heimatjägerflotte an der Front [illegible] Invasionsfront [illegible]

~~[illegible] 1944 [illegible]~~ [illegible] als die Forderungen [illegible] Hitler [illegible] [illegible] [illegible] an der Front [illegible] beeinflussen können, [illegible] in der Heimat gab der feindlichen Produktion und [illegible] Luftwaffe [illegible] freie Hand, bis [illegible] Kreislauf der deutschen Kriegs[illegible] zum Stillstand gebracht wurde. [illegible]

[illegible] an Jägern [illegible] Heimat [illegible] 1000 [illegible] [illegible] Einsatz [illegible] noch einmal [illegible]

[illegible] die Grenzen der deutschen Jagd[illegible] [illegible] Westfront [illegible] im Frühjahr 1944 alle Pläne [illegible] [illegible] die deutschen Jagdflieger in der [illegible] einer Offensive, die, mit ungenügenden Kräften an einer für den [illegible] besonders schwierigen Stelle begonnen, [illegible] gelungenen Überraschung [illegible]

? von Hitler [illegible]

X
1) [illegible]
2) [illegible]
3) [illegible]
4) [illegible]

/1000 [illegible]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

46

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25\A-28 \ 83 - 22

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Ich habe dieses Kapitel über die Luftwaffe eingehenden Darlegungen entnommen, die ich während meiner Gefangenschaft von sachkundigen und urteilsfähigen Angehörigen der Luftwaffe erhalten habe. Es waren Gegner und Anhänger Goering's darunter. Man mag in einzelnen technischen Fragen, über die ich mir selbst ein sachverständiges Urteil nicht anmasse, anderer Ansicht sein. Aber im ganzen gibt die Darstellung wohl ein zuverlässiges Bild. Ich habe es in solcher Ausführlichkeit unterlassen, nicht nur, weil es zur Charakteristik Goering's gehört, nicht nur weil es eine Antwort auf die von Millionen Deutscher gestellte Frage gibt: Wo blieb unsere Luftwaffe?, sondern vor allem weil an diesem Sektor die Verantwortung Hitler's für militärische Fehlentscheidungen klar nachgewiesen werden kann. Gegenüber den Stimmen, die nicht verstummen wollen, dass die Verlust des Krieges auf Sabotage zurückzuführen sei, muss mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: es hat nur einen gegeben, der wirklich im grossen und wirkungsvoll sabotiert hat. Das war Hitler selbst. An ihm hat sich das Wort erfüllt, dass die Götter den mit Blindheit schlagen, den sie verderben wollen. Ich möchte nicht missverstanden werden. Mir liegt es völlig fern, da nachträglich Recht haben zu wollen, dass Deutschland bei Vermeidung der während des Krieges getroffenen, militärischen Fehlentscheidungen den Krieg hätte gewinnen können. Ich bin der gleichen Ueberzeugung, die ich auch vor dem Kriege hatte, dass Deutschland gegenüber der vereinigten Macht der grossen Weltmächte unterliegen musste. Hitler hatte bei Vermeidung der von ihm gemachten Fehler den Krieg in die Länge ziehen können, bis wie Japan ein Opfer der Atombombe geworden wären. Aber es lag mir daran, nachzuweisen, dass nicht Verrat und Sabotage den Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt oder beschleunigt haben; soweit sie vorgekommen sind, ist ihre Wirkung verschwindend im Vergleich zu der Tätigkeit Hitlers, die mehr als aller andere zu der Serie der deutschen Niederlagen beigetragen hat. Noch eine weitere Klarstellung ist notwendig. Wenn in diesem Kapitel von einer „Schuld" Goerings gesprochen worden ist, so ist hier nur sein Verhalten vom Standpunkt der ihm übergeordneten Stelle aus einer Kritik unterzogen. Seine eigentliche Schuld, dem deutschen Volke wie der Menschheit gegenüber, liegt an einer ganz anderen Stelle. Wenn es richtig ist, dass Goering wie im September 1938 so auch im August 1939 zur „Friedenspartei" gehörte – und ich persönlich bin der Ansicht, dass es so war –, dann

während des Krieges

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

liegt seine Schuld darin, dass er, der unter den Friedensfreunden der einzige war, der durch seine Stellung und seinen Einfluss auf Hitler bei vollem Einsatz seiner Person Hitler's Entscheidung hätte ändern können, diesen Einsatz nicht gewagt hat. Die Gründe aber, aus denen er dies nicht tat, sind die gleichen, aus denen er im Kriege bei den seine eigene Truppe betreffenden Fehlentscheidungen Hitler's versagte...

Nebenfiguren im Drama.

Kurz seien noch einige Persönlichkeiten erwähnt, die in den 12 Jahren einen grossen Einfluss ausgeübt haben. Eine der unerfreulichsten Erscheinungen war der frühere Hauptknecht eines Münchener Lokals, Christian Weber, der es durch nie nicht bekannte Schiebereien zum mehrfachen Haus- und Grundstücksbesitzer gebracht hat und eine Reihe von Aemtern in der Partei oder ihren Organisationen auf sich vereinigt hatte. Der dicke Mann war ein rücksichtsloser Ellenbogenmensch übelster Sorte. Hingegen der zum zweiten Staatssekretär im Propaganda-Ministerium ernannte Leiter des Fremdenverkehrs, Esser, nicht viel nach. Er hatte eine der niedrigsten Mitgliedsnummern - ich glaube, Nr. 2 - und machte von den Ansprüchen, die er sich auf Grund dieser Position berechtigt glaubte, ausgiebigen Gebrauch. Als Leiter des Fremdenverkehrs rühmte er umsonst in Bade- und Kurorten und liess den Kaiserhof, in dem er sein standiges - kostenloses - Quartier aufgeschlagen, alle dort über ihn eingehenden Rechnungen bezahlen, er wurde auf eine weder schöne noch repräsentative Weise Schlossherr auf einem grossen Schloss, kurz er verkörperte den Typ des skrupellosen Parteigenossen. Dem Kaiserhof hat wenigstens seine enge Verbindung mit der Partei nicht nur im Falle Esser viel Geld gekostet. Auch wo er Rechnungen aufgestellt durfte, bekam er sie oft nach langen Bitten und Drohungen bezahlt, wobei Umstehende sogar oft, wenn es Schmiergelder an untergeordnete Stellen auszuwerfen hatte. Am krassesten waren seine Ausschreitungen bei der Privatkanzlei des Führers; hier betrugen sie teilweise 80000 - 100.000 RM. Wann und ob sie bezahlt wurden, hing von Hammerberg ab, da auch die Rechnungen im Kaiserhof machte. Hammerberg hatte die Oberleitung über Haus, Küche und Keller bei Hitler. Es ist Hitler oft nahe gelegt worden, den unbrauchbaren und korrupten Mann zu entlassen. Aber dessen Frau hatte die Küche unter sich, in der Hitler's besondere Diät hergestellt wurde. Hitler hatte sich an die Kochkunst der Frau Hammerberg gewöhnt und mochte sie nicht entbehren; so blieb auch der Mann in seiner Stellung.

Ein standiger Gast Hitler's wurde auch der Photograph Hoffmann. Das jetzige Monopol, das er auf Photographien hatte, auf denen Hitler zu sehen war, und auf ihren Vertrieb in der Presse verschaffte ihm ein mehr als reichliches Einkommen. Dazu kamen die Einnahmen, die er aus seinem - sehr guten - Photographen-Atelier bezog. Es gehörte nicht nur zum P.g. guten Ton, sich bei Hoffmann aufnehmen zu lassen, und man konnte sicher sein eines guten Bildes sicher sein. Er hat aber wenigstens keine amtliche oder halbamtliche Stellung ausgeübt, sondern war lediglich ein geschäftstüchtiger Revolutionsgewinnler. Gefährlicher war der Reichsleiter Amann. Mit der Treue, die Hitler allen Gefährten gegenüber auszeichnete, erinnerte sich Hitler auch seines alten Kompagniechefs aus dem Weltkrieg, des Hauptmanns Riedemann, und den Komp.-Feldwebels Amann. Riedemann machte er zu seinem persönlichen Adjutanten. Eine Zeitlang stand der immer lächelnd liebenswürdige und kameradschaftlich hilfsbereite, dabei allgemein beliebte Mann in hoher Gunst bei Hitler, die ihn sogar zu diplomatischen Sondermissionen nach England benutzte. Vielleicht hat neuerdings seine persönliche Eignung Riedemann die Bere-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

fung zu solchen Aufträgen eingeteilt, als vielmehr seine Freundschaft mit einem Prinzen Hohenlohe eines abenteuerlichen Herkunft, von der man in ref. 307 trotz ihrer gar nicht „einwandfrei“ arischen Abstammung Grosses erwartete. Man liess sie sogar längere Zeit in Hitlers Hauptquartier bei Salzburg, das Gast des grossen Regisseurs Reinhardt beherbergt hatte, residieren, bis Oesterreicher, die Hitler von ihrer Wiener Vergangenheit wussten, Hitler seinen Wein einschenkten. Das Verhältnis Hitlers zu Hiedemann hatte sich inzwischen rasch verschlechtert. Es war sich darüber klar geworden, dass sein Adjutant seine Politik nicht billigte und sich innerlich von ihm gelöst hatte. So trennte er sich von ihm; Hiedemann ging als Generalkonsul nach Amerika. Den tüchtigen Feldwebel Amann plagten nicht Skrupel noch Zweifel. Er ging den praktischen Weg beträchtlichen persönlichen Vorteils und fand gut Helfer. Da verschaffte Unterschrift Amann vermittelst es mit rascher, brutaler Energie, fast alle grossen Zeitungen in die Hand der Partei zu bringen und dem Eher-Verlag in München eine beherrschende Stellung zu verschaffen. Er verfuhr dabei völlig rücksichtslos. Als es z. B. noch im letzten Kriegsjahr sich entschlossen hatte, sich den letzten Konzern einzuverleiben, der bis dahin noch selbständig war, Hugenberg's Scherl-Konzern, da sah sich der alte Hugenberg, der sich durchaus nicht von seinem Lieblingskind trennen wollte, zwei Tatsachen gegenüber, einmal dem Versprechen Hitlers, dass Hugenberg durch Beteiligung an einem anderen wirtschaftlichen Unternehmen voll entschädigt werden sollte, dann aber auch der Drohung Amanns, dass es dem Scherl-Konzern einfach nicht mehr mit Papier beliefern und dadurch kleinkriegen würde. Hugenberg musste nachgeben und setzte seine ganze beträchtliche Zähigkeit nur noch daran, Hitler's Versprechen einzutreiben. Versuche, bei diesen Verhandlungen, den nicht 30 Jahre alten „Silberfuchs“ durch Länge der Verhandlungssitzungen müde und mürbe zu machen, erwiesen sich als Bumerang; der alte sass nach vielen Stunden noch immer mit der gleichen unerschütterlichen Hartnäckigkeit da und gab nicht um einen Zentimeter nach, während der Gegenseite die Knie weich wurden. Man musste ihm schliesslich alles bewilligen, was er verlangte. Beide Teile sind ihres Gewinns nicht froh geworden. Jedenfalls reiht den „Reichsleiter“ Amann die Bedenkenlosigkeit, mit der er nicht nur die Rechte Einzelner im Verlags- und Zeitungswesen den Interessen der Partei geopfert, sondern diese wiederum mit seinen eigensten Interessen verschmolzen hat, in die Schar derer ein, für die sich der Sammelname „Raeuber“ nicht als zu hart erweist.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Schacht.

Als ich am 30. Januar 33 unmittelbar vor der Eidesleistung im Zimmer des Reichspraesidenten von Meissner oder Papen Hitler, den ich ja nicht kannte, vorgestellt wurde, sagte ich ihm, ich koenne das Ressort des Finanzministers nur uebernehmen, wenn er mir zugagte, dass die Finanzpolitik nach gesunden Grundsaetzen mit dem Ziele der Etatsdeckung gefuehrt und ich nicht genoetigt werden wuerde, eine Inflationspolitik einzuleiten. Hitler war verlegen, er sagte, er wolle mich ja gerade als Sachverstaendigen auf einem Gebiet haben, auf dem er keine Erfahrung und Kenntnis besitze , und er sei selbstverstaendlich dafuer, dass die Finanzpolitik nach gesunden Grundsaetzen gefuehrt werde; Inflation werde er auf keinen Fall machen: wegen der Einzelheiten solle ich mich aber ~~an~~ mit Goering auseinandersetzen, der sich mehr als er selbst mit diesen Fragen beschaeftigt habe. Mehr konnte ich in dieser durch den Eintritt des Reichspraesidenten unterbrochenen Unterhaltung nicht verlangen. Als ich nach der Eidesleistung zu Goering ging und ihm mein Anliegen darlegte, sagte dieser, ich koenne voellig unbesorgt sein, er selbst ebenso wie Hitler sei fuer einen gedeckten Haushalt; das zu erreichen, sei meine Aufgabe. Was darueber hinaus fuer grosse Aufgaben - zunaechst der Bekaempfung der Arbeitslosigkeit durch ein grosses Arbeitsbeschaffungsprogramm - gebraucht werde, das werde Schacht finanzieren. Das habe er ihnen zugesagt, und sie wuerden ihn sehr bald an Stelle von Luther an die Spitze der Reichsbank berufen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde zunaechst mit Luther eingeleitet. Die Hilfe der Reichsbank bestand in der Schaffung und Uebernahme der Arbeitswechsel. Als Schacht Praesident wurde, waren wir uns in der Auffassung einig, dass, solange der Kapitalmarkt voellig darniederlag, eine Politik der Kreditausweitung, wie sie durch die Arbeitswechsel eingeleitet sei, zur Belebung der Wirtschaft und zur Ingangsetzung des Kapitalmarktes unvermeidlich sei. Die einzige Besprechung, die wir beide gemeinsam mit Hitler hatten, betraf die Finanzierung der Autobahnen. Ich versuchte, eine Begrenzung der Gesamtausgabe oder mindestens der Ausgaben fuer eine gewisse Zahl

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

von Jahren zu erreichen. Schacht unterstuetzte mich hierbei nicht, sondern sagte Hitler die Mitwirkung der Reichsbahn im Rahmen des Moeglichen und von ihm zu Vertretenden ohne Begrenzung zu. Als ich mich hinterher mit Schacht darueber auseinandersetzte und ihn fragte, warum er mich bei der Forderung der Begrenzung nicht unterstuetzt haette, sagte er, dass Hitler sich darauf sicherlich nicht eingelassen haben wuerde. Es sei das aber auch nicht noetig. Hitler koenne, auch wenn er die groessten Plaene habe, nicht mehr schaffen, als die vorhandenen Rohstoffe und Arbeitskraefte erlaubten. Was aber produziert werden koenne, koenne auch finanziert werden. Ich war hierzu anderer Ansicht; was er sage, gelte von Konsumguetern, nicht aber von unproduktiven Arbeiten, wie den Autobahnen. Zudem koenne durch Uebertreibung des Tempos auf der Produktionsseite Spannungen innerhalb der Wirtschaft auftreten, die dann auch fuer die Finanzierung schwerwiegende Probleme aufstellen wuerden. Schacht blieb aber bei seiner Ansicht und glaubte, in der Begrenztheit von Rohstoffen und Arbeitskraeften eine wirksame Bremse zu besitzen.

Diese Meinungsverschiedenheit trat auch bei der Aufruestung auf. Die eigentliche Aufruestung setzte mit dem Jahre 1935 ein. Im Jahre 1933 fand noch keine Erhoehung des Wehretats statt, im Jahre 1934 nur eine Erhoehung um - nach meiner Erinnerung - ½ Millia. Dann entwickelte sich die Aufruestung zahlenmaessig wie folgt: 1935: 5, 1936: 7, 1937: 9 1938: 11, 1939: 20 Millia. Bis Ostern 1938 wurde die Aufruestung aus dem Etat und, soweit dieser nicht ausreichte, aus den von Schacht erfundenen "Mefo"-Wechseln finanziert. Sie waren eine Wiederholung der Arbeitswechsel auf erweiterter Basis, nur dass an Stelle der Beffa als Aussteller die Metallurgische Forschungsgesellschaft (daher: Mefo) trat. Da die Unterbringung der Wechsel bei Industrie und Banken mit der Unterschrift dieser unbekannten, nur ueber ein geringes Kapital verfuegenden Gesellschaft nicht moeglich gewesen waere, war die Garantie des Reiches erforderlich. Die Wechsel liefen ueber 5 Jahre

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

die ersten wurden im Fruehjahr 1939 faellig. Vom Etatsjahr 1938 an erfolgte die Finanzierung, soweit die Etatsmittel nicht ausreichten, durch Aufnahme von Anleihen, - der Kapitalmarkt war wieder aufnahmefaehig geworden - und durch Begebung von 6 Monats-Schatzanweisungen. So war die Finanzierung fuer 1938 beabsichtigt : zu 5 Mill. aus dem Etat, 4 Mill. aus Anleihen, 2 Mill. aus Schatzanweisungen, und als im Laufe des Jahres durch Hinzutritt von Oesterreich und den Ausbau des Westwalls eine Erhoehung auf 14 Millia. verlangt wurde, aenderten sich die Zahlen wie folgt: 6 Millia. aus dem Etat, 6 Millia. aus Anleihen, 2 Millia. aus Schatzanweisungen.

Ich habe anfangs - es wird 1935 gewesen sein - wiederum versucht, Schacht zu veranlassen, gemeinsam mit mir bei Hitler den Versuch zu machen, eine zahlenmaessige Begrenzung der Ruestungsausgaben mindestens fuer zwei oder drei Jahre zu erreichen. Schacht war aus den gleichen Gruenden wie bei der Reichsautobahn fuer ein solches Vorgehen nicht zu haben. So wickelte sich die Finanzierung der Aufruestung in der Weise ab, dass Schacht und ich im Gespraech mit Blomberg, spaeter mit Keitel den finanziellen Rahmen fuer das kommende Etatsjahr festlegten . Es war selbstverstaendlich, dass die Ruestungausgaben von Jahr zu Jahr stiegen. Das hatte nichts mit einem Uebergang von Defensiv- auf Offensivruestung zu tun. Sondern es hing einmal mit den personellen Kosten fuer die 36 Divisionen zusammen, die ja nicht aus dem Boden gestampft werden konnten, sondern nur allmaehlich aufzustellen waren. Es lag aber vor allem daran, dass die Ruestungsindustrie erst ausgebaut werden musste, bevor sie in der Lage war, Ruestungsauftraege groessten Ausmasses auszufuehren. Die Ausgaben stiegen in dem Ausmass, in dem die Kapazitaet der Industrie wuchs. Wenn daher Schacht in seinen Aussagen vor dem I.M.T. (s.S. 8640 ff.) es so darstellte, als ob die Aufruestung in zwei Teile zerfiele, einen mit Reichsbankhilfe bis Ende des Etatsjahres 37/38, der sei

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

zu verantworten gewesen und habe sich in einem verstaendigen Rahmen gehalten, und einen zweiten ohne Reichsbankhilfe, ab April 1938, fuer den allein der Finanzminister verantwortlich sei, und der die Wendung zu einer militaeraristischen Politik vollzogen habe, so liegt ein doppelter Irrtum vor. Einmal lassen sich die Ruestungsperioden gar nicht von einander trennen. Die staerkere Belastung der Jahre 1938 und 1939 ist die direkte Folge der in den vorhergehenden Jahren betriebenen Investitionspolitik in der Ruestungsindustrie. Man kann nicht das erste mitmachen und dann die Verantwortung fuer die vorher genau bekannten Folgen ablehnen. Zweitens war Schacht ja noch Praesident der Reichsbank bis zum Januar 1939. Die Auflegung von Reichsanleihen und Begebung von Reichsschatzanweisungen konnte nur ueber die Reichsbank und mit ihrer Hilfe erfolgen. Schacht hat sich an allen Besprechungen mit Keitel intensiv beteiligt. Ich entsinne mich genau, dass wir uns, sowohl bei der Zahl von 11 wie bei der zweiten Ziffer von 14 Millia., nachdem wir in stundenlangen Verhandlungen die urspruenglich noch hoeheren Forderungen Keitels ermaessigt hatten, uns schliesslich auf die von Schacht vorgeschlagene Formel einigten: wir wuerden bei der Inanspruchnahme des Kapital- und Geldmarkts bis an die Grenze des wirtschaftlich zu Verantwortenden gehen; wenn die angeforderten Summen nicht zu beschaffen seien, muessten wir uns wieder zusammensetzen, um zu beraten, was zu tun sei. Zu einer solchen Beratung ist es nicht gekommen, da die Gelder, wenn auch unter Schwierigkeiten, beschafft werden konnten. Schacht hat waehrend des Jahres 1938 zu keiner Zeit erklaert oder zu erkennen gegeben, dass er sich fuer die Finanzierung des Jahres 1938 nicht verantwortlich fuehle.

Ein weiterer Irrtum liegt in der Darstellung ueber die Mefo-Wechsel. Er schildert das auf S. 8822 sehr plastisch, aber voellig wahrheitswidrig, dass er im Herbst 1938 den Finanzminister gefragt habe: In welcher Situation

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

sind Sie denn, Sie muessen mir doch die ersten Mefo-Wechsel zurueckzahlen, sind Sie nicht darauf vorbereitet? Und nun erst habe sich herausgestellt, dass der Finanzminister keinerlei Vorbereitungen getroffen habe; das habe natuerlich die Beziehungen zwischen Reichsbank und Finanzministerium ausserordentlich schwierig gemacht. Dabei kannte Schacht die Etatslage genau so gut wie ich. Er hatte ja die Verhandlungen ueber das Aufruestungsprogramm fuer dieses Jahr mitgemacht. Er wusste daher ganz genau, dass Mittel fuer die Rueckzahlung der Mefowechsel im Etat nicht vorhanden waren und nicht vorhanden sein konnten. Deshalb ist seine weitere Aussage, dass in den Mefo-Wechseln dann kein Risiko lag, wenn man eine vernuenftige Finanzpolitik trieb, d.h. wenn man vom Jahre 1938 an nicht weiter geruestet, sondern das aufkommende Geld zur Bezahlung der Mefo-Wechsel benutzt haette, theoretisch natuerlich richtig, sie geht aber an der praktischen Situation vorbei. Denn die Tatsache, dass "die Mefo-Wechsel aus Steuern haetten bezahlt werden koennen, aber nicht bezahlt worden sind, dass das Geld vielmehr verwandt worden ist um weiterzuruesten" , war ihm das ganze Jahr 1938 ueber nicht nur bekannt, sondern beruhte auf einer gemeinsamen Abmachung. Es ist daher auch niemals zwischen Schacht und mir zu einem Zusammenstoss oder auch nur einer Spannung wegen Nichtbezahlung der Mefo-Wechsel gekommen. Ich habe die schriftliche Aufforderung der Reichsbank, die Wechsel einzuloesen, lediglich als eine Formalitaet oder als eine Art animam suam salvandi causa angesehen. Ich habe auch, als meine Herren, Olscher und Bayrhoffer, berichteten, dass ihnen in der Reichsbank Vorwuerfe gemacht wuerden, lediglich gesagt, die Herren in der Reichsbank sollten sich von ihrem Praesidenten ueber die Lage belehren lassen.

Auch in den Aussagen Schacht's ueber seinen "Ruecktritt" scheinen mir gewisse innere Widersprueche vorzuliegen. Er bezeichnet das Jahr 1938, vor allem die Fritsch-Affaire, als den Zeitpunkt, zu dem er die absolute

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Gewissheit erhalten habe, dass ein grundsaetzlicher Wandel bei der politischen Fuehrung vorlage, die Wendung von einer friedlichen zu einer militaerischen Politik (S. 8688), die Gewissheit, dass Hitler in einen Krieg hineinsteigen werde, und zwar absichtlich (S. 8821). Wie ist es damit in Einklang zu bringen, dass er mir gegenueber solche Befuerchtungen nie ausgesprochen, sondern immer nur finanzielle und wirtschaftliche Sorgen wegen des Tempos zum Ausdruck gebracht hat, dass er nach der Bekundung von Vocke (S. 8866) im Fruehjahr 1939 - uebrigens mit Recht - darueber klagte, dass unsere Ruestung nichts tauge, wir haetten keine schweren Kanonen und keine Tanks? Danach waren wir doch also auf einen Angriffskrieg nicht vorbereitet. Wie ist es ferner zu erklaeren, dass, wenn Schacht den Kriegswillen bei Hitler annahm und deswegen aus dem Amt schied, er in der Denkschrift des Reichsbankdirektoriums vom Januar 1939 nicht die Dinge beim Namen nannte und vor einem Kriege warnte, sondern sich auf finanzielle und wirtschaftliche Argumente beschraenkte? Ich habe nicht bis zum Januar 1939 gewartet, sondern mich schon im Sommer 1938, als ich zum ersten Male eine akute Kriegsgefahr sah, Hitler eine Denkschrift vorgelegt in der ich - genau umgekehrt, wie die Reichsbank - nicht die Unmoeglichkeit der Finanierung nachzuweisen suchte, sondern im Gegenteil ihre Moeglichkeit betonte, unter einer Voraussetzung, naemlich der des Vertrauens des Volkes, und dieses Vertrauen haenge davon ab, dass Hitler keinen Krieg fuehre. Wenn Schacht, wie er auf S. 8715 bekundet hat, das Amt des Reichsbankpraesidenten loswerden wollte, weil er zwar die Verantwortung fuer eine defensive Ruestung uebernehmen wollte, aber nicht die Ver-antwortung fuer eine weitergehende Ruestung, die evtl. schon in sich das Schwergewicht einer Kriegsgefahr trug oder gar absichtlich in einen Krieg hineinfuehren sollte, lag es dann nicht nahe, dass er in einer Denkschrift nicht nur als der um die Waehrung besorgte Reichsbankpraesident sprach, sondern alle Register des um Deutschland besorgten Patrioten zog?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Frage, ob Schacht freiwillig gegangen ist oder hinausgesetzt worden ist, wird von ihm - und auch von Vocke - dahin beantwortet, dass er zwar hinausgesetzt worden ist, dass er aber die Absicht der Denkschrift der Reichsbank war, dieses Ergebnis zu erzielen. Ich glaube persoenlich, dass Schacht im Stillen doch gehofft hat, mit seiner Denkschrift Eindruck zu machen, dass er von seiner Unentbehrlichkeit ueberzeugt war und dass deshalb die Entlassung fuer ihn doch eine - schmerzliche - Ueberraschung war. Er hatte sicher durch die Denkschrift und die im Januar erfolgte schroffe Weigerung mit gegenueber, dem Reiche ueber Ultimo Januar die gewohnte Hilfsstellung zu geben, beabsichtigt, die Dinge zu einer Krisis zu bringen. Aber er habbe nach meiner Ueberzeugung gehofft, bei der Auseinandersetzung mit Hitler noch einmal einen Sieg davon zu tragen. Diese Annahme wuerde sich auch mit dem Eindruck decken, den Hasselt von der Unterhaltung mit Schacht hatte. Aber die Voraussetzung fuer diese Annahme bleibt, dass Schacht <u>nicht</u> damals an eine Kriegsabsicht Hitlers glaubte.

Schacht befindet sich in einer Zwickmuehle. Er hat erklaert, dass er (S. 8321) 1938 seinen Eid gebrochen habe, durch die Teilnahme an dem von Witzleben und Halder geplanten Staatsstreich, der durch die Muenchener Konferenz vereitelt wurde. Diese Teilnahme rechtfertigt er mit der seit der Fritsch-Affaire gewonnenen Ueberzeugung, dass Hitler auf einen Krieg hinaus wollte. Glaubte er an diese Kriegsabsicht, dann durfte er an der Aufruestung sich nicht weiter beteiligen. Deshalb behauptet er, " die zweite Epoche der Aufruestung" abgelehnt zu haben. Tatsaechlich hat er sie aber bis Weihnachten 1938, also ueber 3/4 des Etatsjahres, mithin ueber einen Zeitraum, wo fuer den Rest des Etatsjahres nichts mehr abzustoppen war, verantwortlich mitgemacht. Er hat mit grosser Dialektik diesen inneren Widerspruch vor dem I.M.T. dadurch aus der Welt geschafft,

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

dass er die Verantwortung fuer die zweite Epoche der Aufruestung ausschliesslich auf mich abgewaelzt hat. Der innere Widerspruch geht insofern ja noch ueber das Gebiet der Aufruestung hinaus, als Schacht sich zwar darauf beruft, seit 1938 aktiv an der Widerstandsbewegung teilgenommen zu haben, aber noch waehrend dieses Jahres oder nach dieser Zeit in oeffentlichen Verlautbarungen sich mit grosser Emphase fuer Hitler erklaert hat. Es ist wohl dieser innere Widerspruch, der ihm im Denazifizierungsverfahren sehr verdacht worden ist.

Zeugenvernehmung Schacht I.M.T. (23) 8569.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zu Kapitel I. Mir ist der Kampf, den der damalige Reichsbankpraesident Dr. Schacht gegen die Auslandsverschuldung der oeffentlichen Hand fuehrte, wohl bekannt. Als Generaletatsoeferent und Etatsdirektor habe ich an vielen Sitzungen des interministeriellen Ausschusses teilgenommen, in denen ueber die Gewaehrung von Auslandskrediten an Kommunen verhandelt wurde. Ich kann daher durchaus bezeugen, dass Dr. Schacht mit Energie und Temperament gegen Aufnahme von Auslandskrediten zu Felde gezogen ist. Ich habe allerdings die Form, in der er seinen Kampf fuehrte, nicht immer fuer gluecklich gehalten. Ich fuege hier ein persoenliches Erlebnis ein.

Waehrend Schacht im Fruehjahr 1929 ueber den Young-Plan in Paris verhandelte, geriet das Reich in Kassenschwierigkeiten. Ich gehe hier nicht darauf ein, ob und inwieweit die Verwendung der von dem Minister Schlieben angesammelten „Reserven" fuer die unter seinem Nachfolger Reinhold durchgefuehrte Steuersenkung und die unter dem Minister Koehler erfolgte Erhoehung der Beamtengehaelter die Ursache dieser Schwierigkeiten war, und ob das Kabinett Mueller mit dem Finanzminister Hilferding, das 1929 an der Regierung war, diese Schwierigkeiten durch Massnahmen, wie Bruening sie spaeter durchfuehrte, haette ueberwinden koennen und muessen. Jedenfalls waren die Kassenschwierigkeiten in dieser Zeit derartig, dass ohne einen „Ueberbrueckungskredit" das Reich seine Verpflichtungen – Zahlung von Gehaeltern und Loehnen, Einloesung von Faelligkeiten u.s.w. – nicht haette erfuellen koennen. ~~Unter die~~ ~~en~~ Da der deutsche Kapital- und Geldmarkt damals keine Moeglichkeiten zur Aufnahme eines solchen Kredits bot, blieb nur die Aufnahme eines Auslandskredits uebrig. Hierzu war aber die Mitwirkung der Reichsbank erforderlich, die nach den Dawes-Gesetzen von 1924 der Reichsregierung gegenueber voellig unabhaengig war. Unter diesen Umständen hat das Kabinett Mueller den Reichsbankpraesidenten, zu einer wichtigen Besprechung mit der Regierung nach Berlin zu kommen. Schacht

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

lehnte telegraphisch ab. Ein zweites Telegramm der Regierung schlug vor, Hilferding würde nach Berlin kommen, um sich dort mit Schacht zu treffen, der auf diese Weise nur einen Tag von Paris abwesend zu sein brauchte. Schacht lehnte auch diesen Vorschlag ab. Ein drittes Telegramm teilte ihm mit, dass ich im Auftrage des Kabinetts nach Paris fahren würde, um den in Frage stehenden Gegenstand mit ihm zu besprechen. Schacht antwortete, ich sei ihm immer willkommen; wenn ich aber einen Auslandskredit des Reiches mit ihm verhandeln wolle, möchte ich lieber in Berlin bleiben. Ich fuhr nach Paris und erreichte in mehrtägiger Verhandlung seine Zustimmung und Mitwirkung bei der Aufnahme eines Reichskredits in der Schweiz. Ich war in Paris zufällig Ohrenzeuge einer Unterhaltung, in der Dr. Schacht einem Bankier gegenüber es als einen seiner bereits errungenen Erfolge bezeichnete, dass es ihm die völlige Unabhängigkeit der Reichsbank wieder international habe garantieren lassen. Ich habe diese Unabhängigkeit, wenn sie auch in den oben von mir geschilderten Verkehrsformen zwischen Regierung und Reichsbank ~~bestand~~, zum Ausdruck kam, als eine für eine Regierung auf die Dauer untragbare Situation empfunden.

Der gleichen Auffassung waren der Minister Hilferding und sein damaliger Staatssekretär, Prof. Popitz. Von allem letzterer erklärte mir gegenüber wiederholt diesen Zustand für eine staatsrechtliche und politische Unmöglichkeit. Es gelang daher im Herbst 1929, ohne Beteiligung der Reichsbank, einen Baumwollkredit in Amerika zu erhalten. Er scheiterte und nahm seinen Abschied. Schacht forderte und erreichte eine Steuervorlage des Kabinetts, die zur Behebung der dauernden Kassenschwierigkeiten verschiedene Steuererhöhungen vorsah. Im Zusammenhang mit diesen Kämpfen schied auch der Minister Hilferding aus. Sein Nachfolger, Prof. Moldenhauer, versuchte von Anfang an, das Verhältnis zwischen Finanzministerium und Reichsbank zu normalisieren, und die schwebenden Probleme nicht im Gegensatz zur Reichsbank, sondern in Zusammenarbeit mit Schacht zu lösen. Schacht gibt

als Gründe für seinen Rücktritt im Jahre 1930 den dauernden Konflikt zwischen Regierung und Reichsbank wegen der Auslandsverschuldung an und die Verfälschung des Young-Plans, die die Regierung sich habe gefallen lassen. Ob der erste Grund die Veranlassung gewesen ist, erscheint einigermassen fraglich, da Schacht ja im Jahre 1929 unter seine Gegner in dieser Frage, Popitz und Hilferding, Sieger geblieben war, ~~Sie erscheint~~ und angesichts der von Schacht selbst zitierten offiziellen Erklärung Moldenhauers im Reichstag: „Ich persönlich habe niemals eine ernstliche Auseinandersetzung mit Schacht gehabt". Diese Erklärung lässt sich auch schlecht mit Schacht's Behauptung in Einklang bringen, die Regierung „habe nach seiner Unterzeichnung des Young-Plans ihn bewusst und absichtlich in völliger Unkenntnis gelassen über die Zugeständnisse, die sie entgegen den Bestimmungen des Young-Plans an die ehemaligen Feind machte machte". Mir persönlich hat Moldenhauer eine sehr bittere Kritik an Schacht's Rücktritt gegeben. Er sagte mir, dass Schacht, als im Laufe des Jahres 1929 sich in Wirtschafts- und politischen Rechtskreisen eine zunehmende Kritik an den von ihm unterzeichneten Young-Plan erhob, offenbar Angst vor der eigenen Courage bekommen und nur nach einem Grunde gesucht habe, um sich von dem Young-Plan distanzieren zu können. Er habe ihn in der angeblichen Verfälschung des Young-Plans gefunden, während in Wirklichkeit an den Grundlagen des Plans sich nichts geändert habe. Wer die von Schacht zitierte Reichstagserklärung Moldenhauers aufmerksam liest, findet in ihr diese Kritik voll bestätigt: „Dr. Schacht zieht die Konsequenz daraus, dass er den Young-Plan nicht mehr verantworten zu können glaubt. Niemand kann bestreiten, dass er dadurch der Regierung im Augenblick gewisse Unbequemlichkeiten schafft". Deutlicher konnte ein Minister in einer öffentlichen Erklärung kaum werden. Es ist nur ein Zeichen dafür, dass in der damaligen Zeit das Gefühl für gewisse Formen der Höflichkeit und des Anstands im öffentlichen Leben nicht bei allen Menschen erstorben war, wenn Moldenhauer den Satz hinzufügte: „Ich erkenne an, dass er den Weg gewählt hat, den ein Mann in dieser Lage ~~gehen~~ wählen musste".

[S. zu 2)

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

In Kap. II. Schacht setzt hier das System der von ihm erfundenen Mefo-Wechsel auseinander. Das System ist völlig richtig wiedergegeben, bis auf einen Punkt. Nach seiner Darstellung sollte die nach 5 Jahren eintretende Pflicht des Reichs zur Einlösung der Mefo-Wechsel zugleich dem Umfang der Aufrüstung eine automatisch eintretende Beschränkung auferlegen. Ich weiss nicht, ob Dr. Schacht diesen Gedanken von Anfang an gehabt hat oder ob eine der Ideen ist, die, wie man es jetzt häufiger erlebt, nachträglich einem System zu Grunde gelegt werden. Eines steht aber fest, dass Schacht mir diesen Gedanken nie mitgeteilt hat. Bei Einführung des Mefo-Systems war die Höhe ihres Betrages völlig offen. Die Bemessung auf 12 Millin. hat sich erst im Laufe der Jahre ergeben. Die zwischen Schacht und mir in vielen Besprechungen getroffene Vereinbarung beruhte auf dem Grundgedanken, dass die Mefo-Finanzierung in dem Augenblick aufhören sollte, in dem der Etat und der Kapitalmarkt die Last der Aufrüstung übernehmen könnten. Die Einlösung der Mefo-Wechsel sollte durch Bereitstellung von Mitteln des Etats und durch Konsolidierung im Wege der Aufnahme langfristiger Anleihen erfolgen; dabei sollte die Etatslage hinreichend berücksichtigt werden. Von einer Abmachung, dass die Mefo-Wechsel unter allen Umständen vollständig, ohne Möglichkeit einer Prolongation, eingelöst werden müssten, war keine Rede. Im Gegenteil, die Möglichkeit einer Prolongation ist sogar schriftlich festgelegt worden. In den von mir aufgestellten Richtlinien vom 10.3. 1938 über die künftige Rüstungsfinanzierung (ohne Mefo-Wechsel) heisst es in Ziff. 7: „Im Jahre 1939 sind erstmals Mefo-Wechsel fällig. Von 1939 sind aus Haushalts- oder Anleihemitteln für die Tilgung dieser und der künftigen Fälligkeiten bestimmte Beträge zu verwenden. Bei einer etwa erforderlich werdenden Hinausschiebung nichttilgbarer Mefo-Wechsel-Fälligkeiten muss bei der dann zu treffenden Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzminister und Rb. Präs. auf die Finanzlage des Reichs ebenso wie auf die Wahrungserfordernisse Rücksicht genommen werden".

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zu 3.2. Schacht fuehrt bei der Schilderung des Bankenkrachs im Sommer 1931 aus, der damalige Reichsbankpraesident Luther habe die Auffassung vertreten, dass ein Run auf die Kassen am besten durch promptes Auszahlen abgestoppt werden wuerde; er habe dabei aber uebersehen, dass, was fuer Inlandszahlungen richtig war, fuer Auslandszahlungen nicht gelten konnte. Ich habe in der damaligen Zeit eine grosse Zahl von interministeriellen und Kabinetts-Sitzungen miterlebt, von dem ersten Knistern im Gebaelk an, das mit den Schwierigkeiten bei der „Nordwolle" begann, dem grossen, unter Lahusen'scher Leitung stehenden Boemer Geschaeft. Bei allen den ueber den Versuch einer Sanierung der Nordwolle und knoz darauf ueber das Abstoppen des einsetzenden Run auf Danat- und Dresdner Bank gefuehrten Verhandlungen war Luther sehr besorgt, die Reichsbank nicht zu sehr zu engagieren und dadurch aktionsunfaehig zu machen. Zweimal habe ich bei solchen Besprechungen Dr. Schacht erlebt, dessen sachverstaendigen Rat Bruening in der schwierigen Lage erbeten hatte. Bei beiden Gelegenheiten vertrat Schacht in deutlicher Kritik Luther'scher Aengstlichkeit den Standpunkt, dass man der Krise nur Herr werden koenne durch promptes Auszahlen. Wenn der inlaendische Run aufhoere, wuerde sich auch der Ansturm der auslaendischen Glaeubiger legen. Ich hoere es noch, wie Schacht emphatisch seinem Nachfolger zurief, Luther scheue sich, jetzt durch vollen Einsatz der Reichsbank den Glaeubiger-Ansturm zu stoppen, das werde der Reichsbank ein Vielfaches kosten. Damit hatte er Recht. Ich lasse allerdings dahingestellt, ob nicht seine jetzige Auffassung richtig ist, dass die Auslandsglaeubiger auch durch das Stoppen des inlaendischen Run sich in ihrem Ansturm nicht haetten aufhalten lassen. Aber jedenfalls war es bei den damaligen Besprechungen nicht Luther, sondern Schacht selbst, der die jetzt von ihm Luther zugeschriebene Auffassung vertrat.

Zu Kap. V

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

~~In Kap. II Schacht setzt hier das System der Mefo-Wechsel eingehend auseinander. Es ist~~

Die Moeglichkeit einer Hinausschiebung von Mefo-Faelligkeiten war also vorgesehen, in diesem Falle sollte ueber die Modalitaeten der Einloesung eine Vereinbarung zwischen R.F.M. und Reichsbank getroffen werden, und dabei sollte auf die von beiden Stellen zu wahrenden Belange, die Finanzlage des Reiches und die Wachrungserfordernisse, die gebuehrende Rueecksicht genommen werden. Es war die gegebene Grundlage fuer die Behandlung dieser Frage. Aber fuer Schacht's Behauptung, dass die Mefo-Faelligkeiten automatisch eine Beschraenkung des Ruestungsprogramms herbeifuehren mussten, laesst sie keinen Raum. Die „Richtlinien" sind Schacht uebersandt worden. Er hat nicht widersprochen. Sie bildeten von Maerz 1938 an die Grundlage der Finanzierungspolitik hinsichtlich der Aufruestung.

In Kap. III. Schacht fuehrt hier aus, dass er nicht P.G. geworden sei, das Fuehrerprinzip aus der Reichsbank ferngehalten ~~habe~~, die Diskrimierung politisch „untragbarer" Beamten abgelehnt, weder Titel noch Uniform noch Rangeinstufung angenommen, weder Geschenke genommen noch sich bereichert habe, dass er keiner einzigen n.s. Organisation beigetreten sei und seine Zugehoerigkeit zur Bekennenden Kirche ganz offen betont und gezeigt habe, „aber – und hier kam das grosse Staunen – wen anders soll ich noch so handeln? Kein anderer der hoeheren Behoerdenleiter hatte sich eine gleiche Freiheit bewahrt". Ich will gewiss nicht bestreiten, dass Schacht berechtigt ist, sich auf die von ihm gewahrte Freiheit zu berufen. Aber den Ausschliesslichkeitsanspruch kann und muss ich allerdings bestreiten. Es gab auch noch andere hoehere Behoerdenleiter, die Wort fuer Wort dasselbe von sich sagen konnten.

Eine Seite spaeter erklaert Schacht, dass er sich auch auf dem Finanzgebiet durchgesetzt habe, er habe fuer die Reichsautobahnen 600 Mill. Rm. als erste Mittel zur Verfuegung gestellt, dann aber verlangt, dass die weitere Finanzierung aus Budgetmitteln erfolgen muessen und dass ihm die 600 Mill. aus dem Budget zurueckzuerstatten seien; er habe sie schliesslich auch zurueckerhalten. Bei der Finanzierung der Autobahnen ergab sich die erste Kontroverse zwischen Schacht und mir. Wir waren beide zu Hitler bestellt. Vor der Besprechung schlug ich Schacht vor, Hitler auf einen fest einzuhaltenden

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bauplan, d.h. eine bestimmte, auf mehrere Jahre zu verteilende Summe, festzulegen. Schacht erwiderte, dass der Versuch zwecklos sei, da Hitler sich sicher nicht ~~auf~~ an eine bestimmte Summe binden lassen wuerde; es sei aber auch nicht notwendig, da alles, was produziert werde, auch von der Reichsbank finanziert werden koenne. Es gelang mir nicht, ihn umzustimmen. Bei der Besprechung mit Hitler fuehrte ich aus, dass ich aus dem Etat nur begrenzte – verhaeltnismaessig geringfuegige Summen zur Verfuegung stellen koenne. Hitler war nicht befriedigt und wandte sich an Schacht. Dieser sagte fast mit denselben Worten, die er mir gegenueber gebraucht hatte, dass Finanzierungsschwierigkeiten nicht bestuenden; wenn Rohstoffe und Arbeitskraefte da seien, sei auch das erforderliche Geld da; dafuer mache er sich stark. Hitler war beglueckt und vereinbarte eine erste Rate von 600 Mill. mit Schacht. Es ist verstaendlich, dass ich nicht beglueckt war, als bald darauf Schacht die Uebernahme dieser 600 Mill. auf Etatsmittel forderte, und dass es infolgedessen ein langes, wie Schacht es nennt, „Hin und Her" gab. Wenn schliesslich die weitere Finanzierung der Autobahnen zum grossen Teil von der Reichsbahn uebernommen wurde, so war das Motiv fuer den ~~Reichs~~ Chef der Reichsbahn, den spaeteren Reichsverkehrsminister Dorpmueller, die Autobahnen moeglichst unter seiner Kontrolle zu behalten. Der dem toten Dorpmueller versetzte Hieb, er habe „gern die Gelegenheit ergriffen, sich bei Hitler zu bewaehren", ist nicht berechtigt. Hitler hat sich weder bei Dorpmueller noch bei mir fuer die Finanzierung der Autobahnen bedankt.

Zu Kap. IV. Es laesst sich durchaus darueber streiten, ob die Nutzbarmachung der „armen" schwachprozentigen Eisenerze im Raume Salzgitter volkswirtschaftlich richtig war – und ist – oder nicht. Immerhin waren uns die Englaender mit der Ausbeutung ihrer – nicht hocherprozentigen – Eisenerze und dem Ausbau einer grossen, hierfuer bestimmten Anlage in Carby vorausgegangen. Und er war kein geringerer als der von Schacht selbst als einziger Staatsmann unter den Sozialdemokraten bezeichnete Reichspraesident Ebert gewesen, der[1] die Erschliessung der Eisenerzvorkommens in Salzgitter verlangt hatte. Man kann also wohl nicht diese Erschliessung als „tolles Stueck" bezeichnen. Es laesst sich auch durchaus berechtigte Kritik an der uebermaessigen

[1] schon ein Dutzend Jahre vorher

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Ausdehnung der Hermann-Goering-Werke ueben. Aber es schiesst weit ueber das Ziel hinaus, den Konzern als einen ungeheuerlichen Wasserkopf zu bezeichnen, „dem Dummheit, Korruption und Schwindel an den Stirn geschrieben standen." Die sehr gruendliche laufende Nachpruefung des Konzerns durch Rechnungshof und die Deutsche Revisions- und Treuhand-Gesellschaft hat jedenfalls Beispiele Korruption zu Tage gefoerdert. Es waere fuer Dr. Schacht ein Leichtes gewesen, wenn er solches Material besass, es den mit der Pruefung Beauftragten Stellen zugaenglich zu machen.

Am Schluss dieses Kapitels schildert Dr. Schacht das im März 1937 mit Hitler geschlossene Kompromiss, wonach er ~~sich bereit erklaerte, nach ein~~ wieder seine Ernennung zum Reichsbankpraesidenten fuer ein Jahr annehme, mit der Massgabe, dass er nach Ablauf eines Jahres definitiv ausscheiden wuerde, wenn Hitler sich bis dahin nicht mit dem Aufhoeren der Mefo-Wechsel einverstanden erklaert haben wuerde. Unter dieser Bedingung habe er sich noch einmal bereit erklaert, 3 Milliarden Mefowechsel zu geben. Mit insgesamt 12 Milliarden RM. haetten die Mefowechsel dann am 31. März 1938 ihren Hoechststand und ihr Ende erreicht, nachdem es ihm gelungen sei, Keitel und mich fuer seine Auffassung zu gewinnen. Aus dieser Darstellung, die insoweit richtig ist, geht hervor, dass erst bei dieser Gelegenheit die Bemessung der Mefowechsel auf 12 Milliarden festgelegt worden ist. Es bedurfte keiner Muehe, um mich fuer diese Regelung zu „gewinnen." Denn wir Anfang an waren uns darueber einig gewesen, dass die Hoehe der Mefowechsel in der Rueecksicht auf die Wahrung abhing. Wenn also der verantwortliche Leiter der Reichsbank erklaerte, dass fuer ihn die durch diese Rueecksicht gezogene Grenze erreicht sei, stimmte der Finanzminister dieser Begrenzung natuerlich zu.

Wenn aber Schacht in den folgenden Saetzen von dem Widerstand der Reichsbank als dem einzigen spricht, der von irgend einer Behoerde oder irgendeinem Amt ganz offen geleistet sei und sich zur Begruendung des Erfolges dieses offenen Widerstandes auf den Satz im Urteil des Nuernberger Gerichtes beruft: „Wenn die von Schacht befuerwortete Politik in die Tat umgesetzt worden waere, so waere Deutschland auf einen allgemeinen europaeischen Krieg nicht vorbereitet

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

sei gewesen.", so muss dieser Darstellung nach einer doppelten Richtung hin widersprochen werden.

Ich war mit Schacht in dem Ziel einig, eine auf das Ziel der Verteidigung Deutschlands beschränkte Aufrüstung zu finanzieren und ihr Tempo so zu bemessen, dass daraus keine Störung und öffentliche Finanzen keine Gefahr entstehen konnte. Aber wir waren uneins über den Weg verschiedener Auffassung. Wie bei den Autobahnen sah ich darauf ein, alles daran zu setzen, um bei Hitler die Festlegung auf ein mehrere Jahre umfassendes Programm, ausgedrückt in einer bestimmten Geldsummenhöhe zu erreichen. Ich begründete das u.a. damit, dass wir nur auf diese Weise die Wehrmacht dazu bringen würden, das Geld nicht zu verschwenden, sondern sich nach der Decke zu strecken, sparsam und wirtschaftlich zu verfahren. Schacht lehnte diesen Versuch wie bei den Autobahnen ab, das sei bei Hitler doch nicht zu erreichen und wir hätten auch keine Sicherheit, dass, wenn wir es erreichten, es sich um die Begrenzung halten würde. Vielleicht hatte er damit Recht; ich bin aber noch heute der Ansicht, dass man diesen Versuch mit aller Energie hätte machen sollen. Ich allein konnte ihn nicht machen, denn wenn ich die durch die Lage gezogenen Grenzen darlegte, erwiderte mir Hitler, ich brauchte mir keine Sorge zu machen, alles darüberhinausgehende finanzierte ja Schacht. Hier lag das Gefährliche in seiner Argumentation, die er leider auch Hitler gegenüber aussprach, dass, wenn Rohstoffe und Arbeitskräfte da seien, auch das Geld beschafft werden könne und werde. Es hat nur oft genug gefragt, wir brauchen uns gar nicht so viel Sorgen zu machen, die Bäume könnten einfach nicht in den Himmel wachsen. Hier lag sein Irrtum. Die Bäume wuchsen in den Himmel. Aber die Darlegungen Schacht's bestärkten Hitler in dem Glauben, dass es nur auf Material und Arbeitskräfte ankomme, dass ein gesondertes Problem der Finanzierung nicht existiere. So begann man ein Rüstungsprogramm ohne Rücksicht auf die Kosten. Ein „Widerstand" der Reichsbank, ist mir jedenfalls vor dem Winter 1938/39 nicht bekannt geworden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Es ist nun nicht moeglich, einen Trennungsstrich zu ziehen zwischen einer Zeit der „massvollen" Aufruestung – solange Schacht dafuer verantwortlich war – und einer Zeit „ungehemmter" Aufruestung – in der Schacht nichts mehr zu sagen hatte –. Ich will ganz davon absehen, dass es bis Januar 1939 Reichsbankpraesident war und daher an der Ruestungsfinanzierung 1938, auch wenn sie nicht mehr mit Reichswechseln erfolgte, staendig teilgenommen hat. Die Inanspruchnahme des Geld- und Kapitalmarkts konnte fuer die Zwecke des Reichs kommender nicht ohne Mitwirkung der Reichsbank erfolgen. Das Entscheidende ist Folgendes: Schacht schien in den Jahren 1936 und 1937 mit seiner Voraussage Recht zu behalten, dass die Baeume nicht in den Himmel wachsen werden. Denn die Wehrmacht verbrauchte jedes Jahr erheblich weniger Geld als sie zu Beginn des Jahres angefordert hatte. Schacht pflegte nie dann triumphierend zu sagen: Sehen Sie, sie kommen das nicht mal aufbrauchen, was sie ihnen bewilligt haben. Leider lag es voellig anders. Die Auftraege gingen entsprechend den Bewilligen und von O.K.W. auf die Wehrmachtteile verteilten Summen hinaus, sie wurden auch grossenteils ausgesprochen, nur – sie wurden nicht bezahlt. In der rasch wachsenden Wehrmacht funktionierten Intendanturen und Beschaffungsstellen noch nicht so rasch. Die Zeitspanne zwischen Leistung und Bezahlung war in diesen Aufruestungsjahren noch sehr gross. Während also die rechnungsmaessig herausgegebenen Summen weit hinter den angeforderten Betraegen zurueckblieben, entsprach die tatsaechliche Ruestungsleistung den gestellten Anforderungen. Es sammelten sich mithin Verpflichtungen des Reiches fuer bereits erfolgte Leistungen in Milliardenbetraegen an, die einmal bezahlt werden mussten. Diese Nachholung traf zunaechst das Jahr 1938. Eine Reihe von Gruenden waren hierfuer massgebend. Hassen und Beschaffungsstellen arbeiteten schneller, die Spanne zwischen Leistung und Bezahlung verkuerzte sich immer mehr; die Kriegsgefahr im Sommer 1938 veranlasste die Ruestungsfirmen, auf Zahlung zu draengen; die Wehrmachtstellen entsprachen diesem Draengen, schon um die Industrie angesichts eines moeglichen Krieges „bei

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Lohne zu erhalten." So wurde das Jahr 1938 mit zusaetzlichen Milliardenzahlungen belastet, ohne dass sich die effektive Aufruestungsleistung – abgesehen von Bau des Westwalls – erheblich erhoehte. Sachverstaendige sind der Ansicht, dass die Ruestungsleistungen in den Jahren 1936 - 1939 zwischen 11 und 14 Milliarden RM. etwa auf gleicher Hoehe lagen. Man hat auch geschaetzt, dass die Vorbelastung der Jahres 1939 aus den vorhergehenden Jahren rd. 5 Milliard. betragen hat. Es ist also voellig abwegig, die „massvolle" Schacht'sche Aufruestungspolitik der „massiven" Aufruestung der Jahre 1938, an dem Schacht waehrend 3/4 der Zeit noch beteiligt war, und 1939 entgegenzuhalten.

Daraus folgt dann auch ohne weiteres, dass neues Deutschland im Jahre 1938 fuer einen Angriffskrieg nicht geruestet war, es in Januar 1939 nicht angriffsbereit sein konnte. Das spricht uebrigens Schacht an anderer Stelle selbst aus, wo wenn er im Kap. [illegible] von „einer voellig unzureichenden Ruestung" spricht und die maechtigen Bekundungen des Feldmarschalls Milch ueber den tatsaechlichen Stand der deutschen Luftwaffe, die bei Kriegsausbruch schwaecher war als die englische, mit den hochtrabenden Reden des „Befreiers" Goering vergleicht.

Zu Kap. VI. Es ist daher nicht richtig, wenn Schacht davon spricht, dass Hitler seine Ruestungsausgaben beispielslos 1938 weiter steigerte. Die Steigerung betrifft nur den Westwall, die uebrigen Mehrausgaben sind lediglich durch den Zwang hervorgerufen, jetzt die Ruestungsleistungen zu bezahlen, die in der „Schacht'schen Periode" gemacht waren. Es ist daher auch nicht gerecht, dem Finanzminister vorzuwerfen, dass er „diese ganze Politik willenlos mitmachte," und von „dieser gruenen unverantwortlichen Finanzpolitik" zu sprechen. Die Finanzpolitik der Jahre 1938 und 1939 war die unvermeidliche Folge dessen, was in den Vorjahren unter massgeblicher Beteiligung Schachts eingeleitet und geleistet worden war.

Die von Schacht mitgeteilten Bekundungen Keitel's in Nuernberg ueber die Hoehe der Ruestungsausgaben in den Jahren 1937 und 1938 sind nicht richtig. Keitel, der keinerlei Unterlagen hatte, musste sich auf sein Gedaechtnis verlassen. ~~Es ist bezeichnend, dass er fuer 1939 die ursprunglich verlangten Summen nennt, diese hatte er noch in der Erinnerung, aber nicht die tatsaechlich verausgabten~~

~~Summen~~. Schacht ~~[illegible]~~ beziffert, Keitel folgend, fuer 1937 die Ruestungsaufwendungen auf 9 Millia., davon 3¼ aus Mefokrediten, und fuer 1938 auf 11 Millia., und zieht aus der Tatsache, dass 1939 nur 2½ Millia. Mefowechsel einzuloesen waren, den Schluss, „es waere also ein leichtes gewesen, diesen Betrag aus dem Budget zu decken." Die tatsaechlichen Ruestungsaufwendungen sind folgende:

(in Millia. RM.)	1934	1935	1936	1937	1938	1939	Zus.
Aus Etat und Anleihemitteln	2.-	2.8	5.8	8.3	17,2	11,9	48.-
aus Mefowechseln	2.1	2.7	4.5	2.7	—	—	12.-
Gesamtausgaben	4,1	5.5	10,3	11.-	17,2	11,9	60.-

Um ein richtiges Bild der effektiven Ruestungsleistungen in den einzelnen Jahren zu gewinnen, muesste man das Jahr 1935 und besonders die beiden Jahre 1936 und 1937 um mehrere Millia. entlasten und die Jahre 1938 und 1939 entsprechend entlasten. Aber im Jahre 1938 mussten die Zahlungen geleistet werden, es mussten aus Budgetmitteln rd. 9 Millia. mehr herausgeholt werden als im Jahr 1937. Man kann wirklich nicht sagen, dass es „ein leichtes" hatte ~~sagen~~ sein muessen, nun auch noch eine Rueckstellung fuer 1939 fuer die Mefowechsel zu machen. Und es war auch kein Wunder, dass das Reich in gewisse Kassenschwierigkeiten geriet.

„Da geschah wiederum das Unerwartete." Ich kann das vielleicht mit mehr Recht sagen, als Dr. Schacht in seiner Schrift. Die Reichsbank richtete an mich eine Anfrage wegen der bevorstehenden Einloesung der Mefowechsel, obwohl er die Lage der Reichsfinanzen genau so gut kannte wie ich, obwohl er wusste, dass fuer die Einloesung der Mefowechsel der volle Betrag ~~nicht~~ in dem kommenden Budget nicht vorgesehen war und nach Lage der Dinge auch nicht vorgesehen werden konnte und obwohl seit Jahr und Tag eine Vereinbarung bestand, die eine weitere Prolongierung der Mefowechsel ausdruecklich vorsah. Ich habe damals diese Anfrage fuer eine rein ~~formale~~ buerokratische Formsache angesehen, um zu der in den Richtlinien vorgesehenen neuen Vereinbarung zu kommen, und habe die Anfrage ebenso formal negativ beantwortet. Wenn Dr. Schacht nicht erst heute, sondern damals schon dieses Verfahren als „boeswilligen Betrug" angesehen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

hatte, dann hatte jetzt ein Ausbruch erfolgen müssen und eine sehr temperamentvolle Auseinandersetzung zwischen Schacht und mir. Nichts dergleichen geschah. Es kam überhaupt zu keiner Unterhaltung zwischen uns über diesen Punkt. Es fanden lediglich Referentenbesprechungen statt, in denen entsprechend den Richtlinien eine Einigung dahin erzielt wurde, dass von 1939 an alljährlich 1 Milliarde RM in den Etat eingestellt wurde. Da die Mefosspesen rd. 12 Milliarden betragen, musste ein von Jahr zu Jahr steigender Betrag zur Einlösung zur Verfügung stehen. Ausserdem sollten gewisse Zinsrückvergütungen, die die Reichsbank an das Finanzministerium zu leisten hatte, ebenfalls der Einlösung der Mefowechsel dienen. Nach diesem Plan ist in den nächsten Jahren auch verfahren worden, und es sind 4 Milliarden Mefowechsel eingelöst worden. Von einem „Betrug" kann mithin ebensowenig die Rede sein wie von einer „Täuschung der Reichsbank". Das Finanzministerium hat sich vielmehr strikt an alle getroffenen Vereinbarungen gehalten.

Es kann durchaus sein, dass Schacht bei der Mitteilung seines die bevorstehende Ueberreichung einer Denkschrift der Reichsbank an Hitler hinzugefügt hat, dass dies wohl das Ende seiner Reichsbanktätigkeit sein werde. Es hat dies manchmal getan, so dass ich nicht mehr mit Bestimmtheit sagen kann, ob er es auch dieses Mal getan hat. Eins weiss ich aber bestimmt, dass ich ihm nicht zugesagt habe, auch seine Entlassung zu nehmen, wenn es ginge. Ich habe wohl auf solche Bemerkungen gelegentlich erwidert, dass ich mich ihm ~~dann~~ gern anschliessen werde. Aber eine entsprechende Zusage ist von mir nie gegeben worden. Selbst wenn ich aber eine solche Zusage hätte gegeben haben, werde ich sie bei folgender Gelegenheit zurückgenommen haben.

Ich war etwa Mitte Januar 1939 mit Funk bei Schacht. Ich erinnere mich nicht mehr des Gegenstandes unserer Unterhaltung. Nach Beendigung der Besprechung sagte ich, schon im Herausgehen, ich werde wahrscheinlich Ultimo Januar die Reichsbank wieder nehmen müssen. Leider Ultimo pflegte immer eine gewisse Kassenklemme zu bestehen, da Löhne und Gehälter zu zahlen und Scheckzuweisungen einzulösen waren, während die Steuereinnahmen erst etwa am 5. des nächsten Monats von den Finanzkassen bei der Reichshauptkasse eingingen. Die Reichsbank half in diesen Fällen aus mit einem mir nicht in allen Einzelheiten

erinnerlichen technischen Kunstgriff, der darauf hinauslief, dass die bei den Finanzkassen eingezahlten, aber bei der Reichshauptkasse noch nicht eingegangenen Gelder als tatsaechlich schon eingegangen behandelt wurden. Es war dies ein Verfahren, das seit vielen Jahren in Uebung war und das monatlich im Referenten wege erledigt zu werden pflegte. Nur weil ich gerade selbst bei Schacht war, habe ich aus Hoeflichkeit dieses gewohnheitsmaessige Verfahren auch wieder fuer den kommenden Ultimo angemeldet. Ich kann hier gleich hinzufuegen, dass ich es Ultimo Januar nicht benoetigt habe. Es war ja auch nur die Anmeldung einer Vorsichtsmassnahme. Schacht erwiderte mir, dass er mir nichts zur Verfuegung stellen wuerde. Ich glaubte meinen Ohren nicht zu trauen und fragte nach dem Grunde. Er wolle mich, sagte er, noetigen, zu Hitler zu gehen und ihm zu sagen, dass das Reich bankerott sei. Ich erklaerte, dass ich es ablehnen muesste, wegen dieser Sache zu Hitler zu gehen; ich koenne ihm nicht sagen, dass das Reich wegen 100 Mill., die ich vielleicht gar nicht mal brauchen wuerde und die sonst gewohnheitsmaessig bereitgestellt worden seien, bankerott sei. Einmal sei es nicht wahr, und zweitens wolle ich vermeiden, dass Hitler Vorstellungen der Finanzfachleute ueberhaupt nicht mehr ernst nehme. Ich sei sofort bereit, am naechsten Tage mit ihm zusammen zu Hitler zu gehen und die Finanzlage, insbesondere im Hinblick auf die Aufruestung, allgemein und grundsaetzlich ~~zu~~ vorzutragen. Ich weigere mich aber, den „Bankerott des Reiches" wegen – vielleicht und nur auf Grund eines ploetzlichen ~~bei~~ Abgehens der Reichsbank von einem seit langem geuebten Verfahren – fehlender 100 Mill. zu erklaeren. Schacht blieb bei seiner Forderung. Es war das erste und einzige ernsthafte Zerwuerfnis, das wir hatten. Funk ~~ist~~ hat am naechsten Tage Hitler ohne mein Wissen – er hat es mir erst spaeter gesagt – ueber diesen Vorfall informiert. Das Ergebnis war die Verabschiedung Schacht's. Es kann fuer Schacht keine „Enttaeuschung" gewesen sein, dass ich mich ihm nicht anschloss. Ich habe mir spaeter sein Verhalten nur so erklaeren koennen, dass er gerade einen an sich voellig belanglosen und als Rueckrittsgrund ungeeigneten Vorgang auf die Spitze trieb, um dadurch einen Bruch herbeizufuehren. Ich habe es immer bedauert, dass es zu

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

der gemeinsamen grundsätzlichen Aussprache mit Hitler nicht gekommen ist.

Im Kap. VIII. Schacht wiederholt hier noch einmal die Frage: „Wie konnte der Finanzminister die Rückzahlung der Wechsel einfach verweigern, obwohl das Reich über die Barmittel zur Einlösung verfügte?" In dieser Frage liegt insofern schon ein Fehler als der Finanzminister über diese Barmittel nicht verfügte. Die Antwort ist nicht schwer: der Finanzminister hat die Rückzahlung gar nicht einfach verweigert; sondern hat von dem mit Schacht selbst vereinbarten Recht der Prolongation Gebrauch gemacht. Wenn Schacht mithin als Beispiel für die Pflicht aller hochstehenden Offiziere und Beamte, gegen jede Ungesetzlichkeit nachdrücklich Front zu machen, auch den Finanzminister erwähnt, der nach Schacht's Auffassung hätte sagen müssen: „Die Nichteinlösung der Mefo-Wechsel ist Betrug; ich will kein Betrüger sein.", so entbehrt dieser Vorwurf jeder Berechtigung. Auch einem Laien in juristischen und finanziellen Fragen wird es einleuchten, dass von einem „Betrug" auch nicht im entferntesten die Rede sein kann, wenn die Möglichkeit der Finanzierung einer Verpflichtung ausdrücklich vorgesehen ist und wenn hiervon ein entsprechender Gebrauch gemacht wird.

Am Schluss dieses Kapitels erklärt Schacht, dass er durch die Fritsch-Krise überzeugt zu sein glaubte, dass Hitler auf einen Krieg hinsteuerte, und dass es daraufhin den Staatsstreich mit Witzleben organisiert habe. Es ist bedauerlich, dass Schacht nie etwas von dieser damals gewonnenen Ueberzeugung mitgeteilt hat. Es brauchte nicht über Staatsstreichpläne zu sprechen. Aber die Mitteilung, dass er nun die Aufrüstung bekämpfen müsse, nicht, weil sie, wie bisher und wie auch ich, wegen Ueberspannung des Tempos für eine Gefährdung unseres Finanzen und unserer Währung auch, sondern weil sie sie jetzt eine Bedrohung des Friedens hielt, hätte auch meine Stellungnahme zur Frage der Aufrüstung von Grund auf anders [illegible] können und hätte die Missverständnisse beseitigt, die offenbar [illegible] 1938 zwischen uns traten, weil jeder von einem anderen Blickpunkt aus handelte und sprach.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zu Kap. XI. Schacht sagt, dass die Moeglichkeit des Widerstandes von innen ihn im August 1934 zur Uebernahme des Reichswirtschaftsministeriums veranlasst habe. „Leider muss festgestellt werden, dass die Hoffnung auf einen tatigen inneren Widerstand der nicht-nat.soz. Minister voellig trog." Auch hier fuehrt er wieder fuer das Versagen des Finanzministers die Nichteinloesung des Mefowechsel als Beweis an. Ich will hierauf nicht noch einmal eingehen. Ich muss aber Folgendes feststellen. Als ich bei Eintritt in das Hitler-Kabinett auf Weisung von Hitler ueber die Finanzpolitik mit Goering sprach, der davon mehr verstehe als er, sagte mir Goering, dass er meinen Darlegungen ueber die Notwendigkeit finanzieller Ordnung und eines echten Etatausgleichs voll zustimme. Ich solle einen gedeckten Etat haben; was das Reich fuer besondere Ausgaben darueber hinaus brauche, das werde Schacht beschaffen. Das habe er ihnen zugesagt, und deshalb solle er sobald wie moeglich Reichsbankpraesident werden. Er wurde es, und ich habe bereits bekundet, wie er in der Frage der Autobahnen wie der Aufruestung durch die Erklaerung, dass jede Produktion auch finanziert werden koenne, zwar schwierigen Debatten aus dem Wege ging, aber infolge seines irrtuemlichen Glaubens, dass die wirtschaftlichen Naturgesetze den Dingen Moss und Grenze setzen wuerden, selbst zu der stuermischen Entwicklung beigetragen hat. Ich haette gern etwas mehr Widerstand von ihm gesehen. Ich habe auch bis zu seiner Verabschiedung geglaubt, dass er bei aller unverhohlenen Verachtung der Parteibonzen und bei aller offenen Kritik an unerfreulichen Erscheinungen im oeffentlichen Leben doch eine grosse Achtung und Bewunderung fuer Hitler hegte. Ich habe damals noch nicht gewusst, dass Reden, wie er sie bei der Einweihung der neuen Reichsbank in Berlin und bei der Uebernahme der Wiener Notenbank hielt, nur der Tarnung dienten. Ich habe sie damals fuer echt empfunden angesehen. Ich bedauere es nachtraeglich sehr, dass es offensichtlich an dem gerade in solchen Zeiten notwendigen Kontakt zwischen den Ministern gefehlt hat. Ich habe unter den Ministern nur einen solchen engen Kontakt mit dem Justizminister Guertner gehabt. Haette ich ihn mit Schacht gehabt, dann wuerde mir das Missverstaendnis in der Beurteilung seiner Stellung zu Hitler nicht passiert sein, dann wuerde aber

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

auch er vielleicht zu der Auffassung gekommen sein, dass er nicht „der einzige Minister war, der sich den Schutz der Juden offiziell angedeihen liess, der sich der politischen Kontrolle seiner Beamten durch die Partei offen widersetzte, der die Freimaurer offen genau so behandelte, wie alle anderen Beamten, der die uebermaessige Russlandhetze offen bekaempfte, der gegen die Bekenntniskirche offen Stellung nahm, der auf Einhaltung und Ordnung der budgetaeren Reichsverpflichtungen draengte?

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Das Reichsfinanzministerium (R.F.M.)

I. Die Entwicklung des RFM.

Das RFM ist Nachfolger des frueheren sog. R.Schatzamtes. Die Aufgabe des R.Schatzamtes bestand im wesentlichen aus der Aufstellung des Reichsetats und den Verhandlungen hierueber mit den Reichsressorts sowie aus der Betreuung der Zoelle und indirekten Steuern. Die direkten Steuern waren Sache des Landes. Das Reich reichte nicht mit den Einnahmen aus , die aus Zoellen und indirekten Steuern flossen, sondern war auf "Matrikularbeitraege" angewiesen, welche die Laender an das Reich abzufuehren hatten und ueber deren Hoehe ein staendiger Kampf bestand. Das Reich war also Kostgaenger des Landes. Infolge dieser Kraefteverteilung war der Finanzminister des groessten Landes , Preussens, de facto ein viel maechtigerer Mann als der Staatssekretaer des R.Schatzamtes (im Kaiserreich gab es keine Reichsminister , sondern nur Staatssekretaere, die dem Reichskanzler untergeordnet waren).

In der Stellung des Reichsfinanzministers trat eine grundsaetzliche Wandlung ein durch die Erzberger'sche Finanzreform. Diese uebertrug auch die direkten Steuern , vor allem die Einkommenssteuer , auf das Reich. das auch die Veranlagung und Einziehung dieser Steuern unternahm. So entstand 1920 die einheitliche R.Finanzverwaltung mit den zwei Zweigen, den einen fuer Zoelle und Verbrauchssteuern(hier wurde die schon bestehende, alte Zollverwaltung uebernommen,),den anderen fuer Besitz-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

und Verkehrssteuern (dieser Zweig musste neu geschaffen werden). Die R.Finanzverwaltung wurde in der mittleren Instanz durch "Landesfinanzämter", die spaeter zur Vermeidung von Missverstaend - nissen "Oberfinanzpraesidenten" genannt wurden, in der Lokal- instanz durch Finanzaemter und Hauptzollaemter durchgefuehrt . Die Oberfinanzpraesidents-Bezirke schlossen sich nach Moeglichkeit an bestehende Bezirke der allgemeinen Landesverwaltung an,also in Preussen an die Provinzen. In Bayern gab es 3, in Sachsen 2 , in Wuerttemberg, Baden, Hamburg je 1 Oberfinanzpraesidenten . Insgesamt gab es ueber 2o Oberfinanzpraesidenten. Das gesamte Personal der R.Fin.Verw. belief sich auf rd.13o.ooo.

Die Schaffung der Reichsfinanzverwaltung brachte es mit sich, dass im R.F.M. eine Personal- und Organisations-Abteilung eingerichtet wurde. Diese trat zu den "historischen" drei Ab - teilungen -Etat, Steuern, Zoelle- hinzu. Die Erzberger'sche Reichsfinanzreform aenderte aber auch insofern die Stellung des R.F.M .als jetzt die Laender Kostgaenger beim Reich geworden waren, das ihnen bestimmte Prozentanteile aus den beiden groessten direkten Steuern, der Einkommen- und der Umsatzsteuer ueberwies. Der Wechsel von dem System der Matrikularbeitraege der Laender an das Reich zu dem System der Steueruebeweisungen des Reichs an die Laender fuehrte auch zu einer vollstaendigen Aenderung des

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Schwergewichts der Macht und des Einflusses. Das Schwergewicht ging von den Finanzministern der Laender zum R.F.M. ueber.

Diese voellige Wandlung spiegelte sich auch in den Zahlen des Etates wider. Hatte der Reichsetat frueher als Hauptposten den Wehretat und die Reichszuschuesse zur sozialen Versicherung enthalten, so schwoll jetzt der Reichsetat zu einem Berg an, neben dem die Etats der Laender belanglos erschienen. Es waren vier grosse Posten , die diesen Wandel kennzeichneten. Einmal der Schuldenhaushalt. Waehrend sich in der Verschuldung der Laender und der Gemeinden fast nichts durch den Krieg geaendert hatte, schleppte das Reich die gewaltige Beuerde von rd.15o Milliarden Kriegsschulden,deren Last auch nach Inflation und "Aufwertung" fuehlbar blieb. Zweitens die Renten fuer die Kriegsversehrten und die Kriegs - hinterbliebenen. Hier war eine neue Last von rd.2 Milliarden Mk.entstanden, die erst in Jahrzehnten langsam absinken konnte. Drittens die Arbeitslosenfuersorge. Die nach dem Kriege ein - setzende Arbeitslosigkeit und die Einstellung des jetzt regierenden politischen Parteien zu den sozialen Problemen fuehrte zu der vom Reich geregelten Arbeitslosenversicherung, die dem Reich erhebliche Zuschuesse auferlegte. Endlich die schwerste Last, die des verlorenen Krieges , die sich nach aussen in dem Zwang, Reparationen zu zahlen, nach innen in einer grossen Zahl von Entschaedigungen an Deutsche, die aus

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Elsass-Lothringen und den an Polen abgetretenen Gebieten vertrieben waren, deren Eigentum im Lausland liquidiert war u.s.w.,äusserte.

Die Durchfuehrung der finanziellen Bestimmungen des V.V. fuehrte zur Notwendigkeit , hierfuer eine neue -fuenfte -Abteilung einzurichten, die sogen."Reparationsabteilung", die aber gleich - zeitig auch die aus dem Kriege entstandenen Entschaedigungsverpflich- tungen zu bearbeiten hatte . Dazu traten noch weitere Aufgaben. Nach dem Kriege waren ein Schatzministerium und ein Wiederaufbau- ministerium neu gebildet worden. Ersteres hatte die Aufgabe, die finanzielle Demobilmachung der deutschen Wehrmacht durchzufuehren und die waehrend des Krieges neu entstandenen Reichsbetriebe - Ruestungswerke , Elektrizitaetsgesellschaften, Stickstoffindustrie, Aluminiumwerke und die als Bank dieser Reichsbetriebe gegruendete Reichs-Kredit-Gesellschaft- zu liquidieren, abzustossen bzw.zu be - treuen. Anfang der 2oer Jahre wurde das R.Schatzminist.aufgeloest. Das R.F.M uebernahm seine Aufgaben, damit auch die Verantwortung fuer die in der Viag (Vereinigte Industrie AG.)als Dachgesellschaft zusammengefassten Reichswerke, die im wesentlichen aus den Reichs- Elektro-Werken, den Reichs-Aluminium-Werken und der Reichs-"Kredit" Gesellschaft bestanden. Das Wiederaufbauministerium hatte die Aufgabe, die sich aus dem V.V. ergebenden Verpflichtungen federfuehrend zu bearbeiten. Dieses Ministerium , dessen letzter Minister Dr.Rathenau, vor seiner Ernennung zum Aussenminister, gewesen war- nach ihm wurde

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

es durch einen Staatssekretaer gefuehrt- wurde Mitte der 2oer Jahre aufgeloest; ein grosser Teil seiner Aufgaben (z.B.Ent - schaedigungsfragen) fiel dem R.F.M .zu. Im Zuge dieser Erweiterungen entstand im R.F.M. eine neue Abteilung,die Hochbauabteilung,welche die technische Bauaufsicht fuer alle Reichsbauten hatte.

Die groesste Abteilung war die Etatsabteilung. Sie zerfiel in zwei Unterabteilungen, die eigentliche Etats- und die Be - soldungsabteilung. Die immer staerker werdende Arbeit machte es in den Jahren nach 1933 notwendig , beide Unterabteilungen zu selbstaendigen Abteilungen zu machen. Etwas spaeter ergab sich die Notwendigkeit ,eine selbstaendige Abteilung abzuzweigen, welche vor allem die Etats der Laender zu bearbeiten hatte . Die fruehere Reparationsabteilung hatte ihr Aufgabengebiet etwas geaendert und war zu einer allgemeinen Wirtschafts- und Kreditabteilung ge - worden. So ergaben sich folgende Abteilungen, die bis zum Schluss bestanden haben:

Abt.I Etatsabteilung:Min.Dir.von Manteuffel (bis 1944,dann Min. Dir.Kluge),15 Referenten,darunter der General- etatsreferent Mayer,
" I A. Laenderetats: Min.Dir.Kluge, 9 Referenten
" II Zoelle : " " Wucher, 13 "
" III Steuern : " " Hedding,14 "
" IV Besoldung : " " Wever, 13 "
" V Wirtschaft u.Kredit: Min.Dir.Berger, 15 Referenten
" VI Organisations-Personal:" " Maass, 19 "

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Abt. VII Bau : Min.Dir. Reichle, lo Referenten.
Im Herbst 1944 trat nach der Vereinigung des Preuss.Fin.Min. m
noch die Abt.VIII, Min.Dir.Zscheche, hinzu, die den Etat des Landes Preussen zu bearbeiten hatte.

Daneben bestanden, unmittelbar unter dem St.S., der Generalinspekteur fuer den Zollgrenzschutz, Min.Dir.Hossfeld, mit 3 Referenten,
der Generalbeauftragte fuer das Kassen-und Kreditwesen, Min.Dirig.Bayrhoffer, mit 6 Referenten , und das Statistische Buero.

Insgesamt hat das R.F.M., einschliesslich aller Arbeiter und Angestellten, rd.looo Koepfe gehabt.

Dem R.Fin.Min.war die Reichshauptkasse unterstellt , die aber der Reichsbank angegliedert war und daher auch nicht im gleichen Gebaeude wie das R.F.M. untergebracht war.

Ferner war dem R.Fin.Min. die Reichsmuenze unterstellt, hervorgegangen aus der Preussischen Staatsmuenzverwaltung.

Das R.F.M. fuehrte ferner die Aufsicht ueber die Reichs-Zentralgenossenschaftskasse unter Leitung des Praesidenten Helferich.

Es war ferner mit dem R.Ernaehu.Min.durch einen Reichskommissar beteiligt an der Aufsicht ueber die Rentenbankkreditanstalt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

II. Die Haushaltsgebarung.

Die Aufstellung, Durchfuehrung und Ueberwachung des Reichshaushaltsplans regelten sich nach der Reichshaushaltsordnung (R.H.O.) ,einem Gesetz vom 31.12.1922.

Danach waren die Unterlagen fuer die Aufstellung des Haushaltsplanes fuer das kommende Rechnungsjahr von den Reichs - ministeren fuer ihren Geschaeftsbereich unter eigener Verant - wortlichkeit rechtzeitig festzustellen und dem RFM. zu dem von ih zu bestimmenden Zeitpunkt einzusenden. Dieser Zeitpunkt lag im Herbst ,so dass dem R.F.M. genuegend Zeit blieb , die Vorlagen der einzelnen Stellen zu pruefen , darueber zu verhandeln und den Entwurf des Reichshaushaltsplans so fruehzeitig aufzustellen ,dass er vor dem 1.April ,dem Beginn des neuen Etatsjahres verabschiedet werden konnte.

Die Feststellung des Haushaltsplanes erfolgte nach 1933 nicht mehr durch Parlament, sondern durch das Kabinett.Als seit 1938 das Kabinett nicht mehr tagte ,erfolgte die Feststellung im schriftlichen Umlaufswege , infolgedessen meist sehr ver - spaetet. Nach der RHO. hatte das R.F.M. im Kabinett ein Widerspruchsrecht gegen eine gegen seine Stimme in den Haushaltsplan aufgenommene Ausgabe. Die Ausgabe durfte alsdann in den

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Haushaltsplan nur aufgenommen werden, wenn dies in erneuter Abstimmung von der Mehrheit beschlossen wurde und der Reichskanzler mit der Mehrheit stimmte. Nach 1933 hing der Erfolg eines Widerspruchs lediglich von der Entscheidung des Reichskanzlers ab.

Das Etatsgesetz setzte die Schlussumme des Haushalts in Einnahme und Ausgabe fest und stellte fest , bis zu welchem Betrage Geldmittel zur Bestreitung ausserordentlicher Ausgaben im Wege des Kredits beschafft werden durften; es gab ausserdem an, in welcher Hoehe und fuer welche Zwecke das R.F.M. Garantien uebernehmen durfte.

Par.23 Nach Feststellung des Haushaltsplanes teilte das R.F.M. diesen dem Rechnungshof mit. Der Rechnungshof war eine der Reichsregierung gegenueber selbstaendige oberste Reichsbehoerde ,der die Ueberwachung des gesamten Reichshaushaltsfuehrung oblag. Die Einnahmen und Ausgaben wurden also nach dem Haushaltsplan -und u.U. nach Gesetzen , die ihn ergaenzten und neben ihm eine Einnahme oder Ausgabe anordneten -von den Ressorts unter eigener Verantwortung verwaltet. Die Kontrolle hierueber hatte der Rechnungshof.

Par.30 Innerhalb des Rahmens der ihnen durch den Etat zur Verfuegung gestellten Mittel waren die Ressorts voellig selbstaendig und selbstverantwortlich. Gebunden waren sie nur insofern ,als sie die bewilligten Betraege nur zu dem im Haushaltsplan bezeichneten Zweck und nur innerhalb des Rechnungsjahres verwenden durften.Nur bei den ausdruecklich als uebertragbar bezeichneten Ausgabemitteln und bei

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

den zu einmaligen und ausserordentlichen Ausgaben bewilligten Mitteln blieben die nicht ausgegebenen Betraege fuer die unter die Zweckbestimmung fallenden Ausgaben ueber das Rechnungsjahr hinaus zur Verfuegung, aber nur bis zum Rechnungs - abschluss fuer das auf die Schlussbewilligung folgende dritte Rechnungsjahr (Ausgabereste).

Par.33

Wenn Ressorts mit ihren Mitteln nicht auskamen ,mussten sie sich an den RMdF. wenden. Denn Haushaltsueberschreitungen und ausserplanmaessige Ausgaben bedurften in jedem Falle der vorherigen Zustimmung des RFM. Dieses pflegte regelmaessig eine Einsparung an anderer Stelle zu verlangen. Diese ueber - und ausserplanmaessigen Ausgaben waren das Hauptgebiet,mit dem sich die Haushaltsreferenten des RFM das Etatsjahr ueber zu beschaeftigen hatten.

Fuer das Reichsvermoegen waren die Reichsverwaltungen zustaendig, inderen Bereich die Vermoegensverwaltung fiel , fuer landwirtschaftlichen Grundbesitz das Ernaehrungs-,fuer gewerbliches Vermoegen das Wirtschaftsministerium , fuer Forsten der Reichsforstmeister , fuer die der Justizverwaltung dienenden Grundstuecke das Reichsjustizministerium usw.. Par.47 R.H.O. regelt den Verkauf der Gegenstaende, die im Eigentum des Reichs stehen ,und bestimmt, dass sie nur gegen einen dem vollen Werte entsprechenden Preis veraeussert werden

74

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

duerfen; das R.F.M. kann hiervon Ausnahmen gestatten : Grundstuecke und Anteile an gesellschaftlichen Unternehmungen duerfen nur mit vorheriger Zustimmung des R.F.M.veraeussert werden. Par.48 behandelt die Gruendung eines Unternehmens, das einen gewerblichen oder wirtschaftlichen Betrieb von erheblichem Umfang zum Gegenstand hat, durch das Reich oder die Beteiligung des Reichs an einem solchen Unternehmen und setzt die Pflichten des "zustaendigen Reichsministers" dabei fest. Das ist also auch in diesen Faellen nicht etwa das R.F.M.,sondern der jeweils zustaendige Reichsminister , der Kriegs-oder Justiz- oder Wirtschafts-etc.Minister. Das gleiche ergibt sich aus Par.65 RHO.. der bei Abgabe von Gegenstaenden , die zum Vermoegen des Reichs gehoeren, die Erstattung des Gegenwertes verlangt; nur bei Abgabe von Gegenstaenden von einer Reichsbehoerde an eine andere kann mit Zustimmung des RFM. von einer Erstattung des Gegenwerts abgesehen werden. So kommt fuer die Verwaltung und Verwertung von Reichsvermoegen das RFM nur in Frage ,wenn es sich um Vermoegen der Steuer-und Zollverwaltung handelte , oder wenn dem RFM. die Verwaltung gesetzlich zugewiesen war oder wenn die Zustaendigkeit keines anderen Ministeriums gegeben war.

Es hat in Deutschland keine Einheitskasse gegeben, sondern jede Verwaltung hatte ihre eigenen Kassen,so gab es Justiz- Forst-,Regierungs-,Finanzkassen. Die allgemeinen Vorschriften

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

fuer die Kassen erliess das RFM. im Einvernehmen mit dem Rechnungs-
Par.60 hof. Im uebrigen unterstehen die Kassen den zustaendigen Ver-
waltungen. Diese bestimmen auch ueber die jaehrlichen oder unver-
muteten Kassenpruefungen. Die Vorschriften ueber die formelle
Einrichtung der Kassenrechnungen und Belege von dem Rechnungshof
Par.66 erlassen, aber auch wieder im Benehmen mit den beteiligten
Reichsministern. Zahlungen durften die Kassen nur auf Anweisung
des zustaendigen Reichsministers leisten; ebenso konnten sie auch
Par.58 Zahlungen nur auf Anweisung des zustaendigen Ressorts annehmen.
Die Verantwortung fuer die Anweisungen , sowohl Ausgabe -und
Einnahmeanweisungen , hatte die anweisende Stelle. Dies galt
auch fuer Anweisungen an die Reichshauptkasse.Diese Kasse war
die Kasse der Reichsregierung, sie unterstand natuerlich dem
R.F.M.wie, aber d sie war nicht etwa eine Kasse des R.F.M.Sie
muss sowohl von der Buerokasse des R.F.M.wie von der Reichsbank-
hauptkasse unterschieden werden.

Par.14 Nach Par.14 R.H.O. durften Ausgaben erst in den Haushalts-
plan eingestellt werden, wenn genaue Plaene,Kostenberechnungen
und Erlaeuterungen vorlagen. Zuerst wurden also die Bauaemter
mit einem Bauvorhaben befasst,und erst auf Grund der Arbeiten
der Bauaemter konnte eine Etatsvorlage gemacht werden.Es gab
sowohl Landes-wie Reichs-Bauaemter.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Die ministerielle Zustaendigkeit fuer Bausachen war in den einzelnen Laendern verschieden geregelt. In Preussen wie im Reich war das Finanzministerium die zustaendige Ministerialinstanz. Aber es bestanden ~~darueber~~ daneben noch Sonderbauverwaltungen im Reich. Nicht nur die Reichsbahn , sondern auch die Reichswehr hatte ihre eigene Bauverwaltung. Waehrend des Krieges baute sich auch die Polizei eine eigene Bauverwaltung aus. Dadurch erschienen groessere Bau - vorhaben nur ,wenn Mittel dafuer im Etat angefordert wurden.Aber die Bauverwaltung des R.F.M. hoerte nichts mehr von solchen Vorhaben.

Par.62 Par.72 Par.73 Par.81 Par.88 Par.92 Par.93 Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Rechnung nachzuweisen, und zwar an den Stellen, unter denen sie im Etat vorgesehen sind. Fallen sie unter keine Zweckbestimmung, sind sie als ausserplanmaessig nachzuweisen. Erleichterungen fuer die Rechnungslegung kann der Rechnungshof (im Einvernehmen mit dem zustaendigen Reichsminister und dem R.F.M.) anordnen: er kann in Einzelfaellen von der Rechnungslegung ganz absehen lassen. Die gesamten Rechnungen unterliegen der Pruefung durch den Rechnungshof. Die zustaendigen Behoerden haben die Rechnungen vorzupruefen. Bei Rechnungen von geringerer Bedeutung kann der Rechnungshof die Pruefung den Verwaltungsbehoerden ueberlassen.

Par.1o3 Par.1o7 Die sich aus der Pruefung der Rechnungen ergebenden Erinnerungen teilt der Rechnungshof der Verwaltungsbehoerde zur Beantwortung und Erledigung mit. Nach Abschluss der Pruefung stellt der Rechnungshof Bemerkungen auf ueber alle Abweichungen vom Haushaltplan

77

Par. 108 und sonstige Anstaende. Er hatte diese Bemerkungen dem R.F.M/ zu uebermitteln.Dieser legte sie dem Reichsrat und Reichstag mit dem Antrag vor , die Reichsregierung wegen der Rechnung zu entlasten. Nach 1933 erfolgte die Entlastung auf Antrag des RFM/ durch derFuehrer und Kanzler. Die weitere Beziehung zum

Par.119 Rechnungshof ergab sich aus der Bestimmung des Par.119 R.H.O. nach der der Reichspraesident den Praesidenten und die sonstigen hoeheren Beamten des Rechnungshofs ernannte.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Wehrmacht durchzuführen und die während des Krieges neu entstandenen Reichsbetriebe – Rüstungswerke, Elektrizitätsgesellschaften, Stickstoffindustrie, Aluminiumwerke und die als Bank dieser Reichsbetriebe gegründete Reichs-Kredit-Gesellschaft – zu liquidieren, abzustossen bzw. zu betreuen. Anfang der 20er Jahre wurde das R. Schatzminist. aufgelöst. Das R.F.M. übernahm seine Aufgaben, damit auch die Verantwortung für die in der Viag (Vereinigte Industrie A.G.) als Dachgesellschaft zusammengefassten Reichswerke, die im wesentlichen aus den Reichs-Elektro-Werken, den Reichs-Aluminium-Werken und der Reichs-Kredit-Gesellschaft bestanden. Das Wiederaufbauministerium hatte die Aufgabe, die sich aus dem V.V. ergebenden Verpflichtungen fürsorgend zu bearbeiten. Dieses Ministerium, dessen letzter Minister Dr. Rathenau, vor seiner Ernennung zum Aussenminister, gewesen war – nach ihm wurde es durch einen Staatssekretär geführt – wurde Mitte der 20er Jahre aufgelöst. Ein grosser Teil seiner Aufgaben (z.B. Entschädigungsfragen) fiel dem R.F.M. zu. Im Zuge dieser Erweiterungen entstand im R.F.M. eine neue Abteilung, die Hochbauabteilung, welche die technische Bauaufsicht für alle Reichsbauten hatte.

Die grösste Abteilung war die Etatsabteilung. Sie zerfiel in zwei Unterabteilungen, die eigentliche Etats- und die Besoldungsabteilung. Die immer stärker werdende Arbeit machte es in den Jahren nach 1933 notwendig, beide Unterabteilungen zu selbständigen Abteilungen zu machen. Etwas später ergab sich die Notwendigkeit, eine selbständige Abteilung abzuzweigen, welche vor allem die Etats der Länder zu bearbeiten hatte. Die frühere Reparationsabteilung hatte ihr Aufgaben gebiet etwas geändert und war zu einer allgemeinen Wirtschafts- und Kreditabteilung geworden. So ergaben sich folgende Abteilungen, die bis zum Schluss bestanden haben:

Abt. I	Etatsabteilung	Min. Dir. von Mantenffel (bis 1944, dann Min. Dir. Kluge),	15	(Referenten, darunter der Generaletatsreferent Mayer)
" IA	Länderetats	Kluge,	9	Referenten
" II	Zölle	Wucher	13	"
" III	Steuern	Hedding	14	"
" IV	Besoldung	Wever	13	"
" V	Wirtschaft u. Kredit	Berger	15	"
" VI	Organisations- u. Personal	Maass	19	"
" VII	Bau	Reichle	10	"

~~00105~~

F Daneben bestanden, unmittelbar unter dem St.S., der Generalinspekteur

F Im Verlust 1944 trat nach der Vereinigung des Preuss. Fin. Min. noch die Abt. VIII, Min. Dir. Zscheche, hinzu, die den Etat des Landes Preussen zu bearbeiten hatte.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

fuer den Zollgrenzschutz, Min. Dir. Hossfeld, mit 3 Referenten,
der Generalbeauftragte fuer das Kassen- und Kreitwesen, Min. Dirig. Bagshoffer, mit 6 Referenten, und das Statistische Büro.

Insgesamt hat das R.F.M., einschliesslich aller Arbeiter und Angestellten, rd. 1000 Koepfe gehabt.

Dem R.Fin.Min. war die Reichshauptkasse unterstellt, die aber der Reichsbank angegliedert war und daher auch nicht im gleichen Gebaeude wie das R.F.M. untergebracht war.

Ferner war dem R.Fin.Min. die Reichsmuenze unterstellt, hervorgegangen aus der Preussischen Staatsmuenzverwaltung.

Das R.F.M. fuehrte ferner die Aufsicht ueber die Reichs-Zentralgenossenschaftskasse unter Leitung des Praesidenten Helferich.

Es war ferner mit dem R. Ernaehr. Min. durch einen Reichskommissar beteiligt an der Aufsicht ueber die Rentenbankkreditanstalt.

II. Die Haushaltsgebarung

Die Aufstellung, Durchfuehrung und Ueberwachung der Reichshaushaltsplans regelten sich nach der Reichshaushaltsordnung (R.H.O.), einem Gesetz vom 31. 12. 1922.

Danach waren die Unterlagen fuer die Aufstellung des Haushaltsplans fuer das kommende Rechnungsjahr von den Reichsministern fuer ihren Geschaeftsbereich unter eigener Verantwortlichkeit rechtzeitig festzustellen, und dem R.F.M. zu dem von ihm zu bestimmenden Zeitpunkt einzusenden. Dieser Zeitpunkt lag im Herbst, so dass dem R.F.M. genuegend Zeit blieb, die Vorlagen der einzelnen Stellen zu pruefen, darueber zu verhandeln und den Entwurf des Reichshaushaltsplans so fruchzeitig aufzustellen, dass er vor dem 1. April, dem Beginn des neuen Etatsjahres verabschiedet werden konnte.

Die Feststellung des Haushaltsplans erfolgte nach 1933 nicht mehr durch Parlament, sondern durch das Kabinett. Als seit 1938 das Kabinett nicht mehr tagte, erfolgte die Feststellung ~~der~~ im schriftlichen Umlaufswege, infolgedessen meist sehr verspaetet. Nach der R.H.O. hatte der R.F.M. im Kabinett ein Widerspruchsrecht gegen eine gegen seine Stimme in den Haushaltsplan aufgenommene ~~Best~~ Ausgabe. Die Ausgabe durfte alsdann in den Haushaltsplan nur aufgenommen werden, wenn dies in erneuter Abstimmung von der Mehrheit beschlossen wurde und der Reichskanzler mit der Mehrheit stimmte. Nach 1933 hing der Erfolg eines Widerspruchs lediglich von der Entscheidung des Reichskanzlers ab.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Das Etatsgesetz setzte die Schlusssumme des Haushalts in Einnahme und Ausgabe fest und stellte fest, bis zu welchem Betrage Geldmittel zur Bestreitung ausserordentlicher Ausgaben im Wege des Kredits beschafft werden durften, es gab ausserdem an, in welcher Woche und fuer welche Zwecke der R.F.M. Garantien uebernehmen durfte.

§23 Nach Feststellung des Haushaltsplans teilte der R.F.M. diesen dem Rechnungshof mit. Der Rechnungshof war eine der Reichsregierung gegenueber selbstaendige oberste Reichsbehoerde, der die Ueberwachung der gesamten Reichshaushaltsfuehrung oblag.

§25 Die Einnahmen und Ausgaben wurden also nach dem Haushaltsplan — und u. U. nach Gesetzen, die ihn ergaenzten und neben ihm eine Einnahme oder Ausgabe anordneten — von den Ressorts unter eigener Verantwortung verwaltet. Die Kontrolle hierueber hatte der Rechnungshof.

§30 Innerhalb des Rahmens der ihnen durch den Etat zur Verfuegung gestellten Mittel waren die Ressorts voellig selbstaendig und selbstverantwortlich. Gebunden waren sie nur insofern, als sie die bewilligten Betraege nur zu dem im Haushaltsplan bezeichneten Zweck und nur innerhalb des Rechnungsjahres verwenden durften. Nur bei den ausdruecklich als uebertragbar bezeichneten Ausgabemitteln und bei den zu einmaligen und ausserordentlichen Ausgaben bewilligten Mitteln blieben die nicht ausgegebenen Betraege fuer die unter die Zweckbestimmung fallenden Ausgaben ueber das Rechnungsjahr hinaus zur Verfuegung, aber nur bis zum Rechnungsabschluss fuer das auf die Schlussbewilligung folgende dritte Rechnungsjahr (Ausgabereste).

§33 Wenn Ressorts mit ihren Mitteln nicht auskamen, mussten sie sich an den RMdF. wenden. Denn Haushaltsueberschreitungen und ausserplanmaessige Ausgaben bedurften in jedem Falle der vorherigen Zustimmung des R.F.M.. Dieser pflegte regelmaessig eine Einsparung an anderer Stelle zu verlangen. Diese ueber- und ausserplanmaessigen Ausgaben waren das Hauptgebiet, mit dem sich die Haushaltsreferenten des R.F.M. das Etatsjahr ueber zu beschaeftigen hatten.

Fuer das Reichsvermoegen waren die Reichsverwaltungen zustaendig, in deren Bereich die Vermoegensverwaltung fiel, fuer landwirtschaftlichen Grundbesitz das Ernaehrungs-, fuer gewerbliches Vermoegen das Wirtschaftsministerium, fuer Forsten der Reichsforstmeister, fuer die der Justizverwaltung dienenden Grundstuecke das

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Reichsjustizministerium usw., § 47 R.H.O. regelt den Verkauf der Gegenstände, die im Eigentum des Reichs stehen, und bestimmt, daß sie nur gegen einen dem vollen Werte entsprechenden Preis veräußert werden dürfen; der R.F.M. kann hiervon Ausnahmen gestatten. Grundstücke und Anteile an gesellschaftlichen Unternehmungen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des R.F.M. veräußert werden. § 48 behandelt die Übernahme eines Unternehmens, das einen gewerblichen oder wirtschaftlichen Betrieb von erheblichem Umfang zum Gegenstand hat, durch das Reich oder die Beteiligung des Reichs an einem solchen Unternehmen und setzt die Pflichten des „fachlich zuständigen Reichsministers" dabei fest. Darin ist also auch in diesen Fällen nicht etwa der R.F.M., sondern der jeweils fachlich zuständige Reichsminister, der Kriegs- oder Justiz- oder Wirtschafts- usw.-Minister. Das gleiche ergibt sich aus § 65 RHO., der die Abgabe von Gegenständen, die nicht zum Vermögen des Reichs gehören, die Installierung des Gegenwerts verlangt; nur die Abgabe von Gegenständen von einer Reichsbehörde an eine andere kann mit Zustimmung des RFM von einer Erstattung des Gegenwerts abgesehen werden. So kommt für die Verwaltung und Verwertung von Reichsvermögen der RFM nur in Frage, wenn es sich um Vermögen des Heeres- und Luftverwaltung handelte, oder wenn kein RFM. die Verwaltung gesetzlich übertragen hat oder wenn die Zuständigkeit keines anderen Ministeriums gegeben war.

Es hat in Deutschland keine Einheitskasse gegeben, sondern jede Verwaltung hatte ihre eigene Kassen, so gab es Justiz-, Forst-, Regierungs-, Finanzkassen. Die allgemeinen Vorschriften für die Kassen erließ das RFM im Einvernehmen mit dem Rechnungshof. Im übrigen unterstehen die Kassen den fachlichen Verwaltungen. Diese bestimmen auch über die jährlichen oder unvermuteten Kassenprüfungen. Die Vorschriften über die formelle Einrichtung der Kassen, § 60 Rechnungen und Belege von den Rechnungshof erlassen, aber auch wieder im Benehmen mit dem § 66 beteiligten Reichsministern. Zahlungen dürfen die Kassen nur auf Anweisung des fachlichen § 58 Reichsministers leisten; davon können sie auch Zahlungen nur auf Anweisung des fachlichen Ressorts annehmen. Die Verantwortung für die Anweisungen, sowohl Ausgabe- und Einnahmeanweisungen, hatte die anweisende Stelle. Dies gilt auch für Überweisungen an die Reichshauptkasse. Diese Kasse war die Kasse der Reichsregierung, sie unterstand natürlich dem R.F.M., aber sie war nicht etwa eine Kasse des R.F.M. Sie muss sowohl von der Bürokasse des R.F.M. wie von der Reichsbankhauptkasse unterschieden werden.

§ 14 Nach § 14 R.H.O. müssen Ausgaben erst in den Haushaltsplan eingestellt werden, wenn genaue Planen, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen. Zuerst wurden also die Bauämter mit einem Bauvorhaben befasst, und erst auf Grund der Arbeiten der Bauämter konnte eine Etatsvorlage gemacht werden. Es gab wohl Ober- wie Reichs-Bauämter

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

"Freiwilliger" Abgang.

Ich kann nicht sagen, ob Hugenberg gegangen oder gegangen worden ist. Sicher ist, dass seine Stellung im Kabinett unhaltbar geworden war. Das hing einmal mit der Aufloesung der D.N.V.P. zusammen, deren Weiterbestand, wie Hugenberg mir einmal, als ich ihn vor der bevorstehenden Aufloesung warnte, ihm ausdruecklich und feierlich zugesichert worden sei. Dazu kam das schwere Zerwuerfnis mit Neurath auf der Londoner Wirtschaftskonferenz im Sommer 1938, wo Hugenberg gegen den Willen von Neurath, der der Fuehrer der deutschen Delegation war, der Gegenseite eine Denkschrift uebergeben hatte. Sie erregte bei den Vertretern der uebrigen Laender unliebsames Aufsehen, sodass sich Neurath genoetigt sah zu erklaeren, dass es sich um keine offizielles Schriftstueck der deutschen Delegation, sondern um eine Privatarbeit von Hugenberg handele. Nach der Rueckkehr von London erhob Hugenberg - ein ganz ungewoehnliches Vorgehen - bei der naechsten Kabinettssitzung "ausdruecklich und formell" Beschwerde gegen Neurath. Das Ergebnis war die - unzweifelhaft richtige - Feststellung durch Hitler, dass bei Auslandskonferenzen die Entscheidung hinsichtlich der Teilnahme einzelner Delegationsteilnehmer an Plenas- und Ausschuss-Sitzungen ebenso wie hinsichtlich der zu uebergebenden Schriftstuecke in der Hand des Delegationsfuehrers liegen muesse. Als dann noch ein zweiter Antrag Hugenbergs, den Ministerialdirektor Posse, einen ausgezeichneten Beamteh, der damals in London die Rumpfdelegation leitete und mit dem Hugenberg Meinungsverschiedenheiten ueber Aussenhandelspolitik gehabt hatte, albald abzuberufen, abgelehnt wurde - mit Recht, war sein Abgang unvermeidlich geworden. Ich

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

trauerte ihm nicht nach. Er hatte als Kabinettsmitglied vollkommen versagt. In keiner der politisch wichtigen Vorlagen hatte er je kritisch das Wort ergriffen, er horchte nur auf, wenn Goebbels Pressemassnahmen besprach. Dann fragte er, ob der Scherl-Konzern unberuehrt bliebe, und wenn ihm das zugesichert wurde, war er beruhigt. Seine Passivitaet war so aufreizend, dass Popitz und ich ihn eines Tages aufsuchten und ihn dringend baten, den Kampf um politisch richtige Fragen, den Papen und er in erster Linie zu fuehren verpflichtet seien, nicht ausschliesslich den Fachministern, Guertner, Popitz und mir, zu ueberlassen. Es hatte keinen Erfolg.

Sein Nachfolger als Wirtschaftsminister, Schmitt, galt als ueberzeugter Pg. Er sah aber die Entwicklung der Partei mit grosser Sorge und Kritik, glaubte aber durch seinen persoenlichen Einfluss auf Hitler, bei dem er sehr haeufig unter vier Augen war, die Dinge auf das richtige Gleis bringen zu koennen. Gehemmt wurde er durch seinen Gegensatz zu Schacht, mit dem er sich in einem dauernden, persoenlichen und sachlichen Streit befand. Schmitt war ein kluger, aber sehr feinbesaiteter, empfindlicher Mann, der der Robustheit Schacht's nichts entsprechendes entgegenzusetzen hatte. Je weniger Schmitt sich wehren konnte, umso heftiger griff Schacht ihn an. Schmitt klagte mir oft, dass Schacht ihn noch ins Grab bringen wuerde. Dieser dauernde Kampf mag zu dem Herzleiden beigetragen haben, das sich bei Schmitt immer staerker entwickelte, bis er eines Tages bei einer oeffentlichen Rede mit schwerer Ohnmacht zusammenbrach. Aus dem Urlaub wurde allmaehlich eine Verabschiedung. Ich

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

glaube wohl, dass Schmitt heilfroh war, aus dem Kabinett herauszusein - auch aus finanziellen Gesichtspunkten, er stand sich bei der Allianz um ein Vielfaches besser, als im Kabinett - , aber ein freiwilliges Ausscheiden, weil er nicht mitmachen koenne, war sein Abgang nicht.

Der Verkehrsminister von Eltz war vonden "buergerlichen" Ministern derjenige, der Hitler am naechsten stand und nur in Toenen hoechster Bewunderung von ihm sprach. Das einzige Mal, wo ich Hitler im Privathaus als Gast gesehen habe, war bei Eltz. Es war ein ganz kleiner Kreis von Menschen, der dort zum Abendessen eingeladen war. Ich habe das als ein Zeichen des besonders nahen Verhaeltnisses zwischen Eltz und Hitler angesehen. Als den Nicht-Pg. des Kabinetts am 30.1.37 das Goldene Parteiabzeichen verliehen wurde, ging Hitler um den grossen Tisch herum, um es jedem einzelnen zu uebergeben. Nachdem Neurath, Schacht, Popitz es erhalten hatten, kam er zu mir, Eltz, Seldte, die wir in dieser Reihenfolge nebeneinander standen . Als er es Eltz uebergeben wollte, sagte dieser - so leise, dass ausser Hitler es nur Seldte und ich gehoert haben koennen - : Ich kann dieses Abzeichen nur annehmen unter der Bedingung, dass Sie ueber die Kirche eine Erklaerung ... Hitler unterbrach ihn: Ich bin nicht gewohnt, mir Gunstbezeugungen von einer Bedingung abhaengig machen zu lassen. Er verliess das Zimmer und beauftragte Meissner, sofort zu Eltz zu gehen und sein Abschiedsgesuch einzufordern. Ich glaube nicht, dass Eltz die Absicht hatte, auf alle Faelle auszuscheiden. Der einzige, der darueber wahrscheinlich Auskunft ge-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ben koennte, ist der Kardinal Graf Preysing. Denn, wie ich damals hoerte, hat Eltz die bevorstehende Verleihung des Goldenen Parteiabzeichens vorher gewusst. Ich bin ueberzeugt, dass er sein Verhalten mit Preysing besprochen hat. Ich bin aber ebenso ueberzeugt, dass, wenn er haette ausscheiden wollen, er das mir vorher mitgeteilt haette.

Schacht hat ueber sein Ausscheiden verschiedene Versionen verbreitet. Einmal hat er gesagt, dass er Hitler den Stuhl vor die Tuer gesetzt haette. Die andere Version geht dahin, dass Hitler ihn hinausgeworfen hat. Es kann kein Zweifel sein, dass die letztere die richtige ist. Die Ursache liegt in der allmaehlich immer zunehmenden Entfremdung zwischen Schacht und Hitler, verschaerft durch die bittere Kritik Schachts an verschiedenen Vorgaengen und Erscheinungen im oeffentlichen Leben und durch den scharfen Gegensatz zwischen Schacht und Goering. Den aeusseren Anlass bot die ploetzliche Weigerung Schachts, mir ueber Ultimo Januar 39 die gewohnheitsmaessige, auf wenige Tage beschraenkte Kassenhilfe der Reichsbank zu gewaehren.

Schlegelberger wurde nach dem Tode Guertners mit der Leitung des Justizministeriums betraut. Er erwartete, dass er nach einigen Monaten zum Minister ernannt werden wuerde. Er hat mir in dieser Zeit haeufig geklagt, unter welchen Schwierigkeiten er zu arbeiten gezwungen sei. Er bliebnur, um Guertners Vermaechtnis zu erfuellen und weder Frank noch Thierack an seinen Platz treten zu lassen. Als er dann entlassen und Thierack zum Justizminister ernannt wurde, beklagte er sich bitter ueber Hitlers Undank und stellte dunkle, leider nur allzu richtige Prognosen ueber Thieracks

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

kuenftige Taetigkeit.

In keinem einzigen dieser Faelle ist der Tatbestand do, dass jemand den Abschied genommen hat, weil er das Bleiben nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte. Ich weiss, dass andere ihren Abschied eingereicht, so z.B. Seldte mehrfach und Popitz nach der Krystallwoche. Aber sie mussten sich damit abfinden, dass ihnen der erbetene Abschied nicht gewaehrt wurde. Nach dem Ministergesetz konnte ja auch nur der Fuehrer die Minister entlassen. Ein Recht auf Entlassung hatte kein Minister.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Grundzüge der Etatisierung.

Es ist in der Geschichte der deutschen Etatspolitik ein alter Streit, inwieweit sich der Finanzminister auf die sachlichen Fragen der von ihm zu betreuenden Ressorts einlassen und versuchen soll, darauf Einfluss zu nehmen. Es gab eine Richtung, die dem Finanzminister nur gestatten wollte, seine finanziellen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, also bei den Etatsverhandlungen lediglich zu erklären: ich kann für dein Ressort nur die und die Summe zur Verfügung stellen; wie du damit fertig wirst, ist deine Sache, nur du kannst beurteilen und selbst entscheiden, welche Aufgaben einzuschränken oder ganz zu streichen sind. Dieser Einstellung lag die Ueberlegung zu Grunde, dass wenn sich der Finanzminister, zunächst vertreten durch den Etatsreferenten, von seinen finanzpolitischen Argumenten auf das Gebiet der sachlichen Diskussion fortlocken liess, es nicht nur der ueberlegenen Sachkenntnis des Fachressorts, sondern auch dem in jeder notwendigen oder auch nur wünschenswerten Aufgabe selbst liegenden, verfuehrerischen Argument erliegen würde. Schuster, bleib' bei deinen Leisten; Finanzminister, bleib' bei deiner Finanzpolitik! Der Etatsdirektor von Manteuffel pflegte diese Einstellung zugespitzt in die Worte zu kleiden: „Nur Unkenntnis schuetzt vor Bewilligung". Demgegenüber vertrat die andere Schule, als deren groessten Vertreter man wohl den preussischen Finanzminister von Rheinbaben ansehen kann, den Standpunkt, dass bereits bei der Frage, wieviel der Finanzminister für ein Ressort auszuwerfen in der Lage sei, er den Grad der Wichtigkeit der staatlichen Aufgaben feststellen müsse. Er komme um die Festlegung einer Stufenfolge nach dem Grad der Wichtigkeit nicht herum. Das zwinge ihn dazu, nicht nur im Grossen sich mit der Notwendigkeit und Wichtigkeit der staatlichen Aufgaben zu befassen, sondern auch bei den Verhandlungen über den Einzelhaushalt in die Materie einzusteigen und detaillierte Vorschläge darüber zu machen, wie mit den geringsten Mitteln der groesste Nutzeffekt zu erreichen sei. Der Etatsreferent des Finanzministeriums müsse daher der beste Sachkenner auf allen Gebieten des von ihm betreuten Ressorts sein.

Das preussische Finanzministerium hat nach den Rheinbabenschen Grundsätzen gearbeitet. Das war dort auch möglich, da die Aufspaltung der Etatsaufgaben sehr weit ging, z.B. ein Referent lediglich die Volksschulen, ein zweiter nur die Universitäten bearbeitete. Auf diesen Gebieten waren diese Referenten dann wirklich unbe-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

strittene Meister. Im Reichsfinanzministerium war das schwieriger. Hier war naturgemäss das Arbeitsgebiet für den einzelnen Referenten ein viel grösseres, bei dem er also schwer die Einzelkenntnisse haben konnte, wie sein preussischer Kollege. Es kam hinzu, dass die Hauptlasten des Reichsetats in den grossen Summen lagen, die nicht im Wege der Etatsverhandlungen geändert werden konnten, den Steuerüberweisungen an die Länder, den Ausgaben für die Sozialversicherung, den Pensionen für die Kriegsopfer und die Kriegsbeschädigten, den Reparations- und Entschädigungslasten aus dem ersten Weltkrieg, dem Schuldendienst für die Reichsschuld. Demgegenüber spielten die Verwaltungskosten der Ressorts eine verhältnismässig untergeordnete Rolle. Der ganze Etat des Auswärtigen Amts betrug ca. 50 Mill.; jede Aenderung auf dem Gebiet der Sozialversicherung oder der Kriegsopfergesetzgebung ging in die Hunderte von Millionen. So musste sich das Interesse des Finanzministers mehr um diese grossen Ausgaben drehen, an denen der Etatsreferent nichts ändern konnte, die nur im Wege der Gesetzgebung zu ändern waren. Trotzdem bin ich als Ministerialdirektor und später als Minister dafür eingetreten, dass möglichst nach dem Rheinbaben'schen Grundsatz verfahren wurde. Ein Mann, wie Knorre, eine Autorität in allen Fragen des Ernährungsministeriums, war ein Produkt dieser Schule.

Die Etatsaufstellung spielte sich normaler Weise folgendermassen ab. Im Frühjahr erliess der Finanzminister das Etatsrundschreiben, in dem die Grundsätze für die Aufstellung des Etats des kommenden Jahres mitgeteilt wurden. In diesem Schreiben wurde den Ressorts meist auch die Finanzlage des Reiches im grossen Zuge mitgeteilt, die es etwa nur gestatten wurde, bestenfalls bei den Etatsansätzen des laufenden Jahres zu bleiben, oder die dazu nötige, 10% unter diese Ansätze hinunterzugehen. Dann hatten die Ressorts den Sommer über Zeit, den Etat auf Grund der einlaufenden Anforderungen ihrer Verwaltung aufzustellen und ihn im Herbst dem Finanzministerium vorzulegen. Hier wurden die Ansätze einer ersten Uebersicht unterzogen. Jetzt setzte die Hauptarbeit des Generaletatsreferenten ein; nach einem Vortrag beim Minister gab der Etatsdirektor den Etatsreferenten die Richtlinien für die nun beginnenden Etatsverhandlungen auf den Weg, etwa in folgender Form: Trotz unseres Rundschreibens liegen die Etatsanforderungen 20% über den diesjährigen An-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

d.

Sachen. Sie müssen um 10% gekürzt werden; oder: sie müssen auf den Stand des laufenden Etats herabgesetzt werden; oder: sie müssen auf 90% der Ausgaben des laufenden Etats gesenkt werden. Ausserdem bestehen diese Richtlinien die Bewilligung von Personalausgaben bestimmter Sachausgaben etc. Es wurden in dieser Besprechung eine Reihe von Zweifels- und Einzelfragen geklärt. Man ging die Etatsreferenten an die Arbeit und sprach in mehrstündigen Verhandlungen die Etat in allen Einzelheiten, mit der Gegenseite durch. Soweit über einzelne Ansätze keine Einigung erzielt wurde, kam es zu einer Ministerialdirektor Besprechung. Wenn in ihr nicht alle Streitpunkte erledigt werden, erfolgte eine Staatssekretär Besprechung. Die dann noch verbleibenden strittigen Fragen bilden den Gegenstand einer Minister-(Chef-) Besprechung. Worüber sich auch die Minister nicht einigen können, das wird bei der Vorlage des Etats an das Kabinett Hitler zur Entscheidung vorgelegt. Nach der Vorschrift der Reichshaushaltsordnung (R.H.O.) müsste der Etat vor dem 1. April verabschiedet sein. Die Verabschiedung des Etats pflegte in den letzten Haushaltsjahren Mitte Juni stattzufinden. Nach der R.H.O. hatte der Finanzminister insofern eine starke Stellung im Kabinett als seine Vorgaben - selbst wenn eine Mehrheit nicht zustande kommt - dann, wenn der Reichskanzler dafür stimmte. Hier für den Finanzminister war also die Einstellung des Reichskanzlers von entscheidender Bedeutung.

War der Etat verabschiedet, dann hatte der Finanzminister mit seiner Durchführung nichts zu tun. Die Nachprüfung, ob sich die Ressorts innerhalb des Rahmens der Etatspositionen bewegten und die wirtschaftlich und sparsam verfahren hatte der Rechnungshof. Der Finanzminister trat nur in Tätigkeit, wenn die Ressorts eine nicht vorgesehene - ausserplanmässige - Ausgabe machen oder einen Etatsansatz überschreiten wollten - überplanmässige Ausgabe -. Bei, es kann natürlich sehr häufig war, war für beides nur die Zustimmung des Fin. Min. erforderlich. Sie pflegte meist mit der Forderung verbunden zu werden, dass die Ueberschreitung an einer anderen Stelle des Etats eingespart

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Anlage.

Hinsichtlich normalen Ablaufs der Kabinettsberatungen traten seit Anfang Februar 1937 einige Änderungen ein. Im Etatjahr 1937/38 war der letzte Etat der Inflationszeit beschlossen worden. Da keine Kabinettsberatungen mehr stattfanden, wurde der Etat im schriftlichen Umlaufverfahren erledigt. Das hatte den grossen Nachteil, dass es nicht mehr möglich war, Streitpunkte vor das Kabinett zu bringen. Diese mussten vielmehr in den Ressortbesprechungen ausgeglichen oder vor der Kabinettsvorlage durch Hitler entschieden werden. Hitler hatte für Finanzfragen kein Verständnis. Das einzige Argument, das er überhaupt als einer Diskussion wert gelten liess, war die Gefahr einer Inflation. Aber hier vertrat er den Standpunkt, dass es in D.R. stark eine Inflation nie eintreten könne, da die Regierung, selbst bei hemmungslosem Notendruck, Brot und Kochen auf dem Markte genügend könne und werde. Infolgedessen stimmte er bei einem Streit zwischen dem Fin. Min. und einem Ressort fast immer gegen das Fin. Min. Es hatte daher wenig Sinn, eine Streitfrage vor Hitler zu bringen, um so weniger, als er seit 1937 mich nicht mehr empfing und ebenso Streitfragen entweder auf einseitigen Vortrag des Gegenstandes oder auf einen Vortrag von Lammers entschied. Es war daher durchaus angezeigt, den Versuch zu machen, in unmittelbarer Aussprache mit den Ressorts zu einem billigen Kompromiss zu kommen, als den Streit vor Hitler zu bringen. Da die Ressorts die schwache Stellung des Fin. Min. kannten, war natürlich auch schon die Erreichung eines Kompromisses schwer genug. Dazu kam, dass in den neuen Ressorts – Propaganda, Polizei – die Naturgegebenheiten meist mehr in den Händen der alten geschulten Nationalsozialisten, sondern von Neulingen lagen, die in den Verhandlungen mit meinen Referenten zu sagen pflegten: wir haben von unserem Minister eine gesundene Marschorder und können nicht einen Pfennig nachgeben. So waren die hiervon betroffenen Referenten stets bestrebt, alle streitigen Punkte möglichst bald durch eine Chefbesprechung oder durch einen grundsätzlichen Vortrag des Fin. Min. bei Hitler klären zu lassen, und waren geneigt, dem Minister eine gewisse Schwäche vorzuwerfen, wenn ich, der ich die politische Lage besser übersah, den Erfolg dieses Vorgehens mit Skepsis betrachtete.

J.3

87

Es kann ferner hinzugefügt werden, daß seit 1936 der Etat nicht mehr veröffentlicht wurde. Infolgedessen gelang es nicht mehr, die Ressorts zum Einhalten der Termine so zu bringen. Der Etat konnte nicht mehr vor dem 31.3. fertiggestellt werden. Es kam vor, daß einige Einzelhaushalte erst abgeschlossen wurden, wenn das Rechnungsjahr bereits seinem Ende nachging. Schließlich konnte der Zeitdruck nicht mehr dazu benutzt werden, um Nachgeben der Ressorts in strittigen Fragen herbeizuführen. Die Tatsache, daß die Ressorts es gar nicht eilig hatten, das Fin. Min. dagegen, um überhaupt eine gewisse Etatordnung aufrechterhalten, auf den Abschluß drängen mußte, blieb den Referenten meist nichts übrig, als hierfür durch Nachgeben in Streitfragen ein Opfer zu bringen. — Eine weitere Schwierigkeit lag in folgender Entwicklung. Es ist seit 1933 niemals möglich gewesen, einen ausgeglichenen Etat zu verabschieden. Von 33-35 war es die Arbeitsbeschaffung, von 36-39 die Aufrüstung, seit dem Krieg, — die eine Deckung aus den ordentlichen Einnahmen nicht zuließen. Es mußte für Anleihen, für Kreditausweitung durch Wechsel- und Mefowechsel, zum Vorgriff auf kommende Jahre durch Kurzfristige Schatzanweisungen und Steuergutscheine gegriffen werden. Es handelt sich dabei in jedem Jahre um Milliarden Summen. Selbst für solche Ressorts, die nicht auf den Standpunkt Geringe standen: auf Geld kommt es nicht an, war es schwer einzusehen, daß ihnen mit Gewalt ein paar tausend Mark gekürzt werden sollten, auf die es ihnen sehr ankam. Und hier das Fin. Min. schwer, außer der allgemeinen Devise der Sparsamkeit eine bestimmte Richtlinie aufzustellen, und einen Rahmen festzulegen, innerhalb dessen sich die Ressorts zu halten hatten. Bei dieser Lage war es noch verständlich, mit welcher Disziplin sich die „alten Ressorts", Justiz, Wissenschaft, Erziehung usw. den Forderungen des Fin. Min. fügten. Um so schwieriger waren die Verhandlungen mit den „neuen" Ressorts. Propaganda-Ministerium und Polizei hatten für den Standpunkt des Fin. Min. kein Verständnis. Goebbels sah in jeder Kürzung eine bewußte und absichtliche Sabotage des ihm von Hitler erteilten Auftrags. Mindestens ebenso unangenehm waren die Verhandlungen mit den

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Polizei, vor allem aus zwei Gruenden. Einmal wurde meinen Referenten und mir nicht klarer Wein eingeschenkt, der Etat war vielmehr ein Muster der Verschleierung. Ferner lehnte er Himmler mit aeusserster Schaerfe ab, sachliche Vorschlaege entgegenzunehmen, sich in seine Zustaendigkeit hineinreden zu lassen. Er bestritt dem Finanzminister das Recht, ihm gegenueber nach den Rheinbabenschen Grundsaetzen zu verfahren, mit unnebenbietbarer Deutlichkeit. So bat er mich, den Referenten fuer die Polizei, Min. Rat Rademacher, abzuloesen, da er – Himmler – mit ihm nicht verhandeln koenne und wolle. Denn Rademacher – ein kluger, aber in der Form etwas aufreizender, „nassforscher" Mann – liess es sich, schneidig, wie er war, nicht nehmen, wie er es im Preuss. Fin. Minist. gelernt hatte, zum Polizeietat sachliche und organisatorische Besserungsvorschlaege zu machen. Ich stellte Himmler vor, gerade er muesse eigentlich Achtung vor einem Manne haben, der lediglich aus Pflichtgefuehl, auf die Gefahr hin, seine Carriere zu verderben, sich dauernd sogar den Unwillen des maechtigen Reichsfuehrers SS. zuziehe, jedenfalls koenne er es mir ~~weder zumuten~~ nicht verdenken, dass ich einen so mutigen und treuen Beamten nicht aus seinem Referat abloeste. Himmler hatte dafuer kein Verstaendnis, sondern denunzierte Rademacher als Saboteur bei Hitler. Trotzdem hielt ich ihn bis zum Kriege in seinem Referat, und erst als Rademacher zur Militaerverwaltung Frankreichs ging, ersetzte ich ihn durch den sehr ruhigen, in der Form nie aggressiven Kallenbach.[1] – Himmler gestand mir nur zu, bei den Etatsverhandlungen finanzpolitische Gesichtspunkte zu vertreten. Darin lag aber gerade die Schwierigkeit. Wie sollte ich z.B. im Jahre 1938, als die Ruestungsausgaben 14 Millia. ausmachten, nachweisen, dass 1 oder 5 oder 10 Millionen des Polizeihaushalts fuer das Reich nicht tragbar seien? Himmler stand auf dem Standpunkt, dass, wenn wir uns nicht einigten, Hitler zu entscheiden haette, ob seinen sachlichen oder meinen finanzpolitischen Belangen der Vorzug einzuraeumen sei. Es konnte nie ein Zweifel daran bestehen, wie Hitler in solchem Falle entscheiden würde.

Erschwerend kam noch hinzu, dass seit 1936 mir die dem Fin. Minister

1) Wo Rademacher sich z. Zt. befindet, weiss ich nicht. Er war im Kriege zuletzt beim Reichskommissar in Holland taetig. – Bis 1935 war die Polizei einschl. der K.Z. bei den Laendern; 1936 kam der erste R. Haushalt fuer die Polizei. Ich uebernahm Rademacher

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

zustehenden Rechte gegenueber der Wehrmacht entzogen waren, trotz meines entschiedenen Widerspruchs. Blomberg hatte erklaert, dass es die Voraussetzung fuer die Aufrechterhaltung von Ordnung koenne, wenn ihm der Finanzminister nicht hineinreden duerfe; durch solchen Widerspruch koenne sonst eine unertragliche Verzoegerung eintreten. Nun war Himmler bestrebt, die gleiche Stellung fuer die Polizei zu gewinnen. Es war nicht leicht, diese Gefahr zu vermeiden. – Von Kriegsbeginn ab beschraenkte sich, soweit ich mich entsinne, die Etatsfeststellung bei der Polizei auf die Bereitschaftung des Friedensplans. Fuer die Sachmittel bestand ein „offener" Haushalt, d.h. die erforderlichen Mittel wurden nach Bedarf abgerufen, ihre Pruefung erfolgte dann durch den Rechnungshof. Praktisch hatte damit die Polizei, wenn auch nicht formell, den gleichen Standpunkt wie die Wehrmacht erreicht. Hierueber werden Rademacher und, falls auffindbar, Schmidt-Schwarzenberg fuer die Waffen-SS, deren Etatsreferent er war, Naheres aussagen koennen.

Jedenfalls war es voellig unmoeglich, bei den Etatsverhandlungen und durch das „Druckmittel" der Geldbewilligung auf die Praxis der Polizei oder auf die Behandlung der K.L. irgendeinen Einfluss zu gewinnen. Man darf ueberhaupt die Moeglichkeit der Einwirkung des Finanzministers auf das Verhalten der gesetzlich von ihm versorgten Einrichtungen nicht ueberschaetzen. Selbst bei extensivster Auslegung des „Rheinbabenschen Grundsatzes" waere es nicht moeglich gewesen, etwa vom Volksgerichtshof eine mildere Rechtsprechung zu verlangen oder Sondergerichte abzulehnen. Selbst der St.S. Schaeffer, der ueberzeugter Pazifist war, musste als Vorsitzender des Ausschusses fungieren, der den „schwarzen" Wehretat festsetzte, und der war unter Bruening. Vielmehr beschraenkte sich auch vor die Bewegungsfreiheit des Finanzministers unter Hitler. – Der Haushalt war seine Stellung auf dem Gebiet des Stellenplans und der Besoldung. Auf diesen Gebieten spielten sich die erbittertsten Schlachten ab. Min. Dir. Brees kann hierueber sein Lied singen. Denn hier war es fuer die aufgeblaehten Stellen nicht so leicht, bei Ablehnung durch den Fin. Minister sich gleich an Hitler zu wenden. Vor allem im Kriege, als die Sachausgaben kaum grossen Teil Ruestungszwecken gewidmet waren, konzentrierten sich die Etatsverhandlungen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

auf der Personalliste.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Vierjahresplan: Hermann - Goering - Werke.

Der V.J.P. war kein Amt, sondern eine Funktion, keine Organisation, die ueber eigene Mittel verfuegte, sondern ein Wirtschaftsprinzip, eine Zusammenfassung volkswirtschaftlicher Aufgaben unter einheitlichem Ziel. Das Ziel war, Produktion, Beschaeftigung und Lebenshaltung Deutschlands auf dem nach der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit erreichten Stand zu halten undfuer die Zukunft zu sichern. Die Aufgabe war demgemaess, die Schwierigkeiten in der genuegenden Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu vermindern. Der Weg war die Lenkung der Wirtschaft auf allen Gebieten nach einheitlichem Gesichtspunkt. Der Anlass war dadurch gegeben, dass im Kampf um die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit die Rohstoffreserven aufgebraucht worden waren, dass mit der Zunahme des Beschaeftigungsstandes auch der Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln gewachsen war, dass die deutsche Devisenbilanz stark passiv war und die Deckung des Bedarfs durch Einfuhr immer schwieriger wurde. Von den zwei Moeglichkeiten der Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln, verstaerktem Export und innerwirtschaftlichem Massnahmen, war die erste nicht zu verwirklichen, da es an der erforderlichen Aufnahmebereitschaft des Auslandes fehlte, die meisten Laender vielmehr durch Deralvation ein Exportdumping betrieben. Deshalb war man genoetigt, entsprechende innerwirtschaftliche Massnahmen zu planen und durchzufuehren. Die Summe dieser Massnahmen bezeichnet man als Vierjahresplan.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Den Namen hatte man bezeichnenderweise aus Sowjetrussland entlehnt. Die Ernennung GOERINGS zum Beauftragten des V.J.P. en entsprach der Gewohnheit HITLERs, mitder Durchfuehrung einer von ihm fuer wichtig gehaltenen Aufgabe (Strassenbau, Elektrizitaetswirtschaft, Arbeitseinsatz, Wohnungsbau etc.) eine mit weitgehenden Vollmachten versehene Persoenlichkeit ohne Rueecksicht auf die bestehende Verwaltungsorganisation zu betrauen. Die alsbald entstehenden Schwierigkeiten zwischen dem Reichswirtschaftsminister, SCHACHT und GOERING hatten ebenso sehr ihren Grund in diesem Organisationsfehler wie in dem Charakter beider Persoenlichkeiten. Die Dienststelle V.J.P. hatte einen Einzelhaushalt, der die persoenlichen und sachlichen Aufwendungen fuer die Dienststelle enthielt. Die Kosten der Massnahmen des V.J.P., die im wesentlichen in der Erschliessung heimischer Rohstoffquellen und in einer Intensivierung der Landwirtschaft bestanden, wirken sich in den Ausgabebereichen der Reichsressorts aus, vor allem des Wirtschafts- und Ernaehrungsministerium, aber auch im Ausgabebereich der Privatwirtschaft, die wiederum zu einem Teil durch Stuetzungsaktionen des Reichs (verlorene Zuschuesse, Darlehen, Garantien) unterstuetzt wurde. Eine Schaetzung dieser Kosten ist um so weniger moeglich, als sich die Aufwendungen fuer den V.J.P. nicht von anderen Ausgaben trennen lassen und es im Einzelfall ganz willkuerlich war, ob man eine Ausgabe unter die Sammelbezeichnung V.J.P. brachte oder nicht.

Der V.J.P. war keine Massnahme zur Vorbereitung eines Angriffskrieges, nicht einmal eine Aufruestungsmassnahme. Er hatte mit dem Aufbau einer nationalen Verteidigungskraft nichts zu tun. Seine Massnahmen waeren genau so erforderlich gewesen, wenn man eine militaerische Aufruestung ueberhaupt nicht vorge-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

nommen, sondern anderen Stelle die vorhandenen Aufgaben auf den Gebieten des Staedtebaus, des Wohnungsbaus, der landwirtschaftlichen Siedlung, des Verkehrswesens, der Elektizitaetswirtschaft und der besseren Versorgung der Bevoelkerung mit Konsumguetern durchgefuehrt haette. Auch in diesem Falle haette die Armut Deutschlands an bestimmten Rohstoffen, die durch die Entwicklung seit dem Weltkrieg bedingte Devisen-Notlage, die Unmoeglichkeit, den Export ueber ein bestimmtes Mass zu steigen, zu dem Bestreben genoetigt, - wie es ja jetzt auch in anderen, sogar beguenstigteren Laendern geschieht - auf den besonders wichtigen Bedarfsgebieten - Ernaehrung, Treibstoff, Oele, Fette, Textilien, Gummi, Erze - heimische Rohstoffquellen staerker auszubauen. Man kann die Massnahmen des V.J.P. sogar als friedenfoerdernd ansehen, da sie den Kampf in der Welt um Exportmaerkte und Rohstoffverteilung gemildert haetten. Selbstverstaendlich ist, nachdem der Weg der Aufruestung gewaehlt worden war, auch der V.J.P. mit in den Dienst dieser Idee gestellt worden. Eine Reihe von Massnahmen des V.J.P. dienten ueberwiegend diesem Zweck.

Diejenigen Massnahmen des V.J.P., die fuer das Reich den groessten Ausgabeposten zur Folge hatte, war die Errichtung der Hermann-Goering-Werke. Die H.G.W. verdanken ihre Entwicklung der Tatsache, dass die ausreichende Eisenversorgung der deutschen Wirtschaft fast vollstaendig von auslaendischer Erzeinfuhr abhing, in Sonderheit von der Einfuhr aus Schweden. Das bedeutete nicht nur einen Druck auf unsere angespannte Devisenlage, sondern auch die staendige Gefahr einer Bedrohung durch

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Wenn die HGW. sich nicht auf die Erzaufschliessung beschraenkten, sondern in Salzgitter Walz- und Stahlwerke, also Werke zur Eisenbearbeitung errichteten, so lag der Grund hierfuer nicht nur in dem schon erwaehnten Bestreben, die Monopolstellung der Vereinigten Stahlwerke zu brechen, auch nicht nur in der gunstigen Lage, die sich fuer die Schaffung einer Eisenindustrie unmittelbar auf der Erzbasis anbot, sondern in der mit der Wirtschaftsbelebung wachsenden Notwendigkeit einer Erweiterung der Kapazitaet der Eisenindustrie. Der voellig friedliche Charakter der HGW Salzgitter laesst sich aus drei Tatsachen beweisen, einmal aus der Uebertragung des Baus des Gesamtwerks, dessen vier Stufen einen Zeitraum bis 1945 in Anspruch genommen haetten, an den Amerikaner Brassert nach dem Vorbild des von ihm erbauten Werks in Corby, zweitens aus der ausschliesslichen Eignung der bis zum Kriege hergestellten Stufen I und II fuer Friedenszwecke (Schienen, Konservenbuechsen etc., nicht Panzerplatten) – die mit vielen Umbauten verbundene Umstellung auf den Krieg ist erst ab 1940 erfolgt –, drittens aus dem in das Aufbauprogramm aufgenommenen und vordringlich behandelten Siedlungsprogramm, in dessen Zuge ganze Doerfer und Staedte entstanden.

Die H.G.W. erweiterten sich in den Jahren 1938 und 1939 erheblich durch Hinzunahme von Werken in Oesterreich, Sudetenland und der Tschecho-Slovakei. Man kann durchaus verschiedener Ansicht darueber sein, inwieweit die Einbeziehung einzelner Unternehmungen in den Konzern der HGW. zweckmaessig und notwendig war. Dabei haben sicher zwei Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle gespielt. Der eine ~~war~~ beruhte darauf, dass zum tatsaechlichen Bruch der Monopolstellung der Vereinigten Stahlwerke eine Erzeugung von 5 Mill. to durch die HGW. noetig gewesen waere. Der zweite bestand darin, dass die Werke, vor allem in Oesterreich und Sudetenland, sich im Vergleich zum Reich, wo dank der deutschen Steuerpolitik ein Stand hoechster Versorgung mit modernen Maschinen eingetreten war, als voellig veraltet erwiesen und umfangreiche Investitionen erforderten. Es schien richtiger zu sein, diese Investitionen unmittelbar durch eine dem Reich gehoerende Gesellschaft zu machen, als wiederum auf dem steuerlichen Weg der Abschreibungsmoeglichkeit fuer kurzlebige Wirtschaftsgueter die Kosten der Investitionen auf das Reich zu uebernehmen und den Gewinn der Privatwirtschaft zu ueberlassen. Die Notwendigkeit umfassender Investitionen fuehrte auch dazu, dass 1941 auf Anordnung Goerings in Oberschlesien, wo die HGW. seit 1939 von

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

der H.T.O. dem kommissarischen Verwalter der Gruben des polnischen Staates übertragen worden waren, die HGW das Eigentum an diesen Gruben erwerben. Auch in Lothringen war die Notwendigkeit erheblicher Investitionen gegeben. Doch kam es hier nicht zu einem Eigentumserwerb. Die HG W. mussten sich wie andere Interessenten mit einer Gesellschaft auf Erwerb des Eigentums der von ihnen treuhänderisch verwalteten Werke begnügen.

Es war nicht daran gedacht, alle Werke, die dem Konzern der H.G.W. gehörten, in Besitz des öffentlichen Rechts zu scheiden. Es war auf weite Zeit eine Reprivatisierung in Aussicht genommen. Um so grösseren Wert musste das Reich darauf legen, dass die Werke schon jetzt nach gesunden wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben wurden. Es war von vornherein klar, dass ein Teil der öffentlichen Aufwendungen als verlorene Zuschüsse gegeben werden mussten. Im Laufe des Aufbaus der Werke in Salzgitter trat dies ergab sich also die Notwendigkeit, diese Zuschüsse über das ursprünglich vorgesehene Mass hinaus zu erhöhen. Denn es trat eine starke Kostenverschiebung ein. Das war zunächst eine Folge des 1938 begonnenen Westwallbaus, der auf dem gesamten Gebiet der Bauten erhebliche Preis- und Lohnerhöhungen verursachte. Weitere Kostenerhöhungen entsprangen den Devisenregelungen, die, vor allem im Kriege, zu dem immer wechselnden Mangel an Material und Arbeits Kräften entsprachen bzw. zu immer neuen Kapitalschnitte nötig, über deren endgültige Höhe bis zum Ende des Krieges ständig verhandelt wurde. Das Finanzministerium machte in immer erneuten, mündlichen und schriftlichen Darlegungen seine Zustimmung von den Kapitalschnitten von der Durchführung einer klaren Finanzwirtschaft der H.G.W. abhängig.

Bis 1940 war das R.Wi.Min. das federführende Ressort, mit dem das R.Fin.Min. welches die H.G.W. zu verhandeln hatte. Von 1940 an war der V.J.K. die federführende und über das Nachrücken der Verwendung des Haushalts mit. Er bestimmte Stelle. Diese Neuordnung hing mit der in diesem Jahre durchgeführten Umorganisation zusammen. Auf Grund dieser Neuorganisation war die eine Treuhandgesellschaft errichtet, die drei Konzernunternehmen übernahm, die A.G. für Erzbergbau und Eisenhütten unter Pleiger, die A.G

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

fuer Waffen- und Maschinenbau unter Voss und die G.G. fuer See- und Binnenschiffahrt unter Diehls. Der Gegenspieler des Fin. Min. war im V.I.P. der St.S. Kroemer als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fuehrungsgesellschaft und der AG. fuer Erzbergbau, später Griesbach als Beauftragter Goerings fuer die H.G.W. Die Mitwirkung des Fin. Min. war einmal dadurch gegeben, dass Angehoerige des Fin. Min. den Aufsichtsraten den verschiedenen Gesellschaften angehoerten. Die bearbeitenden Referenten im Fin. Min. waren der Min. Dirigent Nasse und die Mitarbeiter seiner Unterabteilung. Im uebrigen spielte sich die Mitwirkung des Fin. Min. in der Weise ab, dass es, ohne in den laufenden Betrieb hineinzureden, das Gesamtbauprogramm wie das jaehrliche Teilbauprogramm mit den Kostenanschlaegen unter Beteiligung der Fachabteilungen des R. Wi. Min. prueffte und genehmigte, ~~und~~ die Programmdurchfuehrung und Mittelverwendung mit Hilfe von Sonderpruefern der Treuarbeit ueberwachte, und sich nach Ablauf des Geschaeftsjahres die Gesamtabrechnungen vorlegen liess.

Wenn auch an sich alle Antraege ~~der~~ und Berichte der H.G.W. nur ueber den V.I.P. an das Fin. Min. gelangen sollten, brachte es doch der ~~Ge~~ praktische Geschaeftsgang mit sich, dass eine unmittelbare Verbindung zwischen den Herren der H.G.W. und den Referenten des Fin. Min. bestand. So ist vor allem ~~auch~~ Herr Pleiger oft auch bei mir selbst gewesen, weniger um eine offizielle Entscheidung zu erhalten, als um mich ueber Vorgaenge und Absichten der H.G.W. zu orientieren und um meine Auffassung darueber zu bitten. Ich habe von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, dass ich den Grundgedanken der H.G.W. billigte, dass ich grundsaetzlich fuer eine privatwirtschaftliche Loesung sei, dass ich mich jedoch nach Lage der Dinge der Notwendigkeit der Inangriffnahme und zeitweisen Betreibung durch das Reich nicht verschloesse und dass ich von den verantwortlichen Leitern der H.G.W. eine saubere Geschaeftsfuehrung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erwarte. Ich habe Herrn Pleiger offen gesagt, dass nach meinen Erfahrungen eine noch so genaue Aufsicht durch das Minist. Missgriffe und falsche Verwendung der Haushaltsmittel nicht verhindern koenne. Die Uebertragung der Leitung einer Reichsgesellschaft sei daher eine Vertrauenssache. Ich koennte ihn nur bitten, mein Vertrauen nicht zu enttaeuschen. Dieser Appell ist bei Pleiger auf

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 108

guten Boden gefallen. Es hat sich Wochenend der fast 10 Jahre unserer Zusammenarbeit ehrlich bemueht, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, dem Fuehrer ueber alle Dinge offenen Wein einzuschenken, fuer eine saubere Geschaeftsfuehrung Sorge zu tragen und fuer eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Mittel der oeffentlichen Hand sein Moeglichstes zu tun.

Pfleger legte daher auch Wert darauf, mir moeglichst oft an Ort und Stelle zu zeigen, was mit den Mitteln des Reichs geschaffen wurde. Ich bin wiederholt auf Baustellen der NSV, vor allem in Salzgitter und Linz, gewesen. Ich habe bei diesen Besuchen besonderen Wert darauf gelegt, die sozialen Fuersorgeeinrichtungen der N.S.V. zu sehen. Ich kann wohl sagen, dass gerade auf diesem Gebiet Vorbildliches geschaffen wurde. Ein von der N.S.V. mit besonderer Liebe betreutes Gebiet war die Wohnungsfuersorge. Das fiel besonders in Oesterreich auf, wo die Unterbringungsverhaeltnisse sowohl auf dem Erzberg wie in Linz unvorstellbar trostlos waren. Bei meinem ersten Besuch auf dem Erzberg fand ich als einzige Unterbringung der Arbeiter Massenbaracken vor, in denen an den Waenden Doppelbetten standen und der Raum in der Mitte durch einen Herd ausgefuellt wurde, an dem jeder der Insassen sein Essen kochte und ueber dem von der Decke herab die nassen Arbeitsanzuege zum Trocknen hingen. In Linz wohnte ein grosser Teil der Arbeiter in verfallenden Wohnlauben, die Hundehuetten aehnlicher sahen als menschlichen Behausungen. Als die NSV. den Erzberg von der Alpinen Montan noch nicht endgueltig uebernommen hatten, begannen sie bereits mit dem Bau neuer, menschenwuerdiger Baracken und bald darauf mit dem Bau von Familienhaeusern. In Linz wurden ebenso wie in Salzgitter ganze viele Tausende von Arbeiter-Siedlungen erbaut, die wahre Schmuckkaestchen waren. Ein weiteres Gebiet war das Bestreben, der Arbeiterschaft durch eigene Baeckereien, Kuechen und Laeden auf konsumgenossenschaftlichem Wege eine billige und ausreichende Versorgung mit den notwendigsten Bedarfsartikeln des taeglichen Lebens zu garantieren. Es darf vielleicht am Rande vermerkt werden, dass weder die Partei noch die Arbeitsfront diese allein durch den Betrieb erfolgende Fuersorge gern sah und dass daher Pfleger sich in staendigen Kampf mit den oertlichen Partei-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

stellen wir mit der Arbeitsfront befand.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 110

1

Abschreiben

Judenpolitik.

1) Gesetz vom 7.4.33: § 3 schließt Juden aus dem Beamtentum aus, mit Pension, Kriegsteilnehmer und „alte Beamte" (vor 1918 im Dienst) werden geschützt.

2) Nürnberger Gesetze vom 15.9.34, von der Partei eingebracht, Kabinett nicht damit befaßt.

I. Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes verbietet Ehe zwischen Deutschen u. Juden.

II. Reichsbürgergesetz: Juden sind nicht Reichsbürger, dürfen kein öffentliches Amt bekleiden (Pensionierung mit vollem Gehalt).

III. Ausführungsbestimmungen zu beiden Gesetzen mit Begriffsbestimmung des Juden.

3) Grundsatz von Nürnberg: Ausschluß aus der Betätigung im Staat, aber volle Freiheit in der Wirtschaft. Boykott wird gestoppt, bleibt aber praktisch weitgehend bestehen. Schacht tritt wiederholt für die Freiheit der Juden in der Wirtschaft ein. Goebbels propagiert die kulturelle Selbstbetreuung der Juden.

4) Arisierung setzt frühzeitig ein, zunächst meist nur personell, später auch bestimmt. In der ersten Zeit ist freiwilliger Verkauf die Regel, später verstärkt sich der Druck. Entscheidend ist meist, welcher Teil des Erlöses in Devisen entrichtet werden kann. Die Arisierung erfolgt unter der Anleitung des R.Wi.Min. Die Gauleiter beschäftigen sich intensiv damit. Stoßen sie auf Schwierigkeiten in der Finanzierung, wenden sie sich an Keppler.

5) Schachtplan: Alle Juden verlassen Deutschland mit vollem Vermögen, nach Abzug der Fluchtsteuer (25%) = 3 Millia Rm. Auszahlung in Devisen erfolgt durch internationales Judentum. Diese Anleihe an das Reich wird nach Maßgabe eines von den Juden zu erreichenden Zusatzlichen Exports verzinst und getilgt. Schwierigkeiten ergeben sich weniger aus dem Plan selbst als aus der fehlenden Bereitwilligkeit des Auslandes, Juden aufzunehmen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

6) Judenverordnungen des Jahres 1938:

a) V. v. 26. IV. über die Anmeldung des Vermögens von Juden.

b) V. v. 20. VI. R. Wi. Min. verbietet den Juden den Börsenbesuch.

c) Rede Goebbels gegen die provokative Tätigkeit des internationalen Judentums. Anschlag für die in Lissa Wohnenden infolge Zuwanderung von 3000 Juden auf Berlin. Schließlich hat in den Jahren von 1938 nicht nur Juden aus den Nachfolgestaaten d. Großreichs, sondern auch aus dem Ausland eine Zuflucht, vor allem Berlin, gefunden.

d) Ergänzung zur Ver. v. 11. VII. Das Juden den Erlös bisheriger Juwelen untersagt.

e) V. v. 3. VIII. stellen Juden aus der Reichshauptstadt aus.

f) In der Nacht vom 9/10. XI. Auslösung des Volks im Zeichen antijüdischer Demonstrationen. Goebbels schafft Luft, in dem er die Brandfackel Mirgalis Aktionen fordert: „Die endgültige Antwort auf die jüdische Attentat wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. Verordnung dem jüdischen Problem Lösung sein.

g) Besprechung am 12. XI. unter Vorsitz von Goering: Eine Reihe von Bestimmungen wurden sofort beschlossen; die Leitsätze waren vom R. Wi. Min. vorbereitet und wurden von Goering unterzeichnet. Unter mehreren Würde wurden, die Juden gesetzen Regelung vorbehalten. Von, die Maßnahmen wurden sofort in Kraft gesetzt: a) V., die den Juden den Besitz von Einzelhandels, Handwerks-Betrieben und von Handwerks verbietet. Die Bücher sind nach Betriebsschluß prüfen.

b) Alle Schäden an jüdischen Grundbesitzungen und Betrieben sind von den jüdischen Inhabern sofort zu beseitigen. Die Kosten hat der Inhaber zu tragen. Versicherungsansprüche werden zu Gunsten des Reichs beschlagnahmt.

c) den Juden wird eine Geldbuße von 1 Million RM. auferlegt. (Ursprüngliche Vorschlag dazu Min. Min. des Juden eine Vermögensabgabe von 20 %, später auf 25 % erhöht, auferlegt).

h) Am 14. XI. Erlaß von Rust: Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht mehr gestattet.

i) V. des Finanzministers vom 1. XII. über endgültige und gerechte Wiedergutmachung des Juden.

k) Am 3. bzw. 4. XII. neue Maßnahmen gegen die Juden auf Grund eines Vorschlages Frey die V. über die Anmeldung des jüdischen Vermögens vom 24. XI. erläßt der R. Min. in Einvernehmen mit dem Innenmin. und den übrigen beteiligten Ministern eine V. über den

ae

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Einsatz des jüdischen Vermögens. Es bildet die gesetzliche Grundlage für die Beschlagnahme des deutschen Vermögens und des deutschen Grundbesitzes. Im wesentlichen handelt es sich um das Verbot der Grundstücksveräußerung, um die Einführung der Verpflichtung für Wertgegenstände, um das Verbot, Zahlungsmittel aus Gold pp. zu erwerben, zu veräußern und zu verpfänden.

3) Ministerielle Anzeigepflicht-Verordnungen und Zahlungsaufgabenanzeigung für jüdische Kraftfahrzeuge.

4) Polizeiverf. von Berlin erläßt eine Verordnung über jüdische Schmuckgegenstände.

7) Judenbestimmungen des Jahres 39–44 (nicht vollständig):

a) 2. Durchf. Verordn. v. 19. X. 39 über Einziehung des jüdischen Vermögens: Abgabe von 20 auf 25 % erhöht.-

b) 2. " " v. 18. I. 40 über Einsatz des jüdischen Vermögens.

c) V. v. 10. VI. 40 über Haftentschädigung von Zahlungspflichten.

d) V. v. 17. IX. 40 über polnisches Vermögen: Bei der Anordnung Sicherungen, dass Vermögen der Beschlagnahme nicht entzogen, kann das öffentliche Recht so lange, eingezogen werden kann, Juden an ihrer Stelle.

e) Durchf. V. v. 14. XI. 40 zu der V. über Zahlungsverpflichtungen: Ausgleichszahlung wird vom Reg. Präs. (bei Landwirtschaftl. Vermögen vom Oberpräs.) festgesetzt, dann die Rechtsmittel eingezogen.

f) 5. Durchf. Verordn. v. 25. IV. 41 über Einsatz des jüdischen Vermögens: Reichskommissar für bildenden Künste als Treuhandstelle für Kulturgut bestimmt, ob Schmuck- und Kunstgegenstände aus jüdischem Besitz freihändig veräußert werden können (ausgenommen Platin, Gold, Silber, Goldmünzen, Juwelen).

g) V. v. 20. VII. 1941 über die Beschlagnahme von Vermögenswerten der Juden.

h) XI. V. v. 25. XI. 41 zum Reichsbürgergesetz: Juden verlieren die Staatsangehörigkeit und alle Rechte Staatsangehörigkeit. Ihr Vermögen verfällt dem Reich.

i) XII. V. v. 25. IV. 43 zum Reichsbürgergesetz: Juden können nicht Staatsangehörige werden, können nicht Staatsangehörige auf Widerruf oder Schutzangehörige sein.

k) XIII. V. v. 1. VII. 43 zum Reichsbürgergesetz: a) Aberkennt Staatsangehörigkeit von Juden deren

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

II

durch die Polizei gefahndet, β) Nach dem Tode eines Juden verfällt sein Vermögen dem Reich.

l) Ausführ. Verordn. v. 1. IX. 43 zur XIII. V.: α) Strafbare Handlungen auch bei Steuer-, Monopol- Devisenvergehen werden von der Polizei gefahndet. b) Polizei kann von Ahndung absehen, in diesem Falle sind die Finanzbehörden zuständig. γ) das gilt nicht für Ausländer.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zur Judenfrage.

Ich bin kein Antisemit gewesen. Ich habe alle gegen die Juden gerichteten Massnahmen stets falsch gehalten, selbst diejenigen, die, wie die Gesetze von 1933, sich darauf beschränkt haben, den übermässigen Einfluss der Juden im öffentlichen Leben in gewisse Grenzen zurückzudrängen. Ich stand immer unter dem Eindruck, dass es für ein Volk kein grösseres Testimonium paupertatis geben könne, als solche Gesetze. Denn in ihnen lag das Eingeständnis, dass die Deutschen nicht auf dem Wege des Wettbewerbs, sondern nur durch den Weg des Zwangs sich der jüdischen Konkurrenz erwehren könnten; eine stärkere Anerkennung der jüdischen Ueberlegenheit lässt sich kaum denken.

Allerdings bin ich gegen eine eheliche Verbindung zwischen Juden und Deutschen gewesen. Ich halte die Rassen für gottgegebene Realitäten, die man respektieren muss. Eine Rassenvermischung scheint mir ein Verstoss gegen die göttliche Ordnung zu sein und führt auch in der Praxis meist nicht zu erfreulichen Resultaten. Dieser Standpunkt widerspricht in keiner Weise dem Axiom, dass vor Gott alle Menschen gleich sind, und hat auch nichts mit der Lehre der N.S. von der Ueberlegenheit der arischen Rasse zu tun. Ich halte die Rassen für gleichwertig und gleichberechtigt, jede mit der Aufgabe, ihre Eigenart in friedlichem Nebeneinanderleben zur höchsten Vollendung zu bringen. Gerade deshalb sollen sie sich nicht vermischen. Dieser Standpunkt deckt sich im übrigen mit dem des Juden selbst, wenigstens des an alter Tradition und Religion festhaltenden. Aber die Forderung, eine Rassenvermischung zu unterlassen, beruht nach meiner Ueberzeugung nicht auf dem Wege staatlichen Zwangs, sondern durch die gesellschaftlichen Sitte vermittelt werden müssen.

Wenn ich schon die Gesetze von 1933 und 1937 für einen Fehler, so habe ich das sich immer mehr verschärfende Verfahren gegen die Juden für absolut verwerflich angesehen. Ich habe allerdings geglaubt, dass man sich darauf beschränken würde, Deutschland judenrein zu machen, d.h. sie nach Theresienstadt abzuschieben, um eine vollzogene Tatsache zu schaffen, die beim Friedensschluss die Welt zwingen würde, die aus Deutschland verbannten Juden in andere Länder aufzunehmen. Von einem Plan der „Endlösung" im Sinne physischer Vernichtung habe ich ebenso wenig wie Sie gehört, wie von den Massenexekutionen in Auschwitz und an anderen Stellen. Wenn Gerüchte über die Ermordung von Juden im Umlauf waren, war es so gut wie unmöglich, ein tatsachenbericht zu bekommen. Ich habe stets angenommen, dass es sich um bedauernswerte Übertreibungen in

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Einzelfaellen handele. Abgesehen davon, dass ein Mord ueberhaupt, und gar ein Massenmord, von mir nach meiner ganzen Einstellung nur schaerfstens verurteilt und abgelehnt werden konnte, stehe ich auf dem Standpunkt der christlichen Lehre, dass die Juden, wie ihr voelkisches Fortbestehen durch zwei Jahrtausende hindurch mit einer raetselhaften und unzerstoerbaren Lebenskraft, trotz der Zerstreuung ueber die ganze Welt, beweist, fuer eine besondere Aufgabe aufbewahrt, geweiht und ~~daher~~ unverletzlich sind und dass daher, wer sie antastet, in Frevel faellt und schwerstes Unheil auf sich laedt. Ich habe seit Beginn der Judenverfolgungen dieses Unheil fuer Deutschland befuerchtet.

Auch im persoenlichen Verkehr habe ich keinen Antipathie gegen Juden gehabt. In Oxford habe ich in meinem College mit zwei Juden, Dehn und Lewson, Freundschaft gehalten. Waehrend der Osterferien 1906 war ich zwei Wochen in London zu Besuch bei einer juedischen Familie auf Einladung des Sohnes, der in Oxford studierte; den Namen der Familie habe ich leider vergessen. Auf der Regierung in Stettin war ich besonders eng mit einem juedischen Referendar befreundet. Als in dieser Zeit ein Sohn des in Stettin sehr angesehenen Kaufmanns Manasse zur Wahl zum Reserveoffizier durch das Reserveoffizierkorps des Landwehrbezirks Stettin stand, war es bemerkenswert, dass er mit grosser Mehrheit abgelehnt wurde; nur die – meist adligen und politisch rechtsstehenden – Regierungsreferendare hatten geschlossen fuer ihn gestimmt. Im Felde bin ich zwei Jahre Ordonnanzoffizier bei General Loeb gewesen, der aus einer alten juedischen Familie stammte; ich verehrte ihn sehr, die Verbindung mit ihm ueberdauerte den Krieg, so dass er auch bei einem meiner Kinder Pate gestanden hat. Im Ministerium habe ich mit den juedischen Beamten genau so kameradschaftlich verkehrt wie mit den uebrigen. Ich habe nie einen Unterschied gemacht. So stand ich als Ministerialdirektor dem Staatssekretaer Schaeffer besonders nahe. Den Ministerialdirektor Zarden machte ich 1932 zu meinem Staatssekretaer und habe bestens mit ihm zusammengearbeitet. Ebenso war mein Verhaeltnis zu Min. Direktor Dorn, Min. Rat Grabower und Min. Dirig. Norden ein herzliches, besonders zu Norden, der unter mir in der Etatsabteilung Dirigent war und fuer den ich auch nach seiner Entlassung viel getan habe. Ich glaube, dass er nicht mehr lebt, dass aber seine Frau sicher gern ueber das Verhaeltnis zwischen mir und ihrem Mann aussagen wuerde. Den Leiter der reichseigenen Aluminiumwerke, von der Porten, habe ich solange

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 113

wie nur moeglich in seiner Stellung gehalten und dann ihm die erforderlichen Devisen zur Auswanderung nach Palaestina verschafft. Er schrieb mir mehrere Jahre hindurch jaehrlich einen Dankesbrief. Mit den juedischen Direktoren der Reichskreditgesellschaft, Heymann, Ritscher und Landauer habe ich besonders gern und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Auch fuer ihr Fortkommen wurde, als sie nicht mehr zu halten waren, gut gesorgt.

Als die Judengesetze zum ersten Male auf der Tagesordnung im Kabinett standen, habe ich, wie Heissner bekunden kann, als einziger Minister Widerspruch erhoben. Spaeter erkannte ich, dass Widerspruch nur Oel in's Feuer goss und lediglich eine Verschaerfung hervorzurufen geeignet war. Ich habe deshalb zwei Tendenzen einzuhalten gesucht. Die eine war, in der Ausfuehrung gegebener Bestimmungen moeglichst weitherzig zu verfahren. Die zweite bestand darin, Zeit zu gewinnen, um vor Beendigung des Krieges kein irreparables Unheil eintreten zu lassen. In Verfolgung dieser Tendenzen habe ich der Judenbusse zugestimmt, um die von Goebbels entfesselte wilde Hetze gegen Leben und Eigentum der Juden zum Abstoppen zu bringen, habe aber Anweisung gegeben, in der Durchfuehrung alle nur denkbaren Ruecksichten zu nehmen (Briefwechsel mit Zarden). In der beruechtigten Sitzung vom 12.XI.38 habe ich keinen Widerspruch erhoben, nicht aus Feigheit, sondern weil ich befuerchten musste, der Widerspruch eines „Saboteurs" wuerde nur noch wildere Vorschlaege seitens Goebbels, Heydrich & tutti quanti hervorrufen. Bis in den Krieg hinein habe ich die Ausreisen von Juden gefoerdert, ihnen Devisen verschafft (Dorn, von der Porten, Heyer), dem Direktor Ernst von der Zollabteilung den Auftrag gegeben, bei der Pruefung des Ausreisegepaecks der Juden beide Augen zuzumachen (die Zoellner waren zuerst sehr scharf und fanden in Verstecken Gold, Wertpapiere, Schmucksachen etc.); Spaeter, als eine Ausreise nicht mehr moeglich war, sondern nur noch die zwangsweise Verschickung nach dem Osten, habe ich versucht, ihr Bleiben im Lande zu erreichen (Grabower, Norden, mehrere von Litzevitz an mich herangebrachte Faelle). In der unrichtigen Annahme, dass es den N.S. besonders auf das juedische Eigentum ankomme, und da ich stets eine

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

allgemeine Enteignungsverfuegung oder, bei einer Niederlage, eine Wiederholung der Krystallwoche befuerchtete, begruesste ich die Verordnung von 1943 ueber den Uebergang des Judeneigentums im Todesfalle auf das Reich. Wegen dieser Frage musste ich diese Verordnung mitzeichnen. Sie passte in meinen Gedankengang des Zeitgewinns, da ich glaubte, dass man die Gier befriedigt sein wuerde.

Bei der Behandlung des eingezogenen juedischen Eigentums, das meinen Provinzialstellen zur Verwaltung uebergeben wurde, bestand nur die Anordnung der genauen Buchfuehrung und der Ordnungsmaessigen Verwertung wie bei allem Reichseigentum. Sollten im Einzelfalle Zuweisungen an „Funktionaere" des Staats oder der Partei ohne Bezahlung des vollen Gegenwerts erfolgt sein, so wuerde das meinen Intentionen und Anordnungen widersprochen haben. Es sollte sich keiner aus Reichseigentum persoenlich bereichern. Im Falle des freiwaendigen Ankaufs von juedischem Besitz – vor allem von Haeusern in Berlin – habe ich immer Wert darauf gelegt, dass der volle Preis bezahlt wurde.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ich bin kein Antisemit gewesen. Ich habe alle gegen die Juden gerichteten Massnahmen fuer falsch gehalten, selbst diejenigen, die, wie die Gesetze von 1933, sich darauf beschraenkten, den uebermaessigen Einfluss der Juden im oeffentlichen Leben in gewisse Grenzen zurueckzudraengen. Ich stand immer unter dem Eindruck, dass es fuer ein Volk kein groesseres testimoniam paupertatis geben koenne als solche Gesetze. Denn in ihnen lag das Eingestaendnis, dass die Deutschen nicht auf dem Wege des Wettbewerbs, sondern nur dem des Zwangs sich der juedischen Konkurrenz erwehren koennten, eine staerkere Anerkennung der juedischen Ueberlegenheit laesst sich kaum denken.

Allerdings bin ich gegen eine eheliche Verbindung zwischen Juden und Deutschen gewesen. Ich halte die Rassen fuer gottgegebene Realitaeten, die man respektieren muss. Eine Rassenvermischung scheint mir ein Verstoss gegen die goettliche Ordnung zu sein und fuehrt auch in der Praxis meist nicht zu erfreulichen Resultaten. Dieser Standpunkt verstoesst in keiner Weise gegen das Axiom, dass vor Gott alle Menschen gleich sind, und hat auch nichts mit der Lehre des N.S. von der Ueberlegenheit der arischen Rasse zu tun. Ich halte die Rassen fuer gleichwertig und gleichberechtigt, jede mit der Aufgabe, ihre Eigenart in friedlichem Nebeneinanderleben zur hoechsten Volleindung zu bringen. Gerade deshalb sollen sie sich nicht vermischen. Dieser Standpunkt deckt sich im uebrigen mit dem der Juden selbst, wenigstens der an alter Tradition und Religion festhaltenden. Aber die Forderung, eine Rassenvermischung zu unterlassen, haette nach meiner Ueberzeugung nicht auf dem Wege staatlichen Zwangs, sondern dem der ge-

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

sellschaftlichen Sitte verwirklicht werden muessen.

Hielt ich schon die Gesetze von 1933 und 1937 fuer einen Fehler, so habe ich das sich immer mehr verschaerfende Verfahren gegen die Juden fuer absolut verwerflich angesehen . Ich habe allerdings geglaubt, dass man sich darauf beschraenken wuerde, Deutschland "judenrein" zu machen, d.h. sie nach Thereienstadt abzuschieben, um eine vollzogene Tatsache zu schaffen die beim Friedensschluss die Welt zwingen wuerde, die aus Deutschland vertriebenen Juden in andere Laender aufzunehmen. Von einem Plan der "Endloesung" im Sinne physischer Vernichtung habe ich ebensowenig Kenntnis gehabt, wie von den Massenexekutionen in Auschwitz und an anderen Stellen. Wenn Gerüchte ueber die Ermordung von Juden zu mir drangen, war es so gut wie unmoeglich, einwandfreie Tatsachenberichte zu bekommen. Ich habe stes angenommen, dass es sich um beauernswerte Ausschreitungen in Einzelfaellen handele. Abgesehen davon, dass ein Mord ueberhaupt, und gar ein Massenmord, von mir nach meiner ganzen Einstellung nur schaerfstens verurteilt und abgelehnt werden konnte, stehe ich auf dem Standpunkt der christlichen Lehre, dass die Juden , wie ihr voelkisches Fortbestehen durch zwei Jahrtausende hindurch mit einer raetselhaften und unzerstoerbaren Lebenskraft, trotz der Zerstreuung ueber die ganze Welt, beweist, fuer eine besondere Aufgabe aufbewahrt, geweiht und unverletzlich sind und dass daher, wer sie antastet, in Frevel faellt und schwerstes Unheit auf sich laedt. Ich habe seit Beginn der Judenverfolgungen dieses Unheil fuer Deutschland befuerchtet.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Auch im persoenlichen Verkehr habe ich keine Antipathie gegen Juden gehabt. In Oxford habe ich in meinem College mit zwei Juden, Dehn und Lewson, Freundschaft gehalten. Waehrend der Osterferien 1906 war ich zwei Wochen in London zu Besuch bei einer juedischen Familie auf Einladung des Sohnes , der in Oxford studierte, den Namen der Familie habe ich leider vergessen. Auf der Regierung in Stettin war ich besonders eng mit einem juedischen Referendar befreundet . Als in dieser Zeit ein Sohn des in Stettin sehr angesehenen Kaufmanns Manasse zur Wahl zum Reserveoffizier durch das Reserveoffizierkorps des Landwehrbezirks Stettin stand, war es bemerkenswert , dass er mit grosser Mehrheit abgelehnt wurde; nur die - meist adligen und politisch rechtsstehenden Regierungsreferendare hatten geschlossen fuer ihn gestimmt. Im Felde bin ich zwei Jahre Ordonnanzoffizier bei General Loeb gewesen, der aus einer alten juedischen Familie stammte; ich verehrte ihn sehr, die Verbindung mit ihm ueberdauerte den Krieg, so dass er auch bei einem meiner Kinder Pate gestanden hat. Im Ministerium habe ich mit den juedischen Beamten genau so kameradschaftlich verkehrt wie mit den uebrigen . Ich habe nie einen Unterschied gemacht. So stand ich als Ministerialdirektor dem Staatssekretaer Schaeffer besonders nahe. Den Ministerialdirektor Zarden machte ich 1932 zu meinem Staatssekretaer und habe bestens mit ihm zusammengearbeitet. Ebenso war mein Verhaeltnis zu Min.Direktor Dorn,Min.Rat Grabower und Min.Dirig.Norden ein herzliches , besonders zu Norden, der unter mir in der Etatsabteilung Dirigent war und fuer den ich auch nach seiner Entlassung viel getan habe, Ich glaube, dass er nicht mehr lebt, dass aber seine Frau sicher gern ueber das Verhaeltnis zwischen mir und ihrem Mann aussagen wuerde, Den Leiter der reichseigenen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 117

Aluminienwerke, von der Porten, habe ich solange wie nur moeglich in seiner Stellung gehalten und dann ihm die erforderlichen Devisen fur Auswanderung nach Palaestina verschafft. Er schrieb mir mehrere Jahre hindurch jaehrlich einen Dankesbrief. Mit den juedischen Direktoren der Reichs - kreditgesellschaft, Heymann, Ritscher und Landauer habe ich besonders gern und vertrauensvolla zusammen - gearbeitet. Auch fuer ihr Fortkommen wurde, als sie nicht mehr zu halten waren, gut gesorgt.

Als die Judengesetze zum ersten Male auf der Tagesordnung im Kabinett standen , habe ich , wie Meissner bekunden kann, als einziger Minister Widerspruch erhoben. Spaeter erkannte ich , dass Widerspruch nur Oel in's Feuer goss und lediglich eine Verschaerfung hervorzurufen geeignet war. Ich habe deshalb zwei Tendenzen einzuhalten gesucht. Die eine war in der Ausfuehrung gegebener Bestimmungen moeglichst weitherzig zu verfahren.Die zweite bestand darin ,Zeit zu gewinnen , um vor Beendigung des Krieges kein irreparables Unheil eintreten zu lassen. In Verfolgung dieser Tendenzen habe ich der Judenbusse zugestimmt , um die von Goebbels entfesselte wilde Hetze gegen Leben und Eigentum der Juden zum Abstoppen zu bringen , habe aber Anweisung gegeben , in der Durchfuehrung alle nur denkbaren Ruecksichten zu nehmen (Briefwechsel mit Zarden). In der beruechtigten Sitzung vom 12.XI.38 habe ich keinen Widerspruch erhoben, nicht aus Feigheit , sondern weil ich befuerchten musste , der Widerspruch eines "Saboteurs" wuerde nur noch wildere Vorschlaege seitens Goebbels , Heydrich u.Anhang hervorrufen. Bis in den Krieg hinein habe ich die Ausreisen von Juden gefoerdert , ihnen Devisen verschafft (Dorn, von der Porten,Meyer), dem Direktor Ernst von der

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zollabteilung den Auftrag gegeben , bei der Pruefung des Ausreisegepaecks der Juden beide Augen zuzumachen (die Zoellner waren zuerst sehr scharf und fanden in Verstecken Gold, Wertpapiere,Schmucksachen etc.);spaeter , als eine Ausreise nicht mehr moeglich war, sondern nur noch die zwangsweise Verschickung nach dem Osten habe ich versucht , ihr Bleiben im Lande zu erreichen (Grabower, Norden, mehrere von Zitzewitz an mich herangebrachte Faelle).
In der - irrichtigen- Annahme , dass es den N.S .besonders auf das juedische Eigentum ankomme, und da ich stets eine allgemeine Enteignungsverfuegung oder , bei einer Niederlage, eine Wiederholung der Krystallwoche befuerchtete, begruesste ich die Verordnung von 1943 ueber den Uebergang des Judeneigentums im Todesfalle auf das Reich. Wegen dieser Frage musste ich diese Verordnung mitzeichnen. Sie passte in meinen Gedankengang des Zeitgewinns , da ich glaubte, dass nun die Gier befriedigt sein wuerde.
Bei der Behandlung des eingezogenen juedischen Eigentums , das meinen Provinzialstellen zur Verwaltung uebergeben wurde, bestand nur die Anordnung der genauen Buchfuehrung. und der ordnungsmaessigen Verwertung wie bei allem Reichs - eigentum. Sollten im Einzelfall Zuweisungen an "Funktionaere" des Staats oder der Partei ohne Bezahlung des vollen Gegen - werts erfolgt sein, so wuerde das meinen Intentionen und Anordnungen widersprochen haben .Es sollte sich keiner aus Reichseigentum persoenlich bereichern.Im Falle des freihaendi- gen Verkaufs von juedischem Besitz -vor allem von Haeusern in Berlin- habe ich immer Wert darauf gelegt, dass der volle Preis bezahlt wurde.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Abschrift.

Einige beachtenswerte Erwaegungen betr. die Besatzungskosten in Frankreich.

---

1. Die Festsetzung der Hoehe der Besatzungskosten - Abschlags-Zahlungen erfolgten erstmalig im August 194o auf 2o Mill.RM pro Tag durch die Reichsregierung selbst.

Auf Grund der vom OKW vorgelegten Unterlagen ueber die Staerke der deutschen Besatzung in Frankreich und die Kosten des einzelnen Soldaten stimmte alle im HPA vertretenen Minister dem obigen Betrag als Abschlags - zahlung bei und setzten diese Zahlungsmodalitaeten fest. Gutschrift alle 1o Tage im voraus in Reichsmark auf ein Konto bei der Banque de France.

Gen.Oberst K e i t e l trug diesen Vorschlag dem Fuehrer vor,der ihn genehmigte. Darauf wurde die Forderung in einer im Auswaertigen Amt (Min.Dir.Wiehl)formulierten Note der Waffenstillstands-Delegation in Wies - baden uebermittelt mit dem Auftrag sie der franzoesischen Delegation zu uebergeben und die Zustimmung der franzoesischen Regierung dazu einzuholen.

2. Die Uebergabe der vom AA woertlich uebermittelten Note an die franzoesische Delegation erfolgte in muendlicher Sitzung am 8.August 194o. General Huntziger, der von seinen wirtschaftlichen und finanziellen Sachverstaendigen de Boisanger, Gouverneur der Banque de France , und Couve de Murville, Direktor im franzoesischen Finanzministerium , u.a. begleitet war,machte z w e i Einwendungen, um deren Uebermittlung an die Reichsregierung er ersuchte:

1)Man habe ihn in Compiegne gewisse Zusagen gemacht, dass Frankreich nur die Kosten fuer die Okkupationsarmee,nicht auch fuer die Operationsarmee zur Fortfuehrung des Krieges gegen England tragen solle.

2)Er bitte fuer die Auszahlung der Besatzungskosten in franzoesischen Franken bei der Abhebung der auf RM lautenden Gutschriften um eine bessere Kursfestsetzung , da die von der deutschen Wehrmacht in Frankreich fest - gesetzten Relation 1:2o der tatsaechlichen Kaufkraft der Franken nicht gerecht werde.

Die Hoehe der taeglichen Abschlagszahlungen selber vermoege er nicht zu beurteilen, er wolle sich darueber zunaechst mit seinen Sachverstaendigen beraten und darueber die Meinung seiner Regierung einholen.

Ein Gegenvorschlag wurde von ihm und seinen Beratern nicht gemacht. Jedoch schickte der General bald nach Schluss der Sitzung aus seinem Hotel seinen Adjutanten zu mir und liess mir mitteilen, er habe sich (offenbar nach Besprechung mit seinen finanziellen Beratern)entschlossen, noch am gleichen Nachmittage selber nach Vichy zu fliegen und werde dem Marschall Petain die Annahme des deutschen Vorschlags empfehlen, und er hoffe, morgen zurueck zu sein und mir die Zustimmung seiner Regierung ueberbringen zu koennen.

Beide Einwendungen des Generals habe ich am gleichen Tage an das Ausw.Amt weitergeleitet mit der Bitte um Weisung. Die Aenderung der Relation wurde abgelehnt . Zwischen der Unterscheidung zwischen Okkupations- und Operationsarmee wurde mir zur Weitergabe an General Huntzinger mit - geteilt ,Gen.Oberst K e i t e l erinnere sich einer solchen Zusage nicht, jedoch sei Huntzinger an den Chef der Waffenstillstandskommission zu verweisen,der in Compiegne dabeigewesen sei und die Protokolle gefuehrt habe. Das ist geschehen. Ueber die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit bei Oberst Boehme seitens Huntzinger habe ich nichts mehr erfahren, jedoch ist die franzoesische Delegation ihrerseits auf diese Angelegenheit mir gegenueber nie mehr zurueckgekommen.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Wahrend andererseits die franzoesische Delegation, trotz grundsaetzlicher Annahme der Abschlagszahlungen in Hoehe von 2o Mill.und Aufnahme der Zahlung am 25.August, ihre Zustimmung zu Relation 1:2o verweigerte und zwar monatelang.

3. Die Festsetzung auf 2o Mill. RM. war kein Definitivum,sondern eine Abschlagszahlung, also ein Provisorium.

Damit war zum Ausdruck gebracht ,dass eine spaetere Angleichung an die gegebenen Verhaeltnisse , gegebenenfalls Herabsetzung , wie sie ja auch spaeter tatsaechlich eingetreten ist , sowie eine spaetere definitive Abrechnung unf Aufrechnung mit den im projektierten Friedens - vertrag (vgl. den Entwurf des Friedensvertrages mit Frankreich vom 26.6.4o,Abschnitt B. betr.die Besatzungskosten) Art.I Ziff.L vorgesehene Wiedergutmachungszahlungen von vornherein vorgesehen war .

Entscheidend fuer eine solche vorlaeufige Regelung waren in erster Linie rein militaerische Erwaegungen:Eine prompte Anpassung der Be - satzungskostenzahlungen an die jeweilige Staerke der deutschen Besatzungs- armee in Frankreich wuerde dem Feind die militaerische Belegung Frank- reichs mit deutschen Truppen verraten haben. Es war deshalb von vornherein die langfristige Festsetzung von Abschlagszahlungen vorgesehen, die ihm keinen solchen Einblick gestatteten.

4. Die deutsche Armee in Frankreich betrug damals 3 Millionen Mann. Die Kosten eines einzelnen Mannes wurden vom OKW mit 6 - 7 RM pro Tag einge- stellt.

Die 2o Mill. RM. Abschlagszahlungen fuer Besatzungskosten pro Tag betrugen etwa die Haelfte der taeglichen Kriegsausgaben Frankreichs bis dahin.

Sie stellten etwa 1/5 der deutschen und ca 1/6 der englischen Kriegs- ausgaben im Jahre 1939 pro Tag dar.

5. Entscheidend wichtig aber fuer die Beurteilung der Frage um die Hoehe der deutschen Forderung war die Tatsache, dass die Besatzungskosten in Frankreich ausschliesslich in Franken abgehoben und im Lande selbst aus - gegeben wurden, und dass dafuer keinerlei Zahlungen in G o l d oder D e v i s e n erhoben worden sind, obgleich nach Angabe des OKW in den 6 - 7 RM taeglicher Kosten fuer jeden Besatzungssoldaten mindestens 1/3 devisenmaessige Ausgaben enthalten sind.

Bekanntlich mussten in der auf 1918 folgenden alliierten Rheinland - besatzung die erste Milliarde RM. in G o l d und die restlichen 8 Milliarden in D e v i s e n entrichtet werden, zuzueglich weiterer ca 4o Milliarden in Devisen und Sachwerten, Reparationen.

Solche Gold- und Devisenzahlungen sind aber ein endgueltiger und unersetzbarer Verlust des Nationalvermoegens. In Frankreich blieb aber der bei der Besetzung vorgefundene Goldbestand in Hoehe von ca.9o Milliarden Francs durch die 4 Jahre der Besatzung voellig unberuehrt,waehrend der verfuegbare franzoesische Devisenbestand gleichfalls nicht fuer Be - satzungskostenzahlungen in Anspruch genommen wurde, s o n d e r n der franz. Regierung fuer Nahrungsmittel Einkaeufe fuer die franzoesische Bevoelkerung in der Schweiz, in Spanien und Portugal und in anderen Laendern ausdruecklich freigegeben wurde.

Durch die Ausgabe der Besatzungskosten in Franken und ausschliesslich im Lande selber wurden sie zum maechtigen Hebel einer Wirtschafts - ankurbelung die ganzen 4 Jahre der Besatzungszeit hindurch, die Industrie, die nach dem Waffenstillstand voellig danieder lagen, erhielten neue

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Auftraege, die Millionen franz.Arbeiter Brot und Beschaeftigung und insbesondere die Landwirtschaft nahm einen seit Jahrzehnten in Frankreich nicht bekannten Aufschwung durch Steigerung der Anbauflaeche und Aufnahme neuer eintraeglicher Kulturen(Oelfruechte).

Arbeitslosigkeit war unbekannt und die franz.Regierung brauchte keinerlei Unterstuetzungszahlungen mehr zu leisten.

Die so in Umlauf gesetzten Betraege aus Besatzungskosten und der Clearingvorschuesse setzten sich auf diese Weise in einer sehr bedeutsamen Steigerung des franz. Volkseinkommens um,das sich in den Jahren 1940 - 44 von ca 350 Milliarden Franken auf annaehernd 550 Mia.hob.

Die Kursentwicklung an der Pariser Boerse nach dem Akten Index der Agence Economique entwickelte in steter Steigerung von 49 am 10.6.40 auf 100 am 19.3.41 (Wiedereroeffnung der Boerse), 231 am 31.12.42, 256 am 28.1.43, 237 am 30.6.44, die Renten in gleicher Weise von 83, auf 100, 105 und stieg damit erstmalig in der Finanzgeschichte Frankreichs seit 1900 ueber Pari.

Die Staatsschuld stieg 1939 - Juni 1944 von 450 Mia auf 1500 Mia Frcs -233 o/o,in Deutschland dagegen von 37,4 Mia RM auf 296,9 Mia RM-694 o/o.

In der Revue Economique Anfang 1944 behandelten die beiden Professoren Lauffenburger und Sarte von der Pariser Universitaet die Waehrungslage und Finanzlage Frankreichs. Sie kommen dabei zu dem Ergebnis , dass die Finanzlage Frankreichs im Vergleich zu anderen Staaten "England, Amerika,Deutschland) n i c h t t r a g i s c h e r s e i . Die Inflation haette kein groesseres Ausmass angenommen , als bei manch anderen Staaten ,zumal Noten zu einem grossen Teil nur thesauriert. Die Staatsschuld sei noch tragbar, und wenn nicht wider Erwarten der Krieg noch groessere Verheerungen anrichten wird ,koenne nach dem Kriege durch eine Konsolidierung der schwebenden Schulden und Bereinigung des Notenumlaufes die Finanzlage relativ rasch zur Gesundung gebracht werden.

In dem Jahresbericht "Comte-Rendu Annuel) der Banque de France, vorgelegt und akzeptiert von der Generalversammlung im Januar 1944 , wurde unter der Rubrik Devises Etrangeres naeher ausgefuehrt, dass die "Degradation " Monetaire du Francs im Vergleich zu den Währungen anderer Staaten nicht aus dem Rahmen fiele, da die anderen Waehrungen relativ aehnliche Degradations aufweisen infolge der auch dort unvermeidlichen Geldausweitung. Man koenne daher damit rechnen,dass die Kursrelationen keine Veraenderungen von besonderem Gewicht zu erfahren brauchten.

6.Es ist unbestreitbar, dass sich auf dem Besatzungskosten-Konto bei der Banque de France,in den ersten zwei Jahren folgendes Guthaben ansammelte:

am 31.12.1940	2,431 Mill RM
am 31.12.1941	3,301 Mill RM
am 31.12.1942	505 Mill RM

spaeter aehnlich bleibend.

Diese Guthaben waren aber weitgehend hypothekarisiert mit:

1. Dem sehr zahlreich umlaufenden und stark gehorteten Besatzungsgeld, das restlos daraus eingeloest worden ist.
2. Den vielen umlaufenden Requisitionsscheinen
3. den seit 25.6.40 aufgelaufenen Transportkosten der S.N.C.F. fuer die Wehrmacht
4. Den gleichfalls aufgelaufenen Dienstleistungen der Post, Telephonie und Telegraphie

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

5. Forderungen der Pariser Untergrundbahn
6. Mieten fuer Lokomotiven und Leihgueterwagen
7. Aufgelaufene deutsche Beitraege fuer Besatzungsschaeden
8. Deutscher Beitrag zur Deckung des Kriegsrisikus
9. Laufende Zahlungsverpflichtungen der Armee fuer in Frankreich plazierte Auftraege auf denen zunaechst nur Anzahlungen gemacht waren.

etc.

Wichtig waere , die Definition der Besatzungskosten seitens der Alliierten fuer die Rheinlandbesetzung 1918 ff zu verschaffen: Sie ist meiner Erinnerung nach sehr weitgehend und schliesst auch Ausruestung und Bewaffnung, militaerische Lieferungen jeder Art und militaerische Anlagen (Flugplaetze, Verteidigungsanlagen etc.) ein.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Abschrift.

Die Besatzungskosten sind in Frankreich eine Frage der gemeinsamen Collaborationspolitik der beiden Regierungen, n i c h t aber der internationalen Rechtsordnung.

1)Haager Landkriegsordnung Abschn.III regelt die militaerische Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiet.

Und Art. 49 behandelt die Besatzungskosten , die der Besetzende in dem besetzten Gebiet erhebt. Dies darf nur zur Deckung der Beduerfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebietes geschehen.

Sie betrifft also den Fall , dass der Besetzende eigenmaechtig im von ihm besetzten Gebiet solche Auflagen in Geld erhebt. Dieser Fall liegt aber in Frankreich garnicht vot .

Gemeint ist nach Art. 42 das Gebiet , das sich tatsaechl. in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet und wo

nach Art. 43 die gesetzmaessige Gewalt tatsaechlich in die Haende des Besetzenden uebergegangen ist.

In der franzoesischen besetzten Zone jedoch war durch den Waffenstillstandsvertrag die Verwaltung , insb. die Finanzverwaltung wieder in die Haende der franzoesischen Regierung zurueckgelegt worden. Das Ministere des Finances war in Paris taetig und sein Minister stets in Paris anwesend.

Auf die Frageder Besatzungskosten in Frankreich findet deshalb die einschraenkende Regelung der Haager L.K.Ordnung ueberhaupt keine Anwendung.

2) Die Besatzungskosten waren hier vielmehr im Waffenstillstands - vertrag Art.18 eine Verpflichtung der franzoesischen Regierung geworden. Ganz Frankreich, nicht nur die besetzte Zone , wird dadurch an deren Auf - bringung beteiligt. Die franz.Regierung uebernimmt ihre Aufbringung kraft ihrer eigenen Finanzhoheit, die ihr im Waff.Stillst.Vertrag ausdrueclich fuer ganz Frankreich zugesichert ist und deren Ausuebung sie ungehindert von der Besatzungsmacht wahrnehmen kann. Vgl. Taetigkeitsberichte der Waffenstillstandsdelegation fuer Wirtschaft , Wiesbaden ,Band V Pag.8/9 und Band VI Pag.5.

Ferner : Die Besatzungskosten sind zu einer deutschen Forderung unter dem Waff.Stillst.Vertrag geworden, der die franz.Regierung nachzukommen sich verpflichtet hat und deren Hoehe die deutsche Regierung grundsaetzlich a l l e i n bestimmen konnte. Sie war dabei an keine andere Beschraenkung gebunden als die der Wahrheit.

Es gab zwei Wege, die Erfuellung dieser Forderung zu sichern :
e n t w e d e r , wie das die Alliierten 1918 in Deutschland taten: sich bestimmte Finanzquellen dafuer in Frankreich als Sicherung ueberschreiben zu lassen.
o d e r : sich mit einer schriftlichen Zustimmung der franz.Regierung zu ihrer Forderung zufrieden zu geben. Diesen letzteren Weg waehlte die deutsche Regierung angesichts der in Wiesbaden zwischen beiden Regierungen auf franzoes.Initiative hin eingeleiteten wirtschaftlichen Collaboration, und sie beauftragte mit der Einholung dieser Zustimmung die Waff.stillst. Delegation fuer Wirtschaft in Wiesbaden.

Der franzoes.Regierung war es ueberlassen, die von der deutschen Regierung am 8.8.40 gestellte Forderung abzulehnen, wenn sie ihr zu hoch erschien, oder die Zahlung nicht zu leisten oder einzustellen. Sie hat sich im Gegenteil nach einigen Einwendungen sofort angenommen, General

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Huntzinger , o h n e j e e i n Gegenangebot zu machen.

Spaeter hat sie in der Tat ihre Zahlungen ab 1o.5.41 eigenmaechtig auf 15 Mill.RM.herabgesetzt, wohlgemerkt auf 15, n i c h t auf 10 Mill. worueber tatsaechlich vorher als Grundlage verhandelt worden war . Diese Eigenmaechtigkeit wurde deutscherseits lediglich mit einer Vorbehalts - note, nicht mit Sanktionen ,beantwortet.

Beachtlich ist ferner , dass im Oktober 1940 die franzoes.Delegation in Wiesbaden muendlich u n d ein zweites Mal mit Note vom 22.12.41 unter gewissen Bedingungen sogar eine E r h o e h u n g der Besatzungskosten angeboten hat. Vgl. Taetigkeitsbericht Band I Pag.26 und TB.III Pag.10.

Schliesslich hat am 15/19.Dez.1942 , nach der anglo-amerikanischen Invasion in Nordafrika, Praesident L a v a l weitere 10 Mill.RM. pro Tag ausdruecklich nicht als Besatzungskosten , s o n d e r n als freiwilligen Beitrag Frankreichs zur gemeinsamen Verteidigung Europas uebernommen. Sie wurden aber kuenftig , gemaess Vereinbarung , zusammen mit den Besatzungs - kosten an den gleichen Terminen in einer Summe geleistet!

3) Die Besatzungskosten waren in Frankreich also n i c h t eine Frage einer internationalen Rechtsbestimmung , sondern der politischen Beziehungen der beiden Regierungen , nachdem sie einen Waffenstillstand miteinander abgeschlossen und damit die Feindseligkeiten beendet und erneut die politischen Beziehungen miteinander wieder aufgenommen hatten, geworden.
A u s s c h l a g g e b e n d fuer die Durchfuehrung der im Waff. Stillst.Vertrag festgelegten Verpflichtung waren die allgemeinen politischen Beziehungen , wie sie zwischen beiden Regierungen verabredet worden waren. Montoire und entscheidend war dabei die Tatsache ,dass Deutschland gezwungen war, den Krieg mit England auf franzoesischem Boden weiter zu fuehren und dafuer eine besonders grosse Besatzung zu unterhalten , sowie auch militaerisch fuer die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Ruhe (Widerstandsbewegung) zu sorgen.

Auf die Haager L.K.Ordnung hat sich auch die franz. Regierung selber bei ihren Bemuehungen um Herabsetzung der Bes.Kosten n i e gestuetzt. A u c h die Unterscheidung Huntzingers zwischen den Kosten fuer die Okkupations- und Operationsarmee hat sie sofort fallen gelassen. Sie stuetzte ihre Ersuchen vielmehr auf die wirklichen Beduerfnisse des Besatzungsheeres u n d die wirtschaftliche Leistungsfaehigkeit Frankreichs.

Dagegen hat die franzoes.Regierung selber die Frage der Besatzungskosten wiederholt zum Gegenstande ihrer h o c h -politischen Verhandlungen mit Botschafter A b e t z , mit dem Aussenminister Ribbentrop und dem Fuehrer selber gemacht , diese also aus der rein technischen Sphaere der Waffen - stillstandsdelegation hinaus in das hoehere Gebiet der grossen Politik verlegt:

So Admiral D a r l a n , als er im Mai 1941 in seinen Verhandlungen mit A b e t z ueber die Einraeumung von militaerischen Stuetzpunkten in Syrien und Nordafrika die Ermaessigung der Besatzungskosten auf 10.Mill. pro Tag als Gegenkonzession forderte,
und Praesident L a v a l , als er am 19.12.42 nach der anglo-amerik. Invasion in Nordafrika einen freiwilligen Beitrag von zusaetzlich 10 Mill. pro Tag zur gemeinsamen Verteidigung Europas uebernahm und zwar Hitler selber gegenueber im Fuehrerhauptquartier.
Beide Aktionen bestaetigen mehr als alles andere, dass auch die ver - schiedenen franzoes.Regierungen in gleicher Weise die Frage der Besatzungs- kosten n i c h t als eine Angelegenheit der Haager L.K.Ordnung, s o n d e r n der gemeinsam vereinbarten Collaborationspolitik auffassten und behandelten.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Die Tatsache andererseits , dass auch die deutsche Regierung den Weg waehlte , von Anfang an die Besatzungskosten im Wege der Verstaendigung und spaeter der Verhandlungen mit der franz.Regierung zu vereinbaren, zeigt, dass auch auf deutscher Seite das Bestreben vorlag, diese Frage , die sie ja nach dem Waff.Stillst.Vertrag e i n s e i t i g allein haette bestimmen koennen, im Sinne der gemeinsamen Ausgestaltung der politischen Beziehungen zu regeln.

Pierre L a v a l hat am 4.Sept,1945 vor seinem Untersuchungsrichter L a n c i e r folgendes ausgesagt:

"Je reconnais que les frais d'occupation que nous payions dépassaient les besoins allemands en France. Ce n'est pas moi qui ai demandé l'armistive ni qui l'ai signé. Ce n'est pas moi qui ai fixé à 400 mill. par jour led frais d'occupation, et je viens de vous dire précisément que je negociais pour obtenir une réduction massive.
(Nach dem Treffen in Montoire ..).
"J'ai regretté le 13 décembre (Entlassung Lavals)non seulement pour moi, mais pour la France, ca r je n'ai pu ainsi rencontrer M. Ribbentrop le 3 22 Décembre 1940, date de l'entretien ou,d'après ce que m'a dit plus tard l'Ambassadeur d'Allemagne, j'aurais enregistré une réduction des frais d'occupation de 400 à 180 mill.de francs par jour."

Zusammen mit der Besatzungskostenfrage zaehlt Laval noch 3 andere hochpolitische Fragen auf, deren Loesung ihm von Abetz fuer den 22.Dez. quasi bestimmt zugesagt seien, naemlich die Rueck - gliederung der Nordprovinzen, die Befreiung von 150.000 Kriegs - gefangenen und weitgehende Erleichterungen an der Demarkationslinie. Aber, so faehrt er fort: "Ma mésaventure était due à la volonté du Maréchal de rompre la politique dite de Montoire.

Aber, so sagte er an anderer Stelle ,"si je reconnus que l'armistice était indispensable dans l'intérêt de la France,(la continuation de la lutte était impossible ou s'averait pour la France plus désastreuse que l'armistice) j'ai partagé cette opinion , à l'epoque, avec la quasi totalite des Francais.... comme ministre,j'ai dû tenir compte de la convention d'armistice dans mon action....."

In der Anklageschrift, Ziff.IX, die zur Verurteilung Laval's gefuehrt hat, heisst es:

"L'entrevue de Montoire et les accords qui suivirent en vue d'une collaboration mettant nos ressources et nos moyens à la discretion de l'Allemagne m a r q u e n t à l'extérieur le caractère d'une politique en tous points conforme aux intérêts de l'ennemi et qui ne peut se définir que par les termes même de l'article 75 du Code Pénal ....."

Also einer P o l i t i k nicht eines Verstosses gegen eine internationale Convention.

In der Tat sind die immer wiederholten und den verschiedensten deutschen Dienststellen in Wiesbaden und Paris gegenueber bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck gebrachten Versicherungen des Generals

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Huntzinger, Lavals und selbst des Marschalls Pétain :

"Wir haben den Krieg verloren , wir wissen,dass wir grosse Lasten auf uns nehmen muessen und sind dazu bereit , auf Geld kommt es dabei nicht an , Frankreich ist reich , sehr reich , aber geben sie unserer darnieder liegenden Industrie Beschaeftigung und unserer Arbeiterschaft Arbeit. Auch Deutschland hat sich nach seinem Zusammenbruch 1918 nur durch Arbeit wieder zu seiner jetzigen Hoehe erheben koennen. Frankreich ist dabei bereit, sein wirtschaftliches und finanzielles Potential in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft zu stellen....,"

entscheidende Beweise dafuer, dass die Vichy-Regierung die Frage der Besatzungskosten als eine Frage ihrer politischen Beziehungen, n i c h t aber der Haager L.K.Ordnung , also des internationalen Rechts aufgefasst und behandelt hat.

Die Frage , ob die Besatzungskosten richtig oder zu hoch waren ,ob sie richtig oder falsch verwendet worden sind,konnte die Waff.Stillst. Delegation nicht beurteilen ,war auch nicht ihre Pflicht zu entscheiden. Das war a l l e in Sache ihrer Regierung.

Aber auch wenn sie zugestandener Massen zu hoch waren, so war das vielleicht eine harte P o l i t i k , aber niemals ein Bruch des Voelkerrechts .

Denn es gibt keine internationale Convention, die nach Einstellung der Feindseligkeiten und dem Abschluss eines Waffenstillstandsvertrages zwei Staaten daran hindert , in diesem selber oder spaeter im Zuge einer vereinbarten Politik, Vereinbarungen mit einander abzuschliessen, in denen hoehere Leistungen als sie die Haager L.K.Ordnung in Art.49 fuer den Militaerbefehlshaber in dem von ihm besetzten Gebiet eigenmaechtig erhobenen Abgaben in Geld vorschreibt , vorgesehen sind.

Liegt aber in dieser mit Frankreich im Verhandlungswege getroffenen Regelung der Besatzungskostenfrage kein Bruch des Voelkerrechts vor,so liegt auch kein Kriegsverbrechen im Sinne des Kontrollratsgesetzes No.10 , das einen solchen Bruch einer internationalen Convention zur Voraussetzung hat,vor.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

I. Abteilung

A 1) Der Erlass über den Verkauf polnischen Vermögens floss der von Bracy. Dr. Hahlen geleiteten, dem Vierjahresplan unterstehenden Treuhandges. ist ja, die ihrerseits wieder periodisch ihre Einnahmen an das Reich abzuführen hat. Ueber das Liquidierte Vermögen verfügte die RR. f. d. F. d. O., aber auch die Einnahmen aus diesen Vermögenstücken dem Reich zu. Die Verwendung der 1,5 Mill. Rm. für Erhaltung des Ges. Lap. der DUB widerspricht den Bestimmungen.

2) Es ist Zutreffend, dass der Uebergang dem Reich hatte Vermögensvorgänge werden müssen. Es spielt hierbei keine Rolle, welche Stelle dafür in Frage kam.

3) Gegen die Verwendung eines Darlehens von der Bankm. Ges. für den fraglichen Zweck hatte ich Einwendungen nicht erheben können. Dagegen scheint mir die Verwendung von Barmitteln des Sudetenlands Prag als Lieferung des Darlehens bestimmungswidrig zu sein.

4) Der dargestellte Tatbestand reicht nicht aus, um abschliessend zu beurteilen, ob das Vorgehen Pohls korrekt war oder nicht. Da diese Transaktionen nicht in meine Kompetenz fiel, hatte ich als Prüf. Beamter Anlass zum Einschreiten gehabt.

5) Die Reichsgarantie wurde nicht berechtigt, ohne meine Zustimmung Sachverständigen zu verschenken. Hier liegt ein bestimmungswidriges Verhalten des Vorst. auf Seiten des Gebers wie der Empfängers vor.

6) Es ist nicht gesagt, in welchen Fällen der Vorgang fällt. Soweit ich mich entsinne, ist von 1940 ab das Baulosprinzip auch in den von Himmler für förderlichen Reichsziele durchgeführt worden. Soweit also Einnahmen aus Arbeit von Gefangenen oder aus eigenen Betrieben entstanden, mussten sie als ordentliche Einnahmen im Etat eingestellt werden. Die beabsichtigte Einbringung in eine Gesellsch. hatte als Ausgabe im Etat erscheinen müssen. Ist das nicht geschehen, liegt eine Bestimmungswidrigkeit vor.

– Die Gelder an die SS kamen nicht unmittelbar vom Reich, sondern über den Reichsschatzmeister der NSDAP. Dieser widerlegte die Reichsgelder an die Partei und die ihr angeschlossenen Organisationen. Hierfür beanspruchte er allerdings Zustimmungspflicht u. Verantwortung. Es ist mir nicht bekannt, dass leider Verteilung Zwischen Reichs- und Parteigeldern unterschieden wurde. Etwas anderes wäre es, wenn die 6,5 M. der Gesellsch. Kap. der DUB aus Mitteln stammten, die sie die 1,5 Mill. Reichsmark Reparationsbeschaffung, als Einnahmen in den R. Etat hätten eingestellt werden müssen. Aus welcher Quelle nun die 8,6 Mill. tatsächlich stammen, ist mir nicht bekannt.

B. Über einen „Reinhardfond" kann ich Ihnen nichts sagen. Es hat keinen Fonds gegeben, über den Frank u. ich Verfügungsrecht gehabt hatten. Es gab überhaupt keinen Fonds, aus dem Ihre Investitionen Zuschüsse oder Darlehen gegeben werden konnten. Allerdings hatte die Treuhand ges. das Recht, sich in Anspruch als Treuhänder. Verwaltete Vermögenswerte. Betriebe, in die auch Gelder investiert werden mussten, nicht an die Bestimmungen der RHO. gebunden, sondern nur verpflichtet, den Reingewinn an das Reich abzuführen. Ferner hatte sich daher auch [illegible] vorbehalten, Zuschüsse, die sie [illegible] oder territorial mit dem Aufgabengebiet der Treuhand zusammenhingen, Darlehen zu geben. Es

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Urgent

Dr. W. H e i m

Room 390

Nuernberg, den 15. April 1947.
Sulzbacher Str. 85

To:

Graf von Schwerin-Krosigk

prison~~er~~

Sehr geehrter Herr von Schwerin-Krosigk!

Leider war ich heute verhindert, Sie persoenlich zu sprechen. Aber Herr Dr. Maas hat Sie ja ueber den Sachverhalt informiert.

In Anlage uebersende ich einen Fragebogen und ich wuerde Sie bitten, die Fragen zu beantworten und mir Ihre Antworten zurueckzusenden. Ich wuerde dann gegebenfalls eine eidesstattliche Versicherung ausarbeiten und Ihnen den Entwurf zuleiten.

Fuer baldige Zusendung der beantworteten Fragen waere ich Ihnen sehr dankbar. Nehmen Sie fuer Ihre freundlichen Bemuehungen in dieser Sache schon im voraus meinen und meines Mandanten Dank entgegen.

Hochachtungsvoll!

(Dr.W.Heim)

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 129

bestritt dem RFM das Mitwirkungsrecht bei solchen Geschäften und [illegible] Minister [illegible] über besonders wichtige Vorgänge zu informieren. Eine Einigung über gewisse grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, die sich aus dieser Einstellung W's ergaben, ist bis zum Kriegsende nicht erfolgt. Ich entsinne mich nun, dass W. mir einmal mitgeteilt hat, dass er der St. einen Kredit gegeben habe. Ich kann die Höhe nicht mehr angeben, glaube aber, dass es sich um einen Betrag von 30 Mill. gehandelt haben kann. Auch weiss ich die Bedingungen nicht mehr, glaube mich nur zu erinnern, dass der Zweck des Darlehens der Betrieb von Ziegeleien in Polen war. Wenn es sich also bei den 30 M. aus dem angeblichen Reinhardtfonds um den Kredit der Tr. St. Ost gehandelt hat, dann kann man die Berechtigung der Tr. St. zur Hingabe eines Darlehens in Zweifel ziehen, der St. aber aus der Annahme keinen Vorwurf machen. Ich hätte jedenfalls als RFM. keine Möglichkeit gehabt, mich gegen die Verwendung dieser Mittel durch Pohl zu wenden, sondern nur den Fall als Material für die Verhandlungen mit dem Vierjahresplan über die Klärung der Befugnisse der Tr. St. Ost benutzen können. Ich nehme an, dass das bei den Verhandlungen, die meine Referenten hierüber mit dem Min. Dir. Gramsch vom Vierjahresplan führten, auch geschehen ist.

Massnahmen.

Soweit die Transaktionen unter A den Bestimmungen zuwiderliefen, hatte ich mich an Himmler gewandt und ihn gebeten, 1) die dem Reich entzogenen Mittel dem Reich wieder zuzuführen, 2) die personell u. sachlich erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu vermeiden.

Prüfung und Aufsicht.

Zu den von mir vorgeschlagenen Vorkehrungsmassregeln hatte hauptsächlich auch eine Prüfung durch die D. Rev. & Treuhand Ag. gehört. Und zwar wurde sich das nicht auf eine einmalige, sondern auf eine laufende Prüfung erstreckt haben. Es ist sicher anzunehmen, dass die D.W.B. zur Rückzahlung nicht in der Lage gewesen waren, dass sich bestenfalls nur ein, über eine längere Zeit sich erstreckender Rückzahlungsmodus hatte erreichen lassen. Dass die D.W.B. unter die Dienstaufsicht des RWM. gestellt worden wäre, glaube ich nicht. Wohl aber hätte vielleicht die laufende Kontrolle durch die D. Rev. & Treuh. Ag. durchgesetzt werden können. Ob für die D.W.B. eine neue Geschäftsführung bzw. ein Aufsichtsrat bestellt worden wäre, vermag ich nicht zu beantworten. Es hing das allein von der nicht voraussichtbaren Einstellung Himmlers zu diesen Vorkommnissen ab.

[illegible]

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

251 - 29 - 03-A-25

Dr. W. H e i m
Room 390

Nuernberg, 15 April 1947
85 Sulzbacher Strasse

To
Graf von Schwerin-Krosigk

prison

Dear Mr. von Schwerin-Krosigk:

Today I was unfortunately not able to talk to you personally. But Dr. Maas informed you about the situation.

Enclosed I am sending you a questionnaire and beg you to answer the questions and return the answers to me. I should then possibly elaborate an affidavit and send you the draft.

I should be very grateful if you could let me have the answered questions very soon. Thanking you in advance also in the name of my defendant.

I remain,
Yours truly,

/s/ Dr. W. H e i m

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 131

Geheimhaltung

Das Prinzip wurde am klarsten im Schmundt-Protokoll vom 23.5.39 ausgesprochen. Geheimhaltung ist die Voraussetzung fuer den Erfolg. Deshalb darf keiner beteiligt werden, der es nicht wissen muss, keiner darf mehr erfahren, als er wissen muss, niemand darf frueher etwas wissen, als er es wissen muss. Nach diesem Prinzip wird verfahren, von der hoechsten Stelle bis unten hin. Bei den Ministern faengt es an. Sie werden von der Kenntnis gerade wichtiger Dinge ausgeschlossen. Nach dem Hossbach-Protokoll leitet der Fuehrer die Besprechung damit ein, dass er erklaert, der Gegenstand der Besprechung sei von derartiger Bedeutung, dass seine Erörterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Kabinetts gehoerte, er sache aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese im Kreise des Kabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen. Nach der Aussage von Fritzsche im Juristenprozess (S. 5108) erhielten die Minister nicht einmal die Informationen, die die fuehrenden deutschen Journalisten – etwa 1000 Personen – erhielten. Selbst Minister und Staatssekretaere durften Auslandssender nur mit besonderer schriftlicher Genehmigung von Goebbels abhoeren. OKW und OKH war es strengstens untersagt, den Ministern etwas ueber den Stand der militaerischen Lage im Kriege zu sagen. Sie mussten schon an die Front fahren, wenn sie etwas erfahren wollten.

Das Prinzip der Geheimhaltung wurde in Himmler's Bereich zur Vollkommenheit ausgebildet. Es wurde durch schaerfste Strafandrohungen aufrechterhalten. Die Folge kann man am Beispiel der K.Z. sich klar machen. Es seien aus unendlich vielen Bekundungen vier aus ganz verschiedenen Lagern herausgegriffen, die auch unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten gemacht sind. Kogon ~~sagt~~ gibt in dem Kapitel des „S.S. Staats", das die Frage stellt: „Was hat der Deutsche von den K.Z. gewusst?" die Antwort: „Ausser ihrer Existenz beinahe nichts. Das System, die Einzelheiten des Terrors streng geheimzuhalten, und dadurch den Schrecken zu erregen, aber um so wirkungsvoller zu gestalten, hat sich bewaehrt. Viele Gestapobeamte kannten das Innere der K.Z. nicht. Die meisten Haeftlinge hatten vom eigentlichen Betrieb der Lagers und den Methoden kaum eine Ahnung. Wie haette das Volk sie kennen sollen?". Der S.S. Richter Morgen, der den Auftrag bekommt, etwaige Ausschreitungen in den Lagern festzustellen, bekundet vor dem I.M.T. in einer Aufsehen erregenden Aussage, dass er wochenlanger Arbeit bedurft haette, um in den K.Z. Buchenwald und Auschwitz hinter das Geheimnis dieser Lager zu kommen. In Auschwitz hatte ihn nur ein Zufall auf die Spur des geheimnisvollen zweiten Lagers gefuehrt, das, vom ersten Lager einige Kilometer entfernt, Schrecknisse verbarg, von deren Existenz nur die wenigen Eingeweihten etwas wussten. Morgen beziffert die Zahl der um die ganze Hoelle des K.Z.-Geschehens Wissenden auf nicht viel mehr als ein Dutzend Menschen. Ein Mann, der selbst an der Nachrichtenquelle sass, Fritzsche, bekundet im Juristenprozess (S. 5114), dass die Oeffentlichkeit lediglich die Tatsache der Schaffung der K.Z. und ihre Existenz gekannt habe. Er selbst sei den zahlreichen Gerüchten ueber Misshandlungen stets nachgegangen und haette von den verantwortlichen Stellen den Bescheid erhalten, dass die Dinge

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

verfolgt wurden. Als während des Krieges die Rundfunksendungen von der Feindseite Einzelheiten über Greueltaten brachten, sei es ihnen nachgegangen, aber die Unwahrheit sei abgestritten worden. Übereinstimmend bekundet der Pfarrer von Dachau, dass die Insassen dieses mitgenommenen Ortes von den tatsächlichen Vorgängen im K. L. Dachau nichts gewusst hätten.

Nun wird man sagen können: Dass die grosse Masse der Volker nichts von den Vorkommnissen wusste, ist noch glaubhaft, aber dass die Männer in leitenden Stellungen nichts davon gewusst haben sollten, das überschreitet die Grenze des Glaubhaften. Wenn man sich jedoch die Frage an den Kreis der obigen Bekundungen wiederholt, dann entsteht die Frage: Wie kann durch wen sollten denn die leitenden Männer etwas erfahren? Die „Wissenden" sagten ihnen nichts, besonders wenn sie mit Ablehnung rechnen mussten. Der sein Wissen von Abhaben eines Hasteurzeugnisses bezog, hielt ihnen gegenüber bestimmt den Mund. Wer es gewechselnden Gehorsam gelobt hatte, schwieg gerade solchen Männern gegenüber, bei denen er annehmen konnte, dass sie den Geschehen nachgehen würden und es dadurch Scherereien haben würde. So paradox es erscheinen mag, aber es ist durch die tatsächlichen Verhältnisse bedingt, dass je höher jemand im Dritten Reiche stand, um so mehr war ihm, wenn er nicht zu dem engen Kreis der Wissenden gehörte, die Quelle des Wissens verschlossen. So ist es ohne weiteres zu erklären, dass der Angeklagte, wie er selbst und seine persönlichen Referenten bekunden, von Auschwitz, der Massenexekutionen der Juden, den Greueln des K. L. nichts gewusst hat, dass er, wie Frau von Dietze bekundet, auf die Nachricht von grausamen Vernehmungsmethoden der Gestapo in nicht geheuchelten Entsetzen fiel. Ist dies weniger glaubhaft als die unbestreitbare Tatsache, dass der Angeklagte, der ein immerhin wichtiges Ressort verwaltet hat, nie auf dem Obersalzberg, nie während des Krieges im Führerhauptquartier gewesen ist und Hitler seit 1937 persönlich nicht mehr gesprochen hat?

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-28 / 83 - 133

Dez 20. Juli 1944

Ueber das Attentat des 20. Juli und die vorausgehende Geschichte der bis zu ihr seit 1938 zurückreichenden Widerstandsbewegung ist von überlebenden Teilnehmern ausführlich berichtet worden, sodass es mir nicht ansteht, da ich zu keiner Zeit der Widerstandsbewegung angehört habe, darüber zu berichten. Aber es dient vielleicht der historischen Wahrheit, wenn ich über einige der Hauptbeteiligten, mit denen ich schon hindurch dienstlich und ausserdienstlich mehr gesprochen habe, eine Charakteristik gebe, die zeigt, warum diese Männer sich genötigt sahen, den Weg des aktiven Widerstandes zu gehen und warum die Widerstandsbewegung keinen Erfolg hatte. Die bekannteste Gestalt unter den Teilnehmern am Attentat war Goerdeler.

〈91 – 3〉

Das die immer hie Popitz scharf zugespitzte Urteil über Goerdeler enthielt einen durchaus richtigen Kern. Aber auch das Goerdeler's Urteil über Popitz enthielte nicht die Wahrheit. Beide waren zu völlig verschiedene Naturen, um gemeinsam den gleichen Weg gehen zu können. Stand bei Goerdeler der Charakter im Vordergrund so war bei Popitz der Verstand vorherrschend. War Goerdeler in seiner geraden Offenheit nicht zu durchschauen und machte er aus seinem Herzen keine Hoedergrube, so war Popitz viel nachdenklicher und benutzte gern den indirekten Weg geistvoller, mit Ironie und Sarkasmus gewürzter Anspielungen, die nur Denen, die ihn gut kannten, die eigenen Standpunkte offenbarten. Der langjährige Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums hatte in der Schule parlamentarischer Kämpfe alle Möglichkeiten politischer Taktik kennen gelernt und ausprobiert. Das Spiel mit Menschen, die Kunst, sie an unsichtbaren Fäden nach seinem Willen zu lenken, betrieb er mit Leidenschaft und meisterhafter Fertigkeit. In der Wahl der dafür verwendbaren Mittel war er ebensowenig bedenklich wie in der raschen Entschlossenheit, Wege und Methoden, die sich zur Erreichung eines Ziels als ungeeignet erwiesen hatten, von Grund auf zu ändern. Diese geistige Beweglichkeit war es, die Goerdeler als charakterliche Schwäche ablehnte. Popitz hat bis in den Krieg hinein sich bemüht, seine Stellung als ältester Minister des preussischen Kabinetts – er war schon viele Jahre preuss. Finanzminister geworden – zu einem Einflusszentrum auszubauen und durch seine Freundschaft mit den Ministern Rust und Kerrl Fortschritte in der Kirchenpolitik und der Hochschulpolitik des Dritten Reiches zu verhindern. Da er selbst Universitätsprofessor war, lagen ihm die preussischen Hochschulen besonders am Herzen. In mancher einzelnen Arbeit mag festgestellt werden, wieviel Segensreiches Popitz hier gewirkt hat. Wenige Erfolge hatte er auf dem Gebiet der Kirchenpolitik. Hier konnte er sich auch nicht durchsetzen, da der Kirchenminister Kerrl selbst sich gegenüber den Machtkreisen Bormanns, der von Bormann dirigierten Rassenpolitik und der Kirchenfeindschaft Hitlers, seiner mehr auf Ausgleich und Verständigung eingestellten Politik keinen Erfolg verschaffen konnte. Am meisten aber hat sich Popitz um Goering bemüht. Es ist auch kein Zweifel, dass in den Aufregungsjahren, als der korrumpierende Einfluss schrankenloser Macht und Genussmöglichkeit Goering noch nicht völlig verdorben hatte, er sich von Popitz gern beraten und richtig beeinflussen liess. Popitz hatte gar keine Bedenken, hier dieses Ziel Opfer zu bringen. Eines dieser Opfer war der Verzicht der Preussischen Forstverwaltung auf einen grossen Teil der Schorfheide, die als „Stiftung Schorfheide" mit einer Ausnahme des Finanzministers dem Ministerpräsidenten als Präsent dargeboten – und mit Freuden angenommen wurde; auch

7 Was kann ich einige Ausführungen weiter die wenigen Bekannten „Andeutungen" machen.

7 Heftigkeit

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

in der Bereitstellung von Mitteln fuer den Ausbau von Karinhall war Popitz nicht knauserig. Als ich ihm einmal deswegen Vorhaltungen machte, rechtfertigte er seine Handlungsweise mit den Worten, mit denen einst der Franzosenkoenig Heinrich IV. seinen Uebertritt zum Katholizismus begruendet hatte: Paris ist eine Messe wert. Hatte Popitz im Innersten seines Herzens trotz der selbst mir gegenueber stets betonten Freundschaft zu Rust und Herrl fuer diese beiden schwachen Persoenlichkeiten sicher keine allzugrosse Achtung, so war seine aufaengliche Hochachtung vor Hitler unzweifelhaft echt. Wenn er auch die Verfolgung von Gegnern aus politischen und Rassegruenden und vor allem die Methoden dieser Verfolgung tief verabscheute, so sah er doch von 1933 an keine andere Moeglichkeit als die Regierung Hitler's und erkannte seine genialen Faehigkeiten mit rueckhaltloser Bewunderung an. Gerade weil er aber die grossen Moeglichkeiten, die in diesem Charakter lagen, in ihrer ganzen Bedeutung einschaetzte, war er sich auch ueber die Gefahren klar, die der Uebergang zu immer grenzenloserer Machtfuelle fuer diesen Mann und fuer das deutsche Volk in sich barg. Je wirkungsloser sein Versuch wurde, ueber Goering Einfluss auf Hitler zu gewinnen, um so mehr suchte er Bundesgenossen in anderen Lagern. So suchte er sie auch bei der Generalitaet. Er hat mir manches Mal seine Gedanken ueber die tragische Entwicklung vorgetragen, die hier Platz gegriffen hatte. Der „politisierende" General – Seeckt war allein durch die Moeglichkeit seiner Diktatur, die er gar nicht wollte, lange Zeit die Hoffnung der Rechts-, das Schreckgespenst der Linksparteien – war Jahrzehnte hindurch der Fuerkenkopf, nach dem alle demokratischen Lanzen stachen. Nun hatte man die Offiziere dazu erzogen, sich der Politik fern zu halten und sich lediglich ihrem Beruf zu widmen. Jetzt zeigte sich die Wirkung dieser Erziehung. Die verantwortlichen Fuehrer des Offizierkorps folgten dieser Parole, lehnten den Eintritt in die Politik ab und machten dadurch jeden Widerstand gegen das Hitler-System oder gar seine Beseitigung unmoglich. Es war ihre Tragik, dass sie, ohne es zu wollen, durch den Entschluss, unpolitisch zu bleiben, eine Entscheidung von unabschbarer politischer Bedeutung trafen. Es waren unter den Militaers zwei Maenner, die Popitz besonders angezogen haben. Der eine war Generaloberst Beck, Generalstabschef bis 1938, dessen charakterliche und geistige Kristallklarheit tiefen Eindruck auf ihn machte. Der andere war ~~General~~ Admiral Canaris, bei dem die ungeheure geistige Beweglichkeit und die Undurchsichtigkeit verwandte Saiten in Popitz anklingen liess. Canaris, persoenlich ein hochgebildeter und tiefreligioeser Mann, bleibt eine der raetselhaftesten Persoenlichkeiten der Hitlerzeit. Er, der als Chef der „Abwehr" die Stelle leitete, bei der die Faeden der Spionage und der Gegenspionage und des geheimsten Nachrichtendienstes zusammenliefen, und der damit einen der verantwortungsvollsten Vertrauensposten des nat. soz. Systems innehatte, trat gleichzeitig in Beziehungen zum Ausland und wurde geradezu die Zentralstelle fuer Aktionen, zu deren Aufspuerung und Bekaempfung sein Amt bestimmt war. Sechs Jahre ist er in diesem Doppelspiel taetig gewesen; das ist um so erstaunlicher, als der S.D. sehr fruehzeitig schlecht auf ihn zu sprechen war. Es war in diesen Kreisen bekannt geworden, dass Canaris seine Abneigung gegen den S.D. entgegen seinen sonstigen Gewohnheiten offen ausgesprochen hatte, statt sie nur

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-20 / 03 - 134

dem verschwiegenen Tagebuch anzuvertrauen. Der S.D. sah aber wohl in Canaris nur einen Henner und Gegner seiner Methoden, nicht das, was er wirklich war, den gefährlichsten Feind des Nat.-Soz. Trotz dieser unzulaenglichen Erkenntnis bekaempfte ihn der S.D. bereits seit 1938 mit verbissener Wut, konnte ihn aber erst 1944 zur Strecke bringen. Das von Canaris gefuehrte Tagebuch muss unerhoert interessant gewesen sein; es heisst, es sei vernichtet. Damit ist eine wichtige Quelle der Geschichtsforschung ueber ein Kapitel deutscher Geschichte verstopft, das nun wohl schwerlich sich in allen seinen Verzweigungen wird aufklaeren lassen. Aber auch die sonstigen nach dem 20. Juli gefundenen Unterlagen wuerden sicherlich ausgereicht haben, um Canaris vor dem Volksgerichtshof den Prozess zu machen. Ihn und seine naechsten Mitarbeiter gab jedoch der S.D. nicht ab, er behielt sie in seinen Faengen und brachte sie bei der Annaeherung der amerikanischen Truppen grausam um.

Ich weiss nicht, wann bei Popitz die Erkenntnis, dass hemmender und maessigender Einfluss auf Hitler nicht moeglich war, den Entschluss aktiver Teilnahme an der Widerstandsbewegung hat reifen lassen. Es mag sein, dass er bereits von den ersten Plaenen der Widerstandsgruppe Kenntnis gehabt und es miterlebt hat, wie erst Muenchen, dann der Krieg mit seinen Anfangserfolgen ihr die Haende band, da damals Hitler fester als je im Sattel sass und selbst ein gegluecktes Attentat gegen ihn das System nicht beseitigt haben wuerde, man also warten musste, bis sein Stern sich neigte und damit sich wieder Moeglichkeiten zeigten, zugleich mit ihm den Nat.-Soz. auszutilgen. Diese Moeglichkeiten ergaben sich erst wieder nach Stalingrad. Hier lag die Caesur des Krieges, nicht nur militaerisch; auch psychologisch bedeutete Stalingrad das Ende der deutschen Siegesgewissheit und des schranken losen Vertrauens auf Hitler's Fuehrereigenschaften. Der alte Bruch im Offizierkorps, der seit der Fritsch-Affaire bestand, und nur muehsam uberkleistert worden war, tat sich wieder auf, schmerzhaft erweitert durch das ehrabschneidende Verfahren, das Hitler seit dem Winter 1941/1942 in staendig steigendem Masse fuer angeblichen Ungehorsam und fuer Versagen gegen Generaele anzuwenden beliebte. Jetzt kam die Zeit, in der Stauffenberg die Leitung der Attentatsplaene in die Hand nahm. Auch in Zivilkreisen wuchs sich die bei vielen schon seit langem bestehende Ueberzeugung, dass es so nicht weiter gehen koenne, zu dem Bestreben aus, sich mit Gleichgesinnten zu positivem Handeln zu verbinden. Das Dilemma, in dem sich alle diese Gruppen befanden, bestand darin, dass es nicht nur darauf ankam, Hitler zu beseitigen, sondern ob sich den Attentaetern so viele und massgebende militaerische und politische Fuehrer und die Masse des Volks wie der Soldaten zur Verfuegung stellen wuerden, dass ein Widerstand gegen die neue Regierung gar nicht erst entstehen konnte oder alsbald niedergeschlagen wurde. Die Widerstandsgruppen mussten also warten, bis unter dem

Eindruck der Niederlage oder des drohenden Zusammenbruchs die deutschen Menschen bis in die fuehrenden Kreise der Partei hinein, sich zum Mittun entschlossen. Der Erfolg des Attentats, der nur so groesser sein musste, je frueher es stattfand, hing also von Faktoren ab, die um so sicherer wirkten, je spaeter es durchgefuehrt wurde. Es ist sehr fraglich, ob diese Faktoren bereits im Juli 1944 gegeben waren, ob also selbst ein geglueckter Attentat einen Dauererfolg gehabt haben wuerde. Denn zweifellos war damals der Glaube an den Sieg Deutschlands trotz Stalingrad in weiten Kreisen des Volks und der Armee noch so ungebrochen und der Glaube an den Fuehrer so unerschuettert, dass ein Attentat gegen seine Person nur eine Welle der Empoerung gegen die Attentaeter ausgelost, die Gestalt Hitler's zum Mythos erhoben und eine neue Dolchstoss-Legende zur Welt gebracht haette. Es ist mehr als fraglich, ob sich eine Regierung Beck-Goerdeler haette halten koennen; ohne schwere buergerkriegaeuhhliche Kaempfe waere es nicht abgegangen.

Es moegen derartige Ueberlegungen gewesen sein, die Popitz veranlasst haben, einen ganz anderen Weg zu versuchen, als den, den Goerdeler und Stauffenberg gingen. Er stand in Verbindung mit dem klugen, jungen Rechtsanwalt Langbehn, der Beziehungen zum S.S. Obergruppenfuehrer Wolff hatte. Ueber ihn nahm Popitz die Verbindung mit Himmler auf. Es entsprach ganz seiner Art, einen solchen ungewoehnlichen Weg zu gehen. Er hat mir in der damaligen Zeit einmal gesagt: ich spiele jetzt ein grosses Spiel mit hohem Einsatz, aber vielleicht hat es Moeglichkeiten. Nach einer vorbereitenden Aussprache zwischen Langbehn und Wolff ist es zu einer Unterredung zwischen Popitz und Himmler gekommen. Das Ziel, das Popitz verfolgte, ist klar zu sehen. Er wollte den damals maechtigsten Mann zur Revolte gegen Hitler bringen, um auf diese Weise die Beseitigung Hitler's unter Vermeidung eines Buergerkriegs zu erreichen. Was beide besprochen haben, ist nicht bekannt; man weiss nicht, ob schon bei dieser ersten Besprechung Popitz ueber eine allgemeine Lagebetrachtung hinausgegangen ist. Im Prozess vor dem Volksgerichtshof wurde das Verfahren gegen Popitz mit besonderer Geheimhaltung umgeben. Auch Freissler ging mit grosser Vorsicht an den Komplex Himmler heran. Die Verurteilung von Popitz erfolgte nicht wegen dieses Komplexes, sondern ausschliesslich auf Grund seiner frueheren Zugehoerigkeit zum Goerdeler-Kreis. Um die Wende 1944/45 wagte es selbst ein Freissler noch nicht, Aktionen, bei denen Himmler vorkam, auf Strafbarkeit zu untersuchen.

Popitz ist nicht der einzige gewesen, der versucht hat, Himmler zu selbstaendigem Handeln entgegen der Politik Hitler's zu veranlassen. Um Himmler haben sich im Laufe des letzten Jahres verschiedene Aktionen bewegt, deren Ziel das gleiche war, die aber im Ausgangspunkt und in der Form der Ausfuehrung wesentlich von einander abwichen. Eine Aktion knuepfte sich an den Namen des SS. Obergruppenfuehrers Hildebrandt, der vom Sommer 1944 ab Himmler davon zu ueberzeugen suchte, dass der Krieg verloren sei, dass man verhandeln muesse, dass aber jeder Verhandlung

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

sei es mit dem Westen, sei es mit dem Osten, als absolut hindernder Block die Persönlichkeit Hitler's im Wege liege. Um das drohende Verhaengnis abwenden zu koennen, sei es noetig, dieses Hindernis, also Hitler selbst mitsamt seiner ganzen Umgebung und dem naechsten Kreis seiner Ratgeber zu beseitigen. Himmler schwankte. Dieses Schwanken nutzte der gewandte Brigadefuehrer Schellenberg aus, der bei Himmler zu einer besonderen Gunststellung aufgestiegen war und als Leiter des Auslandsnachrichtendienstes des S.D., seit 44 gleichzeitig als Nachfolger von Canaris, ueber ein Netz von Geheimnachrichten verfuegte, das er wirkungsvoll fuer seinen Chef bediente und anomnenzte. Um nicht in Himmler das Gefuehl aufkommen zu lassen, dass er im Ausland genau so verfemt sei wie Hitler und daher unloesbar an dessen Schicksal gebunden sei, wurden ihm Nachrichten in die Hand gespielt, dass man ihn im Ausland ganz anders beurteile, dass man in ihm den Ordnungsblock gegen den Bolschewismus sehe und ihm aus diesem Grunde manches verzeihe. Schellenberg bemuehte sich auch, Himmler mit prominenten Auslaendern zusammenzubringen. Das hatte einen doppelten Zweck; es sollte in Himmler das Gefuehl hervorrufen, dass er nicht so verfemt sein koenne, und es sollte die erste Etappe auf dem Wege darstellen, der Himmler vom Fuehrer fort zu selbstaendigen Verhandlungen fuehren sollte. Eine dieser Persoenlichkeiten war der Graf Bernadotte; bei den Besprechungen mit ihm handelte es sich um die Freilassung der aus den skandinavischen Laendern stammenden K.Z.-Heftlinge, oder wenigstens um ihre Zusammenfassung in einem gemeinsamen K.Z.. Am 20.4.1945 war Himmler zum letzten Male bei Hitler. Am 21.4. fand die erste Besprechung mit Bernadotte statt. Am 22.4. brach Hitler bei der Lagebesprechung zusammen und erlangte seine Fassung erst nach einer langen Besprechung mit Goebbels wieder. Jetzt wurde sein Entschluss gefasst, im Kampf um Berlin die letzte Entscheidung zu suchen. Die Mitteilung dieses Zusammenbruchs gab dem im Sueden Deutschlands weilenden Goering den Anlass, fuer sich die fuer den Fall der Behinderung des Fuehrers vorgesehene Vertretung in Anspruch zu nehmen. Ihn traf der Bannstrahl aus dem Fuehrerbunker. Es ist nicht klar, wann und durch wen Himmler ueber die Vorgaenge am 21.4. orientiert wurde. Aber feststeht, dass man seit dem 21.4. von einem vollstaendigen Bruch zwischen Himmler und Hitler sprach. Jedenfalls folgte Himmler einem Befehl Hitlers, zu einer Besprechung in den Bunker am 24.4. zu kommen, nicht. Der ewig Schwankende hatte sich endlich zum Entschluss durchgerungen. Er liess durch einen Ordonnanzoffizier dem Oberbefehlshaber einer an der Oder kaempfenden Armeegruppe mitteilen, er nehme keine Befehle von Berlin mehr entgegen; er habe sich entschlossen, die Dinge selbstaendig in die Hand zu nehmen; fuer seine Absichten sei es von entscheidender Bedeutung, dass die Oderfront gegen die Russen gehalten wuerde. Am 27.4. traf er sich zum zweiten Mal mit Graf Bernadotte; jetzt bat er ihn um Uebermittlung eines Kapitulationsangebots an die Westmaechte. Als diese Nachricht durch Indiskretion eines

und liess sich aus dieser schwankenden Haltung nicht herausreissen, als Hildebrandt um die Wende 1944/45 immerstaerker insistierte.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Auslandsjournalisten in der Oeffentlichkeit bekannt wurde, traf auch ihn der Bannstrahl aus dem Berliner Bunker. Doenitz gegenüber hat Himmler in einer Besprechung <->

Auch die Generale von Manteuffel und Steiner, beides bekannte Panzerführer, hatten seit Monaten Himmler vorgestellt, dass es seine Pflicht sei, die Voraussetzungen und Möglichkeiten für Verhandlungen zu schaffen. Als Steiner bei einem Besuch im Führer-Hauptquartier im Februar 1945 die wenig erhebende Bunkeratmosphaere erlebte, drang er noch einmal in Himmler, er müsse die Hitler umgebende, unheilvolle Clique beseitigen und den aus dem Banne dieser Clique zu befreienden Führer erst zur richtigen Einsicht in die Lage bringen. Der Appell blieb wieder vergeblich. Als Himmler bald darauf Nachrichten über einen von diesen Generalen geplanten Handstreich auf das Führer-Hauptquartier erhielt, untersagte er den Marsch auf Berlin, ~~der unter anderer Motivierung~~

<am 29.4. scharf bestritten, dass er ein Kapitulationsangebot gemacht habe. Er habe lediglich theoretische Möglichkeiten mit Bernadotte erörtert. Es unterliegt keinem Zweifel, dass es mehr war. Es war ein Kapitulationsangebot, das schnell und kühl abgelehnt wurde.>

Der Name eines anderen SS. Führers, Becher, ist zur Charakterisierung der haltlosen Schwäche Himmlers, in diesen letzten Monaten vor dem Zusammenbruch, zu erwähnen. Becher erhielt nämlich Anfang April 45 von Himmler den Auftrag, die bekannten ~~SS.~~ K.Z. – Belsen, Oranienburg, Dachau, Mauthofen, Buchenwald – den anrückenden Engländern und Amerikanern ordnungsmässig durch Parlamentäre übergeben zu lassen. Aber in der Nacht, nachdem ~~er~~ Himmler die Ausstellung einer entsprechenden Vollmacht für den nächsten Tag zugesagt hatte, wurde er zu Hitler bestellt. Dieser, wahrscheinlich durch Kaltenbrunner über Himmler's Absichten unterrichtet, sprach ihm sein schärfstes Missfallen aus und gab den strikten Befehl, alle Lager beim Anrücken der Gegner zu evakuieren; kein Häftling dürfe dem Feind in die Hände fallen. Die beiden, aus der gleichen Zeit stammenden Befehle Hitlers, der über den Kopf von Speer gegebene Zerstörungsbefehl, und der Befehl über die Behandlung der K.Z. Häftlinge, atmeten die gleiche hasserfüllte Untergangsstimmung, die den Bunker beherrschte. In der tapferen Haltung Speer's, dass er den Zerstörungsbefehl nicht durchführen werde, durch die Speer die Zurücknahme des Befehls durchsetzte, konnte sich Himmler nicht entschliessen. Auch jetzt noch brachte er es nicht fertig, Hitler zu widersprechen. Nun konnte er zwar Becher die zugesagte schriftliche Vollmacht nicht ausstellen, aber er sagte Becher, tatsächlich solle Alles beim Alten bleiben, d.h. die K.Z. sollten übergeben werden. In diese Zwiespältigkeit, dieses beschämende Halbdunkel flüchtete sich Himmler, der stets so stark für die Klarheit der Befehlsführung eingetreten war. Das Nebeneinander entgegengesetzter Befehle führte vor allem im Süden, wo Kaltenbrunner den Lagerkommandanten erklärte, dass nur noch seine Befehle, nicht mehr die Himmler's, gelten, zu Konflikten und Schwierigkeiten.

Eine weitere Aktion, die Himmler in ihren Bann zu ziehen suchte, ging von seinem früheren Chefadjutanten Wolff aus, der zuletzt höchster SS und Polizeiführer in Italien war. Wolff hatte schon 1944 unter Mitwirkung des seit dem italienischen „Abfall" in Italien

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ISA-20 / 03 - 136

amtierenden deutschen Botschafters Rahn Fühlung mit dem in der Schweiz weilenden amerikanischen Politiker Foster Dulles aufgenommen. Alle solchen Faeden liessen sich aber schon aus dem einen Grunde nicht weiterspinnen, weil kein deutscher Unterhändler auch nur andeutungsweise angeben konnte, welches denn die deutschen Friedensbedingungen seien. Hitler weigerte sich, irgend jemandem fuer solche Verhandlungen etwas an die Hand zu geben. So kamen auch Besprechungen mit dem zu einer Vermittlung innerlich durchaus bereiten Schweizer Dr. Burckhardt ueber eine einmalige Verhandlung nicht hinaus. Auch Wolff ging es nicht anders. Es kam hinzu, dass in den ersten Wochen 1945 Kaltenbrunner, der ebenfalls in der Schweiz verhandeln liess, dort auf Wolff's Spuren stiess. Kaltenbrunner liebte es nicht, andere Jaeger in Revieren kirschen zu sehen, die er als sein Reservat betrachtete, und liess Wolff nach Berlin zitieren, wo er Hitler berichten musste. Es bedurfte fuer Wolff grossen Geschicks, um den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Aber fortan war dieser Weg stark verbaut. Die Wolffschen Verhandlungen beschraenkten sich nur noch auf das rein militaerische Gebiet; ihr Ergebnis war die fuer die in Italien stehende Heeresgruppe abgeschlossene Teilkapitulation. Es war fuer die damals allenthalben herrschenden, verworrenen Zustaende kennzeichnend, dass, da nicht alle militaerischen Stellen ueber die im Gange befindlichen Waffenstillstandsverhandlungen im Bilde waren, ihr Bekanntwerden zu einem viermaligen Kommandowechsel [binnen 24 Stunden] bei der Heeresgruppe fuehrte, bis am Schluss des Tages der Generaloberst von Vietinghoff, der zur Kapitulation bevollmaechtigte Offiziere entsandt hatte, wieder das Kommando hatte und die Kapitulation abschliessen konnte.

Die Wolff'sche Aktion berührte sich mit einer anderen, die vom Gauleiter Hofer in Tirol ausging und aus historischen wie psychologischen Gruenden erwaehnenswert ist. Hofer bekam von einem Bericht Kenntnis, der im September 1944 von einem Mitglied der amerikanischen Botschaft in der Schweiz ueber das „Alpen-Réduit" erstattet wurde. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass der Ausbau Tirols zu einer Alpenfestung den deutschen Widerstand um 6-8 Monate verlaengern wuerde, dass die Ueberwindung dieses Widerstandes den Alliierten sehr hohe blutige Verluste kosten wuerde, dass daher kein amerikanischer Oberbefehlshaber es wagen koennte, die Festung anzugreifen, dass sie deshalb beim Vormarsch von West nach Ost ausgespart werden wuerde, dass entschlossene Nat. Sozialisten sich unter Umstaenden bis zu 2 Jahren hier wuerden halten koennen, dass die Westmaechte dadurch bei der Besetzung grosse Schwierigkeiten haben wuerden, ja dass vielleicht ein in dieser Zeit ausbrechender Gegensatz zwischen Ost und West den Nat.-Soz. die Moeglichkeit geben koennte, in Verhandlungen mit einer der beiden Parteien einzutreten. Hofer, der wusste, dass dieser Bericht auch in die Haende der Auslandsnachrichtenabteilung des S.D. gelangt war, nahm an, dass er Hitler vorgelegt sein wuerde. Er wartete ab, was Hitler daraufhin anordnen wuerde. Als nichts geschah, richtete er im November 44 einen dringenden Brief an Hitler, in dem er unter Hinweis auf diesen Bericht und die in der Schweiz entstandene „Réduit-Psychose", die man ausnutzen muesse, um die Genehmigung zum Ausbau der Alpenfestung, um die Rueckfuehrung der

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Jedermann in diese Festung, um die Übersiedlung Ribbentrops und um die Einleitung von Verhandlungen mit den Westen bat. Bormann, neben dem auch alle Schreiben der Gauleiter an Hitler gehen mussten, legte ihn zur Seite. Hofers Erinnerungen melden nichts. Im Januar 1945 erhielt aber Jodl von militärischer Seite einen Vorschlag, der den Ausbau der Alpenfestung vorsah. Jodl schien ihm, nicht im Hinblick auf die Tüchtigkeit des Absenders, bei Seite gelegt zu haben. Dafür spricht, dass er ihn Hitler erst vorlegte, als der Rhein bei Remagen überschritten war. Als Hitler eine Prüfung des Vorschlages anordnete, fiel Bormann ein, dass ja „von Parteiseite" schon viel frühere und viel detailliertere Vorschläge gemacht worden seien. So kam Hofers Brief Ende März 1945 in Hitlers Hände. Hofer wurde nach Berlin bestellt. Der von ihm geplante Ausbau liess sich infolge der verlorenen Zeit nicht mehr durchführen. Aber er glaubte, dass sich die „Festung" vielleicht um zwei Wochen halten könnte, bis die mit den Westen einzuleitenden Verhandlungen ein Ergebnis gezeitigt hätten. Die Aussprache verlief dramatisch. Hofer mische sich in Dinge, die ihn nichts angingen. Hofer verteidigte seine Einmischung damit, dass Hitler von einem von Speers „Rüstungs-Kommissaren" belogen werde und über Waffenproduktion in Tirol völlig falsche Zahlen erhalten habe. Den Auftrag auf Verhandlungen parierte Hitler mit – im Gedanken an die damals seine Phantasie beherrschende Entlastungsoffensive Wenks – mit der Bemerkung: Ich komme Euch doch zuvor. Aber schliesslich gab er Hofer freie Hand: Macht, was Ihr wollt. Hofer deutete das als die Autorisation zu Verhandlungen nach der Schweiz und gab von Wolff's Verhandlungen auch seine Zustimmung.

Die schwankende und zwiespältige Haltung Himmler's geht auch aus der Behandlung hervor, die er bei Arnold Rechberg fand. Er richtete an den bekannten Industriellen, der in den 20er Jahren erfolgreiche wirtschaftliche Verhandlungen mit französischen Industriekreisen geführt hatte, 1943 die Anfrage, ob er bei der notwendigen Kontaktnahme mit den Westmächten helfen könne und wolle. Obwohl Himmler, der gewaltige Herr der Polizei, selbst war, der sich an ihn wandte, suchte seine zusagende Autorität alsbald zu seiner Verhaftung. Himmler befreite ihn zwar bald wieder, liess es aber zu einer Fortsetzung des Gespräches nicht kommen. Erst im Mai 1944 wandte sich Himmler erneut an Rechberg; dieser sagte ihm in einem längeren Gespräch, dass es jetzt Verhandlungen mit den Westmächten brauche für sie; Himmler versicherte ihm, dass er das nun bei Hitler durchsetzen werde. Er drückte nichts durch; aber Rechberg brachte dieses Gespräch – wie er selbst annehme, auf Veranlassung Ribbentrops oder Bormanns – die erneute Verhaftung ein, aus der ihn erst der Zusammenbruch befreite.

Verschiedene Kreise versuchten auch, nicht über amtliche Stellen, sondern von sich aus mit dem Ausland Fühlung zu nehmen, sei es über neutrale Länder, sei es über Deutsche, die im Auslande wohnten. Vielleicht am bekanntesten ist der Fall der Oberin von Thadden geworden, die 1943 zu ihrem Geburtstag verschiedene Bekannte zu einem Tee einlud. Bei diesem Tee wurde die politische Lage erör-

ZS/A-20 / 03 - 137

terf, und die Notwendigkeit und Moeglichkeit besprochen, ueber die Schweiz mit den Westmaechten in Verbindung zu kommen. Man wollte die Voraussetzungen erfahren, unter denen sie zum Frieden bereit waeren, um vielleicht auch die Grundlage zu ermitteln, von der aus eine neue deutsche Regierung handeln koenne. Ein Verraeter, der sich in ihrer Mitte befand, zeigte die Teerunde bei der Gestapo an. Die Wirkung war furchtbar. Die Oberin von Thadden und der charakterlich wie geistig hervorragende Gesandte Kiep, der unter Luther's Kanzlerschaft Pressechef der Reichsregierung gewesen war, wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet; bei der Witwe des fruehern Staatssekretaers und Botschafters in Tokio, Dr. Solf, wurde das Todesurteil nur auf dringende Intervention des japanischen Botschafters nicht vollstreckt. Der fruehere Staatssekretaer Harden beging nach der ersten Vernehmung Selbstmord.

Um nach diesen Abschweifungen wieder auf den 20. Juli zuerueckzukommen, sei es mir gestattet, noch kurz auf den Fall des Feldmarschalls Rommel einzugehen, an dessen Beisetzung ich teilgenommen habe, ohne damals zu ahnen, auf welche Weise er umgekommen war. Neurath, der im 1. Weltkrieg ein Regimentskamerad Rommels gewesen war, wandte sich 1943 an Rommel mit der Bitte, Hitler eine ungeschminkte Darstellung der Kriegslage mit der Schlussfolgerung zu geben, dass der Krieg militaerisch nicht gewonnen werden koenne und dass man deshalb zu Verhandlungen schreiten muesse. Neurath stand auf dem Standpunkt, dass Hitler nicht mehr Oberhaupt des deutschen Reiches bleiben durfe. Er glaubte, dass man als Nachfolger nur auf einen General abkommen koenne. Rommel, der damals auf der Hoehe seines Ruhmes stand, in Deutschland besondere Beliebtheit genoss und auch im Ausland sich ausgesprochener Achtung erfreute, die ihm Churchill in seinen Reden nicht versagt hatte, schien der geeignetste Mann zu sein. So appellierte Neurath an Rommel's Patriotismus, seine ganze Energie fuer einen Systemwechsel einzusetzen. Rommel, der als Kommandant des Stabsquartiers des Fuehrers in den letzten Jahren vor dem Kriege und in den ersten Kriegsmonaten Hitler besonders nahe getreten war, galt lange Zeit als sein erklaerter Liebling. Er war auch Hitler's Lebensretter, da er 1939 im Buergerbraeukeller Hitler, der noch laenger bei seinen alten Kampfgefaehrten bleiben wollte, wiederholt mahnte, dass am naechsten Morgen wichtige Besprechungen auf ihn warteten; nur dem dauernden Insistieren Rommel's gelang es, Hitler zum Verlassen der Versammlung zu bewegen; nicht lange danach brach die Explosion aus. Ich weiss nicht, ob Rommel sich die Vorschlaege Neuraths in ihrer ganzen Tragweite zu eigen gemacht hat. Jedenfalls hat er Hitler eine eingehende Denkschrift vorgelegt, die zu der von Neurath gewollten Schlussfolgerung kam. Die Denkschrift teilte das Schicksal der meisten, Hitler vorgelegten Denkschriften. Sie hatte keine Wirkung, aber ihr Verfasser fiel in Ungnade. In diesem Stadium mag er zu den Verschwoerern des 20. Juli gestossen sein. Er hatte noch vor diesem Datum einen schweren Ungluecks-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

fall, der ihn Wochen lang an das Krankenlager bannte. So fiel er fuer die Abwehrkaempfe an der Invasionsfront aus. Dann hoerte man, dass es ihm wieder besser gehe und dass er bald wieder an der Front erscheinen wuerde. Bei dem Staatsbegraebnis nach seinem ploetzlichen Tode hielt der Oberbefehlshaber im Westen, Feldmarschall von Rundstedt, eine auffallend kuehle Gedenkrede. Wir fragten uns damals, ob der Grund dafuer in den bekannten Differenzen zwischen Rundstedt und Rommel lag oder ob die Gerueechte richtig waren, die Rommel als einen der Teilnehmer am 20. Juli bezeichneten. Die Differenz beruhte darauf, dass Rommel den Standpunkt vertrat, man duerfe den Gegner ueberhaupt nicht landen lassen, sondern muesse alle Reserven und Vorraete dicht aufgeschlossen hinter der Verteidigungslinie an der voraussichtlichen Landungsstelle halten; sei der Gegner einmal gelandet, dann wuerde die feindliche Luftueberlegenheit ein Heranfuehren von Nachschub oder der strategischen Reserven nicht gestatten. Rundstedt wies auf den schwachen Punkt dieser Theorie hin, dass man eben die voraussichtlichen Landungsstelle nicht kannte, und wollte die gelandeten Streitkraefte durch einen Gegenstoss aus der Tiefe vernichten. Das Rommel'sche System setzte sich schliesslich im allgemeinen durch. Aber es wurde nicht uneingeschraenkt durchgefuehrt. Vor allem wurde es nicht im Armeebereich des Generalobersten Dollmann, der selbst kurz vor der Invasion starb, voll eingefuehrt, da diesem aelteren Untergebenen gegenueber, der ein tuechtiger, aber auch selbstbewusster General und ein entschiedener Gegner des Systems Rommel war, sich selbst ein Mann wie Rommel nicht sogleich durchsetzen konnte. Im Bereich Dollmann landete der Feind. — Was wir nicht ahnten, war, dass ein Abgesandter Hitler's Rommel vor die Wahl stellte, entweder Selbstmord zu begehen, oder aus dem Heer ausgestossen, vor den Volksgerichtshof gestellt und gehaengt zu werden. Rommel hat den immer mehr dem Blutrausch verfallenden Hitler der Notwendigkeit enthoben, den bekanntesten und beliebtesten der deutschen Generaele an den Galgen zu bringen.

Es war ~~in dem letzten Jahr vor dem Zusammenbruch~~ peinigend, wenn angstefuellte Angehoerige[1] sich an die Hoffnung klammerten, die Intervention eines Ministers muesse die Hinrichtung eines Verurteilten hinausschieben, die Begnadigung erwirken oder die Befreiung eines Unschuldigen aus dem K. Z. erreichen koennen. Ich habe mich ~~fuer~~ trieflich und telephonisch sehr fuer Kiep eingesetzt, auf seine Verdienste, seine nicht zu bezweifelnde Vaterlandsliebe, seine anstaendigen Motive und Absichen hingewiesen. Es war vergebens. Unter den am 20. Juli Beteiligten waren ausser Goerdeler und Popitz noch viele andere, die ich gut kannte oder die mir verwandtschaftlich nahe standen. So war es unausbleiblich, dass sich viele Menschen an mich wandten. Ich habe bei den Hauptschuldigen keinen Versuch ~~einer Rettung~~ gemacht, eine Rettung zu erreichen. Jeder solcher Schritt waere voellig vergeblich gewesen. Ich konnte aber auch bei aller Anerkennung der reinen Beweggruende, von denen sie sich hatten leiten lassen, das Attentat in dieser Form nicht billigen; ich hielt es nur fuer geeignet, aussichtsreichere, notwendige Aktionen zu erschweren und zu verhindern. Ein Eintreten fuer sie hatte aber auch jeden anderen Schritt von vornherein wirkungslos gemacht, den ich fuer Menschen, die noch zu retten waren, und fuer die Hinterbliebenen unternehmen wollte und unternommen habe. Die entsetzliche Sippenhaftung ist tatsaechlich einige Zeit ernsthaft erwogen

[1] Angehoerige oder Verurteilter

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

worden. Man hatte auch die Frauen und Kinder der Hauptangeklagten verhaftet, zum Teil auch die Mütter und Geschwister. Als mir eines Tages mitgeteilt wurde, dass auf diesem Gebiet Gefahr im Verzuge sei, schrieb ich in dringlichster Form an Hitler persoenlich. Ich habe keine Antwort erhalten, aber der Gedanke der Sippenhaftung wurde fallen gelassen. Ich bemuehte mich dann, fuer die materielle Existenz der Angehoerigen zu sorgen. Der Obergruppenfuehrer Breithaupt, der schon 1934 die Betreuungsaktion fuer die ~~Opfer~~ Hinterbliebenen der Opfer des 30. Juni 1934 geleitet hatte, war jetzt die gleiche Aufgabe uebertragen worden. Er hat diese Aufgabe taktvoll und verstaendnisvoll gelaest. Jedenfalls kam ich in allen mit ihm zu eroerternden Fragen, ob die Einziehung des Vermoegens auch das Vermoegen der Ehefrau, die persoenlichen Andenken, die Lebensversicherung u. ae. mitumfasse und ob man nicht selbst wenn das zu bejahen war, ~~man~~ aus menschlichen und praktischen Gruenden den Hinterbliebenen moeglichst viel Dinge freigeben sollte, sehr viel weiter als mit dem Justizminister Thierack. An diesen hatte ich mich muendlich und schriftlich gewandt, um in den Faellen des Ministers Hermes und des Generaloberstens Fromm eine Begnadigung zu erreichen. Thierack, der von Hitler die Vollmacht hatte, Gnadengesuche selbstaendig abzulehnen, war entschlossen, das auch in diesen Faellen zu tun, und war nicht zu bewegen, die Gnadengesuche Hitler auch nur vorzulegen. Im Falle Hermes gelang schliesslich die Rettung durch ein verwaltungsmaessiges Verzoegerungsverfahren, fuer dessen erfolgreiche Durchfuehrung aber nicht mir, sondern Meissner und einem Angehoerigen des Justizministeriums das Verdienst zukommt.

Wegen einer grossen Anzahl von Menschen, die der Teilnahme am Attentat verdaechtig waren, ohne dass sie ihnen nachgewiesen werden konnte, hatte ich mit Thierack und Kaltenbrunner zu tun. In einigen Faellen gelang es, ihre Freilassung zu erwirken. In anderen Faellen haben erst die eindringenden Alliierten die Rettung gebracht. Einen Fall muss ich noch besonders erwaehnen. Ich verwandte mich bei Kaltenbrunner dringlich fuer den mir seit langem bekannten, verhafteten Professor von Dietze; ich bat ausserdem den Kultusminister Rust, sich ebenfalls fuer den in seinen Geschaeftsbereich fallenden Professor ~~zu~~ einzusetzen. Rust gab mir eine ueberraschende Antwort. Es sei durchaus moeglich, dass Dietze am 20. Juli unbeteiligt sei, aber man sei in der Parteikanzlei zu der Ueberzeugung gekommen, dass die Professoren der Nationaloekonomie in Deutschland noch immer stark unter dem Einfluss von Ricardo staenden und dass unter diesem juedisch-kapitalistischen Einfluss Auffassungen und Bestrebungen erwuechsen, die mit Notwendigkeit zum 20. Juli fuehrten. Es werde gerade in der Parteikanzlei an einer Denkschrift gearbeitet, die diese Zusammenhaenge – Ricardo und der 20. Juli! – untersuchen und aufklaeren solle. Ich machte kein Hehl aus meiner Ansicht ueber diese komplette, – im Winter 1944/45! – vom Stapel gelassene Narretei sowohl allgemein wie im Sonderfall Dietze, der als Schuelter Serings und Agrarwissenschaftler mit Ricardo wenig zu tun habe. Ich konnte aber den ebenso aengstlichen wie von solchen pseudowis-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

schaftlichen Gedankengängen nicht zu beeindruckenden Rest nicht dazu bringen, einen Schritt fuer Dietze zu unternehmen. Der Tragedie des 20. Juli fehlte es nicht an Satyrspielen. Als das erschuetternde Ergebnis der 20. Juli wurde mir Dietzhaupt den vollen Mangel an Zivilcourage, den er allenthalben bei seinen Verhandlungen ueber die Bedrohung der Opfer des 20. Juli angetroffen habe. Er erzaehlte als Beispiel, dass ein Mann sich weigerte, die kleinen, heimatlosen Kinder seines wegen Teilnahme am 20. Juli verurteilten Bruders bei sich aufzunehmen. Wer es manchmal schon schwer, Unterstuetzung fuer Angehoerige von Verurteilten selbst bei nahen Verwandten zu erreichen, so hatte das Hitler'sche Verbot an Beamte und P.G., sich fuer einen wegen Attentats verdachts Verhafteten einzusetzen, eine noch verheerendere Wirkung. Eine Aktion zu Gunsten eines solchen Verhafteten in Gang zu bringen, war sehr schwer. Dabei ist mir bei meinen zahlreichen Bemuehungen fuer derartige Faelle niemals der an sich naheliegende Einwand des Fuehrerverbots entgegengehalten worden. Wie tief uebrigens Hitlergeist auch in Kreisen noch wurzelt, die den Nat. Soz. bekaempft haben, geht aus dem Verbot hervor, das die Leitung der V.V.N. an ihre Mitglieder noch Jahre nach dem Zusammenbruch gerichtet hat, zu Gunsten von Angeklagten in einem Kriegsverbrecherprozess auszusagen. Dies Verbot steht genau auf der gleichen Stufe wie das Hitler'sche.

Hinterbliebenen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

LUITGARD V. STEIN
BAD-NAUHEIM
DENA-REDAKTION

ZS/A-20 / 03 - 140

Am 3o. April 1945 war Hitler tot.

1. Wann, wo, wie und von wem wurde sein politisches Testament geoeffnet?
2. Gab es ein privates Testament?
3. Hat Hitler die selbst geschrieben, schreiben lassen, mit Maschine oder Hand?
4. Hat Hitler oder seine Umgebung einmal von einem evtl. Testament etwas erwaehnt.
5. Was geschah mit dem Testament?
6. Wie und wo und wann hat Doenitz von seiner Ernennung gehoert. Was erzaehlte man sich in Regierungskreisen ueber einen Nachfolger Hitlersn, nachdem Goering in Ungnade gefallen war?
7. War die Partei einverstanden mit der Ernennung Doenitz?
8. Hat Hitler Doenitz die Minister noch vorgeschrieben oder habe Doenitz allein vorschlagen koennen?
9. Wer sollte welchen Posten bekleiden?
10. Wo befanden sich die Herren?
11. Hat die Regierung Doenitz oder einzelne Herren von ihm versucht mit den Alliierten Fuehrung zu nehmen?
11. a) Wenn ja wann, wo mit wem?
11. b) Wenn nein warum nicht, warum war die Lage so hoffnungslos?
12. Koennen Sie mir Ihre Ansicht ueber die damalige Lage in den bewussten Tagen der Doenitz Regierung sagen. Hat Doenitz oder Sie als Aussenminister schon ein Regierungsprogramm entworfen. Was hatten Sie fuer Ideen hinsichtlich des geschlagenen Deutschlands?
13. Dann kam die Kapitulation, wer hat von der Regierung daran teilgenommen oder machte das die Wehrmacht allein?
13. a) Koennen Sie mir kurz die Kapitulation von ganz Deutschland umreissen?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

14. Was geschah nun mit der Regierung?

15. Wurde ein Unterschied zwischen der Doenitz und den Mitgliedern der Hitler-Regierung gemacht?

16. Wie ging die Gefangennahme vor sich?

17. Wann und wo war das?

18. Was geschah dann (welche Lager, Vernehmungen usw)? Was ist aus den einzelnen Herren geworden? Wer lebt noch, wer ist frei, wer verurteilt, wer tot?

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zu 1) Kann ich nicht beantworten. Aus einem der Funksprüche von Bormann am 1. Mai geht hervor, dass er mit dem Testament Hitlers nach Berchtesgaden kommen wollte. Das ist das einzige, was wir dort von dem Vorhandensein eines Testaments gehört haben. Hiernach müsste Bormann es geöffnet haben. Den Inhalt des Testaments habe ich erst in der Gefangenschaft durch die Zeitungen erfahren.

Zu 2) Weiss ich nicht.

Zu 3) " " "

Zu 4) Ich habe nie etwas davon gehört. Dönitz hat mir nie etwas davon erwähnt.

Zu 5) Weiss ich nicht.

Zu 6) Nachdem Goering in Ungnade gefallen war, nahm Hitler mehr als selbstverständlich an, dass er als Inhaber der staatsrechtlichen Macht (Befehlshaber der Polizei, der SS, des Ersatzheeres) die Nachfolge antreten würde – mit oder ohne Ernennung durch Hitler –. Das weiss ich von Gluckardt, da mir dies damals auf Grund von Besprechungen mit Himmler mitteilte. Ich selbst war der Ansicht, dass, wenn Hitler keinen Kampf einen Nachfolger ernennen, es einen Hitlers berufen würde, da seine erste Aufgabe die Kapitulation sein müsste. Über die Nachfolge kommen nur die beiden Männer in Frage, die Hitler 8 im April 1945 zu seinen Vertretern im Norden und im Süden bestellt hatte: Kesselring und Dönitz. Da Dönitz Oberbefehlshaber eines Wehrmachtteils war – da einzige, der nach Brauchitsch' und Goering's Ausscheiden von den Oberbefehlshabern übrig geblieben war –, habe ich mit seiner Berufung gerechnet. Er selbst hat seine Berufung zum Nachfolger am 30. 4. erfahren. Vom 22. oder Tode Hitlers erfuhr er durch einen Funkspruch von Bormann, dass seine Nachfolge akut geworden sei, dass aber noch nichts nach aussen bekannt gegeben werden solle. Ein zweiter Funkspruch teilte die Zeit des Todes mit und bestätigte noch einmal die Berufung Dönitz' als Nachfolger. Ein dritter, erst viel später eintreffender Funkspruch von Bormann besagte, dass Hitler Dönitz zum Reichspräsidenten, Goebbels zum Reichskanzler, Bormann zum Parteiminister, Seyss-Inq-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

quart zum Aussenminister berufen habe. Die merkwuerdige Tatsache, dass diese Berufung nicht sofort, sondern erst ueber einen Tag spaeter mitgeteilt wurde, brachte mich zu der Ueberzeugung, dass es sich hier um eine nachtraegliche „Ergaenzung" durch Goebbels und Bormann handele, um die sich Doenitz nicht zu kuemmern brauche.

Zu 7) Die Parteimitglieder, die ich gesprochen habe, hielten die Ernennung von Doenitz fuer die einzig moegliche Loesung. Rosenberg war damals fuer eine Selbstauflosung der Partei. Aber die alten P.G., die sich unter seinem Vorsitz hierzu versammelten, konnten dann diesen Entschluss doch nicht fassen. Auf meinen Vorschlag hat Doenitz in einer Rundfunkansprache am 9. Mai ~~g~~ dan Sinne nach gesagt, dass die Partei als Grundlage des Staates aufgehoert habe zu bestehen.

Zu 8) Abgesehen von dem unter 6) erwaehnten Zweifel an der Echtheit der von Hitler letztwillig verfuegten Bindung Doenitz' an ein bestimmtes Kabinett, waren Doenitz und ich der Auffassung, dass Hitler seinen Nachfolger in der Bestellung des Kabinetts ueberhaupt nicht binden koenne. Sollte solche Bindung auf 1 Jahr, auf 10 Jahre, auf lebenslaenglich gelten? Hitler konnte hoechstens einen letzten Wunsch aussprechen. Aber der war fuer Doenitz nicht bindend.

Zu 9) Doenitz hat infolgedessen sein Kabinett, die „geschaeftsfuehrende Reichsregierung", allein berufen, und zwar fuenf Minister:

Schwerin von Krosigk: Leitender Minister, Aussen- und Finanzminister.

Backe: Ernaehrungs-, Speer: Wirtschafts-, Dorpmueller: Verkehrs-,

Seldte: Arbeitsminister.

Untesetzt blieben: Innen-, Justiz-, Kultusministerium. Diese wurden zunaechst von den in Muerwik befindlichen zustaendigen Staatssekretaeren Stuckart, Klemm, Zschintzsch verwaltet. Ein Versuch, den Reichsgerichtspraesidenten Bumcke zum Justizminister zu bestellen, liess sich wegen der Unmoeglichkeit, Verbindung mit ihm aufzunehmen, nicht ausfuehren.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zu 10). Die drei genannten Minister befanden sich in Muenster. Alle uebrigen bisherigen Reichsminister, gleichgueltig, ob sie sich in Muenster befanden oder nicht, erhielten ein Entlassungsschreiben. Das fuehrte zu gewissen Schwierigkeiten mit Himmler, der unter allen Umstaenden noch eine Taetigkeit unter Doenitz ausueben wollte. Erst am 5. Mai verstanden, dass sein Spiel zu Ende war.

Zu 11) Bereits in den ersten Tagen des Mai kam eine alliierte Kommission unter der Fuehrung des amerik. Generals Rooks und eines englischen Generals mit einem grossen Stab von Sachverstaendigen nach Muenster, und es fanden alsbald Verhandlungen statt.

~~Zu 12)~~ Diese Verhandlungen bezogen sich im wesentlichen auf die Dinge, die uns damals am meisten auf den Nageln brannten, also die Ernaehrungs- und die Verkehrslage. Infolgedessen verhandelten hauptsaechlich Backe und Dorpmueller mit der all. Kommission. Backe, unterstuetzt durch St.S. Riecke, legte einen Produktionsplan vor, in genauer Angabe, was an Stickstoff, Saatgut, Traktoren u.s.w. noetig sei, um eine sonst unvermeidliche Hungersnot und in der Folge riesige Importe an Nahrungsmitteln zu verhueten. Dorpmueller machte sich stark, laengstens in 6 Monaten den Verkehr in Deutschland wieder in Gang und Ordnung zu bringen. Er stellte 2 Bedingungen: Man muesse ihm freie Hand lassen und man duerfe ihm keine Leute wegnehmen, weil sie „Nazis" seien.

Zu 12) Ueber ein „Reg. Programm" war die Zeit nicht gekommen. Abgesehen von der Kapitulation bestand das Ziel von Doenitz und seiner Regierung nur darin, die Einheit Deutschlands zu erhalten und die Gegenseite davon zu ueberzeugen, dass die Fragen der Ernaehrung, des Verkehrs, des Geldwesens, der Wirtschaft nur durch eine Zentralverwaltung gelöst werden koennten. Eine solche Zentrale Verwaltung wollte Doenitz den Besatzungsmaechten zur Verfuegung stellen. Es wurde dabei betont, dass es auf die Personen nicht ankaeme, keiner der Mitglieder der „geschaeftsfuehrenden Regierung" habe dies sich einen politischen Ehrgeiz. Aber auf den

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Grundsatz komme es entscheidend an. Dönitz selbst machte die beiden alliierten Generale auf die Gefahr eines politischen Radikalismus – kommunistischer oder neonazistischer Prägung – aufmerksam, der ernst leicht entstehen könne.

Zu 13) Bei der Kapitulation war es das Ziel von Dönitz, möglichst viel Menschen dem Angriff des Feindes zu entziehen. Deshalb Zeitgewinn notwendig, um die aus den Osten flüchtenden Zivilpersonen und die kämpfend zurückgehenden Soldaten in Anschluss an und das Durchsickern durch die Armeen der Westmächte zu ermöglichen. Das konnte nur geschehen bei einer etappenweisen Kapitulation, erst im Westen, dann im Osten. Daher der Weg der Teilkapitulation. Am 2. Mai wurde eine Delegation unter Gen. Admiral von Friedeburg zu F.M. Montgomery gesandt und schloss dort die erste Teilkapitulation ab. Eisenhower, zu dem Friedeburg weiterfuhr, lehnte Teilkapitulation für die restliche Westfront ab und verlangte Gesamtkapitulation. Zurückkehr von Friedeburg, Entsendung von Jodl, der – nach langen Verhandlungen mit Bedell Smith – erreichte, dass die Kapitulation in 2 Phasen sich vollzog, einem Anfangstermin, von dem an Kämpfen verboten war, aber Bewegungen noch erlaubt waren, und einem Endtermin, von dem an auch Bewegungen verboten waren. So wurde auf diese Weise das gleiche erreicht, wie bei den Teilkapitulationen, wenn auch statt der beantragten 4 Tage nur 2 Tage zwischen Anfangstermin (7. V.) und Endtermin (9. V.) lagen. Am 9. V. Unterzeichnung der Kapitulation in Berlin durch Keitel (für Heer), Stumpff (für Luftwaffe), Friedeburg (für Marine). Verhandlungen wurden nur durch Militärs geführt. Vollmachten waren für die ersten Verhandlungen von Keitel, für die letzte von Dönitz als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht ausgestellt. Die Regierung war an der Kapitulation nicht beteiligt.

Zu 14) Bis etwa zum 15. Mai schien es, als ob die Alliierten geneigt wären, den Gedankengängen von Dönitz und mir zu folgen. Dann änderte sich plötzlich

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

sich die Meldung und den Befehl. Es begann damit, dass Backe nach Reims fliegen sollte, um dort sein Programm beim Alten Eisenhower vorzutragen. Er sollte nach 2 Tagen wieder zurück sein. Er kam nicht wieder. Erst später haben wir gehört, dass man ihn dort gleich hinter Stacheldraht gesetzt hat. Dorpmueller wurde ebenfalls nach Reims befohlen. Ihm hat man nach langeren Verhandlungen – auch dies habe ich erst in der Gefangenschaft gehört – den Auftrag zum Aufbau des Verkehrs in Deutschland gegeben, unter Eingehen auf seine Bedingungen. Er kam nicht dazu, da er im Dezember 1945 starb.

Zu 15) Ein Unterschied konnte nicht bemerkt werden. Besonders freundlich wurde Speer behandelt, der darauf über den Aufbau deutscher Stadte u. ae. verhandelte und glaubte, bald an die Arbeit gehen zu können.

Zu 16) Wir nahmen, nach der Veränderung der Atmosphäre und auf Grund der zunehmenden Beschimpfung der „verbrecherischen" Regierung Doenitz durch Presse und Rundfunk der Sowjets an, dass unseres Bleibens nicht mehr lange sein würde. Der Aerger der Sowjets war verständlich. Durch die Kapitulationspolitik war es gelungen, an 200000 Soldaten noch über See aus dem Baltikum und Ostpreussen abzuholen und von der am weitesten nach Osten vorgeschobenen Heeresgruppe Schoerner etwa die Hälfte der Gefangennahme durch die Sowjets zu entziehen. Der Aerger richtete sich vor allem gegen Montgomery. Ein Opfer musste gebracht werden. Es konnte nur die Regierung Doenitz sein. Akut wurde die Gefahr dadurch, dass am 20. oder 21. V. eine russische Delegation eintraf und ebenfalls sofort Verhandlungen mit uns aufnahm. Sie verlangte die gleichen Unterlagen, die wir der Kommission Rooks gegeben hatten. Das ging dieser auf die Nerven. Jetzt mussten wir vor den Russen „in Sicherheit gebracht" werden.

Zu 17) Am Morgen des 23. V. wurde im Innenhof der Baracke, in der O. K. W.- und Regierung arbeiteten, von einer Panzerbrigade umstellt.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Doenitz, Jode und Friedeburg wurden auf die „Patria" bestellt, das Wohnschiff, in dem die alliierte Kommission wohnte. Dort wurde ihnen ihre Verhaftung mitgeteilt. Sie konnten dann nach Hause fahren und packen. Friedeburg wurde allerdings unterwegs von Soldaten angehalten und ausgeplündert. Als er dann noch die Behandlung der Minister, Generale u.s.w. auf dem Hofe des Verwaltungsgebäudes der Fachwirtschaftsschule Muerwik beim Vorüberfahren sah, erschoss er sich. Die Verhaftung der Mitglieder der Regierung und des O.K.W. war in einer viel rücksichtsloseren Form vor sich gegangen mit allen den damalige Verhaftungsmethoden kennzeichnenden Formalitäten, Ausplünderung, Nacktausziehen unter vorgehaltenem Revolver, Faustschläge, stundenlanges Stehen mit Haenden im Genick. Dann Abfahrt in einem Lastkraftwagen in das Polizeipräsidium Flensburg, unter stärkster Panzerbewachung. Dort nochmals Körpervisitation, dann Abflug in das Lager Mondorf bei Luxemburg.

Zu 18) Von denen, die in Muerwik zusammengearbeitet haben, sitzt Doenitz in Spandau, Dorpmüller starb, Backe hat sich im Nürnberger Gefängnis das Leben genommen (als man ihm bei Vernehmungen mit der Auslieferung nach Russland gedroht hatte), Seldte ist in Nürnberg gestorben, Speer sitzt in Spandau, S.u.H. angeklagt im Omnibus-Prozess; von den Staatssekretären: Kritzinger, in Nürnberg gestorben, Stuckhardt angeklagt im Omnibus-Prozess, Klemm in Landsberg (verurteilt im Juristenprozess), Nagel (Reichspost) frei, Riecke in einem deutschen Lager oder frei, Zschintzsch frei; Steengracht, angeklagt im Omnibus-Prozess; alle übrigen Bekannten frei;

Von der Wehrmacht: Keitel und Jode hingerichtet, Friedeburg und General Kienzl (Teilnehmer an den ersten Waffenstillstandsverhandlungen) Selbstmord, alle übrigen, soviel mir bekannt, frei. positiv weiss ich es von den Admiralen Wagner und Baerkner.

Sammlung aller Haupt-„Verbrecher" im Mai und Juni 1945 im Lager Mondorf. Ende Juli Auflösung. 1/3 kam nach Nürnberg, 1/3 nach Oberursel, 1/3 (darunter Doenitz, Horthy und ich) nach Wiesbaden, Ende September nach „Alaska";

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

(Lehrerinnen-Erholungsheim in Oberursel), Doenitz von dort nach Nuernberg; später als Zeuge auch Horthy. Ich blieb bis 12.4.1946 in Oberursel („Alaska") – selten vernommen –, wurde dann, zusammen mit Meissner, „Zeuge fuer Nuernberg" in den Lagern Hersbruck, Plattling, Langwasser, Regensburg, Ludwigsburg, Dachau, wieder „Alaska", Justizpalast Nuernberg, dort am 1.5.1947 als nicht mehr benoetigt nach „Alaska" entlassen. In dieser ganzen Zeit nur von Nuernberger Verteidigern vernommen, und in Nuernberg selbst einmal von Prof. Hempner. Schlechte Unterbringung und Verpflegung in Hersbruck, Plattling, Langwasser, Regensburg; z.T. Hungerzeiten. In Alaska bis Ende Juli 1947, dann nach Dachau (Bunker), Ueberbelegung, 5 Mann in einer Einmannzelle, schlechte Verpflegung. Ich stand – mit vielen andern – auf der Auslieferungsliste nach Polen. Auf Anfordern der Verteidigung (Schlegelberger) am 1.10.1947 nach Nuernberg, dort zweimal kurze Vernehmung durch Anklagebehoerde, dann Anklage im Omnibus-Prozess.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Zu 1. Kann ich nicht beantworten. Aus einem der Funksprueche von Bormann am 1. Mai geht hervor, dass er mit dem Testament Hitlers nach Mürwik zu Doenitz kommen wollte. Das ist das einzige, was wir dort von dem Vorhandensein eines Testaments gehoert haben. Hiernach muesste Bormann es geoeffnet haben. Den Inhalt des Testaments habe ich erst in der Gefangenschaft durch die Zeitungen erfahren.

Zu 2. Weiss ich nicht.

Zu 3. Weiss ich nicht.

Zu 4. Ich habe nie etwas davon gehoert. Doenitz hat mir nie etwas davon erwaehnt.

Zu 5. Weiss ich nicht.

Zu 6. Nachdem Goering in Ungnade gefallen war, nahm Himmler als selbstverstaendlich an, dass er als Inhaber der staerksten tatsaechlichen Macht (Befehlshaber der Polizei, der SS, des Ersatzheeres) die Nachfolge antreten wuerde - mit oder ohne Ernennung durch Hitler - . Das weiss ich von Stuckhardt, der mir dies damals auf Grund von Besprechungen mit Himmler mitteilte. Ich selbst war der Ansicht, dass, wenn Hitler ueberhaupt einen Nachfolger ernannte, er einen Militaer berufen wuerde, da seine erste Aufgabe die Kapitulation sein muesste. Fuer die Nachfolge koemmen nur die beiden Maenner in Frage, die Hitler im April 1945 zu seinen Vertretern im Norden und Sueden bestellt hatte: Kesselring und Doenitz. Da Doenitz Oberbefehlshaber eines Wehrmachtsteiles war - der einzige, der nach Brauchitsch' und Goerings Ausscheiden von den Oberbefehlshabern uebrig geblieben war -, habe ich mit seiner Berufung gerechnet. Er selbst hat seine Berufung zum Nachfolger am 29. oder 30.4. erfahren. Vom Tode Hitlers erfuhr er durch einen Funkspruch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

von Bormann, dass seine Nachfolge akut geworden sei, dass aber noch nichts nach aussen bekannt gegeben werden soll. Ein zweiter Funkspruch teilte die Zeit des Todes mit und bestaetigte noch einmal die Berufung Doenitz als Nachfolger. Ein dritter, erst viel spaeter eintreffender Funkspruch von Bormann besagte, dass Hitler Doenitz zum Reichspraesidenten, Goebbels zum Reichskanzler, Bormann zum Parteiminister, Seyss-Inquart zum Aussenminister berufen habe. Die merkwuerdige Tatsache, dass diese Berufung nicht sofort, sondern erst ueber einen Tag spaeter mitgeteilt wurde, brachte mich zu der Ueberzeugung, dass es sich hier um eine nachtraegliche "Ergaenzung" durch Goebbels und Bormann handele, um die sich Doenitz nicht zu kuemmern brauche.

Zu 7. Die Parteimitglieder, die ich gesprochen habe, hielten die Ernennung von Doenitz fuer die einzig moegliche Loesung. Rosenberg war damals fuer eine Selbstaufloesung der Partei. Aber die alten PG., die sich unter seinem Vorsitz hierzu versammelten, könnten dann diesen Entschluss doch nicht fassen. Auf meinen Vorschlag hat Doenitz in einer Rundfunkansprache am 9. Mai dem Sinne nach gesagt, dass die Partei als Grundlage des Staates aufgehoert habe zu bestehen.

Zu 8. Abgesehen von dem unter 6. erwaehnten Zweifel an der Echtheit der von Hitler letztwillig verfuegten Bindung Doenitz an ein bestimmtes Kabinett, waren Doenitz und ich der Auffassung, dass Hitler seinen Nachfolger in der Bestellung des Kabinetts ueberhaupt nicht binden koenne. Sollte solche Bindung auch 1 Jahr, auf 10 Jahre, auf lebenslaenglich gelten? Hitler konnte hoechstens einen letzten Wunsch aussprechen. Aber der war fuer Doenitz nicht bindend.

Zu 9. Doenitz hat infolgedessen sein Kabinett, die "geschaeftsfuehrende Reichsregierung", allein berufen, und zwar fuenf Minister:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Schwerin von Krosigk: Leitender Minister, Aussen- und Finanzminister, Backe: Ernaehrungs-, Speer: Wirtschafts-, Dorpmueller: Verkehrs-, Seldte: Arbeitsminister.

Unbesetzt blieben: Innen-, Justiz-, Kultusministerium. Diese wurden zunaechst von den in Muerwik befindlichen zustaendigen Staatssekretaeren Stuckart, Klemm, Zschintzsch verwaltet. Ein Versuch, den Reichsgerichtspraesidenten Bumcke zum Justizminister zu bestellten, liess sich wegen der Unmoeglichkeit, Verbindung mit ihm aufzunehmen, nicht ausfuehren.

Zu 10. Die Fuenf genannten Minister befanden sich in Muerwik. Alle uebrigen bisherigen Reichsminister, gleichgueltig, ob sie sich in Muerwik befanden oder nicht, erhielten ein Entlassungsschreiben. Das fuehrte zu gewissen Schwierigkeiten mit Himmler, der unter allen Umstaenden noch eine Taetigkeit unter Doenitz ausueben wollte. Erst am 5. Mai verstand er, dass sein Spiel zu Ende war.

Zu 11. Bereits in den ersten Tagen des Mai kam eine alliierte Kommission unter der Fuehrung des amerikanischen Generals Rooks und eines englischen Generals mit einem grossen Stab von Sachverstaendigen nach Muerwik, und es haben alsbald Verhandlungen stattgefunden.

Diese Verhandlungen bezogen sich im wesentlichen auf die Dinge, die uns damals am meiten auf den Naegeln brannten, also die Ernaehrungs- unddie Verkehrslage. Infolgedessen verhandelten hauptsaechlich Backe und Dorpmueller mit der alliierten Kommission. Backe, unterstuetzt durch Staatssekretaer Riecke, legte einen Produktionsplan vor, der genau angab, was an Stickstoff, Saatgut, Treckern usw. noetig sei, um eine sonst unvermeidliche Hungersnot und in der Folge riesige Importe an Nahrungsmitteln zu verhueten. Dorpmueller machte sich stark, laengstens in 6 Monaten den Verkehr in Deutsch-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

land wieder in Gang und Ordnung zu bringen. Er stellte 2 Bedingungen: man muesse ihm freie Hand lassen und man derfe ihm keine Leute wegnehmen, weil sie "Nazis" seien.

Zu 12. Fuer ein "Reg.Programm" war die Zeit nicht gekommen. Abgesehen von der Kapitulation bestand das Ziel von Doenitz und seiner Regierung nur darin, die Einheit Deutschlands zu erhalten und die Gegenseit davon zu ueberzeugen, dass die Fragen der Ernaehrung, des Verkehrs, des Geldwesens, der Wirtschaft nur durch eine Zentralverwaltung geloest werden koennten. Eine solche zentrale Verwaltung wollte Doenitz den Besatzungsmaechten zur Verfuegung stellen. Es wurde dabei betont, dass es auf die Personen nicht ankaeme, da keiner der Mitglieder der "geschaeftsfuehrenden Regierun habe fuer sich einen politischen Ehrgeiz. Aber auf den Grundsatz komme es entscheidend an. Doenitz selbst machte die beiden alliierten Generale auf die Gefahr eines politischen Radikalismus - kommunistischer oder neonazistischer Praegung - aufmerksam, der sonst eleicht entstehen koenne.

Zu 13. Bei der Kapitulation war es das Ziel von Doenitz, moeglichst viel Menschen dem Zugriff des Ostens zu entziehen. Deshalb Zeitgewinn notwendig, um die aus dem Osten fluechtenden Zivilpersonen und die waffenfaehig zurueckgehenden Soldaten den Anschluss an und das Durchsickern durch die Armeen der Westmaechte zu ermoeglichen. Das konnte nur geschehen bei einer etappenweisen Kapitulation, erst im Westen, dann im Osten. Daher der Weg der Teilkapitulation.
Am 2. Mai wurde eine Delegation unter Generaladmiral von Friedeburg zu Feldmarschall Montgomery gesandt und schloss dort die erste Teilkapitulation ab. Eisenhower, zu dem Friedeburg weiterfuhr, lehnte Teilkapitulation fuer die uebrige Westfront ab und verlangte Gesamtkapitulation. Rueckkehr von Friedeburg, Entsendung von Jodl, der

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

- nach langen Verhandlungen mit Biddle Smith - erreichte, dass die Kapitulation an 2 Phasen sich vollzog, einem Anfangstermin, von dem an Kaempfen verboten war, aber Bewegungen noch erlaubt waren, und einem Endtermin, von deman auch Bewegungen verboten waren. Es wurde auf diese Weise das gleiche erreicht, wie bei den Teilkapitulationen, wenn auch statt der beantragten 4 Tage zwischen Anfangstermin (7.5.) und Endtermin (9.5.) konzediert wurden. Am 9.5. Unterzeichnung der Kapitulation in Berlin durch Keitel (fuer Heer), Stumpff (fuer Luftwaffe), Friedeburg (fuer Marine). Verhandlungen wurden nur durch Militaer gefuehrt. Vollmachten waren fuer die ersten Verhandlungen von Keitel, fuer die letzte von Doenitz als Obersten Befehlshaber der Wehrmacht ausgestellt. Die Regierung war an der Kapitulation nicht beteiligt.

Zu 14. Bis etwa zum 15. Mai schien es, als ob die Alliierten geneigt waeren, den Gedankengaengen von Doenitz und mir zu folgen. Dann aenderte sich ploetzlich die Haltung und der Ton. Es begann damit, dass Backe nach Reims fliegen sollte, um dort sein Programm beim Stabe Eisenhower vorzutragen. Er sollte nach 2 Tagen wieder zurueck sein. Er kam nicht wieder. Erst spaeter haben wier gehoert, dass man ihn dort gleich hinter Stacheldraht gesetzt hat. Dorpmueller wurde ebenfalls nach Reims zitiert. Ihmhat man nach laengeren Verhandlungen - auch dies habe ich erst in der Gefangenschaft gehoert - den Auftrag zum Aufbau des Verkehrs in Deutschland gegeben, unter Eingehen auf seine Bedingungen. Es kam nicht dazu, da er im Fruehsommer 1945 starb.

Zu 15. Ein Unterschied konnte nicht gemerkt werden. Besonders freundlich wurde Speer behandelt, der dauernd, ueber den Aufbau deutscher Staedte uae. verhandelte und glaubte, bald an die Arbeit gehen zu koennen.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zu 16. Wir nahmen, nach der Veraenderung der Atmosphaere und auf Grund der zunehmenden Beschimpfung der "verbrecherischen" Regierung Doenitz durch Presse und Rundfunk der Sowjets an, dass unseres Bleibens nicht mehr lange sein wuerde. Der Aerger der Sowjets war verstaendlich. Durch die Kapitulationspolitik war es gelungen, an 2oo ooo Soldaten noch ueber See aus dem Baltikum und Ostpreussen abzuholen und von der am weitesten nach Osten vorgeschobenen Heeresgruppe Schoerner etwa die Haelfte der Gefangennahme durch die Sowjets zu entziehen. Der Aerger richtete sich vor allem gegen Montgomery. Ein Opfer musste gebracht werden. Es konnte nur die Regierung Doenitz sein. Akut wurde die Gefahr dadurch, dass am 2o. oder 21.5. eine russische Delegation eintraf und ebenfalls sofort Verhandlungen mit uns aufnahm. Sie verlangte die gleichen Unterlagen, die wir der Kommission Rooks gegeben hatten. Das ging dieser auf die Nerven. Jetzt mussten wir vor den Russen "in Sicherheit gebracht" werden.

Zu 17. Am Morgen des 23.5. wurde in Muerwik der Raum, in dem OKW- und Regierung arbeiteten, von einer Panzerbrigade umstellt. Doenitz, Jodl und Friedeburg wurden auf die "Patria" bestellt, das Wohnschiff, in dem die alliierte Kommission wohnte. Dort wurde ihnen ihre Verhaftung mitgeteilt. Sie konnten dann nach Hause fahren und packen. Friedeburg wurde allerdings unterwegs von Soldaten angehalten und ausgepluendert. Als er dann noch die Behandlung der Minister, Generale usw. auf dem Hofe des Verwaltungsgebaeudes der Fachnrichsschule Muerwik beim Vorueberfahren sah, erschoss er sich. Die Verhaftung der Mitgliedr der Regierung und des OKW. war in einer viel rueck-sichtsloseren Form vor sich gegangen mit allen den damaligen Verhaftungsmethoden kennzeichnenden Formalitaeten, Ausplunderung, Nachtausziehen unter vorgehaltenem Revolver, Faustschlaege, stundenlanges Stehen mit Haenden im Genick. Dann Abfahrt in einem Lastkraftwagen

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

in das Polizeipraesidium Flensburg, unter staerkster Panzerbewachung. Dort nochmals Koerpervisitation, dann Abflug in das Lager Mondorf bei Luxemburg.

Zu 18. Von denen, die in Muerwik zusammengearbeitet haben, sitzt Doenitz in Spandau, Dorpmueller starb, Backe hat sich im Nuernberger Gefaengnis das Leben genommen (als man ihm bei Vernehmungen mit der Auslieferung nach Russland gedroht hatte), Seldte ist in Nuernberg gestorben, Speer sitzt in Spandau, Schwerin von Krosigk angeklagt im Omnibusprozess; von den Staatssekretaeren: Kritzinger, in Nuernberg gestorben, Stuckart Angeklagter im Omnibus-Prozess, Klemm in Landsberg (verurteilt im Juristenprozess) Nagel (Reichspost) frei, Riecke in einem deutschen Lage oder frei, Zschintzsch frei, Steengracht angeklagt im OmnibuseProzess, alle uebrigen Beamten ffei;
von der Wehrmacht; Keitel und Jodl hingerichtet, Friedeburg und General Kienzl (Teilnahmer an den ersten Waffenstillstandsverhandlungen) Selbstmord, alle uebrigen, soviel mir bekannt, frei; positiv weiss ich es von den Admiralen Wagner und Buerkner.

Sammlung aller Haupt-"Verbrecher" im Mai und Juni 1945 im Lager Mondorf. Ende Juli Aufloesung. 1/3 kam nach Nuernberg, 1/3 nach Oberursel, 1/3 (darunter Doenitz, Horthy und ich) nach Wiesbaden, Ende September nach "Alaska", (Lehrerheimen- Erholungsheim in Oberusel), Doenitz von dort nach Nuernberg; spaeter als Zeuge auch Horthy. Ich blieb bis 12.4.1946 in Oberursel ("Alaska") - selten vernommen - wurde dann, zusammen mit Meissner, "Zeuge fuer Nuernberg" in den Lagern Hersbruck, Plattling, Langwasser, Regensburg, Ludwigsburg, Dachau, wieder "Alaska", Justizpalast Nuernberg, dort am 1.5.1947 als nicht mehr benoetig nach "Alaska" entlassen. In dieser ganzen Zeit nur von Nuernberger Verteidigern

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

vernommen, und in Nuernberg selbst einmal von Prof. Kempner. Schlechte Unterbringung und Verpflegung in Hersbruck, Plattling, Langwasser, Regensburg, z.T. Hungerzeiten. In Alaska bis Ende Juli 1947, dann nach Dachau (Bakex), Ueberbelegung, 5 Mann in einer Einmannzelle, schlechte Verpflegung. Ich stand - mit vielen anderen - auf der Auslieferungsliste nach Wien. Auf Anfordern der Verteidigung (Schlegelberger) am 1.10.1947 nach Nuernberg, dort zweimal kurze Vernehmung durch Anklagebehoerde, dann Anklage im Omnibus-Prozess.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Graf Schwerin von Krosigk an das Deutsche Volk

Wir bringen um 15.50 Uhr eine ernste, wichtige Mitteilung fuer das Deutsche Volk. Ich wiederhole: Wir bringen um 15.50 Uhr eine ernste, wichtige Mitteilung fuer das Deutsche Volk.

Hier ist der deutsche Rundfunk. Wir uebertragen eine Ansprache von Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk an das Deutsche Volk:

"Deutsche Maenner und Frauen! Das Oberkommando der Wehrmacht hat heute auf Geheiss des Grossadmirals Doenitz die bedingungslose Kapitulation aller kaempfenden Truppen erklaert. Als leitender Minister der Reichsregierung, die der Grossadmiral zur Abwicklung der Kriegsaufgaben bestellt hat, wende ich mich in diesem tragischen Augenblick unserer Geschichte an das Deutsche Volk.

Nach einem fast sechsjaehrigen, heldenmuetigen Kampf von unvergleichlicher Haerte ist die Kraft Deutschlands der ueberwaeltigenden Macht unserer Gegner erlegen. Die Fortsetzung des Krieges haette nur unnoetiges Blutvergiessen und unnuetze Zerstoerung bedeutet.

Eine Regierung, die Verantwortungsgefuehl fuer die Zukunft unseres Volkes besitzt, musste aus dem Zusammenbruch aller physischen und materiellen Kraefte die Folgerung ziehen und den Gegner um Einstellung der Feindseligkeiten ersuchen.

Es war das vornehmste Ziel des Grossadmirals und der ihn unterstuetzenden Regierung, nach den furchtbaren Opfern, die der Krieg gefordert hat, in seiner letzten Phase das Leben moeglichst vieler deutscher Menschen zu erhalten. Dass der Krieg nicht sofort und nicht gleichzeitig im Westen und im Osten beendet wurde, erklaert sich allein aus diesem Ziel.

Wir verneigen uns in dieser schwersten Stunde des Deutschen Volkes und seines Reiches in Ehrfurcht vor den Toten dieses Krieges, deren Opfer uns tiefste Verpflichtungen sind. Unsere Anteilnahme und Sorge gilt vor allem den Versehrten, den Hinterbliebenen und allen, denen dieser Kampf Wunden geschlagen hat.

Niemand darf sich ueber die Schwere der Bedingungen hinwegtaeuschen, die unsere Gegner dem Deutschen Volk auferlegen werden. Es gilt, ihnen ohne jede Phrase klar und nuechtern entgegenzusehen. Niemand kann im Zweifel darueber sein, dass die kommende Zeit fuer jeden von uns hart sein und auf allen Lebensgebieten Opfer von uns fordern wird. Wir muessen sie auf uns nehmen und loyal zu den Verpflichtungen stehen, die wir uebernommen haben.

Wir duerfen aber auch nicht verzweifeln und uns einer stummen Resignation hingeben. Wir muessen uns den Weg durch das Dunkel der Zukunft durch die drei Sterne erleuchten und fuehren lassen, die stets das Unterpfand echten deutschen Wesens waren: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Aus dem Zusammenbruch der Vergangenheit wollen wir uns eines bewahren und retten: die Einigkeit, den Gedanken der Volksgemeinschaft, die in den Jahren des Krieges in der Frontkameradschaft draussen und in der gegenseitigen Hilfsbereitschaft in allen Noeten daheim ihren hoechsten Ausdruck gefunden hat. Wir werden diese Kameradschaft und Hilfsbereitschaft in den kommenden Noeten des Hungers und der Armut ebenso brauchen, wie in den Zeiten der Schlachten und der Bombenangriffe. Nur wenn wir uns diese Einigkeit erhalten und nicht wieder in streitende Klassen und Gruppen auseinanderfallen, koennen wir die kuenftige, harte Zeit ueberstehen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Aufzeichnung

1) Über die erste Teilkapitulation gegenüber F.M. Montgomery (auf deutscher Seite Friedeburg) war die Vollmacht ausgestellt von F.M. Keitel. Es war eine rein militärische Kapitulation, keine staatsrechtliche Kapitulation. Der deutsche Reichsaußenminister war nicht beteiligt. Als Friedeburg die Forderung stellte, daß die vor den Russen flüchtenden deutschen Zivilisten durch die englischen Linien durchgelassen würden, lehnte Montgomery das mit der Begründung ab, daß das über den Rahmen der rein militärischen Vereinbarung hinausgehe, fügte aber hinzu: Wir sind keine Barbaren. Der einzige noch lebende Zeuge auf deutscher Seite ist Admiral Wagner, der Mitglied der deutschen Delegation war.

2) Als Friedeburg zu Eisenhower herüberflog, um dort die zweite Teilkapitulation für die übrige Westfront abzuschließen, hatte er hierfür die gleiche von Keitel ausgestellte Vollmacht. Er kehrte zurück, weil Eisenhower eine Gesamtkapitulation (einschl. Ostfront) verlangte. Zum Abschluß dieser Kapitulation wurde Jodl bevollmächtigt und entsandt. Auch hier handelte es sich nur um eine militärische, nicht um eine staatsrechtliche Kapitulation.

3) Die in Berlin vollzogene Kapitulation war nur eine in feierliche Form gekleidete formelle Bestätigung der durch den Verhandlungsabschluß mit Montgomery und Eisenhower bereits vollzogenen Kapitulation. Die Reichsregierung war, weil es sich wiederum nur um einen rein militärischen Akt handelte, nicht beteiligt. Die Vollmacht für die auf deutscher Seite unterzeichnenden Herren (Keitel für das Heer, Friedeburg für die Marine, Stumpff für die Luftwaffe) war von Doenitz als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht ausgestellt. Die noch lebenden Zeugen auf

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

deutscher Seite sind Gen. Ob. Stumpff und Admiral Buerkner.

4) Doenitz war Oberster Befehlshaber der Wehrmacht als deutsches Staatsoberhaupt. In der Anerkennung der von ihm ausgestellten Vollmacht lag daher die Anerkennung, dass er deutsches Staatsoberhaupt war. Damit war de facto anerkannt, dass es ein deutsches Reich und eine deutsche Regierung gab. Die Alliierten standen und stehen vor der Alternative: entweder ist die Kapitulation ungültig, weil sie auf der Vollmacht eines Unbefugten beruhte, oder sie ist gültig, dann ist aber auch die Stellung von Doenitz als Staatsoberhaupt des deutschen Reiches nicht zu bestreiten. Dies wurde auch nach der Kapitulation der englisch-amerikanischen Kommission in Mürwik schriftlich in aller Klarheit dargelegt.

5) Bei der Kapitulation in Berlin hat m. W. Keitel ausdrücklich erklärt, dass es sich um einen rein militärischen Akt handle.

6) Die alliierte Kommission hat nicht nur am 12. V. 45 Doenitz erklärt, dass sie mit ihm und seiner Regierung zusammenzuarbeiten bereit sei, bis das deutsche Volk in freier Wahl sich eine Regierung wähle, sondern sie hat dies auch in laufenden Verhandlungen mit den Mitgliedern der Regierung praktisch betätigt. Die an mich gerichteten Briefe der Kommission – den letzten erhielt ich im Augenblick meiner Verhaftung am 23. V. – waren stets adressiert: an den leitenden Minister der Geschäftsführenden Reichsregierung.

7) Näheres Material findet sich in den Akten des Wilhelmstrassenprozesses bei R. A. Fritsch, Augsburg, Prinz Regentenstr. 1 (T. 6171) [Zeugenaussage des früheren Reichsaussenministers Schwerin von Krosigk, eidliche Erklärungen der Admirale Wagner, Buerkner, der Staatssekretärs Riecke und des Rechtsanwalts Donandt.]

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 158

Eidesstattliche Versicherung

Ich, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, früherer Reichsfinanzminister, versichere folgendes an Eidesstatt:

Der frühere Finanzpraesident Walter Eulitz ist mir als langjähriger Angehöriger des Reichsfinanzministeriums gut bekannt. Er war bis zum Sommer 1944 der persönliche Referent der damals auf Veranlassung von Himmler verhafteten Generalinspekteurs des Zollgrenzschutzes Hossfeld. Seit dem Jahre 1936 war die Finanzverwaltung genötigt, einen erbitterten Kampf um den Zollgrenzschutz mit Himmler zu führen, der die Ueberführung des gesamten Grenzschutzes in die SS verlangte und diesen Kampf mit allen Mitteln, auch mit persönlichen Angriffen auf die beteiligten Beamten des Ministeriums, führte. Eulitz stand in dieser Auseinandersetzung in vorderster Front und hat Jahre hindurch den Generalinspekteur bei der Führung dieses Kampfes mit grösster Pflichttreue und Tapferkeit, ohne Rücksicht auf die ihm persönlich drohenden Gefahren, unterstützt. Dass solche Gefahren praktisch bestanden, beweist die recht- und grundlose Verhaftung Hossfelds im Juli 1944, dessen Entlassung aus dem K.Z. mir trotz dauernder Reklamationen und persönlichen Einsatzes erst im Februar 1945 gelang.

Als im Juli 1944 der Zollgrenzschutz auf Befehl Hitler's in die SS überführt wurde, wehrte sich Eulitz energisch dagegen, mit in den Machtbereich Himmler's übernommen zu werden. Entsprechend seiner dringenden Bitte verblieb er in der Finanzverwaltung.

Seine Beförderung zum Oberregierungsrat im Jahre 1939, mehr als 10

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Jahre nach seiner Ernennung zum Regierungsrat, war alters- und leistungsmässig bedingt und hatte mit seiner Zugehörigkeit zur Partei und zur SA. nichts zu tun. Das Gleiche gilt für seine Beförderung zum Finanzpräsidenten im Jahre 1944. Diese Beförderung erfolgte ~~nicht als Belohnung für seine Haltung im Kampfe~~ (gegen die SS) ~~und~~ mit dem Ziel, seine Stellung im ~~Kampf~~ (<->) Kampf zu stärken.

Ich habe mich wiederholt veranlasst gesehen, Eulitz zu warnen, seiner Ablehnung gegenüber der SS zu scharfen und offenen Ausdruck zu geben, da ich für seine Sicherheit fürchten musste. Das Finanzministerium fand nur schwache Hilfe beim O.K.W., dagegen energische Unterstützung beim Generalstab des Heeres (Generalquartiermeister) und beim Oberbefehlshaber des Ersatzheeres. Leider leben die Herren nicht mehr, mit denen damals Hassels und Eulitz den Widerstand gegen Himmler zusammengearbeitet haben. Die Generale Olbricht und Wagner, Oberst Graf Stauffenberg, Hauptmann Jessen, ~~und von T~~ haben im Zusammenhang mit dem 20. Juli den Tod gefunden. Sie würden sonst aus eingehender Erfahrung die enge Gemeinschaft bezeugen können, die zwischen Eulitz und der SS bestand.

Landsberg, den 23. Juni 1949

Ludwig Graf Schwerin von Krosigk

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

Eidesstattliche Erklaerung.

Ich, der unterzeichnete fruehere Reichsfinanzminister, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, bin mir der Bedeutung der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Erklaerung bewusst. Ich erklaere an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht.

1. Am 22.4.1945 bin ich, von Berlin kommend, in Eutin eingetroffen. Dort sammelte sich der Rest des Reichskabinetts, d.h.diejenigen Reichsminister, die nicht in Berlin geblieben waren oder sich im Sueden Deutschlands aufhielten. Es waren ausser mir die Minister Dorpmueller, Seldte, Speer, Backe und in den ersten Tagen auch Rust und Rosenberg. In Ploen hatte Doenitz sein Hauptquartier, bei dem der damalige Gauleiter Wegener die Stellung eines " Zivilkommissars " hatte. An einem der zwischen dem 22.4. und dem 1.5. liegenden Tage - das genaue Datum kann ich nicht mehr angeben,es muss etwa der 25.4. gewesen sein - kam Wegener zu der taeglich in Eutin abgehaltenen Ministersitzung. Gegenstand der Besprechung war die Abgrenzung des Aufgabengebietes zwischen den Reichsministern und Doenitz und die Besprechung der Lage.

Ich kann den Inhalt der Besprechung nicht mehr im einzelnen aus dem Gedaechtnis wiederholen. Nach meiner Erinnerung handelte es sich in der Hauptsache um den Fuehrerbefehl, die Verteidigung des Nordraums vorzubereiten. Ich habe damals den Eindruck gehabt,dass Wegener den weiteren Kampf fuer aussichtslos hielt und di es auch dem Fuehrer fernmuendlich mitgeteilt hatte, dass er andererseits aber Einzelaktionen ablehnte, da die Kampfeinstellung nur von einer Stelle angeordnet werden koenne. Als ich am 2.Mai von Doenitz aufgefordert wurde, Aussenminister zu werden, und als Voraussetzung die sofortige Einleitung von Kapitulationsverhandlungen verlangte, fand ich Unterstuetzung bei Wegener, der ebenfalls die

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

schnellste Einstellung des Kampfes gegen den Westgegner forderte Doenitz setzte mir auseinander, dass der bisher von ihm fuer noe tig gehaltene Widerstand nach Westen erforderlich gewesen sei, um den Luebeck-Trave-Kanal fuer den Abfluss der aus dem Osten nach Schleswig-Holstein draengenden Fluechtlinge offen zu halten. Ich nehme an, dass dieses Ziel auch fuer die Haltung Wegener's in den dem 2.Mai vorangehenden Tagen entscheidend gewesen ist. Das Ziel, moeglichst viel Menschen dem Zugriff des Ostens zu entziehen, ist fuer die Kapitulationspolitik leitend geblieben, die mit der bereits am 2.Mai erfolgten Entsendung der unter Leitung des Generaladmirals von Friedeburg stehenden Delegation zu Montgomery eingeleitet wurde.

Die am 2.Mai auf meinen Vorschlag und mit Unterstuetzung von Wegener beschlossene Kampfeinstellung war nicht so selbstverstaendlich, wie das heute rueckblickend erscheint. Denn nicht nur der Feldmarschall Schoerner, der die am Ostrand des Protektorat stehende Heeresgruppe fuehrte, sondern auch der militaerische Befehlshaber in Daenemark waren fuer eine Fortsetzung des Kampfes, die nach der oertlichen militaerischen Lage in den in Betracht kommenden Gebieten auch noch eine Zeitlang moeglich gewesen waere, und fanden mit ihrer Auffassung Unterstuetzung beim O.K.W. Bei den hierueber gefuehrten Auseinandersetzungen stand Wegener auf der Seite der Gegner jeden weiteren Kampfes.

2. Unter den Opfern des 20.Juli befand sich auch mein Vetter, Graf Schwerin-Schwanenfeld. Seine Frau und seine drei Kinder wurden im August inhaftiert. Meine Bemuehungen um ihre Entlassung blieben zunaechst erfolglos. Nach einiger Zeit wurden sogar

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

die zwei aeltesten Jungen ihrer Mutter fortgenommen und mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Es gelang mir trotz aller alsbald angestellten Ermittlungen nicht, ihren Aufenthalt festzustellen. Wenige Wochen spaeter teilte mir der Bruder meiner Cousine, der damalige Assessor Sahm, mit, dass die Jungen wieder da seien. Er berichtete mir muendlich, dass sie mit anderen Kindern der am 20.Juli Beteiligten - im ganzen etwa 60 Kinder - in einem Heim in Bad Sachsa gewesen seien. Sie seien von Schwestern bestens versorgt und gut gepflegt worden und haetten bei ihrer Rueckkehr prachtvoll ausgesehen. Das wurde mir von ihrer Mutter, die inzwischen auch entlassen worden war, bestaetigt.

Nuernberg,den 30.Maerz 1949.

.....

Die Echtheit der vorstehenden Unterschrift des mir persoenlich bekannten frueheren Reichsfinanzministers Lutz Graf Schwerin von Krosigk wird hiermit von mir, Rechtsanwalt Stefan Fritsch,Verteidiger beim Amerikanischen Militaergerichtshof Nuernberg, beglaubigt und bestaetigt.

Nuernberg,den 30.Maerz 1949.

.....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ich ...

1. Am 22. 4. 1945 bin ich, von Berlin kommend, in Eutin eingetroffen. Dort sammelte sich der Rest des Reichskabinetts, d.h. derjenigen Reichsminister, die nicht in Berlin geblieben waren oder sich im Süden Deutschlands aufhielten. Es waren die Minister Dorpmüller, Seldte, Speer, Backe und in den ersten Tagen auch Rust und Rosenberg. In Plön hatte Dönitz sein Hauptquartier, bei dem der damalige Gauleiter Hegener die Stellung eines „Zivilkommissars" hatte. An einem der Tage vom 22.4. und dem 1.5. liegenden Tage – das genaue Datum kann ich nicht mehr angeben, es muss aber der 25. 4. gewesen sein – kam Hegener zu der täglich in Eutin abgehaltenen Ministersitzung. Gegenstand der Besprechung war die Abgrenzung des Aufgabengebiets zwischen den Reichsministern und Dönitz und die Besprechung der Lage.

Ich kann den Inhalt der Besprechung nicht mehr im einzelnen aus dem Gedächtnis wiederholen. Nach meiner Erinnerung handelte es sich in der Hauptsache um den Führerbefehl, die Verteidigung des Nordraums vorzubereiten. Ich habe damals den Eindruck gehabt, dass Hegener den weiteren Kampf für aussichtslos hielt und dies auch dem Führer schon mündlich mitgeteilt hatte, dass er andererseits aber Einzelaktionen ablehnte, da die Kampfeinstellung nur von einer Stelle angeordnet werden könne. Als ich am 2. Mai von Dönitz aufgefordert wurde, Ausscheidungsverhandlungen zu führen, und als Voraussetzung die sofortige Einleitung von Kapitulationsverhandlungen verlangte, fand ich Unterstützung bei Hegener, der ebenfalls die schnellste Einstellung des Kampfes gegen den Westgegner forderte. Dönitz setzte mir auseinander, dass es bisher von ihm stets notwendig gehaltener Widerstand nach Westen erforderlich gewesen sei, um den Lübeck-Travemünder Raum für den Abfluss der aus dem Osten nach Schleswig-Holstein drängenden Flüchtlinge offen zu halten. Ich nehme an, dass dieses Ziel auch für die Haltung Hegener's in den dem 2. Mai vorangehenden Tagen entscheidend gewesen ist. Das Ziel, möglichst viel Menschen dem Zugriff des Ostens zu entziehen, ist auch die Kapitulationspolitik leitend geblieben, die mit der bereits am 2. Mai erfolgten Entsendung der unter Leitung des Generaladmirals von Friedeburg stehenden Delegation zu Montgomery eingeleitet wurde.

Die am 2. Mai auf meinen Vorschlag und mit Unterstützung von Hegener durchgesetzte Kampfeinstellung war nicht so selbstverständlich, wie das heute rückblickend erscheint. Denn nicht nur der Feldmarschall Schoerner, der die am Ostrand der Protektorat stehende Heeresgruppe führte, sondern auch der militärische Befehlshaber in Dänemark waren für eine Fortsetzung des Kampfes, die nach der östlichen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

in den in Betracht kommenden Gliedern

militärischen Lage) auch noch eine Stellung möglich gewesen wäre, und fanden mit ihrer Auffassung Unterstützung beim O.K.W.. Bei den hierüber geführten Auseinandersetzungen standen Hegener auf der Seite der Gegner jeden weiteren Kampfes.

2. Unter den Opfern des 20. Juli befand sich auch mein Vetter, Graf Schwerin-Schwanenfeld. Seine Frau und seine drei Kinder wurden im August inhaftiert. Meine Bemühungen um ihre Entlassung blieben ~~erfo~~ zunächst erfolglos. Nach einiger Zeit wurden sogar die drei kleinen Jungen ihrer Mutter fortgenommen und mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Es gelang mir trotz aller alsbald angestellten Ermittlungen nicht, ihren Aufenthalt festzustellen. ~~E~~ Einige Wochen später teilte mir der Bruder meiner Cousine, der damalige Assessor Sahm, mit, daß die Jungen wieder da seien. Er berichtete mir mündlich, daß sie mit anderen Kindern der am 20. Juli Beteiligten – im ganzen etwa 60 Kinder – in einem Heim in Bad Sachsa gewesen seien. Sie seien in Schwerstem Hospitalismus versorgt und gut gepflegt worden und hätten bei ihrer Rückkehr prächtig ausgesehen. Das wurde mir von ihrer Mutter, die inzwischen auch entlassen worden war, bestätigt.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 163
B

Dokument Karl Brandt Nr.: K.B. 26

Abschrift!

Eidesstattliche Versicherung.

Ich, Lutz Graf v. Schwerin-Krosigk, zur Zeit Nürnberg, Gerichtsgefängnis, bin zunächst darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eides statt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof Nr. I im Justizpalast Nürnberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

S.K. Ich war persönlich seit langen Jahren mit Pastor von Bodelschwingh, bekannt, dem Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Bethel, wo Geisteskranke, Epileptiker, Missgebildete und andere Kranke untergebracht waren.

Ich war damals in Berlin und dort pflegte mich Pastor von Bodelschwingh aufzusuchen, wenn er dort zu tun hatte. Bei einer solchen Gelegenheit - es wird 1940 gewesen sein - erzählte mir Pastor von Bodelschwingh von einem Euthanasie-Verfahren, das in Gang kommen sollte und sagte, es bestehe die Gefahr, dass Pfleglinge seiner Anstalt davon betroffen würden. Er habe Verständnis dafür, wenn vom medizinischen und staatlichen Standpunkt die Auffassung vertreten würde, den Menschen, die nur noch tierähnlich vegetieren, die Qual des Daseins zu verkürzen. Als Christ sei er aber ein Gegner dieser Auffassung. Als Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Bethel werde er sich gegen solche Massnahmen unter Einsatz seiner Person wehren. Voraussichtlich würde in nächster Zeit eine Kommission nach Bethel kommen und bei dieser Gelegenheit werde es zur Entscheidung kommen. Ich habe ihm damals gesagt, dass ich seiner Auffassung beipflichte und ich bat ihn mir mitzuteilen, falls er bei Durchsetzung seines Standpunktes Schwierigkeiten haben würde. Ich würde dann versuchen ihm zu hilfen.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Dokument Karl Brandt Nr.: K.B. 26.

Bei einem späteren Besuch sagte er mir, dass die Gefahr von Bethel abgewendet sei. Sachlich habe sich bei der Besprechung mit der Kommission natürlich erhebliche Gegensätze ergeben, um so mehr müsse er die persönliche Haltung von Professor Dr. B r a n d t anerkennen. Dr. B r a n d t habe seinen Standpunkt in einer Weise vertreten, die durchaus achtungswert sei und auch habe Professor Dr. Brandt für die entgegengesetzte Auffassung Pastor von Bodelschwingh volles Verständnis bewiesen.

Nürnberg, den 6. Februar 1947

Lutz Graf v. Schwerin-Krosigk

Die obige Unterschrift von Lutz Graf v. Schwerin-Krosigk z.Zt. Nürnberg, Gerichtsgefängnis, vor Rechtsanwalt Dr. Robert S e r v a t i u s, Nürnberg, Gertrudstr. 1, Verteidiger des Angeklagten Karl Brandt beim Militärgerichtshof Nr. I, Nürnberg, geleistet, wird hiermit beglaubigt und von mir bezeugt.

Nürnberg, den 6. Februar 1947

Rechtsanwalt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 166

Freiburg, 17.1.48

Sehr verehrter Herr Fritsch!

Ich schicke Ihnen anbei den erwünschten Vortrag, den ich leider an Ort u. Stelle abschreiben mußte u. daher auch nicht tippen konnte. Hoffentlich können Sie alles lesen. Die Zeitschrift „Die schönere Zukunft" ist hier in der Bibliothek gesammelt worden, im Moment aber nicht auffindbar. Wahrscheinlich ist sie noch von der Kriegszeit her ausgelagert. Die politischen Neuerscheinungen sind jetzt auch nicht zu bekommen u. A. klappt das Ende des Monats.

Am 31. Januar ist Vorlesungsschluß und ich würde, wenn ich Vater besuchen dürfte, oder irgend etwas Wichtiger zu erledigen ist, seine Anfang Februar in Nürnberg verbu-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

[illegible]

Nun noch folgendes: Vater hatte den Söhnen des bekannten Freiburger Prof. Lenel, die wegen jüdischer Abstammung ihres ganzen Vermögens verlustig gehen sollten, durch einen Trick (ich glaube durch Schaffung der „Reichsfluchtsteuer") dazu verholfen, daß sie wenigstens ihr Haus in Freiburg behalten durften. Dieser Akt ist in einem Schreiben des jüngeren Dr. Lenel [illegible] [illegible]. Vaters Schreiben ist hier nicht auffindbar; vermutlich ist es [illegible] [illegible] Lenels, [illegible] der [illegible] [illegible] im Besitz des Schreibens. Wenn Sie glauben, daß das Schreiben einen Wert hat, so wenden Sie sich bitte an ihn. Sein Büro ist Berlin NW 7, Unter den Linden.

Mit besten Grüßen

Anton [illegible]

5.1.1934

Aufgaben der Finanzpolitik.

Zieht man vom Standpunkt der Finanzpolitik eine Bilanz des abgelaufenen Jahres 1933, so kann zum erstenmal seit Jahren eine Wendung zum Besseren festgestellt werden. In allen Wirtschaftszweigen hat eine Aufwaertsbewegung auf breiter Front eingesetzt. Am augenfaelligsten tritt diese Besserung in der Verminderung der Zahl der Arbeitslosen in Erscheinung. Auf dieses Ziel hat ja auch die Reichsregierung im abgelaufenen Jahr ihre Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet konzentriert. Es sind wiederholt, besonders auch im Ausland, Zweifel geaeussert worden, ob die Zahlen, die die Verminderung der Arbeitslosen widerspiegelt, echt sind. Wir haben gluecklicherweise in der Statistik der Krankenkassen ueber die Zahl der wirklich Beschaeftigten eine von der Zaehlung durch die Arbeitsaemter voellig unabhaengige zweite Zahlenreihe, an der sich die Echtheit des Rueckgangs der Arbeitslosenziffern ohne weiteres nachpruefen laesst. Da tritt uns nun die interessante Tatsache entgegen, dass in den ersten Monaten des Jahres 1933 die Zahl der Beschaeftigten staerker steigt, als die Zahl der Arbeitslosen sinkt, waehrend vom Sommer ab umgekehrt die Zunahme der Beschaeftigten hinter dem Sinken der Arbeitslosenziffern zurueckbleibt. So sind im Maerz, April und Mai die Arbeitslosenziffern um 403, 265, 292 Tausend gegenueber dem Vormonat gesunken, waehrend sich in dem gleichen Monaten, die Zahl der Beschaeftigten um 660, 505, 482 Tausend erhoeht hat. In diesen drei Monaten ist also die Zahl der Beschaeftigten um rund 650.000 mehr gestiegen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

als die Zahl der Arbeitslosen abgenommen hat. In den Monaten Juni. Juli, August, September ist die Zahl der Arbeitslosen um 182, 393, 340, 275 Tausend gegenueber dem Vomonat gesunken, waehrend die Zahl der Beschaeftigten in den gleichen Monaten sich um 127, 129, 280, 205 Tausend gegenueber dem Vormonat erhoeht. Die umgekehrte Tendenz tritt also seit Juni deutlich in Erscheinung.

Entlastung.

Wie ist das zu erklaeren? Die Erklaerung liegt darin, dass neben den bei den Arbeitsaemtern gezaehlten Arbeitslosen in Deutschland eine starke unsichtbare Arbeitslosigkeit bestand. Es ist ein besonderes guenstiges Zeichen, dass diese unsichtbare Arbeitslosigkeit seit dem Juni aufgehoert, nachdem ueber 600 000 nicht mehr bei den Arbeitsaemtern gezaehlter Menschen wieder in den Arbeitsprozess eingestellt worden sind. Der rueckläufige Prozess erklaert sich im wesentlichen daraus, dass seit dem Juni, zeum Beispiel durch Ersatz weiblicher durch maennliche Arbeitskraefte, eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Arbeitslosen erfolgt ist, ohne dass im gleichen Umfang eine Aenderung der Beschaeftigungszahlen eingetreten ist.

Am 15. Januar 1933 lag die Zahl der Arbeitslosen mit rund 6 Millionen auf dem Stand des Vorjahres. Sie ist seitdem von Monat zu Monat in steigendem Masse hinter den Zahlen des Vorjahres zurueckgeblieben. Sie hat im Monat August zum erstenmal die Zahl des Jahres 1931 und im Laufe des Dezembers auch die Zahl des Jahres 1930 unterschritten. Waehrend im Jahre 1930 die saisonmaessige Besserung bereits im Juni zu Ende war, und von da ab eine

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

eine Steigerung der Arbeitslosen bis zum Winterhöchststand um 2,3 Millionen eintrat, im Jahre 1931 die Steigerung ebenfalls schon im Juli einsetzte und bis zum Winterheochststand ueber 2,1 Millionen betrug, im Jahre 1932 der Anstieg der Arbeitslosen im Oktober einsetzte und bis zum Winterhoechststand 1 Million ausmachte, hat sich im Jahre 1933 das Sinken der Arbeitslosenziffer auch noch im November fortgesetzt. Und wenn man auch vor allem onfolge des ploetzlichen starken Frostes und der dadurch hervorgerufenen Beendigung aller Aussenarbeiten, mit einem Ansteigen der Arbeitslosenziffern im Dezember rechnen muss, so wird doch das Ansteigen bis zum Hoechststand der saisonmaessig bedingten Winterarbeitslosigkeit nicht annaehernd das Aussmass der vergangenen Jahre erreichen.

Die Echtheit des Rueckganges der Arbeitslosigkeit ergibt sich aber auch aus einer fuehlbaren finanziellen Entlastung. Waehrend wir noch im Fruehjahr mit einem Fehlbetrag in der gesamten Arbeitslosenfuersorge von erheblich ueber einerhalben Milliarde RM rechnen mussten und nur hoffen konnten, diesem Fehlbetrag durch die verschiednen in Aussicht genommenen Massnahmen der Reichsregierung und die hieraus erwartete Minderung der Arbeitslosigkeit zu sinken, ist nach dem gegenwaertigen Stand nur noch mit einen Fehlbetrag von hoechstens RM 150 Millionen zu rechnen. Die Erwartungen des Fruehjahrs haben sich also in vollem Umfang erfuellt.

Tritt, wie ich anfangs sagte, die Besserung der Wirtschaftslage in der Minderung der Arbeitslosenzahl am augenfaelligsten in Erscheinung, so zeigt sich diese Besserung aber auch bei einem Vergleich aller anderen Wirtschaftszahlen mit denen des Vorjahres. Ich greife hier nur zwei kennzeichnende Zahlen heraus

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nach dem letzten Bericht des Instituts fuer Konjunkturforschung hat sich das Produktionsvolumen der Industrie um rund 12 % gegenueber 1932 erhoeht. Auf steuerlicher Seite zeigt sich etwa das gleiche Ergebnis bei der die Belebung des Wirtschaftslebens am schnellsten wiedergespiegelnden Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer brachte im Jahre 1932 1350 Millionen, wir haben sie fuer 1933 auf 1500 Millionen geschaetzt. Das tatsaechliche Aufkommen des ersten Halbjahres mit rund 750 Millionen zeigt, dass die Schaetzung richtig war, und dass das Gesamtaufkommen im Jahre 1933 das Soll sicherlich erreichen wird. Wenn auch das Aufkommen bei einzelnen Verbrauchssteuern und vor allem bei den Zoellen unsere Schaetzungen nicht voll erreicht hat, so kann doch erfreulicherweise festgestellt werden, dass zum erstenmal seit vielen Jahren das Gesamtaufkommen aus Steuern und Abgaben im Reich sich im Rahmen unserer Schaetzungen haelt und bei Abschluss des Jahres 1933 das im Etat eingesetzte Soll im grossen und ganzen erreicht wird. Wodurch ist das guenstige Ergebnis des Jahres 1933 erreicht worden?

Die Arbeitsschlacht.

Der erste und wichtigste Grund liegt darin, dass durch die Uebernahme der politischen Leitung durch den Kanzler Adolf Hitler ueberhaupt erst die Grundlage der politischen Stabilitaet und des Vertrauens geschaffen worden ist, auf der allein eine dauernde Belebung der Wirtschaft erreicht werden kann. Nach der Machtergreifung durch die jetztige Reichsregierung sind dann im Laufe des vergangenen Jahres eine Reihe von Massnahmen ergriffen worden, die nach einem einheitlichen grossen Plan aufgestellt sind und den konzentrischen Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit mit aeusserster Energie eingeleitet haben. Ueberblickt man die grosse Zahl der einzelnen Massnahmen, so

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

zeigt sich, dass sie alle in einem inneren Zusammenhang stehen und nicht voneinander zu loesende Teile eines grossen zusammenfassenden Planes sind. Es wuerde zu weit fuehren, hier saemtliche im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ergriffenen Massnahmen aufzufuehren und im einzelnen zu beleuchten. Hier kommt es nur darauf an, einen Gesamtueberblick zu geben, der die Einheitlichkeit und die inneren Zusammenhaenge aller dieser Massnahmen deutlich hervortreten laesst.

Der Kampf musste in dreifacher Richtung gefuehrt werden. Die gesamte deutsche Wirtschaft befindet sich durch die jahrelange Krise in einem Zustand der Erstarrung, aus dem sie allmaehlich geloest werden muss. Diesem Ziel dienen insbesonder die auf steuerlichem Gebiet ergriffenen Massnahmen, die Steuerbefreiung neuer Kraftfahrzeuge, und die Abloesungsmoeglichkeit fuer die aelteren, die Steuerfreiheit fuer Ersatzbeschaffungen, die Steuerermaessigung fuer Haushaltsgehilfinnen, die Umwandlung des Ledigenzuschlages in eine Ehestandsholfe, die Arbeitsspendenscheine mit Steueramnestiwirkung, die Ermaessigung der Umsatzsteuer und der Grundsteuer fuer die Landwirtschaft, die Ausserkraftsetzung der Sektsteuer usw. Eine wirkliche Belebung der Wirtschaft ist aber unmoeglich,solange die bisherigen ueberhoehten Zinssaetze bestehe. Dem Abbau dieser Zinssaetze dient die Pflege des Kapitalmarktes, insbesondere die im Herbst eingeleitete Offen-Marktpolitik der Reichsbank. Die mit dem Steigen der Kurse der festverzinslichen Wertpapiere verbundene Senkung des Rualzinses ist Folge und Zeichen des wiedererwachten Vertrauens und ein erster Schritt auf dem Wege einer s oglichen Pflege des Kapitalmarktes.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aktive Finanzpolitik.

Eine Verschaerfung der Krise ist inden letzten Jahren dadurch eingetreten, dass in unheilvoller Wechselwirkung die Ausgaben der oeffentlichen Hand ausserordentlich stark gekuerzt werden mussten und dadurch eine erheblicher Teil des normalen der Wirtschaft zufliessenden Auftragsbestandes entfiel Das gilt insbesondere fuer die Auftragserteilung durch den Gemeinden. Hier musste dadurch geholfen werden, dass fuer die Etatsaufstellung der Gemeinden eine gesunde Grundlage geschaffen wurde, die sie in den Stand setzte, allmaehlich wieder die ihnen zustehenden Aufgaben zu erfuellen und Auftraege in normalem Ausmass in ihren Haushalt einzustellen. Diesem Zweck dient das Gemeindeumschuldungsgesetz und die Entlastung der Gemeinden. auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfuersorge. Wenn hierdurch auch laengst nicht alle Gemeinden ueber den Berg gebracht worden sind, so ist doch zum erstenmal wieder eine Grundlage geschaffen worden, von der aus sie an eine Ordnung ihrer Finanzlage gehen koennen.

Solange die Wirtsfhaft aus ihrer Erstarrung nicht geloest und der Auftragsbestand der oeffentlichen Hand noch nicht wieder auf seine normale Hohe gebracht war, musste die Kluft durch ein zusaetzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm ueberbrueckt werden. Diesem Zile diente das Sommerprogramm in Höhe von rund RM 1 Milliarde und das Herbstprogramm, das Zuschuesse des Reichs fuer Hausreperaturen in Hoehe von RM ½Milliarde vorsieht.

Es ist eine muessige Frage, zu eroertern, inwieweit die tatsaechlich eingetretene Belebung lediglich auf die zusaetzliche Arbeitsbeschaffung zurueckzufuehren ist. Sicherlich hat

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

sie einen wesentlichen Anstoss gegeben. Aber die Wirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms allein reicht nicht aus, um die tatsaechlich eingetretene Besserung der Verhaeltnisse zu erklaeren, zumal da bisher nur ein Teil dieses Programms verwirklicht worden ist und sich in Auftraege und Lohne umgesetzt hat. Wir haben also hier noch eine Reserve, die bis weit in das Jahr 1934 hineinreichen wird. Wir koennen vor allem Dingen aber mit den weitreichenden mittelbaren Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms rechnen, die sich zahlenmaessig schwer erfassen lassen. In diesen mittelbaren Wirkungen liegt vielleicht der wichtigste Anstoss, den die zusaetzliche Arbeitsbeschaffung der Wirtschaft geben soll und kann. Denn da eine dauernde Wiederholung solcher zusaetzlichen Arbeitsbeschaffungen nicht moeglich ist, ist der Zweck nur dann erreicht, wenn waehrend ihrer Durchfuehrung und mit ihrer Hilfe eine natuerliche Belebung der Wirtschaft eingetreten ist, die nun an die Stelle der durch die zusaetzliche Arbeitsbeschaffung ausgefuellten Auftragsbestandes treten kann.

Erfuellt die zusaetzliche Arbeitsbeschaffung diesen Zweck der Ueberbrueckung und des Anstosses, dann laesst sich auch die finanzielle Vorausbelastung kuenftiger Jahre in jeder Hinsicht vertreten. Denn dann kann diese Vorausbelastung durch die Minderung der Ausgaben fuer Arbeitslosenfuersorge und die Steigerung des Steueraufkommens, die beide die Folge einer Belebung der Wirtschaft sein muessen, ohne Schwierigkeiten abgedeckt werden. Die Vorausbelastung des Reichsetats in den naechsten fuenf Jahren aus Steuergutscheinen und den verschiednen Arbeitsbeschaffungsprogramm ist keine geringe.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Sie betraegt rund RM 4 Milliarden, die sich auf fuenf Jahre verteilen. Dazu kommt der Fehlbetrag der vergangenen Jahre mit rund 1,9 Milliarden, der sich im laufenden Etatsjahr noch steigern wird. Denn wenn auch der Reichsetat bis zum November in Einnahmen und Ausgaben mit einem Plus abgeschlossen hat und, wie anfangs dargelegt, auf der Einnahmenseite ein Ausfall nicht zu befuerchten ist, so wird doch, insbesondere durch den vorhin erwaehnten im Laufe des Winters auszuzahlenden Zuschuesse fuer die Hausreperaturen und andere bisher im Etat nicht vorgesehenen Ausgaben, ein gewisser Fehlbetrag eintreten. Ob dieser Gesamtbetrag inden kommenden fuenf Jahren aus laufenden Einnahmen abgedeckt werden kann, ob ein Teil in eine langfristische Anleihe umgewandelt werden kann, das haengt allein von der Entwicklung der Wirtschaft und vonder Aufnahmefaehigkeit des Kapitalmarktes ab, dessen Pflege auch unter diesem Gesichtspunkt eine besondere Bedeutung gewinnt. So stark diese Vorbelastung auch erscheinen mag, ihre Abdeckung ist durchaus moeglich, wenn die Besserung der Wirtschaft in dem im Jahre 1933 begonnenen Ausmasse fortschreitet.

Im neuen Jahr wird sich die zusaetzliche Arbeitsbeschaffun im wesentlichen auf die Fortfuehrung des grossen Werkes der Reichsautobahn beschraenken koennen. Die Hauptaufgabe der Finanzpolitik wird darin bestehen, das Ziel der Loesung der Wirtschaft aus der Krisenerstarrung weiter zu verfolgen. Der Weg zu diesem Ziel fuehrt ueber eine allmaehliche Entlastung des einzelnen Unternehmers wie der grosen Masse von ueberhoehten Lasten, die seit dem Kriege durch eine falsche Finanz- und Wirtschaftspolitik dem deutschen Volk aufgebuerdet worden sind. Wieder zu einer gesunden Kapitalbildung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

zu kommen unddie im deutschen Volk brachliegenden gewaltigen Reserven an Kraft und Arbeit wieder frei zu machen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die uns gestellt sind. Insbesonder w wird angestrebt werden muessen, durch eine Herabsetzung der hohen Belastung, die in Form von Steuern, sozialen Lasten und sonstigen Abgaben auf dem Arbeitseinkommen der grossen Massen ruht, Konsumkraft frei zu machen und sie in den Dienst des Kampfes gegen die Krise zu stellen. Dies ist umso wichtiger, als Produktion und Verbrauch in den Verbrauchgueterindustrien zum Teil weniger zugenommen haben als in den durch die Arbeitsbeschaffung besonders angeruegten Investitionsgueterindustrien.

Dient jede solche Entlastung der wirtschaftlichen Belebung und Gesundung und kommt diese auch den oeffentlichen Finanzen durch eine Steigerung der Einnahmen und durch eine Senkung der Arbeitslosenfuersorge wieder zugute, so entsteht doch immer bis zu dieser finanziellen Auswirkung ein Zwischenraum, der durch Kreditaufnahme, d.h. durch Vorbelastung der Zukunft, ueberbrueckt werden muss. Wieweit hierin gegangenwerden kann, ohne die Grundlagen einer gesunden Finanzpolitik, die immer ein Pruefstein fuer einen gut regierten Staat gewesen ist, zu erschuettern, das ist die wichtige und verantwortungsvolle Entscheidung, vor die vor allem mein Ressort gestellt ist. Von dieser Voraussetzung der Erhaltung einer geordneten und gesunden Finanzwirtschaft nicht nur im Reich, sondern auch in Laendern und Gemeindenhaengt infolgedessen auch Art und Ausmass der in Aussicht genommenen Steuerreform ab.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Steuerreform.

Sind daher der Steuerreform von vornherein gewisse Grenzen gezogen, so lassen sich doch auch in einem besthraenkten Rahmen bestimmte notwendige Ziele erreichen. Die Beruecksichtigung bevoelkerungspolitischer Grundsaetze, die im vergangenen Jahr in der Ehestandshilfe eine erste Regelung gefunden haben, wird eine wichtige Rolle bei der Steuerreform spielen. Die rechnische Vereinfachung durch verstaendlichere Fassung der Gesetze und durch Zusammenfassung der aus allen Reichs- Landes- und Gemeindensteuern sich ergebenden Pflichten der Steuererklaerung und -zahlung wird eine zweite wesentliche Aufgabe sein. Bei der dritten Aufgabe, einen allmaehlichen Abbau, insbesondere der in den Krisenjahren neu gesshaffenen zusaetzlichen Belastungen, eintreten zu lassen, - Auf diese, Steuervereinfachung kommt es naturgemaess am Steuerpflichtigen besonders an - werden sich die vorhin gekennzeichneten Grenzen am schaerfsten bemerkbar mchten; hier liegt die wesentliche Schwierigkeit fuer die im neuen Jahr zu treffende Entscheidung.

Man muss sich ueber eines klar sein, dass nicht alle Hemmnisse mit einem Schlage beseitigt werden koennen, dass das Aufraeumen des Schuttes vergangener Jahre und der Neuaufbau einer gesunden Wirtschaft und gesunden oeffentlicher Finanzen nur allmaehlich erfolgen kann. Dass dies aber nach einem einheitlichen, auf lange Sicht festgelegten Plan, ohne Behinderung durch parlamentarische Einfluesse, ohne Ruecksicht auf einseitge Interessen, lediglich unter dem Gesichtspunkt des Wohles der Gesamtheit vor sich gehen kann und wird, das ist die durch die Regierung Adolf Hitlers gegebene feste Garantie fuer den Erfolg des Aufbauwerks.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Und neben der Einheitlichkeit und Staerke der jetzigen Regierung verbuergt noch ein zweites die sichere Gesundung von Wirtschaft und Finanzen, das ist die voellige innere Umstellung in dem Verhaeltnis des einzelnen wie der Wirtschaft zum Staat, und die innere Umstellung in dem Verhaeltnis des Volksgenossen zueinander. In einer Volksgemeinschaft, in der Eigentum eine Verpflichtung, Arbeit ein Dienst am Volk ist, in der Streiks und Aussperrungen ebenso unmoeglich sind wie Steuerhinterziehungen, in der die Ehrbarkeit der Wirtschaft wieder ebenso selbstverstaendlich ist wie die Sauberkeit der Staatsfuehrung, kann es auf die Dauer keine Krise und keine Arbeitslosigkeit geben. Jeden deutschen zum bewussten Glied einer solchen Volksgemeinschaft zu erziehne, im Sinne eines deutschen Sozialismus, dessen Wurzeln wir im Leben und Wirken des groessten Deutschen der Vergangenheit, Luthers, Friedrichs des Grossen, Bismarcks, finden und der durch Adolf Hitler zu Leben und Wirklichkeit geworden ist, das ist die groesste Aufgabe der Zukunft.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

(1) Aufgaben der Finanzpolitik

ZS/A-20 / 03 - 178 5. 1. 34

Zieht man vom Standpunkt der Finanzpolitik eine Bilanz des abgelaufenen Jahres 1933, so kann zum erstenmal seit Jahren eine Wendung zum Besseren festgestellt werden. In allen Wirtschaftszweigen hat eine Aufwärtsbewegung auf breiter Front eingesetzt. Am Augenfälligsten tritt diese Besserung in der Verminderung der Zahl der Arbeitslosen in Erscheinung. Auf dieses Ziel hat ja auch die Reichsregierung im abgelaufenen Jahr ihre Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet konzentriert. Es sind wiederholt, besonders auch im Ausland, Zweifel geäußert worden, ob die Zahlen, die die Verminderung der Arbeitslosen widerspiegeln, nicht sind. Wir haben glücklicherweise in der Statistik der Krankenkassen über die Zahl der wirklich Beschäftigten eine von der Zählung durch die Arbeitsämter völlig unabhängige zweite Zahlenreihe, an der sich die Echtheit des Rückgangs der Arbeitslosenziffern ihm mittels nachprüfen läßt. Da tritt uns nun die interessante Tatsache entgegen, daß in den ersten Monaten des Jahres 1933 die Zahl der Beschäftigten stärker steigt, als die Zahl der Arbeitslosen sinkt, während vom Sommer ab umgekehrt die Zunahme der Beschäftigten hinter dem Sinken der Arbeitslosenziffer zurückbleibt. So sind im März, April und Mai die Arbeitslosenziffern um 403, 265, 292 Tausend gegenüber dem Vormonat gesunken, während sich in den gleichen Monaten die Zahl der Beschäftigten um 660, 505, 482 Tausend erhöht hat. In diesen drei Monaten ist also die Zahl der Beschäftigten um rund 650.000 mehr gestiegen, als die Zahl der Arbeitslosen abgenommen hat. In den Monaten Juni, Juli, August, September ist die Zahl der Arbeitslosen um 182, 393, 340, 275 Tausend gegenüber

~~00154~~ 155

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

dem Vormonat gesunken, während die Zahl der Beschäftigten in den gleichen Monaten sich um 127, 129, 280, 205 Tausend gegenüber dem Vormonat erhöht. Die umgekehrte Tendenz tritt also seit Juni deutlich in Erscheinung.

Entlastung

Wie ist das zu erklären? Die Erklärung liegt darin, daß neben den bei den Arbeitsämtern gezählten Arbeitslosen in Deutschland eine starke unsichtbare Arbeitslosigkeit bestand. Es ist ein besonders günstiges Zeichen, daß diese unsichtbare Arbeitslosigkeit seit dem Juni aufgehört, nachdem über 600 000 nicht mehr bei den Arbeitsämtern gezählte Menschen wieder in den Arbeitsprozeß eingestellt worden sind. Der rückläufige Prozeß erklärt sich im wesentlichen daraus, daß seit dem Juni, zum Beispiel durch Ersatz weiblicher durch männliche Arbeitskräfte, eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Arbeitslosen erfolgt ist, ohne daß im gleichen Umfang eine Änderung der Beschäftigungszahlen eingetreten ist.

Am 15. Januar 1933 lag die Zahl der Arbeitslosen mit rund 6 Millionen auf dem Stand des Vorjahres. Sie ist seitdem von Monat zu Monat in steigendem Maße hinter den Zahlen des Vorjahres zurückgeblieben. Sie hat im Monat August zum erstenmal die Zahl des Jahres 1931 und im Laufe des Dezember auch die Zahl des Jahres 1930 unterschritten. Während im Jahre 1930 die saisonmäßige Besserung bereits im Juni zu Ende war, und von da ab eine Steigerung der Arbeitslosen bis zum Winterhöchststand um 2,3 Millionen eintrat, im Jahre 1931 die Steigerung ebenfalls schon im Juli einsetzte und bis zum Winterhöchststand über 2,1 Millionen betrug, im Jahre 1932 der Anstieg der Arbeitslosen im Oktober einsetzte und bis zum Winterhöchststand 1 Million ausmachte, hat sich im Jahre 1933 das Sinken der Arbeitslosenziffer auch

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

(2)

durch im November fortgesetzt. Und wenn wenn auch, wie alles infolge der plötzlich eingetretenen starken Besserung der Wirtschaft freigewordene Bemühungen aller Art, sowie Ausgaben der Arbeitslosenhilfe im Dezember eingespart muß, so wird doch der Ausgaben bis zum Inkrafttreten der [illegible] Arbeitslosigkeit nicht unerheblich der Betrag der vorgesehenen Höhe erreichen.

Die Höhe der Kürzung der Arbeitslosigkeit ergibt sich aber auch aus einer [illegible] finanziellen Belastung. Während man vor der Krise mit einem Höchstbetrag in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung von 1 Milliarde RM rechnen und hoffen konnte, diesen Höchstbetrag durch die vorsichtige Anlage gewonnener Maßnahmen der Beschäftigung und die [illegible] Minderung der Arbeitslosigkeit zu senken, ist uns dem gegenwärtigen Stand nur auf rund einen Höchstbetrag von höchstens RM 150 Millionen zu rechnen. Die Voraussetzungen der [illegible] haben sich also in vollem Umfang erfüllt.

Will, [illegible] wie ich eingangs sagte, die Lösung der Arbeitslosigkeit in der Minderung der Arbeitslosenzahl am [illegible] sichtbaren zu [illegible] so zeigt sich diese Lösung aber auch in einem Anstieg aller anderen Wirtschaftszahlen und dem der Verbrauchs. Ich [illegible] für mich gern Kennzeichnende [illegible] Maß den letzten Bericht des Institut für Konjunkturforschung fest, daß das Produktionsvolumen der Industrie nun rund 12 % gegenüber 1932 steigt. Auf [illegible] Preise zeigt sich etwa das gleiche Ergebnis. Bei der die Belebung der Wirtschaftstätigkeit am [illegible] kennzeichnenden Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer brachte im Jahre 1932 1350 Millionen, wir haben sie für 1933 auf 1500 Millionen geschätzt. Das tatsächliche Aufkommen des ersten Halbjahres und rd. [illegible] 750 Millionen zeigt, daß die Schätzung richtig war, und daß das [illegible]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1933 das Soll sicherlich erreichen wird. Wenn auch das Aufkommen bei einzelnen Verbrauchssteuern und vor allem bei den Zöllen unsere Schätzungen nicht voll erreicht hat, so kann doch erfreulicherweise festgestellt werden, daß zum erstenmal seit vielen Jahren das Gesamtaufkommen aus Steuern und Abgaben im Reich sich im Rahmen unserer Schätzungen hält und bei Abschluß des Jahres 1933 das im Etat eingesetzte Soll im großen und ganzen erreicht wird. Wodurch ist das günstige Ergebnis des Jahres 1933 erreicht worden?

Die Arbeitsschlacht

Der erste und wichtigste Grund liegt darin, daß durch die Übernahme der politischen Leitung durch den Kanzler Adolf Hitler überhaupt erst die Grundlage der politischen Stabilität und des Vertrauens geschaffen worden ist, auf der allein eine dauernde Belebung der Wirtschaft erreicht werden kann. Nach der Machtergreifung durch die jetzige Reichsregierung sind dann im Laufe des vergangenen Jahres eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, die nach einem einheitlichen großen Plan aufgestellt sind und den konzentrischen Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit mit äußerster Energie eingeleitet haben. Überblickt man die große Zahl der einzelnen Maßnahmen, so zeigt sich, daß sie alle in ~~nicht voneinander zu lösende Teile~~ einem inneren Zusammenhang stehen und nicht voneinander zu lösende Teile eines großen zusammenfassenden Planes sind. Es würde zu weit führen, hier sämtliche im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ergriffenen Maßnahmen aufzuführen und im einzelnen zu beleuchten. Hier kommt es nur darauf an, einen Gesamtüberblick zu geben, der die Einheitlichkeit und den inneren Zusammenhang aller dieser Maßnahmen deutlich hervortreten läßt.

Der Kampf mußte in dreifacher Richtung geführt werden. Die gesamte deutsche Wirtschaft befindet sich durch die jahrelange Krise in einem Zustand der Erstarrung, aus dem sie allmählich

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

(3)

Schluß werden muß. Diesem Ziel dienen insbesondere die auf
Grundlagen gebauten eigenen Maßnahmen, die Neuordnung
unserer Verfassung und die Volksgesundheit für die
Bildung, die Neuordnung für Fürsorge, Versicherungen, Arbeits-
vermittlung für Familienhilfe, die Ausgestaltung der Land-
wirtschaft in seine ihr gemäßen, die Arbeitsgemeinschaften
und Neuordnung, die Förderung der Kunst-
stätten und der Grundstoffe für die Landwirtschaft, die Auf-
rechterhaltung der Volksstämme usw. Zum wirklich Gelingen
der Wirtschaft ist aber ~~[illegible]~~ Grundlage, planen der
Einfuhren überflüssigen Zusätze Ausfuhr. Dem Abbau dieser
Zusätze dient die Pflege des Kapitalmarkts, insbesondere die
neue sehr sorgfältige Offen-Markt-Politik der Reichsbank. Die
mit dem Ziele die Kosten der Kreditgewährung Wirtschaft
verbilligen Senkung der Kurzsätze ist folge und zugleich die
wiederholten Abstempelung und eine Stütze auf dem
Wege zum normalen Pflege des Kapitalmarkts.)

Aktive Finanzpolitik.

Eine Verbesserung der Lage ist in den letzten Jahren
dadurch eingetreten, daß in sorgfältiger Ausgestaltung der
Ausgaben der öffentlichen Hand verhältnismäßig scharf gespart
worden ist. Dabei ist aber eine Verbilligung und die wirtschaft-
der Wirtschaft gebührende Entlastung unterblieben. Das Ziel
insbesondere für die Ausgabenverteilung muß die gesunden.
Hier muß dafür gesorgt werden, daß für die Steuerzuteilung
der Gemeinden neue gesunde Grundlage geschaffen werden, die
sie in den Stand setzen, allmählich wieder die ihnen zustehenden
Aufgaben zu erfüllen und Aufgaben in normalem Umfang
wie früher sorgfältig durchführen. Diesem Zweck dient der
Gemeindeausgleichsgesetz u. die Entlastung der Gemeinden
durch Übernahme der Wohlfahrtslasten. Wenn trotzdem auf
Dringlichkeit alle Gemeinden über den Etat gebracht werden,

Institut für Zeitgeschichte Archiv

so ist doch zum erstenmal wieder eine Grundlage geschaffen worden, von der aus sie an eine Ordnung ihrer Finanzlage gehen können.

Solange die Wirtschaft aus ihrer Erstarrung nicht gelöst und der Auftragsbestand der öffentlichen Hand noch nicht wieder auf seine normale Höhe gebracht war, mußte die Flucht durch ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm überbrückt werden. Diesem Ziel dienten das Sommerprogramm in Höhe von rund RM 1 Milliarde und das Herbstprogramm, das Zuschüsse des Reichs für Hausreparaturen in Höhe von RM 1/2 Milliarden vorsieht.

Es ist eine müßige Frage, zu erörtern, inwieweit die tatsächlich eingetretene Belebung lediglich auf die zusätzliche Arbeitsbeschaffung zurückzuführen ist. Sicherlich hat sie einen wesentlichen Anstoß gegeben. Aber die Wirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms allein reicht nicht aus, um die tatsächlich eingetretene Besserung der Verhältnisse zu erklären, zumal da bisher nur ein Teil dieses Programms verwirklicht worden ist und sich in Aufträge und Löhne umgesetzt hat. Wir haben also hier noch eine Reserve, die bis weit in das Jahr 1934 hineinreichen wird. Wir können vor allem dingen aber mit den weitreichenden mittelbaren Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms rechnen, die sich zahlenmäßig schwer erfassen lassen. In diesen mittelbaren Wirkungen liegt vielleicht der wichtigste Anstoß, den die zusätzliche Arbeitsbeschaffung der Wirtschaft geben soll und kann. Denn da eine dauernde Wiederholung solcher zusätzlichen Arbeitsbeschaffungen nicht möglich ist, ist der Zweck nur dann erreicht, wenn während ihrer Durchführung und mit ihrer Hilfe eine natürliche Belebung der Wirtschaft eingetreten ist, die nun an die Stelle des durch die zusätzliche Arbeitsbeschaffung ausgefüllten Auftragsbestandes treten kann.

Erfüllt die zusätzliche Arbeitsbeschaffung diesen Zweck

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

(4) Die Überbrückung und die Aufgaben, denen sie dient, die finanzielle Vorbereitung künftiger Jahre in jeder Hinsicht verbessern. Denn wenn diese Vorbereitung durch die Minderung der Ausgaben für Arbeitslosigkeit und die Belebung der Wirtschaft, die beide die Folge einer Belebung der Wirtschaft sein müssen, dem Reichshaushalt in den nächsten fünf Jahren auch wieder zugute kommen wird, das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist kein geringes. Es beträgt rund RM 4 Milliarden, die sich auf fünf Jahre verteilen. Dazu kommt die Fortführung der vergangenen Jahre mit rund 1,3 Milliarden, die sich im laufenden Etatjahr auswirken wird. Wenn wenn auch der Reichsetat für 1934 zum Novemberbeginn in Einnahmen und Ausgaben mit einem Plus abgeschlossen hat, und, wenn die Aufgabe dargelegt, auf die Einnahmenseite kein Defizit entstehen ist, so wird doch, insbesondere durch die vorhin erwähnten im Laufe des Winters aufgenommenen Zuschüsse für die Landwirtschaft und anderen Ausfälle im Etat [illegible] nicht unbeträchtlichen Ausgaben, eine gewisse Belastung eintreten. Ob dieser Zustand in den kommenden fünf Jahren auf laufenden Einnahmen abgedeckt werden kann, ob wir also in der ordentlichen Haushaltung durchkommen können, das hängt allein von der Entwicklung der Wirtschaft und von der Ertragsfähigkeit des Kapitalmarktes ab; dessen Pflege muß daher besonderes Augenmerk und besondere Bedeutung gewinnen. Die Form dieser Arbeitsbeschaffung muß notwendig eine, ihre Abgrenzung ist durchaus möglich, wenn die Belebung der Wirtschaft in dem im Jahre 1933 begonnenen Ausmaße fortschreitet. In einem Jahre wird sich die zusätzliche Arbeitsbeschaffung [illegible] im wesentlichen auf die Fortführung der bisherigen Pläne der Reichsautobahnen beschränken können. Die Hauptaufgabe der finanzpolitik wird dann in der Ord

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 182

(5) im Reich, sondern auch in Ländern und Gemeinden hängt infolgedessen auch Art und Ausmaß der in Aussicht genommenen Steuerreform ab.

Steuerreform.

Sind daher der Steuerreform von vornherein gewisse Grenzen gezogen, so lassen sich doch auch in einem beschränkten Rahmen bestimmte notwendige Ziele erreichen. Die Berücksichtigung bevölkerungspolitischer Grundsätze, die im vergangenen Jahr in der Ehestandshilfe eine erste Regelung gefunden haben, wird eine wichtige Rolle bei der Steuerreform spielen. Die technische Vereinfachung durch verständlichere Fassung der Gesetze und ~~der~~ durch Zusammenfassung der aus allen Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern sich ergebenden Pflichten der Steuererklärung und -zahlung wird eine zweite wesentliche Aufgabe sein. Bei der dritten Aufgabe, einem allmählichen Abbau, insbesondere der in den Krisenjahren neu geschaffenen zusätzlichen Belastungen, eintreten zu lassen – auf diese „Steuervereinfachung" kommt es naturgemäß dem Steuerpflichtigen besonders an – werden sich die vorhin gekennzeichneten Grenzen am schärfsten bemerkbar machen; hier liegt die wesentliche Schwierigkeit ~~der~~ für die im neuen Jahr zu treffende Entscheidung.

Man muß sich über eins klar sein, daß nicht alle Hemmnisse mit einem Schlage beseitigt werden können, daß das Aufräumen des Schutts vergangener Jahre und der Neuaufbau einer gesunden Wirtschaft und gesunder öffentlicher Finanzen nur allmählich erfolgen kann. Daß dies aber nach einem einheitlichen, auf lange Sicht festgelegten Plan, ohne Behinderung durch parlamentarische Einflüsse, ohne Rücksicht auf einseitige Interessen, lediglich unter dem Gesichtspunkt des Wohles der Gesamtheit vor sich gehen kann, und wird, das ist

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Archiv des ehemal.
Reichsfinanzministeriums

ZS/A-20 / 03 - 183

Berlin-Charlottenburg 4, den Sept.1947
Bismarckstr. 48/52

V 1015/47

Auf Ihr Schreiben vom 6.9.1947

Hiermit übersende ich Ihnen Abschrift des Schriftwechsels zwischen der damaligen "Restverwaltung des ehem. Reichsfinanzministeriums" und der ehemaligen Reichshauptkasse (Restverwaltung) vom Jahre 1946 - vgl.Punkt 2 Ihres Schreibens. Die zu dem Schreiben der ehem.Reichshauptkasse vom 17.1.1946 gehörenden Anlagen sind wegen Ihres Umfangs vorerst nicht abgeschrieben worden.

Die Beantwortung der Frage, ob das Deutsche Reich in die zum Reichsgebiet erklärten polnischen Gebiete mehr hineingesteckt

Herrn
Ministerialdirektor M a y e r
(24a) Hamburg 39
Leinpfad 21
bei Claußen

160

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

gesteckt als es an Steuern und Erlösen aus der Verwertung polnischen Eigentums herausgezogen hat, erfordert genaue Durchsicht des umfangreichen Aktenmaterials. Nach Abschluß der Arbeit werde ich Ihnen weitere Mitteilung zugehen lassen.

Fischer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Abschrift

Reichsfinanzministerium
Restverwaltung
Nr. 6/46

Berlin, 5. Januar 1946

In dem Nürnberger Prozeß hat der Zeuge O h l e n d o r f Pressenachrichten zufolge ausgesagt, dass die Wertsachen, die den Juden vor den Massenhinrichtungen abgenommen wurden, entweder an das Reichssicherheitshauptamt oder an "das Reichsfinanzministerium" übergeben worden seien.

Ich erwarte, dass daraufhin die Besatzungsbehörden von mir nähere Auskunft über diese Ablieferungen und über den Verbleib der abgelieferten Sachen verlangen werden.

Mir ist nichts davon bekannt, dass solche Wertgegenstände dem Reichsfinanzministerium selbst übergeben worden sind. Wenn die Aussage des Zeugen Ohlendorf richtig ist, kann es sich nur um eine Ablieferung an die Reichshauptkasse handeln.

Ich bitte daher zur Vorbereitung der Auskünfte um möglichst umgehende Mitteilung darüber,

1. ob solche Ablieferungen stattgefunden haben, möglichst mit Angabe der abgelieferten Stücke,
2. ob, durch wen und wie eine Schätzung der abgelieferten Stücke stattgefunden hat,
3. ob, durch wen und zu welchen Preisen die Reichshauptkasse eine Verwertung der Stücke vorgenommen hat,
4. welchem Einnahmetitel des Reichshaushaltsplans (nach Rechnungsjahren getrennt) die Erlöse zugeführt worden sind,
5. ob solche Stücke mit oder ohne Erstattung des Gegenwerts anderen Reichsdienststellen (welchen?) überlassen oder etwa wieder zurückgegeben worden sind (bedeutendere Stücke aufführen!),
6. ob nach Ihrer Kenntnis auch im ehemaligen Reichsfinanzministerium Aktenstücke vorhanden sind, die zur Vorbereitung der Auskunft herangezogen werden müssten. Wenn möglich, bitte ich die Aktenzeichen anzugeben.

gez. M a y e r

Herrn Direktor F i e b i g , Am Festungsgraben 1

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Abschrift

Reichshauptkasse
Restverwaltung

Berlin C 2, 17.Januar 1946
Am Festungsgraben 1

Zu Ihrer Anfrage vom 5.Januar 1946 - Nr. 6/46 - berichten wir folgendes ergebenst:

Der Reichshauptkasse wurden auf Grund der zwischen dem Oberkommando des Heeres und dem Reichsfinanzministerium getroffenen Vereinbarung alle Geldmittel (Banknoten, Hartgeld usw.) in ausserdeutscher Währung, die Truppen- oder sonstige Wehrmachtdienststellen erbeuteten oder beschlagnahmten, zugeführt. Die Reichshauptkasse hatte vom Reichsfinanzministerium, wie aus der in Abschrift anliegenden Verfügung des Reichsministers der Finanzen vom 27.Juni 1940 - A 2004 - 114 GenB - ersichtlich, Daueranweisung, alle von diesen Dienststellen eingehenden fremden Geldsorten nach Prüfung und Buchung in den hierfür eingerichteten Zeit- und Sachbüchern an die Reichsbank zur Verwertung abzuliefern und die Erlöse unter Angabe der einzelnen berührten Einlieferungsdepots monatlich anzuzeigen. Diesem, zwischen dem Oberkommando des Heeres und dem Reichsfinanzministerium geregelten Geschäftsgang haben die anderen Wehrmachtsteile, wie Luftwaffe und Kriegsmarine, sich angeschlossen. Hierüber geben die nachbezeichneten und hier beigefügten Schriftstücke entsprechenden Aufschluß :

RdF vom 18.1.40 A 2004 - 27 GenB
OKH " 28.2.40 (Ch.H.Rüst u.Bd.E) 59 a 22 VA/Ag V I/v 1 XI 4
RdF " 11.6.1940 A 2004 - 105 GenB.

Bei der Anordnung des Ministeriums vom 27.6.40 war ursprünglich nur das besetzte Westgebiet erwähnt, bei der fortschreitenden Entwicklung der Kriegsführung wurde das gleiche Verfahren auch für die übrigen Länder angewendet.

Hinsichtlich des Landes Polen sind über die Behandlung von Kriegsbeute und beschlagnahmten Werten Sonderbesprechungen geführt worden, die in den in Abschrift beigefügten Schriftstücken, soweit sie der Reichshauptkasse bekannt geworden sind, ihren Niederschlag gefunden haben und zwar:

OKW vom 8.2.40 35 n 19 g / 284/40 Kdos WH (III)
RdF " 15.2.40 A 2004 - 37 GenB.
RdF " 22.6.40 A 2004 - 70 GenB.

162

Hiernach

~~V 137~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hiernach sind die aus Polen stammenden Wertgegenstände, mit Ausnahme der Wertpapiere, durch die Verwaltungs- und Verwertungsgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost verwertet worden, die sie zu diesem Zwecke von der Reichshauptkasse empfangen hat.

3) Im Laufe der Zeit lieferten alle Teile der Wehrmacht, soweit sie in den Besitz von Beute oder beschlagnahmten Werten kamen, diese an die Reichshauptkasse anordnungsgemäß ab. Der Kreis der abliefernden Dienststellen erweiterte sich noch dadurch, dass nicht nur Truppenteile, sondern auch Verwaltungsstellen der Wehrmacht, Kriegsgerichte, Devisenschutzkommandos, Geheime Staatspolizei und Organe des Reichssicherheitshauptamtes angefallene Werte einlieferten. So sind der Reichshauptkasse Gelder und Wertsachen von einer grossen Reihe Dienststellen zugegangen, 4) darunter auch einige Sendungen, die erkennbar aus jüdischem Besitz stammten, und zwar handelte es sich hier um Einlieferungen des Reichssicherheitshauptamtes bezw. der Geheimen Staatspolizei oder der Devisenschutzkommandos.

Hervorgehoben muss hierbei werden, dass erst 5) in der Folgezeit von den ~~erstgenannten~~ letzt beiden Dienststellen Wertsachen bei der Reichshauptkasse unmittelbar eingeliefert wurden, während früher die unmittelbare Ablieferung an die Städtische Pfandleihanstalt erfolgte, die , soweit bekannt, die Werte durch Schätzer schätzen liess, verkaufte und die Erlöse der Reichshauptkasse überwies.

6) Von der Städtischen Pfandanleihe wurden aus solchen Wertüberweisungen der Reichshauptkasse gutgebracht:

bei XVII, 3 Edelmetalle, Juwelen aus Judenbesitz:

am 7.5.43 = 1 000 000,- RM
" 6.11.43 = 1 000 000,- "
" 5.4.44 = 1 000 000,- ".

Hinsichtlich der Einzelfragen nehmen wir zu-

zu 1 nächst auf vorstehende Ausführungen ergebenst Bezug und bemerken weiter, dass in den Ablieferungsberichten der einliefernden Dienststellen allgemeine Angaben über die Herkunft der Werte gemacht wurden, die aber nicht oder nur in 7) ganz seltenen Fällen erkennen liessen , in welcher Weise die Beute gemacht oder die Beschlagnahme der Werte durchgeführt worden ist. Infolgedessen können Angaben darüber, ob vor Inbesitznahme der Beute- oder beschlagnahmten Werte Exekutionen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-20 / 03 - 186

Exekutionen oder dergleichen stattgefunden haben, nicht gemacht werden.

8) Über den Anfall von Kriegsbeute, namentlich in Wertpapieren, hat sich die Reichshauptkasse mit Schreiben vom 12.4.1943 an das Generalbüro des Reichsfinanzministeriums geäussert. Diese Äusserung liegt hier an.

Die Stücke, die zur Einlieferung gekommen sind, einzeln aufzuführen, ist nicht angängig, weil die Einzelaufstellungen zu umfangreich oder nicht mehr vorhanden sind, wie dies aus den weiteren Ausführungen hinter Frage 6 noch hervorgeht. Hinsichtlich des Depots SO 1769/70/191, über das eine Aufstellung der eingelieferten Werte mit Schreiben der Reichshauptkasse vom 31.Mai 1944 in einer Terminsache bei Abteilung VI des Reichsfinanzministeriums zur Vorlage kam, sind wir in der Lage, eine Abschrift dieser damaligen Eingabe vorzulegen. Wie aus dieser Aufstellung ersichtlich, sind die aus jüdischem Besitz stammenden Werte mit einem J besonders kenntlich gemacht.

Zu Fragen 2 und 3 : Auf Grund der Anordnung des Reichsfinanzministeriums vom 27.Juni 1940 wurden von der Reichshauptkasse in der Hauptsache nur Geldmittel, Devisen aller Art, Hartgeld , gemünztes und ungemünztes Gold der Reichsbank zugeführt, die den Gegenwert (jeweiliger Kurswert) der Reichshauptkasse gutbrachte. 9) Andere Werte wurden nur auf besondere Anweisung des Reichsfinanzministeriums abgegeben. Solche Abgaben haben aber nur vereinzelt stattgefunden, und zwar in Silberbarren, halb verarbeitetem Silber und Uhren aller Art, mit Ausnahme von goldenen Uhren, und , soviel erinnerlich, ein Depot in Schmuckgegenständen, ferner gängige Briefmarken; keine Briefmarkensammlungen. Ausserdem kamen grössere Mengen an Hartgeld, das entweder ausser Kurs oder in der Ausprägung nicht fertiggestellt war, zum Einschmelzen als Metall an Firmen oder Hüttenwerke, je nachdem es vom Reichsfinanzministerium verfügt wurde.

10) Soweit nicht, wie vorerwähnt, Devisenkurse maßgebend waren, sind die Gegenstände durch Schätzer, die vom Oberfinanzpräsidenten Berlin benannt worden waren (Uhren), begutachtet und Preise, die sich innerhalb der Preisstoppgrenzen hielten, festgelegt worden. Für Silberbarren und halbverarbeitetes Silber wurde der Preis durch die Preußische Staatsmünze

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Staatsmünze ermittelt und festgelegt. Das Schmuckdepot wurde der Städtischen Pfandleihanstalt Berlin zur Verwertung übergeben, wo die Gegenstände geschätzt und verwertet, der Gegenwert dem Beuteverwahrfonds der Reichshauptkasse überwiesen wurde.

Zu Frage 4: Soweit die bezeichneten Werte aus Beständen der Kriegsbeutestelle verwertet worden sind, sind die Erlöse dafür mit wenigen Ausnahmen dem Beuteverwahrfonds des Oberkommandos der Wehrmacht zugeflossen. Dieser Fonds wurde fortlaufend geführt, weil auch zu Unrecht beschlagnahmte Werte und reklamiertes Eigentum aus diesem ersetzt bezw. zurückvergütet wurden. Eine Übertragung des Fonds auf die Einnahmen des Reichshaushalts sollte in seiner Gesamtheit erst nach Kriegsende, wenn alle Verrechnungen in Einnahme und Ausgabe erfolgt sein würden, vorgenommen werden.

Die als Beuteerlöse gebuchten Beträge dürften Ende April 1945 etwa gegen 280 000 000 RM betragen. Dieser Betrag ist angenommen, weil die diesbezüglichen Bücher zur Zeit fehlen und nicht eingesehen werden können.

Zu Frage 5: Von den eingelieferten Werten sind vereinzelt Gelder, die zu Unrecht beschlagnahmt und von Kriegsgefangenen reklamiert worden waren, an Kriegsgefangenenlager zurückgegeben worden.

Eine Einlieferung von 12 Kisten Wertgegenständen des Fürsten von Monaco sind dem Auswärtigen Amt zwecks Rückgabe an den Eigentümer wieder zur Verfügung gestellt worden. Der Abtransport konnte aber durch das Auswärtige Amt infolge der Verkehrslage nicht mehr bewirkt werden, infolgesessen nahmen die am Schlusse des Berichts genannten russischen Kommandos die Sachen an sich.

Ferner wurde dem deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich der Schmuck einer Tänzerin, der zu Unrecht beschlagnahmt worden war, zur Aushändigung an die Besitzerin wieder herausgegeben.

Schliesslich wurden dem Zollgrenzschutz 1200 Uhren auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Diese Fälle sind aus dem Gedächtnis angeführt, um zeitraubendes Suchen in den Sachbüchern zu vermeiden, Sonst sind wesentliche Rückgaben nicht erfolgt.

Zu

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 187

Zu Frage 6: Die Kriegsbeuteangelegenheiten wurden im Reichsfinanzministerium in mehreren Abteilungen bearbeitet, und zwar kamen zwei Abteilungen besonders in Frage, einmal das Generalbüro als anordnende Stelle für Verwaltung und Verwertung der Wertpapiere und entscheidende Stelle für Angelegenheiten grundsätzlicher Art, ferner Abteilung VI als anordnende Stelle für Behandlung und Verwertung der sonstigen Beutewerte. In diesen Abteilungen sind auch Akten über Beuteangelegenheiten geführt worden, die uns aber in ihrer Einzelbezeichnung nicht bekannt sind.

In der Beantwortung der Fragen 2 und 3 ist angeführt, welche Werte von der Reichshauptkasse auf Dauer-Anweisung des RdF bei der Reichsbank und vereinzelt bei anderen Dienststellen veräussert oder verwertet wurden. Anders verhielt es sich bei Wertpapieren. Hier gab das Generalbüro des Reichsministers der Finanzen die Direktiven, dagegen bei Schmucksachen aller Art, Edelsteinen, Gold- und Silbersachen, Gebrauchsgegenständen einfacherer Art, ferner Sparbüchern, Wechseln, Schecken, Briefmarken und dergleichen die Abteilung VI.

Die von den einzelnen Dienststellen zur Einlieferung gekommenen Werte wurden jeweils in einem Depot erfasst und eingelagert. Nach der Aufnahme, Sichtung und Bearbeitung eines solchen Depots wurden die Devisen usw., wie eingangs erwähnt, an die Reichsbank zum Ankauf und zur Verwertung abgegeben. Die Wertpapiere wurden gemäß Weisung des Reichsministers der Finanzen vom 16. Mai 1942 A 2070 - 9038 GebB der Wertpapierabteilung der Reichsbank (Kontor für Wertpapiere) zur Verwaltung und Überwachung zugeführt, bei der Reichshauptkasse aber buch- und kartothekmäßig weiter im Bestand gehalten, bis sich eine Möglichkeit zur Verwertung durch die Reichsbank bot, was aber nur in sehr beschränktem Ausmaße eintrat. Schmucksachen, Perlen, Edelsteine usw., wie auch die einfacheren Gebrauchsgegenstände, wurden weiter bei der Reichshauptkasse eingelagert und in Verwahr gehalten.

Die Verwertungsanweisungen über diese Sachen wurden erst Ende Dezember 1944 und Ende März 1945 erteilt, wie dies aus den anliegenden Verfügungen des Reichsfinanzministeriums vom 19. Dezember 1944 - O 5221 A - 250/44 VIII und 26. März 1945 - O 5221 A 287/VIII hervorgeht. Sie konnten aber nur noch in ganz beschränktem Maße zur Durchführung kommen, so dass beim Einbruch der russischen Armeen diese Werte samt und sonders durch russische Offizierkommandos aus den Tresoren entnommen und weggeführt wurden. Inwieweit auch die bei der Reichsbank (heutiges Stadtkontor)

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Stadtkontor) lagernden fremdländischen Wertpapiere entnommen worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis, da auch von der Reichsbank keine positive Auskunft gegeben werden konnte.

Sehr viele der eingelagerten Depots waren noch nicht bearbeitet, vielmehr so , wie sie gekommen, mit Einlieferungsschreiben eingelagert worden. Sie wurden von den russischen Offizierkommandos einschliesslich der neueren Lagerbücher entnommen, so dass kein Anhalt mehr gegeben ist, was diese Sendungen enthielten. Bei den bereits bearbeiteten Depots geben die verbliebenen Sachbücher Auskunft.

Unter den vorerwähnten eingelagerten Depots befanden sich auch Einlieferungen nachbezeichneter Dienststellen, die erkennen lassen, dass die Werte zum Teil aus jüdischem Besitz stammen.

1. Reichssicherheitshauptamt Berlin vom 24.6.1944 -II B 1 Nr 9135/44 - 239 - 2 - ,
2. Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Shitomir vom 21.4.1944,
3. Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew vom 8.9.1943,
4. Devisenschutzkommando Frankreich vom 24.4.1944 -E Nr 209/42 -.

Diese Einlieferungsunterlagen befanden sich infolge schwebenden Schriftwechsels und Überprüfung ausserhalb der Tresore und sind dadurch bei der Reichshauptkasse verblieben. Sie stehen zur Einsichtnahme zur Verfügung.

gez. Fiebig gez. Lässig

An das Reichsfinanzministerium , Restverwaltung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Berlin W 8, 20.Dezember 1947
Leipziger Str.5-7

Betrifft: Kriegsbeutestelle

Bei der Reichshauptkasse wurde trotz ihres Widerstrebens im November 1939 die Kriegsbeutestelle auf Anordnung des Reichsfinanzministeriums eingerichtet, während im ersten Weltkrieg die Kriegsbeutestelle eine Dienststelle des Kriegsministeriums war. Die Kriegsbeutestelle krankte von der Einrichtung an bis zum Schluß an Personalmangel. Sie wurde sehr bald mit Einlieferungen aus dem Felde überschüttet, erhielt aber trotz zahlreicher Anträge an das Ministerium nie das zur ordnungsmäßigen Aufarbeitung erforderliche Personal, so daß sich die Beutestelle vielfach darauf beschränken mußte, die eingelieferten Mengen ungeordnet in den Tresoren aufzustapeln. Das gesamte Personal der Reichshauptkasse betrug annähernd 200 Personen, während sich das der Kriegsbeutestelle durchschnittlich auf 6 Beamte und 1-2 Schreibkräfte belief.

Die Kriegsbeutestelle hat sich als Treuhänder für die eingelieferten Werte betrachtet und sie nach und nach in Depotverzeichnisse aufgenommen. Über jedes Depot wurde dem Reichsfinanzministerium - Abteilung VI ein Depotverzeichnis eingereicht und um Anordnung über die Verwendung gebeten. Ohne schriftliche Verfügung des RFM oder des OKW wurde nichts herausgegeben oder

zur

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

zur Verwertung gebracht. Die Aufsicht über die Beutestelle führte neben dem Referat M a e d e l das Generalbüro des RFM. Die Bestände wurden einer häufigen Prüfung und Besichtigung durch den Kassenaufsichtsbeamten und Referenten des Generalbüros P a t z e r sowie durch Angehörige der Abteilung VI des RFM Dr.M a e d e l, Dr.E y l e r t, Dr.S c h w a r z a t, Dr.C a s d o r f und andere und die Sachbearbeiter des Beutereferats unterzogen, kurz, die Reichshauptkasse verfügte nie selbständig, sondern auch in der kleinsten Angelegenheit nur nach Weisung des RFM, das über alle Eingänge laufend unterrichtet wurde.

Die zu dem Bericht vom 17.Januar 1946 gemachten Bemerkungen erwecken den Eindruck, als suche man die Verantwortung vom RFM auf die Reichshauptkasse zu verlagern. Das gilt besonders von der Fragestellung betreffend die "Reinhardt=Aktion". Der Ausdruck ist mir und dem Leiter der Beutestelle, Amtsrat L ä s s i g völlig unbekannt. Ich nehme an, daß es sich bei der Ablieferung von Wertsachen getöteter Juden um eine Aktion innerhalb Deutschlands und um die Konzentrationslager handelt. Dazu ist zu bemerken, daß der Reichshauptkasse nur Sendungen aus dem Auslande, d.h. aus den besetzten Gebieten zugegangen sind, und zwar in der Hauptsache von militärischen Stellen. Der Reichswirtschaftsminister ließ dagegen die beschlag-

nahmten

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

nahmten Wertsachen der Juden an die Städtische Pfandleihe abliefern (auf die Geldablieferungen dieser Stelle komme ich später zu sprechen). Auch ist aus Zeitungsberichten über den Prozeß in Nürnberg gegen den Wirtschaftsminister bekannt geworden, daß die Wertsachen der getöteten Juden an die Reichsbank abgeliefert wurden. Dabei scheint es sich um die Reinhardt=Aktion gehandelt zu haben. Der Reichswirtschaftsminister erhob sogar Einspruch, wenn militärische Stellen Judensachen statt an die Pfandleihe an die Reichshauptkasse geleitet hatten, ebenso der Wirtschaftsstab Ost, die Wirtschaftsinspektion Mitte und andere Stellen im Osten; vgl. Belege 1-3. Ich selbst habe mich in einzelnen Fällen geweigert, - wenn nicht Verfügungen des RFM vorlagen, wie die als Beleg 4 beigefügte vom 28.April 1941 - Sendungen, die nicht eindeutig als Beutegut erkennbar waren, anzunehmen; vgl. zu 3)am Schluß.

Über die Bemerkungen zum Bericht der Reichshauptkasse vom 17.Januar 1946 ist folgendes festzustellen:

Zu 1) Die Verfügungen über die Behandlung der Beute stammen vom OKW und dem Generalbüro des RFM. Beide erhielten Meldungen über die eingegangenen und beim Beutefonds gebuchten Beträge.

Zu 2) Die aus Polen eingelieferten Werte wurden vollständig der Haupttreuhandstelle Ost gemäß Verfügung des RFM vom 26.August 1942 - O 5870 - 192 VI (Beleg 5) ausge-

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

ausgeliefert mit Ausnahme des Silbers aus der Polnischen Staatsmünze, worüber weiter unten die Rede ist.

Zu 3) Verfügungen über die Einbeziehung des Reichsführers=SS und der ihm nachgeordneten Dienststellen haben bestanden, können aber wegen Unvollständigkeit des der Restverwaltung verbliebenen Aktenmaterials -mit Ausnahme der als Beleg 4 beigefügten grundsätzlichen Verfügung vom 28.April 1941 - O 1460 A - 833 V- nicht beigebracht werden. Weitere Verfügungen sind sicher in den Akten des Generalbüros und der Abteilung VI enthalten, die mir nicht zugänglich sind. Ich überreiche aber eine Meldung an das Referat W e i ß wegen Bescheidung des vom Reichsführer=SS im Frühjahr 1940 gestellten Ersuchens, die Erlöse aus der Beute ihm zu sozialen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Auf diese Meldung ist mir vom Referenten P a t z e r mündlich gesagt worden, daß der Reichsführer=SS durch das RFM dahin beschieden worden sei, daß der Erlös sämtlicher Einlieferungen dem Beutefonds zugeführt werden müsse, über dessen Verwendung am Ende des Krieges bestimmt werde. Über die Einlieferungen der fraglichen Dienststellen wurden ebenfalls Depotverzeichnisse aufgestellt und dem RFM zur Entscheidung vorgelegt, vgl. als Beispiel das beiliegende Depotverzeichnis L 1891 vom 13.Juni 1942 über Einlieferungen der Sicherheitspolizei; Beleg 7. Bei der nach dem Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an den Reichs-

minister

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

minister der Finanzen xxxxxxxxxx xxxxxxxxx vom 15.Mai 1941 - II 114/41 erfolgten Beuteeinlieferung waren Ministerialrat Dr.Maedel und Referent Patzer persönlich zugegen. Ich bitte, daraus zu entnehmen, daß die zuständigen Stellen im RFM mit der Ausdehnung auf die Dienststellen des Reichsführers=SS einverstanden waren. Im Anfange habe ich übrigens persönlich versucht, die Einlieferungen der Sicherheitspolizei, an denen das Reichswirtschaftsministerium irgendwie interessiert war, an die im Auftrage dieses Ministeriums handelnde Städtische Pfandleihe abzuleiten. Dies ist z.B. in einem Falle, über den hier noch Akten vorliegen, geschehen, nämlich mit einer Sendung der G e s t a p o, Leitstelle B r ü n n, im November 1941. Über die Verwendung dieses Transports (6 Kisten) wurde in Gegenwart von Dr.S c h w a r z a t vom RFM und eines Gerichtsassessors vom RWM verhandelt. Ich lehnte die von Dr.Schwarzat befürwortete Annahme ab, so daß der Beauftragte des RWM die Abnahme der Kisten durch die Pfandleihe anordnen mußte.

Zu 4) Daß Einlieferungen aus jüdischem Besitz stammten, wurde von den einliefernden Stellen angegeben und dem RFM in jedem Falle angezeigt, vgl. z.B. das Depotverzeichnis Nr L 1891 (Beleg 7), oder die Liste der Sicherheitspolizei und des SD in Belgrad zum Bericht vom 31.Mai 1944 an das Referat Dr.Maedel; Beleg 8.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

In dieser Liste sind die aus jüdischem Besitz stammenden Gegenstände mit einem "J" und die von Staatsfeinden mit "St" bezeichnet, vgl. auch das Schreiben des RFM vom 19.Juni 1943 - O 5210 Serb.- 8 VI. Betont sei nochmals, daß die Einlieferungen jüdischen Besitzes nur aus dem Auslande stammten, und daß, wie im Bericht vom 17.Januar 1946 zu 1 angegeben ist, nie zu ersehen war, in welcher Weise die Beute gemacht oder die Beschlagnahme der Werte durchgeführt worden war. Insbesondere war nicht ersichtlich, ob Exekutionen oder dergleichen stattgefunden hatten.

Ich darf wohl die Gegenfrage stellen, welche Gedanken haben sich die zuständigen Stellen im Ministerium über das ihnen zugegangene Material gemacht ? Eine Anweisung zu Rücklieferungen ist nie ergangen.

Zu 5) "In der Folgezeit" heißt, etwa von 1941 ab; vgl. die Verfügung des RFM vom 28.April 1941 - Beleg 4. Im übrigen wird auf Ziffer 3) und die beigefügten Verzeichnisse Bezug genommen.

Zu 6) Die Gutschriften von der Städtischen Pfandleihanstalt erfolgten auf Anweisung des RFM vom 23.Dezember 1943 - O 5400 - 271/43 VIa. Ich nehme an, daß sich die bei mir vorausgesetzten Gedanken die anweisende Stelle im Reichsfinanzministerium vorher

gemacht

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

gemacht hat, das wohl auch bei der Veranschlagung des Einzelplans XVII Kapitel 7. Titel 3 "Einnahmen aus der Verwaltung und Verwertung von Vermögen, das dem Reich durch Einziehung, Verfallerklärung oder ähnliche Rechtsakte angefallen oder von ihm beschlagnahmt ist", Haushaltssoll 260 Millionen Reichsmark, an die Verwertung von Judenbesitz gedacht haben mag. Die Reichshauptkasse hatte nur die angeordneten Buchungen vorzunehmen, Buchungen, die in der Anweisung vom RFM als sachlich richtig bezeichnet worden waren.

Zu 7) Fälle, in denen die Ablieferungsberichte erkennen ließen, in welcher Weise die Beute gemacht war, sind z.B. im Bericht an das Generalbüro vom 12.April 1943 (Beleg 9) aufgeführt. Wie schon mehrfach gesagt, wurde das Reichsfinanzministerium in jedem Depotverzeichnis über die Angaben der einliefernden Stellen unterrichtet.

Zu 8) Das Schreiben der Reichshauptkasse vom 12.April 1943 (Beleg 9) und die Aufstellung vom 31.Mai 1944 nebst der zugehörigen Verfügung des Reichsfinanzministeriums vom 19.Juni 1943 - O 5210 Serb.- 8 VI (Beleg 8) sind beigefügt.

Zu 9) Sämtliche Verfügungen über die Abgabe von Werten gingen vom Reichsfinanzministerium aus. Wenn Privatbesitz zurückgegeben werden sollte, wirkte meist das OKW mit. Die Überführung von Silber in die Preußische

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Staatsmünze und an die Deutsche Gold= und Silberscheideanstalt vorm. Roesler (D e g u s s a) wurde durch das RFM mit Verfügung vom 11.Februar 1942 - F 5253 - 149 GenB und einige spätere Verfügungen dieser Art angeordnet. Der Beuteverwahrfonds des OKW hatte die Bedeutung, daß die Entscheidung über den Bestand erst bei Kriegsende erfolgen sollte. Er sollte u.a. offen bleiben, um Rückzahlungen für beschlagnahmten Privatbesitz zu ermöglichen.

Zu 10 a) Richtig.

Zu 10 b) Wegen der Verwendung des Silbers vgl.Ziffer 9). Das Silber stammte zum größten Teil aus der Polnischen Staatsmünze und einem in Frankreich durch ein Sonderkommando des Auswärtigen Amts herrenlos aufgefundenen Eisenbahnwaggon. Erwähnt sei, daß auf Veranlassung des Ministers an den Hofjuwelier W i l m Silber zur Anfertigung von Repräsentationsgegenständen gegen Bezahlung ausgeliefert wurde und daß an den Minister auch silberne Drehbleistifte gegen Erstattung des Schätzungswertes geliefert wurden.

Zu 10 c) Richtig. Es ist nur ein ganz geringer Teil der Bestände geschätzt worden, z.B. Uhren und einige Edelsteine, wenn sie verkauft werden sollten.

Zu 10 d) Der Auftrag zur Verwertung der Schmucksachen durch die Städtische Pfandleihanstalt wurde durch persönliche Verfügung des Herrn Ministers vom 19.Dezember

1944 -

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

1944 - O 5221 A - 250/44 VIII erteilt. Abschrift nebst einer Verfügung an die Oberfinanzpräsidenten in der gleichen Frage wird beigefügt (Beleg 10). Der Verfügung lagen die durch die Beutestelle eingereichten, durch die Abteilung VI des RFM geprüften Depotverzeichnisse, auch die über jüdischen Besitz, zu Grunde.

Zu 10 e) Soweit eine Verwertung vorgenommen wurde, flossen die Erlöse ohne Ausnahme dem Beuteverwahrfonds des OKW zu. Einen Beuteverwahrfonds der Reichshauptkasse gibt es nicht. Der Irrtum ist dadurch entstanden, daß der Fonds manchmal Beutefonds des OKW, manchmal Beutefonds der Reichshauptkasse genannt wurde.

Zu 10 f) Der Beutefonds des OKW belief sich zuletzt auf etwa 280 000 000,- RM. Hiervon entfallen, nach dem Gedächtnis geschätzt, auf Verwertungen durch die Reichshauptkasse etwa 10 000 000,- RM, der Rest ist aus Umbuchungen über die durch die Truppen in den besetzten Gebieten beschlagnahmten und als Kassenbestandsverstärkungen verwendeten Geldmittel entstanden.

Zu 11) Die dem Zollgrenzschutz übergebenen 1 200 Uhren entstammten den Beutebeständen; die Abgabe wurde durch Verfügung des RFM vom 17.August 1944 - O 5221 A - 235/44 VI angeordnet.

Zu 12) Die Akten über Beuteangelegenheiten des Generalbüros und der Abteilung VI stehen mir nicht zur Verfügung.

Zu 13)

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zu 13) Die Reichsbank hat sehr wenig Wertpapiere aus den ihr von der Beutestelle übergebenen Stücken verwerten können, weil der Absatz nicht möglich war oder die Stücke mit Opposition belegt waren. Ein Prozentsatz kann nicht angegeben werden, weil der Gesamtwert buchmäßig nicht festgehalten werden konnte. Der eingegangene Erlös ist auf höchstens 50 000,- RM zu schätzen. Die Papiere liegen wahrscheinlich noch bei der ehemaligen Reichsbank. Über das Verfahren vgl. Verfügung des RFM vom 16.Mai 1942 - A 2070 - 9038 GenB; Beleg 11a.

Zu 14) Der Prozentsatz an verwerteten Wert= und Schmucksachen kann nicht ermittelt werden, weil der Gesamtwert der in den Tresoren lagernden Beutesachen nicht festgestellt wurde, zumal ein großer Teil der eingelieferten Depots wegen Personalmangels nicht aufgearbeitet werden konnte. Wegen des geschätzten Wertes der verkauften Gegenstände von 10 000 000,- RM siehe Ziffer 10 f). Die Verfügungen vom 19.Dezember 1944 (Beleg 10) und 24.März 1945 (Beleg 11) werden überreicht.

Die geschätzten, durch die Beutestelle erlösten 10 000 000 RM sind in der Hauptsache durch die an die Reichsbank abgelieferten Devisen und das Hartgeld (Goldmünzen usw.) sowie durch den Preis für das der Rüstungsindustrie zugeführte Silber entstanden. Ein

nennens-

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

nennenswerter Verkaufserlös durch die Städtische Pfandleihe auf Grund der Verfügung des Ministers vom 19.Dezember 1944 ist nicht erzielt worden, weil die Beutestelle die Pfandleihe infolge Bombenbeschädigung nicht für leistungsfähig hielt. Ihr wurden versuchsweise von der Beutestelle auf 100 000 RM geschätzte Werte übergeben, der Erlös betrug 5 000 RM. Das wurde dem RFM angezeigt, worauf z.T. wohl die Verfügung an den Oberfinanzpräsidenten Berlin vom 26.März 1945 (Beleg 11) zurückzuführen ist. Diese Verfügung kam nicht mehr zur Durchführung, so daß die Beute in den Tresoren bei der Einnahme von Berlin im Mai 1945 durch die Rote Armee beschlagnahmt wurde.

Zu 15) Wegen der Werte aus jüdischem Besitz, die dem RFM bekannt waren, beziehe ich mich auf die Beantwortung der Frage 4). Ich nehme an, daß sich die zuständigen Stellen des RFM auf Grund der Depotverzeichnisse der Beutestelle und bei sonstigen Besichtigungen der Bestände darüber ihre Gedanken gemacht haben. Die Beutestelle konnte von sich aus die aus den besetzten Gebieten durch die Eisenbahn eingegangenen Werte nicht zurückgehen lassen, sondern war gezwungen sie wegen Verlustgefahr zu verwahren. Das dürfte jedermann einleuchten.

Zum Schluß möchte ich zu dem ganzen Fragenkomplex folgendes bemerken:

Es wirkt, gelinde gesagt, eigentümlich, wenn an

einer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

einer Dienststelle, die auf Anordnung des Ministeriums die Beutesendungen in Empfang nehmen und verwalten mußte, nun nachträglich herumgedeutelt wird, ob sie etwa ein Verschulden bei der ganzen Angelegenheit treffen könnte. Für die Plünderung und den Raub öffentlichen und privaten Eigentums in Deutschland und in den überfallenen Ländern sind die Regierung und die Leute verantwortlich, die die Befehle hierzu gegeben haben; vgl. z.B. die aufschlußreichen Berichte des Devisenschutz=Kommandos Frankreich vom 14.März und 24.April 1944 (Belege 12 und 13) über die auf Befehl des Reichsmarschalls und des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete ausgeführten Beschlagnahmungen. Diese Sendungen gingen ein und mußten notgedrungen angenommen und im Motorenkeller untergebracht werden mangels Raum in den Tresoren. Sie konnten wegen Zeit= und Personalmangels nicht bearbeitet oder untersucht werden. Die vom RFM angeregte Unterbringung beim Oberfinanzpräsidenten war nicht möglich.

Die Beutestelle der Reichshauptkasse kann sich das Zeugnis ausstellen, daß sie die eingelieferten Werte als Treuhänder ehrlich und nach bestem Gewissen verwaltet hat und darauf hielt, daß nichts auf unrechtmäßige Weise abhanden kam, damit am Schlusse des Krieges reklamiertes Privateigentum sollte zurückgegeben werden können. Daß die Bestände schließlich in die Hände der Roten Armee fielen, konnte sie nicht verhindern.

Im vorstehenden dürfte nach jeder Richtung hin bewiesen sein, daß die Verantwortung für diese Dinge bei anderen Stellen, nicht aber bei der ehemaligen Reichs-

haupt-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

hauptkasse oder der ihr angegliederten Beutestelle liegt, die nur die Anweisungen des Ministeriums auszuführen hatte.. Vor Gericht würde also durch Rückgriff auf den Unterzeichneten oder die Beamten der Beutestelle eine Entlastung des Ministeriums kaum erfolgen, eher könnte sich das Gegenteil, also eine Belastung ergeben.

Fürbringer

ehem.Direktor der Reichshauptkasse

Fürbringer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-20 / 03 - 195

Hamburg, 26.5.1948

Anmerkung zu der Aufzeichnung über die
Mefowechsel
vom 20. Juli 1946

Von dem unter Ziffer 4 genannten Betrag von 1.000 Mill.RM entfallen als Haushaltsansatz für die Tilgung der Mefowechsel im Einzelplan XIV - Reichsschuld - Kapitel 6 "Ablösung von kurzfristigen Verbindlichkeiten" im Rechnungsjahr

1939	500,--	Mill.RM
1940	575,3	" "
1941	650,--	" "
1942	710,--	" "
1943	640,--	" "
1944	650,--	" "
1945	725,--	" " +)

+) nur Voranschlag; ein Haushaltsplan wurde für 1945 nicht mehr verabschiedet.

Die tatsächlichen Tilgungsbeträge ergeben sich aus Seite 2 der Aufzeichnung.

Die für die Verzinsung der Mefowechsel erforderlichen Mittel waren im Einzelplan XIV Kap.3 Tit.2 "Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse aufgenommenen Mittel" mit veranschlagt worden.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

A b s c h r i f t

Berlin, den 20. Juli 1946

Betrifft: Mefo-Wechsel
Eine zeitliche und zahlenmässige Übersicht über die Ausstellung und Einlösung von Mefo-Wechseln.

1. Im Zusammenhang mit der Geldbeschaffung für Rüstungszwecke wurden seinerzeit besondere Rüstungswechsel, auch Sonderwechsel oder Mefo-Wechsel genannt, in den Verkehr gebracht. Zur Verwaltung dieser Wechsel wurde um 1935 herum vom Oberkommando der Wehrmacht die "Metallurgische Forschungsgesellschaft G.m.b.H." - genannt "Mefo" - in Berlin gegründet. Die von den einzelnen Wehrmachtteilen (Heer, Luftwaffe, Marine) mit Lieferungsaufträgen versehenen Firmen zogen den Wechsel auf die Mefo, die sie mit Akzept versah und an die Reichsbank weiter leitete. Die Reichsbank diskontierte diese Wechsel und gab sie, soweit sie diese nicht selbst in ihr Portefeuille nahm, an andere Bankinstitute weiter, die sie als Geldanlage benutzten. Die Laufzeit der Wechsel betrug 3 Monate; sie waren aber mit zahlreichen, sich auf mehrere Jahre erstreckenden Prolongationen versehen.

2. Die Höhe der in den einzelnen Jahren in Verkehr gebrachten Wechsel ergibt sich aus der beigefügten Übersicht. Danach war der Höchststand im Jahre 1938 mit 12 Milliarden RM. Hiervon wurden fällig:

1939 =	3,2
1941 =	3,6
1942 =	2,6
1943 =	2,6
	12,0 Milliarden RM.

3. Am 1.April 1938 wurde die Neubegebung von Mefo-Wechseln eingestellt.

4. In den Jahren 1935 und 1936 haben aus finanztechnischen un anderen Gründen bereits Einlösungen stattgefunden. Ebenso mussten Wechsel von solchen Unternehmern, die sich in Zahlungsschwierigkeiten befanden, vorzeitig eingelöst werden. Die Mittel hierfür hat das Reichsfinanzministerium besonders zur Verfügung gestellt. Genauere Zahlenangaben darüber können nicht gemacht werden, da die Unterlagen fehlen. Ab 1939 fanden planmässige Tilgungen statt in der Weise, dass in den Haushalt der Reichsschuld - Einzelplan XIV - jährlich 1.000 Mill.RM zur Verzinsung und Tilgung der Mefowechsel eingesetzt wurden mit dem Ziel, unter Berücksichtigung der ersparten Zinsen die gesamten Mefowechsel innerhalb rd. 17 Jahren zu tilgen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Im Interesse einer schnellen Tilgung der Wechsel hat die Reichsbank ab 1. Januar 1939 dem Reichsfinanzministerium einen Teilbetrag von 1% des Wechseldiskonts zur zusätzlichen Tilgung zur Verfügung gestellt.

5. 1938 betrug der Wechselumlauf 12.000,- Mio RM

Getilgt wurden im Rechn.Jahr 1939 ..616,5 Mio RM
" " " 1940 ..655,1 " "
" " " 1941 ..631,2 " "
" " " 1942 ..632,7 " "
" " " 1943 ..655,2 " "
" " " 1944..665,3 " " 3.856,0 " " ,

so dass bei Kriegsende noch Wechselverbindlichkeiten in Höhe von . . . . . 8.144,- Mio RM verblieben, die einen Teil der schwebenden Schuld des Reichs darstellen.

Das Original dieser Aufzeichnung ist von dem früher im Reichsfinanzministerium im Referat für Schuldenangelegenheiten tätigen Amtsrat Strelow gefertigt worden.

Walter Genske
Amtsrat
Nürnberg, 25. 6. 1948.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

A b s c h r i f t

Ü b e r s i c h t

über den Stand des Umlaufs an M e f o - W e c h s e l n

am 30. 3.1935	2 145	Mill.RM
31. 3.1936	4 860	" "
31. 3.1937	9 312	" "
31. 3.1938	12 000	" "
31. 3.1939	11 933	" "
31.10.1939	11 668	" "
30. 3.1940	11 444	" "
31.10.1940	11 072	" "
31. 3.1941	10 767	" "
31.10.1941	10 458	" "
31. 3.1942	10 098	" "
31.10.1942	9 835,	" "
31. 3.1943	9 483	" "
31.10.1943	9 161	" "
31. 3.1944	8 833	" "
31.10.1944	8 474	" "
28. 2.1945	8 144	" "

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Abschrift.

Auszugsweise Abschrift

M e r k b l a t t 1936

fuer die Abwicklung des Wechselgeschaefts im Geschaeftsverkehr mit der Metallurgischen Forschungsgesellschaft m.b.H.

(Mefo)

---

1. Gestaltung der Wechsel

a) Aussteller: Die mit der Ausfuehrung der Arbeiten beauftragte Unternehmerfirma.

b) Bezogener und Annehmender: Metallurgische Forschungsgesellschaft m.b.H.

c) 1. Girant : Der Aussteller mit Blankogiro.

d) Zahlstelle: Zahlbar bei dem Girokontor der Reichshauptbank in Berlin zu Lasten des Girokontos von Metallurgische Forschungsgesellschaft m.b.H.

2. Einreichung

.....

Die Erstziehung lautet auf den Betrag, den die Unternehmer - firma auf Grund ihres Auftrages zu erhalten hat, erhoeht um den bei der Ausstellung der Erstziehung jeweils gueltigen Reichsbankdiskontsatz, berechnet fuer ein halbes Jahr (z.Zeit 2 v.H.). Bei den Prolongations - stuecken ist dieser Zuschlag nicht anzusetzen. Alle anderen ueber den Rahmen der Auftraege hinausgehenden Erhoehungen der Wechselsumme sind unzulaessig.

Die Mefo fuellt den Verfalltag so aus , dass die Erstziehung bei Rueckgabe an den Aussteller noch eine Laufzeit von 6 Monaten, die Prolongationen daran anschliessend nacheinander Laufzeiten von 3 Monaten haben. Die Mefo akzeptiert die Erstziehung und gibt sie mit dem Blankogiro der Handelsges. fuer Industrie-Erzeugnisse m.b.H. unter Einschreiben dem Aussteller oder sonst Berechtigten (Pfaendung, Abtretung usw.) zurueck, der sie bei Verfall (nach 6 Monaten) der Zahlstelle -vgl.Ziff. 1 d - zur Zahlung vorlegt. Es steht ihm jedoch frei, die Erstziehung bereits frueher bankmaessig zu verwerten. Die Reichsbank ist bereit ,die Erst - ziehung von dem nach dem Bankgesetz fruehestens zulaessigen Zeitpunkt ab, d.h. innerhalb der letzten drei Monate der Laufzeit zu diskontieren.Die dem Reichsanleihekonsortium angeschlossenen Kreditinstitute sind ueber die Diskontfaehigkeit unterrichtet.

Die Prolongationsstuecke werden von der Mefo in ein Treuhand - depot gelegt und bei Verwendung als Prolongationspapiere akzeptiert.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

3. Anzahl der Prolongationsstuecke.

Mit der Erstziehung sind so viele Prolongationsstuecke einzureichen , dass das letzte Stueck bei Zugrundelegung der dreimonatigen Laufzeit im Vierteljahr Januar bis Maerz 1939 faellig wird.Eine Aenderung dieses Zeitpunktes bleibt vorbehalten.

Demnach sind den Zahlungsanforderungen jeweils ausser der Erstziehung Prolongationsstuecke in folgender Anzahl beizufuegen :

bei Einreichung	bis	25.Maerz 1936			10 Stueck
"	"	vom 26.Maerz	bis	25.Juni 1936	9 "
"	"	" 26.Juni	"	25.Sept.1936	8 "
"	"	" 26.Sept.	"	25.Dez. 1936	7 "

usw.

4. Wechselsteuerkosten.

Die vom Aussteller zu verauslagenden Wechselsteuerkosten werden bei Rueckgabe der Erstziehung an den Aussteller von der Mefo erstattet.

5. Sicherheit

Die Wechselverbundenen werden nicht in Anspruch genommen.

6. Stueckelung

Die Betraege der einzelnen Wechsel duerfen 2 Millionen Reichsmark nicht uebersteigen.

Die Wechselverbundenen sind verpflichtet , auf Anforderung der Mefo ueber den Betrag , fuer den sie sich insgesamt wechselmaessig verpflichtet haben , gegen Aushaendigung der eingereichten Prolongationswechsel Verlaengerungsabschnitte in anderer Stueckelung einzureichen.

.....

Fuer die Richtigkeit der
Abschrift :
Braunschweig ,den 17.3.1948
gez. Unterschrift
Reichsbankoberinspektor.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

A b s c h r i f t

E r l a e u t e r u n g z u m M e r k b l a t t 1936

Nach Mitteilung der Reichsbank haben die Massnahmen zur Arbeits - beschaffung und der Aufbau der Wehrmacht seit laengerer Zeit eine starke Geldfluessigkeit herbeigefuehrt. Es erscheint deshalb moeglich und an - gezeigt, das Mefo- Zahlungsverfahren dieser Lage und den auch im privaten Geschaeftsverkehr ueblichen Gepflogenheiten anzupassen.

Urspruenglich wurde den am Mefo-Verfahren beteiligten Firmen auf Grund des von ihnen ausgestellten Wechsels sofort der Betrag ihrer Forderung ueberwiesen. Vom 15.Februar 1936 ab wird, wie folgt, verfahren : Die Firmen erhalten statt Ueberweisung des Betrages ihrer Forderung den von ihnen gezogenen, nach 6 Monaten faelligen Wechsel mit dem Akzept der Mefo zurueck. Dem Betrag der Forderung werden Zinsen in Hoehe des Reichsbankdiskonts zugeschlagen,damit die Firmen durch die spaetere Faelligkeit des Wechsels keinen Schaden erleiden. Die Firmen haben nun die Moeglichkeit, das Mefo-Akzept als guenstige Geldanlage zu verwenden oder es bankmaessig zu verwerten. Die Reichs - bank ist zu dem nach dem Bankgesetz fruehestens zulaessigen Zeitpunkt, d.h. innerhalb der letzten 3 Monate der Laufzeit, zur Diskontierung der Wechsel jederzeit bereit. Ueber diese Diskontfaehigkeit sind die dem Reichsanleihekonsortium angeschlossenen Kreditinstitute unter - richtet.

Die Einzelheiten des neuen Verfahrens ergeben sich aus dem Merkblatt 1936.

Fuer die Richtigkeit der
Abschrift :
Braunschweig , den 17.Maerz 1948
gez.Unterschrift
Reichsbankoberinspektor.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 200

Berlin-Lichterfelde, Kadettenweg 35 den 10. Januar 1948.

3 Anl.

Sehr verehrter Herr v. Zitzewitz!

Anliegend übersende ich Ihnen das erbetene Adressenverzeichnis.

Ein "Merkblatt" über Mefowechsel existiert nicht. Ich habe aus den Originalakten des R.F.M. über die Mefowechsel ein kurzes Rechtsgutachten von Bayrhoffer zu einem Schreiben der Reichsbank abgeschrieben, aus dem sich der Charakter der dery Reichsbank gegenüber übernommenen Garantie für die Mefowechsel ergibt. */

Herr Dr. Siegert, der etwas ängstlich ist, bittet, diese Abschrift ~~dirft~~ nicht im Wortlaut dem Nürnberger Gericht vorzulegen, was ja wohl auch nicht beabsichtigt war.

Herr Hedding, den ich gestern wegen einiger Adressenbestätigungen aufsuchte, ist infolge eines Falles ~~infolge~~ bei der Glätte nicht auf der Höhe und kann schlecht schreiben, er bittet für seinen Beitrag noch um etwas Geduld.

Für etwa gewünschte mündliche Besprechung stehe ich jederzeit nach Anruf bei der Reichsschuldenverwaltung zur Verfügung, wo ich von 11-1 Uhr fast immer zu erreichen bin. (97 81 41 und 97 81 42)

Mit verbindlichem Gruss Ihr sehr ergebener

Victor v. Klewitz

P.S. Herr Wever wohnt Berlin-Dahlem, Gelfertstr. 14a.

*) Falls weitere Auskünfte über dieses Thema erwünscht, würde R.A. Fritzsch die gewünschten Punkte genau angeben.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

I. Anschriften.

Die gewünschten Anschriften, soweit sie nach den angestellten Ermittelungen von mir festgestellt werden konnten, sind folgende:

1. Patzer gest. durch Freitod Mai 1947

Weiss ist nicht Nachfolger, sondern Vorgänger von Patzer

Wohnung: Berlin-Schlachtensee, Wasgenstr. 29

2. Bender, wichtig als Militärreferent des R.F.M.

(16) Dorf Güll, Post Liech, Oberhessen

Fry, Mitarbeiter von Bender: jetzt Referent in der Zentralfinanzverwaltung, Berlin-Schlachtensee, Ilsensteiner Weg 16a

3. Nitschke, Oberregierungsrat, Hamburg, Esplanade 6

4. Burmeister, Ministerialrat, (1a) Volzum über Braunschweig, Kreis Wolfenbüttel

5. Ministerialräte Schmidt-Schwarzenberg und Delbrück, beide Hamburg 36, Esplanade 6.

6. Bitke unbekannt

7. Oermann, Oberregierungsrat, Oldenburg i.O., Rosenstr. 38

8. Trapp, Ministerialdirigent, Kirn an der Nahe, Pfalz.

Kratz unbekannt.

9. Schalles, Miniterialrat, Berlin-Zehlendorf, Gebweilerstr. 9.

10. Eckardt, noch in englischer Gefangenschaft

11. und 12 Ministerialräte Mädel und Eylert, beide noch in russischer Gefangenschaft, ob noch lebend zweifelhaft.

II. Mefowechsel.

Ein "Merkblatt" über Mefowechsel konnte in den Akten nicht ermittelt werden und existiert offenbar nicht. Anl. ist Abschrift eines Votums des Referenten Ministerialdirigenten Bayrhoffer zu einem Schreiben der Reichsbank vom 5. Juni über den Rechtscharakter der Mefowechsel-Garantie des Reiches gegenüber der Reichsbank beigefügt.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Abschrift

Reichsbank-Direktorium
Nr.603 g.

3 Ausfertigungen
3.Ausfertigung
Berlin SW 111, den 5. Juni 1936

Zu dem uns mit Schreiben vom 2.Mai d.Js.-Nr.I 9895- übersandten und in der Ressortbesprechung am 6.Mai d.Js. beratenen Entwurf einer Dritten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen bemerken wir ergebenst folgendes:

1. Zu Artikel 3, Absatz 2, Buchst.a).

Wie wir bereits in unserem Schreiben vom 5.Mai -Nr. I 6541- ausführten, müssen wir Wert darauf legen, dass auf die Unterbringung der Akzepte der Metallurgischen Forschungsgesellschaft mbH. mit einer Laufzeit von über drei Monaten ausreichend Rücksicht genommen wird. Aus diesem Grunde hatten wir bestimmte Ergänzungsvorschläge gemacht. Wenn wir uns nunmehr bereit erklären, auf eine entsprechende Änderung des Artikels zu verzichten und der vorgesehenen Fassung zuzustimmen, so setzen wir dabei voraus, dass Kredite gegen Akzepte der Metallurgischen Forschungsanstalt m.b.H. als "von dem Reich sonst gesicherte Kredite" anzusehen sind und aus diesem Grunde von den Vorschriften der §§ 9, 12 und 13 auf Grund der bereits bestehenden bezw. in Artikel 4 der Dritten Durchführungsverordnung zu erlassenden Bestimmungen nicht erfasst werden. Wir dürfen bitten, uns zu bestätigen, dass Sie dieser Auffassung beitreten.

2. Zu Artikel 4, Buchst.a).

Wir haben davon Kenntnis genommen, dass die von uns mit Schreiben vom 5. Mai d.J. -Nr. I 6541- angeregte Wiederherstellung der alten Fassung

"Kredite, die an das Reich oder die Länder gewährt oder von diesen verbürgt oder von diesen sonst gesichert sind"

in der Besprechung vom 6. Mai d.Js. vorgesehen worden ist.

3. Zu Artikel 4, Buchst,b).

Es erscheint untunlich, an dieser Stelle von einer Rediskontzusage der Reichsbank zu sprechen; wir bitten daher, den letzten Satz wie folgt zu fassen:

"Das gleiche gilt für Wechsel, auf die hinsichtlich der Wechselverbundenen oder der sonstigen Besicherung die Voraussetzungen für einen Ankauf durch die Reichsbank zutreffen".

Im übrigen erklären wir uns mit der Fassung der Durchführungsverordnung einverstanden.

~~0 6 1 2 6~~

Abschrift

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Abschrift dieses Schreibens haben wir dem Herrn Reichskommissar für das Kreditwesen und dem Herrn Reichsminister der Finanzen übersandt.

R e i c h s b a n k d i r e k t o r i u m
Unterschriften

An den Herrn Reichs- und Preussischen Wirtschaftsminister,
z.Hd.von Herrn Geheimrat Dr. Kohler, Berlin W 8. Taubenstr.16-18.

Abschrift übersenden wir mit der Bitte um Kenntnisnahme.

R e i c h s b a n k d i r e k t o r i u m

An den Herrn Reichsminister der Finanzen
z.Hd.von Herrn Ministerialrat Prause, Berlin W.8.

Eilt!

U.R.

Herrn M.R. Bayrhoffer

ergebenst mit der Bitte um Stellungnahme zu Ziffer 1 des vorstehenden Schreibens. Der R.W.M.erwartet die Stellungnahme des R.F.M. - Zu Ziff.2 u.3 bestehen m.E. keine Bedenken.

Um baldgefl. Rückgabe wird gebeten.

gez. Prause 10/VI.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 203

Abschrift

Zu F 4095 - 93 I A

Berlin, Juni 1936

Urschriftlich

Ref. X (Pr.)

ergebenst zurück.

Die Bürgschaft des Reichs für die Mefo-Wechsel bezieht sich nicht auf die Wechsel als solche, sondern ist nur der Reichsbank gegenüber ausgesprochen. Ein Kreditinstitut, das zur Geldanlage Mefo-Wechsel erworben hat, kann daher aus ihnen keine Ansprüche gegen das Reich herleiten. Formalrechtlich betrachtet, gehören somit die Mefo-Wechsel nicht zu den vom Reich verbürgten Krediten.

Andererseits hat sich die Reichsbank verpflichtet, die Mefo-Wechsel in ihr Portefeuille zu übernehmen. Jedes Kreditinstitut, das Mefo-Wechsel erworben hat, ist daher in der Lage, sie, sobald sie diskontfähig geworden sind, jederzeit an die Reichsbank weiterzuverkaufen. Ist dies geschehen, so fallen auch diese Wechsel unter die Bürgschaft des Reichs; denn sie erstreckt sich nicht nur auf die Wechsel, die die Reichsbank von der Mefo unmittelbar übernimmt, sondern auch auf andere Mefo-Wechsel, die sie von anderen Stellen als der Mefo erwirbt oder wiedererwirbt. Rein wirtschaftlich betrachtet muss man daher die Mefo-Wechsel zu den "vom Reich sonst gesicherten Krediten" rechnen. Dem Standpunkt, den die Reichsbank in ihrem Schreiben unter Ziffer 1 vertritt, wird somit zugestimmt.

Ref. III

gez. Bayrhoffer

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Schacht.

Bei den Beratungen ueber den Young-Plan in Paris 1929 schilderte Schacht die Aermlichkeit des deutschen Lebensstandards. Als Beispiel fuehrte er an, dass der Anzug, den er trug, gewendet sei. Als einige Tage später ueber Landwirtschaft gesprochen wurde, erklaerte Schacht, er koenne hierueber aus eigener Erfahrung sprechen als Besitzer eines Gutes, das er sich gekauft habe. Hier unterbrach ihn der englische Vertreter: Ich hatte mir an Ihrer Stelle zunaechst einen neuen Anzug gekauft.

—

Waehrend der Pariser Verhandlungen erhielt Schacht den Besuch des früheren Reichsschatzministers, Dr. Albert, der in der Praegung geschliffener Aperçus beinahe mit Schacht konkurrieren konnte. Nachdem sich Albert nach Schacht's Befinden erkundigt hatte, sagte er, ihm falle, wenn er an Schacht in seiner jetzigen Lage denke, Dickens' koestliche Geschichte der Pickwickier ein, wie Mr. Pickwick in's Wasser fuellt und seine Freunde an Ufer stehen und rufen: Halt den Kopf ueber Wasser, tu es um uns, deiner Freunde willen! Dickens aber setzt hinzu: Mr. Pickwick wuerde es, wenn er gekonnt haette, um seiner selbst willen getan haben.

—

Bei der gleichen Unterhaltung erwiderte Albert auf Schacht's Bemerkung, dass er sich die Unabhaengigkeit der Reichsbank international habe garantieren lassen, hierin liege eine Gefahr. Die Farben dick auftragend, sagte Albert, diese Gefahr sei gering, solange ein Mann an der Spitze der Reichsbank stehe, der nicht nur auf seinem Fachgebiet anerkannter Meister sei, sondern auch politisches Fingerspitzengefuehl in hochstem Masse besitze. Aber, setzte Albert hinzu, Ihnen geht es wie den ganz Grossen der Geschichte, wie Friedrich dem Grossen, Napoleon und Bismarck, Sie verstehen es nicht, einen Nachfolger heranzuziehen. Schacht ging hochaufgerichtet im Zimmer auf und ab: Den Vergleich mit Friedrich dem Grossen lehne ich ab, aber sonst haben Sie Recht.

—

Als 1937 Schacht das Goldene Parteiabzeichen verliehen wurde, gratulierte ihm Franck und sagte dazu: Wie fuehlen Sie sich nun, wie geht es Ihnen? Schacht sah kuehl auf ihn herab: Wenn es uns alten Kaempfern nicht gut geht, wem sollte es dann in Deutschland gut gehen? Die doppelte Ironie verschlug Franck die Sprache.

—

Bei einer Abendgesellschaft am runden Tisch im Hause Schacht's frug ihn der italienische Botschafter Attolico: Nicht wahr, Ihr Vorgaenger Dr. Luther war doch Bankier und ist jetzt Diplomat? Nein, sagte Schacht, er ist nicht Diplomat, er ist Botschafter in Washington. Als Alles lachte, fuhr er mit dem gleichen unbewegten Gesicht fort: ich will dem guten Dr. Luther nicht zu nahe treten, Diplomat mag er vielleicht geworden sein, aber Bankier ist er nie gewesen.

—//—

181

~~00148~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Wahlgeschichten.

In einem englischen Ort, der immer liberal gewählt hat, hatte [illegible] Kandidat seine Wahlrede. Die fröhlichen Besucher der Versammlung machten [illegible] ein Volksfest, warfen mit faulen Apfelsinen und Eiern und [illegible] Bewerber [illegible] nieder nach dem Redner und Tassen, die nicht zu Boden kommen. Da fällt [illegible] ein Kohlkopf nieder. Es hebt ihn auf, winkt mit der Hand und ruft, aber es [illegible] Stille wird: Ich verrechte, einen meiner sehr ehrenwerten Gegner hat [illegible] verloren. Brausendes Gelächter, in [illegible] ungehindert seine Rede halten [illegible] gewann den Wahlkampf.

—

Im Wahlkampf fuer die Nationalversammlung 1919 sprach in einem Dorf in Mitteldeutschland ein deutschnationaler Redner, der ein Angestellter des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes begleitete. Ein Diskussionsredner bemängelte die Tatsache, dass der Redner des Abends adlig war, und machte Hinweis auf die abfällige Redensart der Rechten, die Juden seien Haendler, aber keine Arbeiter, die Frage zu stellen, wieviel Adlige sich unter den Arbeitern fänden. Der Handlungsgehilfe merkte dem nachdenklichen Gesicht seines Gefährten an, dass dieser nach einer schlagenden Antwort suchte, ohne sie gefunden zu haben, und flüsterte ihm zu: Die Antwort auf diese Frage [illegible] unterlassen Sie ruhig mir. Er benutzte sie in folgender Weise: Er sei [illegible] schlichen Versammlung bekannt, dass die [illegible] Gewerkschaft in Deutschland seit jeher die der Buchdrucker sei, und nun sei es wohl kein Zufall, dass unter den Buchdruckern 10 Prozent Adlige befänden. Die [Diskussionsredner] [illegible] was [illegible] und den [illegible] aufs Maul geschlagen. Auf die abendlichen Rückfahrt fragte der Redner des Abends, den Handlungsgehilfen, woher er diesen Prozentsatz so genau wisse. Der Handlungsgehilfe war baff erstaunt: Ich habe doch keine Ahnung, ob es ueberhaupt einen adligen Buchdrucker gibt, aber der wusste ich, dass es unter den Versammlungsteilnehmern keinen Buchdrucker gab. Sein Begleiter erkannte, dass er sich fuers Politik nicht eignete.

—

Der Reichstagsabgeordnete von Campe von der deutschen Volkspartei sprach in einer Wahlversammlung fuer eine ausgiebige Bewaffnung des Volkes ein. Man sollte den Kampf mit geistigen Waffen fuehren und sich immer dessen bewusst sein, dass sie alle Glieder eines Volkes seien. „Aller Bulle!" brüllte eine heisere Stimme von der Galerie. Campe winkte anerkennend hinauf: Der erste Versuch eines Kampfes mit geistigen ~~Mitt~~ Waffen.

182

#

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Der Minister von Guérard wollte einen Brunfthirsch schiessen. Ein Staatsregierungsrat [illegible] erkoren. Der Forstmeister gab sich die grösste Mühe. Aber es klappte nicht. Guerard pirschte zu laut oder schon vorbei. Letztes Mittel: der Hochsitz. Unter dem Sicht jeden Abend ein Rudel mit einem zwar nicht sehr starken, aber schiessbaren Hirsch in's Feld. Herr, denkt der Forstmeister, kann der Minister nicht vorbeischiessen. Alles geht programmgemäss. Der Hirsch steht wie eine Scheibe unter dem Vorsitz. Es knallt – vorbei. Der Minister ist verzweifelt, [illegible] verzweifeltere Forstmeister lässt sich nichts anmerken: nur nicht den Mut verlieren, [illegible] frisch versuchen wir es nochmal. Tatsächlich zieht am nächsten Morgen das [illegible] wieder unter dem Hochsitz durch zu Holz. Wieder steht der Hirsch wie eine Scheibe; er [illegible] und wie vom Blitz getroffen liegt ein Alttier mit Kopfschuss im Feuer. Der Minister [illegible] jetzt reiste er sofort ab. Der Forstmeister hat der Galgenhumor gefasst; warum denn, sagt er, heute früh ging es doch schon viel besser.

—

Ein Admiral hatte die unangenehme Gewohnheit, trotz aller guten Vorsätze stets zu spät zu Gesellschaften zu kommen. Eines Abends war er wieder verspätet aufgebrochen. Er beschloss, die Hausfrau durch einen Scherz zu versöhnen. Er klingelte an der Etagenwohnung seines Gastgebers, fragte das Mädchen, ob die Herrschaften schon bei Tisch seien, was diese mit etwas erstaunten Gesicht bejahte, öffnete die Tür, ging in Kniehosen und hüpfte wie ein Frosch um den Tisch, „Verzeihung, Verzeihung, Verzeihung" [illegible]. Am Stuhl der Hausfrau angekommen, richtete er sich auf und starrte in das angsterfüllte Antlitz einer ihm völlig unbekannten Dame, die aufgesprungen war und mit abwehrenden Händen vor dem vermeintlichen Verrückten stand. Er hatte sich in der Etage geirrt. In dieser Etage gab man auch eine Gesellschaft, nur kannte man ihn hier nicht.

—

In einem Gymnasium setzte der Lehrer seinen Jungens auseinander, dass man nur mit beiden Augen plastisch sehen könne. Deshalb, sagte er als Beispiel, habe Polyphem das Schiff des Odysseus mit seinen Felsblöcken, mit denen er da nach ~~ihm~~ warf, nicht treffen können, da er nur ein Auge hatte. Aber dies Auge, rief ein Junge, hatte ihm doch Odysseus in der Nacht vorher ausgebrannt. Richtig, sagte der Professor, das kam auch noch hinzu.

—

Als bei der Pariser Konferenz im Juli 1931 am zweiten Verhandlungstag nach der „Formule" gesucht wurde, die der Oeffentlichkeit den Verlauf der Konferenz mitteilen sollte, entstand eine ziemlich ungeordnete Diskussion. [illegible] beteiligte sich nicht daran. Er sass zusammengesunken auf seinem Stuhl. Plötzlich richtete er sich auf und sagte auf Französisch zum damaligen Ministerpräsidenten Laval: Sehen Sie, Herr Laval, das ist die Tragik [illegible] zwischen Frankreich und Deutschland, dass Sie immer das, [illegible]

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

einer Verständigung zwischen beiden Ländern sein konnte und sein [illegible] als Voraussetzung verlangen. Daran sind bisher alle Verständigungsversuche gescheitert, daran scheitert auch der heutige. Er schloss: moi, personellement, [illegible] très triste. Die französische Regierung hatte Brüning eine Anleihe angeboten und dafür den Verzicht Deutschlands auf die Forderung der militärischen Gleichberechtigung und einer Revision der deutschen Ostgrenze während einer [illegible] Dauer von Jahren verlangt. Das hatte Brüning abgelehnt.

—

Als Brüning in Berlin zu dieser Konferenz abfuhr, erschien kurz vor der Abfahrt der Vizekanzler und Finanzminister Dr. Dietrich auf dem Bahnsteig mit einigen Flaschen Wein unter dem Arm, übergab sie einem der mitgehenden Herren und sagte: Sorgen Sie dafür, dass, wenn der Kanzler heute Abend noch etwas trinken will, er diesen anständigen Badischen Wein trinkt und nicht etwa das Gift von der Mosel; sonst hat er morgen keinen klaren Kopf.

—

Zu Brüning sagte eines Tages der General von Schleicher, der Kanzler werde nie wirklich populär werden, wenn er sich nicht entschliesse, täglich in einem mit vier Schimmeln bespannten, offenen Wagen die „Linden" entlang zu fahren. Brüning konnte sich zu solchem oder ähnlichem Auftreten nicht entschliessen.

—

Schleicher war zum Essen bei Otto Wolff eingeladen. Diesem sagte man nach, dass er alle Beamten, die ihm unbequem oder gefährlich zu werden drohten, in seinen Dienst nahm oder zu bestechen suchte. Nach der Suppe hob Schleicher den Teller auf, und sagte zu Wolff: Wo ist die Million, Herr Wolff?

—

Der deutsche Gesandte in Polen, Ulrich Rauscher, war zwar ein grosser Verehrer von Bismarck und sagte, dass ~~sich~~ jeder, der sich mit Politik beschäftigen

1 Sozialdemokrat, aber ein

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Bismarck studieren müsse. So seien allein seine Reden ein Lehrbuch [illegible] wie es kein zweites gebe. Hier erwähnte [illegible] Min. Direktor [illegible] p.B. habe, der sich in einem Gespräch ergeben habe, seine Ansicht dahin gehe [illegible] Herr Stieb anderer Ueberz, schloss Rauscher, als den des sozialdemokratischen Genossen [illegible] seinem deutschnationalen Abteilungsleiter zu Weihnachten Bismarcks „Reden" schenkte.

Der Finanzminister Reinhold sagte fast nie Nein. Er überliess [illegible] das Nein der Ablehnung seinen Referenten. Des öfteren [illegible] entscheidenden Empfehlungen. Als er einmal am Montag nach dem üblicherweise in Dresden verbrachten Wochenende wieder nach Berlin fuhr, kam er im Abteil mit einem General ins Gespräch, der ihm u.a. bürgerliche Klagen über die Verschuldung vor allem der jüngeren Offiziere vortrug; man müsse einmal eine Entschuldungsaktion für die Leutnants durchführen. Reinhold hörte interessiert zu und fragte, wie viel das denn wohl kosten würde. Der General war in Verlegenheit, hier war eine einzigartige Gelegenheit, aber wenn er eine zu hohe Summe nannte, sprang der freundliche Minister wie möglich ab. Nannte er eine zu niedrige, hatte er die Gelegenheit nicht ausgenutzt. Nach den üblichen Vorbehalten sagte er vorsichtig vor und nannte eine Summe von 4 Mill. RM. Reinhold war keineswegs erschrocken, sondern ermutigte den General, einen entsprechenden Antrag an das Finanzministerium zu richten. Dieser kam strahlend in das Wehrministerium und berichtete sein Erlebnis. Als die Herren der dortigen Etatsabteilung hörten, sie sollten einen Antrag auf ausserplanmässige Bewilligung von 4 Mill. einreichen, da wie sich beim Finanzministerium nicht lächerlich machen wollten. Es ging noch lebhafte Diskussion ohne ihre Mitwirkung ab. Es kam, wie sie erwartet hatten. Der Etatsdirektor des Finanzministeriums rief an, ob die Herren im Wehrministerium von allen guten Geistern verlassen seien, einen solchen nach den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung völlig unmöglichen Antrag zu stellen. Sie klärten ihn über den Sachverhalt auf. Dann, entschied der Etatsdirektor, wolle er ihnen und seinem Minister die Notwendigkeit einer scharfen Ablehnung ersparen, und schickte den Antrag unbearbeitet zurück. Es wurde nicht wieder darüber gesprochen.

—

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

François-Poncet.

ZS/A-20 / 03 - 210

Als im Sommer 1932 Bruening und Curtius in Paris waren und am ~~Vormittag~~ Nachmittag des zweiten Konferenztages nach der „formule" gesucht wurde, mit der die Oeffentlichkeit über den Verlauf der Konferenz unterrichtet werden sollte, machte auch der deutsche Botschafter von Hoesch einen Vorschlag. François-Poncet, damals Kabinettschef des Ministerpräsidenten Laval, sagte etwas spöttisch: Mais, monsieur l'ambassadeur, ce n'est rien que — und im schönsten Berlinisch fortfahrend: faula Zauba, wurde der Berliner sagen.

—

Als Neurath Aussenminister und sein Schwiegersohn Mackensen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, berichtete François-Poncet, damals französischer Botschafter in Berlin, über einen Besuch im Auswärtigen Amt: Ich habe den Vater gesehen, ich habe den Sohn gesehen, aber den Geist habe ich nicht gesehen.

—

Seine Frau und er hätten sich gestritten, sagte François Poncet dem deutschen Reichsfinanzminister, wieviel ~~Kinder dieser~~ habe. Auf die Antwort „~~Ich~~ je vier" schlug sich der Botschafter an die Stirn: Ah natürlich, warum habe ich es mir nicht gleich gesagt, „ausbalanciert wie Ihr Etat".

[Berlin und wieviel Kinder dieser unter seinen 8 Kindern habe.]

—

In einem Saale hing ein weiblicher Akt, von dem man nur die — sehr niedliche — Rückenbeite sah. Beschauer stellten die Frage, was sich der ~~Maler~~ Maler wohl dabei gedacht haben könne, und wandten sich damit an den hinzutretenden französischen Botschafter. François-Poncet warf einen kurzen Blick auf das Bild und sagte, damit ebenso seine Schlagfertigkeit wie seine Beherrschung der deutschen Literatur beweisend: ah je crois que c'est Madame de Berlichingen.

—

Frau von Dirksen, eine grosse Verehrerin Hitler's, rauschte in eine Abendgesellschaft herein. François Poncet sah ihr Erscheinen und bemerkte: So denke ich mir die Jungfrau von Orleans, wenn sie alt geworden wäre; aber Gott sei Dank, die Engländer haben sie vorher verbrannt.

—#

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

25/A-20 / 03 - 211

Im Reichsrat waren die Referate ueber die einzelnen Abschnitte des Reichsetats auf die Laender aufgeteilt. So hatte z. B. traditionsmaessig Mecklenburg den Marineetat. Den Pensionsetat hatte Hessen. Bei der Etatsberatung zu einer Zeit, als die viel gelesene Berliner Illustrierte einen Roman brachte: „Wohin rollst du, Oepfelchen?", referierte nun erstenmale der neuernannte hessische Gesandte Nuesslein ueber den Pensionsetat. Es war Nachmittags, es war heiss im Saal, an diesem Etat war wenig zu aendern, so fand der Vortrag nur geteilte Aufmerksamkeit. Es herrschte Schlummerstimmung. Da wurde ploetzlich das Interesse durch die Bemerkung des Referenten geweckt, man bae. me nunmehr zu der groessten Position, die es im Reichsetat ueberhaupt gebe. Und er nannte eine schwindelerregende Zahl[1] Nann, erkundigte sich der ebenfalls aus leichtem Schlummer aufgescheuchte Vorsitzende, wo ist er denn? Der neben ihm sitzende Etatsreferent wies, sich muehsam das Lachen verbeissend, auf die betreffende Seite. Der Vorsitzende sah mit einem Blick, was geschehen war. Der Gesandte hatte aus Versehen den Uebertrag, der allerdings mehr als 2 Milliarden betrug, mit der dicht darunter stehenden Summe des in Frage kommenden Etatstitels verwechselt. Der Vorsitzende bemerkte, hier sei eben wohl ein kleiner Irrtum passiert, und nannte die richtige Zahl. Der Reichsrat schmunzelte, aber die stille Heiterkeit schlug in brausendes Gelaechter um, als ein preussischer Reichsratsbevollmaechtigter in den Saal rief: „Wohin rollst du, Nuesslein?"

[1] von ueber 2 Milliarden.

—

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Stuecklen war nach Abschluss des ersten Weltkrieges Reichskommissar fuer die deutschen Kriegsgefangenen. In dieser Eigenschaft musste er viele Reisen in die Laender machen, in denen sich noch Gefangene befanden. So kam er auch nach Budapest, zur Zeit, als dort Bela Khun regierte. Er ging in das Kriegsministerium und fand dort am Schreibtisch einen sehr jugendlichen Menschen sitzen. Bist du der Kriegsminister? fragte Stuecklen ihn. Der hob entschuldigend beide Haende: einer muss es doch sein.

—

Bei den Reparationsverhandlungen in Lausanne 1932 wurde der deutsche Finanzminister zu einer Sitzung bestellt, in der ihm MacDonald eroeffnete, dass nun der Zeitpunkt gekommen sei, an dem die Deutschen die zur Abgeltung der laufenden Reparationslasten zu leistende Abschlagszahlung zu beziffern haetten. Man sehe einem entsprechenden Vorschlag des Finanzministers entgegen. Als dieser es ablehnte, eine Ziffer zu nennen, da man sich erst ueber die Modalitaeten der Zahlung einigen muesse, wurde ihm von den 6 Finanzministern der Glaubigerlaender und von

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

SZ 28 F 20 / 03 Bl. 212

Donald sehr heftig zugesetzt. Aber er beharrte auf seinem Standpunkt. Er sei nach mehr als 6stündigen Debatten nichts und ging fort. Lloyd George kam zurück und sagte ihm, als sie allein waren, der Finanzminister möge es ihm nicht nachtragen, dass er den ganzen Abend nicht so stark gedrängt habe. Seine Sympathie sei die ganze Zeit bei ihnen gewesen, und ich hoffe nicht in vergebens gesprochen zu haben". Der Finanzminister dankte herzlich für diese freundliche Erklärung und meinte lächelnd, der Abend wurde ihm noch angenehmer gewesen sein, wenn Macdonald ihm diese Erwägung vor, und nicht erst nach der Sitzung gemacht hätte.

—

Als der erste englische Botschafter in Berlin nach dem Weltkrieg, Lord d'Abernon Deutschland verließ, hat er auf seinem Abschiedsbesuche an den auch den Reichspräsident von Hindenburg Veranlassung, den alten Feldmarschall England zu besuchen; ihm wurde ein Empfang bereitet werden, wie selten Fürsten einem Deutschen. Hindenburg entgegnete, er habe es von jeher als Pflicht betrachtet, Deutschland nicht zu verlassen, solange noch ein feindlicher Soldat auf deutschem Boden stehe. Dann könne er eine Ausnahme machen, wenn es sich um einen alten Mann. Wenn der Botschafter auf seinem Besuch in England Wert lege, dann möge er dafür eintreten, das Hindernis beseitigen. Einer der Lakaien bemerkte später, der Reichspräsident habe recht gute Gründe dafür kennen, aber es sei doch nicht recht, daß man so in solchen Augenblicken das rechte Wort getroffen werde.

—

Bei den Spartakus-Kämpfen in Berlin wollten die Spartakisten mit einem Geschütz auf einen Rasenstück auffahren. Sie wurden daran durch eine Tafel gehindert, die das Betreten des Rasens verbot. Der angeborene Ordnungssinn war selbst bei ihnen stärker als alle Kampfesbegeisterung.

—

Der General von Tschirschky hat in seinem Erinnerungsbuch bei Kaiser Wilhelm II. Der frühere Kaiser schickte gern seine Begleiter in die Bäume des Gartens, um trockene Äste abzuschneiden. Es war damit mit ihren Maßnahmen nicht einverstanden und gab von unten andere Weisungen. Da Majestät, auf Tschirschky hinunter, von unten sieht sich alles immer anders an als von oben.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-20 / 03 - 213

Ein Prominenter war einem Forstmeister zur Jagd auf den Brunftschrei aufgefordert worden. Der Forstmeister schrieb dem hohen Gast, die besten Brunfttage wären der 24.-26. September, es sei also gut, wenn er schon diese Tage ins Revier käme. Der Gast schrieb sehr höflich zurück, bedauerte sich für die Information, leider sei er aber gerade an den genannten Tagen dienstlich verhindert, es habe der Forstmeister nicht so freundlich sein wolle, ausnahmsweise die Brunft um einige Tage zu verschieben. Der Forstmeister war in Verlegenheit.

—

Goering hatte die Berliner Gesellschaft, einschließlich der ausländischen Diplomaten, in die Schorfheide eingeladen, um der Aussetzung eines neu erworbenen Hirschkalbes in das Wisentgehege beizuwohnen. Den Gästen hatte offenbar die Anreise Kopfschmerzen gemacht. Kein Knigge gab Auskunft, welches Gewand für solche Gelegenheit schicklich sei. So sah man alle Arten von Trachten, Jagdanzug, Sportanzug, den Skianzug bis zum Cutaway mit Zylinder. Man wartete auf den Gastgeber, der sich um eine halbe Stunde verspätete. Als er endlich dem Auto entstieg, bot er einen bemerkenswerten Anblick: hohe grüne Lederstiefel, eine dunkelgrüne Samthose, ein rotsamtenes Wollhemd und darüber ein ritterlicher Koller aus Elchleder. Dazu in der Hand ein freiheitlanger Speer. So dürfte ich mir Wotan, heute mein Hiesiger, vorstellen. Nun drehten die Gäste an das Gatter des Gastgebers, in dem ein paar Wisente weideten und in dessen Tor der gewaltige Kasten mit „Hans" stand. Die Tür wurde hochgezogen, vom Deck des Kasten sprang ein fauchender Mann mit Hängen in das Innere, bis der mächtige Stier mit Geschrei ins Freie kam. Majestätischen Schrittes begrüßte er sich auf die Kuhe zu, schnobbte seine Nase an einem guten Stück besonders anziehenden Fleck, nahm einen tiefen Atemzug, schnaubte dann und wann, während der riesige Kopf auf kürzeste gelassenen Schrittes in seinen Kasten zurück.

—

Ein Lehrer gab seinen Jungens als Aufsatzthema: Hätte Hannibal auch Selbstmord begangen, wenn er ein N.S. gewesen wäre? Der Verfasser des besten Aufsatzes sollte das Recht haben, das nächste Thema selbst vorzuschlagen. Er schlug folgenden Aufsatz vor: Wäre die Jungfrau von Orleans auch so jung gestorben, wenn sie im B.D.M. gewesen wäre?

—

Ein hochrangiger S.A.-Führer war während der Olympiade bei einem Berliner Bürgermeister einquartiert. Als eines Abends seine Gastgeber eingeladen waren und er allein in der Wohnung war, beschloss er, ein Bad zu nehmen. Während das Wasser in die Wanne strömte, begab er sich in Adamskostüm von seiner Stube [illegible] Flur. In diesem Augenblick hörte er draußen den Vorgesetzten Gruß durch den

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

Tuschlitz gesteckt. Da Burkel-Lenkele wollte die Zeitung herausholen, [illegible] öffnete vorsichtig die Tür, sein Mensch im Treppenhaus, [illegible] [illegible]. Sie klemmte wieder. Er zog kräftiger, da hatte er sie in der Hand, [illegible] die Tür zuzustellen, kam stand er draussen, wie ihn Gott geschaffen hatte, nur [illegible] einen Bestecher in der Hand, seine Blösse zu bedecken. Er klingelte an der [illegible] Leider; eine alte Frau warf einen Blick durch das Guckloch, schrie einen Schrei und lief weg. Er erklärte ihr sein Leid durch die geschlossene Tür, und bevor [illegible] er wollte sich nur noch ein Veilchen gefallen, sie käme gleich. Dabei blieb sie [illegible] nach einem Beilchen" erneut klingelte und an die Tür klopfte. Draussen fuhr ein Auto vor, [illegible] kamen die Treppe heraufgestürmt – das Überfallkommando. Erst [illegible] Schlafenden [illegible] Licht gelassen; ehe er sich's versah, sass er im geschlossenen Wagen. Als er [illegible] in einer Irrenanstalt abgeliefert wurde, ging es ihm wieder [illegible]. Doch je weiterhin er wurde, um so mehr Nahrung gab er dem gegen ihn gehegten Verdacht, [illegible] Licht „zur Beruhigung" in ein heisses Bad gesetzt wurde. Da gab er den Widerstand auf, [illegible] Friedrich, baden habe er ja wollen, nun hatte er sein Bad, und bat [illegible] Liste der Adresse, den auf seiner Gesellschaft weilenden Gastfreund aufzusuchen, seine Wohnung würde jetzt wohl unter Wasser stehen. Sie stand unter Wasser.

—

Ein Prominenter hielt im Januar 1939 eine Rede, in der er die Italiener, Deutschen aufforderte, das Land zu verlassen und nach Deutschland zu kommen, da ihnen sonst eine Bartholomäusnacht drohe. Die Gegner nahmen, wahrscheinlich mit Recht, an, dass dem Redner eine kleine Verwechslung mit der Bartholomäusnacht unterlaufen war.

—

Als nach der Abstimmung im Saargebiet dieses wieder unter deutsche Verwaltung kam, hielt bei einer Feier der Gauleiter Bürkel die Festrede. In der vorderen Reihe der Festgäste sass der alte Hermann Röchling. Der schlief bereits bei den ersten Sätzen der Rede ein, und es gelang Bürkel nicht, ihn aufzuwecken. Erst als Bürkel mit Stentorstimme die Schlussworte in den Saal schmetterte: „Das Saar ist frei!", wachte Röchling auf und fragte: Ist der Bürkel fort?

—

Als Bürkel, der vorübergehend Reichsstatthalter in Wien gewesen war, wieder nach der Pfalz zurückkehrte und seine Abschiedsrede hielt, rief ein Zuhörer von der Tribüne mit gellender Stimme: Hierbleiben, hierbleiben! Bürkel dankte dem Volksgenossen für diese Anerkennung und folgte, wo er dem Herrlichen. Aus der Pfalz, entgegnete er.

—

190

[illegible] (von S. v.)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, war ein Mann ungewöhnlichen Formats. Es konnte es sich deshalb auch leisten, faul zu sein. Als eifriger Jäger machte er in der Jagdzeit von diesem Vorrecht ausgiebigen Gebrauch. Als er 1933 verabschiedet wurde, fragte ihn ein Bekannter, womit er sich nun beschäftigen werde. Ich werde die Fischerei und die Jagd nunmehr zu meinem Hauptberuf machen, erwiderte Hammerstein. Danach wird sich also in seinem künftigen Leben nichts anderes, meinte der Bekannte. Hammerstein lachte Humor und lachte mit.

— mit seiner Frau

Als der Reichsverweser Horthy einen Staatsbesuch in Deutschland machte, wurde das Besuchsprogramm bis in alle Kleinigkeiten schriftlich geregelt. Unter den Vorschriften über die Begrüssung fand sich die Bestimmung, dass auch die Damen die Gäste mit dem deutschen Gruss zu begrüssen hatten. Zur Sicherheit ging am nächsten Tage eine schriftliche Anordnung, dass dieser Gruss durch Vorstossen der rechten Hand in Schulterhöhe zu erweisen sei. Die Gäste waren verwundert.

—

~~Horthy war ein guter Anekdoten erzähler. Eine seiner Lieblings~~ geschichten war die von einem Dragonerregiment in der K.K. Monarchie, das einen Herzog als Kommandeur erhielt. Der Regimentsadjutant begab sich in die Kommandeurwohnung, um zu fragen, wann dem Herzog das Offizierkorps vorgestellt werden solle. In der Halle der Wohnung standen grosse Koffer, um mit einer weissen Schürze angetanes weibliches Wesen steckte gerade mit dem Oberkörper in einem der Koffer, so dass man nur eine appetitliche Rundung erblickte. Der Adjutant konnte es sich nicht verkneifen, auf diese einladende Stelle einen freundlichen Klaps zu geben. Ein niedliches, entsetztes Gesicht tauchte aus der ~~Stelle~~ Kiste auf. Wo ist denn Euer Herzog? fragte der Adjutant. Sie deutete nach einer Tür. Der Herzog ordnete die Vorstellung des Offizierkorps für den nächsten Vormittag an. Als die ~~Vorstellung~~ Begrüssung am nächsten Tage beendet war, sagte der Kommandeur, dass er die Offiziere gleich auch der Herzogin vorstellen wolle. Der Adjutant glaubte in die Erde versinken zu sollen, als die Tür aufging und das niedliche Wesen hereintrat, das er am Tage vorher so wenig höflich begrüsst hatte. Als die Reihe an ihn kam, sagte die Herzogin mit spitzbübischem Lachen: „Wir kennen uns ja schon." Da platzte der unglückliche Adjutant heraus: „Leider, Majestät". Das „leider, Majestät" wurde sprichwörtlich im Regiment.

—

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-20 / 03 - 216

Als der neumarkische Schweizer Gesandte Frechlichen 1938 Abends eingeladen war, eines
über noch Reisen eigenen Wagen hatte, fuhr er mit einem Berliner Droschkenkutscher. Der
Fremde kannte den Dialekt nicht recht unterbringen, und als er sah, dass sein [illegible]
Bezahlen Fetzchen ausländischer Währung nach deutschem Gelde wechselte,
sagte er: Sie sind wohl auch Judenemigranten? Nein, sagte freundlich Schweizer. Na,
meinte der Berliner, da kommen Sie ja auch bald zu uns. Nein, entgegnete der Schweizer,
sehen Sie, das ist der Unterschied, die Oesterreicher und die Sudetendeutschen, die wollten
gerne zum Reich, aber wir Schweizer wollen gar nicht. Mannchen, belehrte ihn der
Berliner, ob Sie wollen oder nicht, darauf kommt es gar nicht an, aber zurück zum
Reich müssen Sie.

—

Es war beschlossen worden, die Grenzmarkprovinz, die aus dem Reg.
Bezirk Schneidemühl bestand, aufzulösen und der Provinz Brandenburg zu-
zuschlagen. Da Gauleiter von Pommern verlangte, wie jeder Reichsstatthalter ein
Mitglied der Kabinettsklasse, einen Ausgleich für seine Provinz. Man fand
ihn in der Uckermark: der Kreis Prenzlau sollte von Brandenburg an Pommern
abgegeben werden. Als diese Nachrichten in der Uckermark bekannt wurden, be-
gab sich der Kreisleiter von Prenzlau zu einem Minister, der Verwandte im Kreise
hatte und oefters bei diesen war, und nahm einen Verwandten mit. Sie fragten den
Minister, ob die Nachrichten zutreffen. Der wusste nicht, wie weit die Sache gediehen
war, erkundigte sich beim Innenministerium und teilte mit, dass die fragliche Ver-
ordnung beim Innenministerium bereits unterschrieben sei und nur noch der
Unterschrift Goerings bedürfe, der ihr aber seine Zustimmung gegeben habe.
Da erhob sich der Kreisleiter feierlich und sagte: dann kann ich die Revolution
im Kreise nicht mehr zurückhalten. Als der Minister ihn tadelte, mit solchen Be-
merkungen müsse er sparsamer umgehen, sagte er erregt: aber Sie wissen doch
selbst, dass wir seit Jahrhunderten nur einen Erbfeind haben, den Pommern, die heben
stets unter dem Brandenburgischen Adler gegen den Pommerschen Greif gekämpft.
Er hatte dem reichen Weizenboden der Uckermark gerne das; wir können doch nicht
mitten im Frieden unserem schlimmsten Feind ausgeliefert werden. Als der Minister
es ablehnte, diesen alten geschichtlichen Gegensätzen solche Bedeutung beizumessen,
sagten die Uckermarker, er möchte mal ein Kind auf der Strasse oder einen Bauern
auf dem Felde fragen: was ist der Dort hier ein Kirchdorf? Die Antwort würde
sein: Das kennen wir nicht, das liegt schon in Pommern. Es bestehe auch heute
noch die tatsächliche Grenze, über die kaum und hinüber wenig Verkehr sei und
kaum geheiratet werde. Der Minister vermittelte ihnen einen Vortrag bei Goering,
die schon unterschriebene Verordnung wurde zurückgezogen. Die Uckermark blieb
weiterhin bei Brandenburg.

—

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Als 1937 der ~~englische~~ chinesische Wirtschaftsminister Deutschland besuchte, wurde er gefragt, wie nach seiner Ansicht der gerade ausgebrochene chinesisch-japanische Krieg ausgehen werde. Das wisse ich nicht, war die Antwort, wir brauchen im Chinesischen die Ausdrücke „siegen" und „besiegt werden" nicht. Aber wir wissen aus unserer mehrtausendjährigen Geschichte, daß jeder Eindringling von uns aufgesogen wird. Es verschwindet im chinesischen Volkskörper. Dieser Prozeß dauert erfahrungsgemäß bei uns 200 Jahre.

—

Als der chinesische Botschafter zu Ehren Kungs ein Essen gab, wurde bei Fisch über die Unterschiede zwischen Faschismus, Kommunismus und der Lehre Sun Yat Sen's gesprochen. Die anwesenden Deutschen stellten zu ihrer Verwunderung fest, daß sie von dieser Lehre weniger wußten als der Chinese von den Weltanschauungen Europas. Man einigte sich dahin, daß der Hauptunterschied zwischen Kommunismus und Sun Yat Sen in der Pflege des Familiensinns, die Chinesen des Besitzes. Einer der Anwesenden richtete an Kung die Frage, wie weit er persönlich seinen Stammbaum urkundlich zurückführen könnte. Er habe, lächelte Kung, die Ehre, einer sehr alten Familie anzugehören, die ihren Stammbaum nachweisen könne bis auf das Jahr 1200 – „vor Ihrer Zeitrechnung".

—

Im August 1914 ging ein deutsches Torpedoboot im Kampf gegen überlegene englische Seestreitkräfte unter. Kommandant war der Sohn des ~~früheren~~ Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Tirpitz. Dieser erhielt über Holland ein Telegramm des englischen Kommandeurs, das ihm mit einem Glückwunsch die Rettung des Sohnes mitteilte. Vor zwei Jahren suchte der Sohn Tirpitz, der geschäftlich in London zu tun hatte, Winston Churchill – er war damals Marineminister gewesen – auf, um ihm seine diesem Akt der Ritterlichkeit persönlich zu danken. Churchill erkannte sofort des Vorfalls und sagte, bei der Meldung des englischen Befehlshabers habe ihn besonders beeindruckt, daß ein Offizier sich geweigert habe, das untergehende deutsche Torpedoboot zu verlassen, ~~und~~ mit der Hand an der Reling in den Fluten verschwunden sei. Wer das gewesen sei? Tirpitz erklärte ihm, daß er der selbst gewesen sei; er sei bewußtlos wieder an die Oberfläche gekommen und von einem englischen Torpedoboot gerettet worden. Churchill strahlte sich hierüber so, daß er Tirpitz über das Wochenende auf seinen Landsitz einlud und dazu die englischen Marineoffiziere, die damals als Befehlshaber an dieser Aktion mitgewirkt hatten.

193

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Weimar.

Haushaltsausschuss des Reichstages, nicht lange nach der Revolution. Der Etat des Innern wird verhandelt. Die Kommunisten stellen den Antrag, die Kaiser-Wilhelm-~~Akade~~ Institute anders zu benennen. Es sei empörend, dass sie ihren jetzigen Namen noch trägen. Die Mittelparteien sind in Verlegenheit. Sie möchten nicht gern an die ~~Ab~~ Namensänderung heran. Kommt es aber zur Abstimmung, können sie auch schlecht dagegen stimmen. Das Innenministerium schickt den Präsidenten der ~~Akadem~~ Institute, den berühmten alten Professor von Harnack, selbst ins Feuer. Der sagt, er wolle nur eine kurze Geschichte erzählen. Er sei unmittelbar nach der Revolution an einem der Institute vorbeigegangen, da hätten zwei Maurer gearbeitet und hätten sich unterhalten. Die Unterhaltung gibt er im echtesten Berliner Dialekt wieder: „Det jeht doch nich, dat det Ding hier noch Kaiser-Wilhelm Institut heest, trotz der Revolution." Die Antwort: „Mensch, du heest doch ooch noch Mueller, trotz der Revolution." Im brausenden Gelächter ging der Antrag unter, es wurde nicht darüber abgestimmt.

—

Strafrechtsausschuss des Reichstages. Dr. Rosenfeld von den Kommunisten hat den Antrag gestellt, dass nach Erreichung des 70. Lebensjahres alle Menschen straffrei sein sollen. Da erhebt sich der alte Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums, geht langsamen Schritts durch den Saal, pflanzt sich vor Rosenfeld auf und sagt: „Kollege, in zwei Monaten werde ich 70, dann schlage ich Sie tot." Dann wandert er wieder auf seinen Platz zurück. Auch über diesen Antrag wurde nicht abgestimmt.

—

Plenum des Reichstags. Eine Sitzung dehnt sich bis in den späten Abend aus. Die Deutsche Volkspartei schickt als Rednerin Kathinka von Oheimb vor. Sie ist, da sie Abends eingeladen ist, schon in voller, tief ausgeschnittener Toilette. Sie spricht sehr temperamentvoll. Nach ihr steht der Abgeordnete Hoffmann auf der Rednertribüne, der Zehngebote-Hoffmann, von dem manches freiwillige oder unfreiwillige Bonmot stammt. Er kommt nicht weit, denn als er sagt: „Nachdem eben die Abgeordnete von Oheimb so ausgiebig ihre nackten Tatsachen vor uns ausgebreitet hat ...", bricht ein Heiterkeitssturm aus, der weiteres Reden unmöglich macht.

—

Der Etat des Auswärtigen Amtes wird im Haushaltsausschuss verhandelt. Die Linke kritisiert, dass in den höheren Posten zuviel Korpsstudenten saessen, vor allem aus den zum sogenannten „weissen Kreis" gehörenden drei Korps, von denen die Bonner Preussen am häufigsten genannt sind. Der Staatssekretär von Schubert, selbst alter Bonner Preusse, fuchst die Verteidigung. Unter den Ministerial-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

disciplinen, sagt er ganz stolz, gebe es überhaupt keinen Angehörigen des Heeres. Bei den Ministerialdirigenten, das müsse es allerdings zugeben, sahe es schlimmer aus. Fleischer im Hintergrunde ein Attaché: Jetzt hat es sich um's Land gerettet.

—

Als der Reichskanzler Luther mal Erholung brauchte, hatte er sich mit seinem Staatssekretär als Onkel und Neffe incognito in einem entlegenen Kurhaus eingemietet. Eines Abends ging es ihm nicht gut. Der „Neffe" holte einen Arzt. Der kam nach der Untersuchung mit bedenklicher Miene heraus und sagte, die jetzige Kurgenossenschaft sei ganz leichter Natur, der Onkel habe wohl zum Abendbrot etwas zu viel und zu schwer gegessen. Aber etwas anderes sei sehr bedenklich. Er habe dem Onkel gesagt, dass die Nerven brauche er mal einen Aufenthalt von mindestens 6 Wochen in einem Sanatorium. Da sei der Onkel ganz wild geworden und habe gerufen, was sich denn der Doktor vorstelle, er sei der Reichskanzler und habe für solche Kur keine Zeit. Das sei ein schlimmer Fall. Zunächst habe er dem Onkel reichlich Brom gegeben.

—

<Der Oberpräsident von Waldow, genannt „das gefrorene Handtuch" hatte zum grossen Ball im Posener Schloss eingeladen. Ein junges Ehepaar, das erst kürzlich nach Posen versetzt worden ist, hat sich in der Zeit vertan und kommt eine halbe Stunde zu früh. Überall ist alles dunkel. Sie steigen beklommen eine Treppe hoch. Kein Mensch zu sehen. Da beschliessen sie, die nächste Tür aufzumachen, irgend einen Menschen werden sie schon finden. Sie finden. Im Zimmer stand der Oberpräsident selbst, unten schon im Frack, aber den Oberkörper noch unbekleidet, und neben ihm stand seine Frau und knöpfte ihm die Perlen in die steife Hemdbrust. Waldow sah das erstarrte Paar durch Bohren an und sagte nur: Noch nicht!

—

Später wurde Waldow als Oberpräsident nach Pommern versetzt. Im Gegensatz zu seinem sehr beliebten Vorgänger Maltzahn, dessen Feste nicht nur durch die Liebenswürdigkeit des Gastgeber, sondern auch durch die lukullischen Genüsse berühmt waren, ging es auf den Bällen des neuen Oberpräsidenten kühl und spartanisch zu. Die Stimmung auf dem ersten Balle war denn auch danach. Da ging die Oberpräsidentin auf eine Gruppe von jungen Offizieren zu und klagte: „Sie tanzen ja gar nicht, es wird überhaupt so wenig getanzt." Ein junger Leutnant, der in der sehr jugendlichen aussehenden Frau von Waldow die Gastgeberin nicht wiedererkannt hatte, sondern eine Dame vermutete, die sich ebenfalls langweilte, sagte mit dem Tonfall der Überzeugung: „Ja, gnädige Frau, es ist überhaupt ein Saufest." Das Wort machte die Runde. Dann wurde es sehr vergnügt. Nur der Tänzer fand nicht mehr statt.>

—

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

An einer alten westfaelischen Wasserburg, die sich durch einen viereckigen Hof fest vor der uebrigen Welt abschliessen liess, hatten sich im Fruehjahr 1920 die roten Truppen waehrend des Kapp-Putsches voruebergewaelzt und waren dann, von der anrueckenden Wehrmacht kurz vor Hamm zurueckgeschlagen, in wilder Flucht zurueckgeflutet. Am Karfreitag Morgen rueckte die Reichswehr ein. Es waren Wuerttemberger. Die junge Hausfrau sprach mit ihnen, es sei doch schrecklich fuer sie, kaum dass der lange Krieg endlich vorbei sei, wieder Krieg fuehren zu muessen, und noch dazu gegen eigene Landsleute. Aber die Schwaben bedurften des Trostes nicht. Hannoi, sagten sie, „Mer schiesse gern auf die Preusse?

—

Der General von Schleicher hatte beim Staatssekretaer Schaeffer im Reichsfinanzministerium dringend die Verreichlichung des Justizwesens angeregt. Die Anregung wurde aufgenommen. Nach kurzer Zeit fragte Schleicher an, wie weit man sei. So schnell gehe das doch nicht, war die Antwort. Das koenne doch nicht so schwer sein, entgegnete Schleicher. Und nun erst klaerte sich das Missverstaendnis auf, hervorgerufen durch Schleichers gern benutzte Berliner Aussprache. Er hatte nicht das Justiz, sondern das Gestuetswesen gemeint.

—

Der Staatssekretaer Schaeffer stenographierte alle Unterhaltungen mit, die er fuehrte. Sagte eines Tages Bruening, im Kabinett moechte er das aber nicht haben. Der Vizekanzler Dietrich meinte, auf Grund aller dieser Stenogramme werde Schaeffer mal aufsehenerregende Memoiren veroeffentlichen koennen. Bruening fragte, ob er die Absicht hate. Schaeffer erwiderte, er wisse nicht, ob er jemals Memoiren veroeffentlichen werde, aber er wisse fuer diesen Fall bereits den Namen. Und der waere? fragte Bruening. Im Schatten der Titanen, war die Antwort.

—

Institut für Zeitgeschichte – Archiv